

Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt/M.

Fachbereich 03 Sozialwissenschaften

***Welche sind die zentralen strukturellen
Probleme des iranischen Nationalstaates?***

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Dr. Phil.

Eingereicht von Adel Feyzi

bei

Prof. Dr. Jens Borchert

und

Zweitgutachter Prof. Dr. Henner Fürtig

Tag der mündlichen Prüfung: 19.01.2016

Danksagung

Mit großer Freude stelle ich fest, dass das Ende meiner leidenschaftlich verfassten Dissertation näher rückt. Allerdings möchte ich trotz der Euphorie nicht aus den Augen verlieren, dass mir diese Ehre nicht zuteil hätte werden können, wenn mich nicht eine Vielzahl von Menschen auf meinem Weg begleitet und unterstützt hätten.

An der Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich bei den Menschen bedanken, welche mich all die Jahre tatkräftig von Herzen unterstützt haben.

Zunächst richte ich meine Danksagung an Herrn Professor Jens Borchert, meinem Doktorvater. Er unterstützte mich mit seinem Fachwissen und mit seiner geduldigen Art. Oft opferte er seine Freizeit und begleitete mich durch diesen steinigen Weg bis hin zu letzten Moment. Als ein guter Zuhörer und Analytiker befreite er mich immer wieder von den Sackgassen, mit welchen ich während der Verschriftlichung meiner Doktorarbeit stets konfrontiert war. Seine Ideen und Anregungen sowie seine konstruktive Kritik verleihen meiner Arbeit eine besondere Bereicherung. Danke dafür, dass er an mich geglaubt und sich stets für mich eingesetzt hat.

Ich danke Herrn Professor Henner Fürtig, der trotz dichter terminlicher Einbindung und seiner knappen Zeit, die Betreuung meiner Dissertation als Zweitgutachter übernommen hat. Es ist für mich von großer Bedeutung, dass Herr Professor Fürtig mit seinem Fachwissen bezüglich des Nahen,- und Mittleren Ostens meine Arbeit begleitet hat.

Ich danke meiner Familie, die mir stets Mut zugesprochen und mich in meiner Arbeit bestärkt hat. Hätte sie mir nicht den Rücken freigehalten, wäre meine Arbeit in dieser Form nicht möglich gewesen. Sie hat in jeglicher Hinsicht den Grundstein für meinen Weg gelegt.

Und zuletzt möchte ich meinen Freunden danken, welche mich tatkräftig unterstützt und meine Arbeit gegengelesen haben.

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	6
2. Schwerpunkt der Untersuchung und bisheriger Stand der Forschung	11
3. Methoden der Forschung	
3. a. Die theoretischen Rahmenbedingungen sowie die Methode der Untersuchung	18
3. b. Materialistische Staatstheorie	22
3. c. Demokratietheorie	
3. c. 1. Kernaussage der Theorie	28
3. c. 2. Bezug zum Iran	28
3. d. Dependenztheorie	
3. d. 1. Die Theorie	29
3. d. 2. Der Bezug zum Iran	30
4. Einleitung	32
Kapitel I: Theorien	35
1. Die materialistische Staatstheorie	35
1. a. Was ist ein Staat?	35
1. b. Definition des Staates nach Polantzas	38
1. c. Die Rolle der Nationsbildung	39
1. c. 1. Das allgemeine Verständnis der Nation	
1. c. 1. a. Historische Bestimmung des Begriffes	40
1. c. 1. b. Nation und Nationalismus in der materialistischen Staatstheorie & bei Poulantzas und Anderson	45
1. c. 2. Tradition	48
1. c. 3. Sprache	49
1. c. 4. Gemeinsame Werte	51
1. c. 5. Einheitliche Bekleidung in der Folge der erweiterten Homogenisierung	52
1. c. 6. Die Individualisierung	53
1. c. 7. Ideologie und Repression	55
1. c. 7. a. Ideologie	55
1. c. 7. b. Repression	56
1. c. 8. Die Autonomie des Staates	58
1. c. 9. Kapitalistische Zeit, kapitalistischer Raum (Territorium) und	

deren Verhältnis zum Nationalstaat	61
2. Demokratietheorie	
2. a. Definition der Demokratie	63
2. b. Ursprünge der Demokratie nach Moore	66
3. Die Dependenztheorie	69
Kapitel II: Nationalstaat Iran	
Der theoretische Bezug	76
1. a. Kurze Einführung	76
1. b. Analyse der Kadscharenzeit bis zur Konstitutionellen Revolution	78
1. c. Die Militärpräsenz der Großmächte und die politische Krise der Kadscharen, welche zur Konstitutionellen Revolution führte	82
1. d. Die Konstitutionelle Revolution	87
1. d. 1. Die drei Phasen der Konstitutionellen Revolution	89
1. d. 2. Beteiligte inländische Kräfte und Beginn der Revolution	91
1. d. 3. Beteiligte ausländische Mächte an der Revolution	
1. d. 3. a. Russen	100
1. d. 3. b. Briten	104
1. d. 3. c. USA	108
1. d. 4. Das Ende der Revolution	109
1. d. 5. Die Fehlentwicklungen, die zum Zerfall der Konstitutionellen Revolution führten	114
1. d. 6. Die Ergebnisse der Konstitutionellen Revolution	120
1. e. Die Zeit nach der Konstitutionellen Revolution bis zur Ära des Reza Schah	125
1. f. Der Militärputsch von Reza Schah	127
1. g. Die Machtübernahme des Reza Schah und deren Bedeutung für die Bildung des Staates sowie dessen spätere Entwicklung als Repressionsstaat	130
2. Gründe für den Ausbau der staatlichen Repressalien (Militär)	132
3. Totale Machtübernahme, Entwicklung zur Diktatur und die Bildung des Nationalstaates	135
4. Beginn einer Homogenisierungsära durch Reza Schah	138
4. a. Persisch als Amtssprache	140
4. b. Einheitliche Bekleidung	142
4. c. Schiitischer Islam als Staatsreligion	143
4. d. Exkurs: Definition des Genozids	145

4. e. Der Nationalstaat und die Konfrontation mit der sog. nationalen Minderheiten als Homogenisierungsgegnern	148
4. e. 1. Völker und Sprachen Irans	152
4. e. 2. Teheran wird Hauptstadt	154
4. e. 3. Die Aserbaidshaner	158
4. e. 3. 1. Djangali-Bewegung und die Sozialistische Sowjetrepublik	159
4. e. 3. 2. Republik Groß-Aserbaidshan	161
4. e. 3. 3. Die Demokratische Republik Āzarbāydschān (Azadistan)	162
4. e. 3. 4. Die Aserbaidshanische Volksregierung (Nov. 1945-46)	162
4. f. Die Kurden	165
4. f. 1. Ismail Agha Simko	167
4. f. 2. Republik Kurdistan	169
4. g. Zusammenfassung	172
4. h. Der Nationalstaat und die sog. religiösen Minderheiten	
4. h. 1. Religiöse Minderheiten im Iran am Beispiel der Bahai	173
4. h.1. a. Die Entstehung der Religionsgemeinschaft der Bahai	174
4. h. 1. b. Erste Verfolgungen der Bahai	177
4. h. 1. c. Hojjatieh	178
4. h. 1. d. Der Bahai-Glaube in der Islamischen Republik	179
4. h. 2. Zusammenfassung	179
 Kapitel III: Iran nach dem Zweiten Weltkrieg	181
1. Die Krönung von Muhammad Reza Schah	182
2. Die Ära Mosadegh	183
3. Wiederaufnahme der Macht durch Mohammad Reza Schah	186
4. Islamische Revolution von 1979	193
4. a. Die Machtübernahme der Mullahs und die Errichtung der „Islamischen Republik“	193
4. b. Die Herrschaftstheorie von Khomeini: „Herrschaft der Rechtsgelehrten“	194
 Kapitel IV: Resümee	206

„Willst du nicht vergessen sein, wenn du tot und verwest bist, so schreibe Dinge, die sich zu lesen lohnen, oder tu' Dinge, über die es sich zu schreiben lohnt“. Benjamin Franklin (1706-1790)

1. Vorwort

In keinem anderen Land des Orients spiegelt sich die westlich-europäische Weltgeschichte so deutlich wieder wie im Iran. Zeitlich verzögert, aber ähnlich wie in den meisten europäischen Nationalstaaten des 18. und 19. Jahrhunderts, war die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts für den Iran die prägende Zeit für die Entstehung des Nationalstaates. Als Reaktion auf die Expansion des Zarenrußlands im heutigen Kaukasus und das Eindringen der Briten im Süden des Landes sowie die andauernde Krise des bestehenden Herrschaftssystems bildete sich ein breiter Widerstand im Zentrum des Landes. Dieser Widerstand beschränkte sich hauptsächlich auf Teheran als Zentrum der Herrschaft und fand in anderen Landsteilen wenig fruchtbaren Nährboden.

Das Ziel dieses Widerstandes zeigte sich in den Forderungen der Unzufriedenen. Diese verlangten nach einem zentralistischen Staat, welcher eine starke nationale Armee aufstellen und sich sowohl gegen die ausländischen Feinde als auch gegen Unabhängigkeitsbestrebungen der iranischen Völker stellen sollte.¹ Dies war aber keine völlig neue Erscheinung. Bereits Amir Kabir (1807-52), Ministerpräsident während der Regentschaft des Kadscharenkönigs Naser ad-Din Schah und ein pragmatischer Reformier, träumte schon damals von einem iranischen Nationalstaat nach französischem Muster. Deshalb versuchte er 1845 die südlichen Teile des heutigen Russlands für den Iran zu annektieren. Er begehrte die Schaffung eines Nationalstaates nach europäischem Vorbild und setzte sich deshalb für eine neue Staatsorganisation ein. Amir Kabir scheiterte jedoch an seinen politischen Gegnern, wurde von ihnen verbannt und später getötet.

Die Nachkommen von Amir Kabir haben diesen konfliktreichen Traum nicht aufgegeben, sondern weiter verfolgt. Deshalb hat es innerhalb von nur 74 Jahren (1905-1979) im Iran vier gravierende Machtwechsel mit zum Teil völlig unterschiedlichen und gegensätzlichen

¹ Touraj, Atabaki, *Authoritarian modernization under Ataturk and Reza Shah*, S. 139.

Ideologien gegeben. Mit der sog. Konstitutionellen Revolution stellte man die Weichen für den darauf folgenden iranischen Nationalstaat. Sie war eine von westlich orientierten Kaufleuten, Nationalisten, Aristokraten sowie Geistlichen getragene liberale Revolution von 1905 bis etwa 1911. Diese bildeten eine Gegenkoalition zu den damaligen Herrschern. Die Schatten dieser Kräftekombination begleiten den iranischen Nationalstaat selbst heute im 21. Jh. Das Ziel der konstitutionellen Bewegung (persisch: *maschrutiat*) war es, die absolutistische Monarchie durch ein parlamentarisches Regierungssystem abzulösen und eine moderne Rechtsordnung einzuführen. Diese hätte man nur innerhalb eines geographisch definierten Gebietes mit einheitlicher Währung und einer starken Zentralmacht umsetzen können, also durch einen Nationalstaat.

Die (National)Staatsbildung wurde durch mehrere, mehr oder minder friedliche Regimewechsel vollzogen. Zunächst gab es die oben erwähnte Konstitutionelle Revolution, welche an diversen Gründen scheiterte (siehe dazu Kapitel II). So kam 1925 Reza Schah an die Macht, indem er Ahmad Schah Kadschar zum Abdanken zwang und ihn schließlich ins Exil schickte. Aus den Trümmern der Konstitutionellen Revolution bildete er den Nationalstaat Iran.

Reza Schah wiederum wurde 1941 von Großmächten zum Abdanken gezwungen und durch seinen Sohn Mohammad Reza Schah abgelöst. Mossadeq bildete 1951 seine Regierung. Ihm gelang es nicht, seine Herrschaft zu konsolidieren und er wurde nach nur zwei Jahren durch den Putsch von General Zahedi 1953 entmacht. So kommt Mohammad Reza Schah aus dem italienischen Exil in den Iran zurück und übernimmt die Staatsführung bis 1979. Er wurde durch die sog. Islamische Revolution gestürzt. Ayatollah Khomeini kehrte am 1. Februar 1979 aus dem französischen Exil zurück. Rasch etablierte er sich als oberste politische Autorität und begann aus der ehemals konstitutionellen Monarchie eine Islamische Republik zu formen. Seine Politik war von einer fundamentalistischen, antiwestlichen Linie geprägt. Mit der Machtübernahme durch Khomeini erreicht der iranische Nationalstaat seinen Höhepunkt. Diese Feindseligkeit und offenkundige antiwestliche Haltung des Regimes wird sofort anerkannt. Gleichzeitig blieben jedoch die *strukturellen Fehlentwicklungen dieses Staates* für die Analytiker unentdeckt bzw. irrelevant. Fast alle Beobachter sehen die Probleme des jetzigen Herrschaftssystems als Probleme einer islamischen Regierung und nicht als wiederkehrende Systemfehler des Nationalstaates. Diese Fehlentwicklungen werden Gegenstand der vorliegenden Arbeit sein, auf welche nachfolgend ausführlich eingegangen wird.

Die oben genannten Revolutionen und Regimewechsel haben sich in ideologischer, politischer und ökonomischer Hinsicht sehr voneinander unterschieden. In ihren gewaltigen, aber nur oberflächlichen Differenzen hatten diese großen Umwälzungen alle einen gemeinsamen Nenner, nämlich den Nationalstaat. Die Auseinandersetzungen durchbebten den iranischen Nationalstaat. Sie wurden über den Staat ausgetragen. Der Prozess der Nationalstaatsbildung ging während dieser konfliktreichen Zeit unaufhaltsam voran, ohne dass irgendeiner ihn revolutionär umzustrukturieren beabsichtigte. Diese Nationalstaatsbildung ist Ursprung und Ende der genannten Gegensätzlichkeit und der Auseinandersetzungen, die momentan aktueller denn je sind. Das herkömmliche Herrschaftssystem, welches sich erst im 20. Jh. zu einem modernen Nationalstaat zu transformieren versuchte, durchbohrte die soziale Formation und stellte alle bis dahin etablierten gesellschaftlich-politischen Räume auf den Kopf. Diese Umwälzungen werden bis in die Gegenwart von Konflikten begleitet, so dass der Verfasser dieser Arbeit dieselben als *historisch bedingte strukturelle Systemfehler* betrachtet. Diese Fehlentwicklungen sind spezifisch für das iranische Herrschaftssystem bzw. für den iranischen Nationalstaat. Obwohl sie einige Ähnlichkeiten mit Problemen von Nachbarländern wie etwa der Türkei aufweisen, unterscheiden sie sich sehr von einander.

Parallel zu diesen Umwälzungen im Inland wirkten sich die internationalen Kräfteverhältnisse stark auf die Geschehnisse im Iran aus. Der alte Iran wurde von einer derartig schnellen und zügellosen Umwälzung der Kräfteverhältnisse, einer Transformation des Herrschaftssystems im In- und Ausland überrascht. Solche Arten schneller und revolutionärer Umwälzungen sind typisch für die Herrschaftsgebiete in der Peripherie, die zu diesem Zeitraum der rapiden, globalen und kapitalistischen Expansion des Zentrums unterworfen waren und sich in einer Phase innergesellschaftlicher Umwandlung befanden. Das heißt, der Druck des Auslands wurde zusätzlich zu den treibenden revolutionären Kräften im Inneren auf das Land ausgeübt. Diese setzten neue und teilweise zügellose und zerstörerische Dynamiken in Gange – Dynamiken, welche sich von den Vorgängen der europäischen Vorbilder stark unterscheiden und auf die zeitgenössische Machthaber der Peripherie mit einem schnellen und unüberlegten Handeln reagierten.

Die Transformation des Herrschaftssystems im Zentrum (den Industrieländern) von der Feudalherrschaft bis hin zum modernen Nationalstaat dauerte mancherorts hunderte von Jahren. Der Übergang der Machtkonzentration aus der Hand von Feudalherren zu absolutistischen Monarchen und dann zum Nationalstaat ging mit der Entwicklung und Fortdauer des Kapitalismus einher und nahm teilweise mehrere Jahrzehnte in Anspruch, so dass solche Entwicklungen stets als Resonanz der Verschiebung von gesellschaftlichen

Kräfteverhältnissen betrachtet worden sind. D. h. im Zentrum waren die landesweiten gesellschaftlichen Klassen der Motor soziopolitischer Umwälzungen. Deshalb basierte jede Veränderung auf einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. So bedeuteten Veränderungen in den sozialen und politischen, aber auch ökonomischen Räumen, nicht bloße oktroyierte persönliche Vorlieben und Meinungen, sondern von breiten Massen getragene Kompromisse und Fortentwicklungen. Die Gesellschaft war der Motor solcher Entwicklungen und nicht deren Objekt.

Zwar gibt es selbst in den heutigen westlichen stabilen, demokratisch strukturierten Nationalstaaten (dem Zentrum) stets Regierungswechsel, dies ist jedoch kein Hinweis auf eine gesellschaftliche Instabilität dieser Länder, sondern nur ein Indiz für die noch funktionierende „westliche Demokratie“. Dabei bleiben im Westen der Staat und dessen Institutionen stets unberührt von politischen Umwälzungen.

Hingegen wurden im Iran mit jedem Herrschaftswechsel auch die Herrscher und Teile des Systems² ausgewechselt. Diese „Systemwechsel“ sind darauf zurückzuführen, dass die Herrschaftssysteme nicht in der Lage waren, einen tragfähigen Gesellschaftskonsens herbeizuführen. Vor jeder Umwälzung gab es eine sog. „gesamtnationale Krise“³, woraus sich die soziopolitischen Veränderungen speisten. Die Konstitutionelle Revolution ging aus der andauernden Krise der Kadscharenherrschaft hervor, die Herrschaft des Reza Schah aus der Gesamtnationalkrise während und nach der Konstitutionellen Revolution. Schließlich kam die Islamische Revolution durch die versteckte, aber wiederum das ganze Land umfassende Krise unter der Herrschaft Reza Schahs zustande.

Darüber hinaus ist dieser Zustand auf die labilen und primitiven gesellschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen. Die iranische Gesellschaft wurde innerhalb nur weniger Jahrzehnte, wenn nicht Jahre, mit neuesten Herrschafts- und Gesellschaftsformationen konfrontiert. Es ist eine echte Herausforderung für eine Generation sich mit Feudalherren, später mit dem absolutistischen Monarch und schließlich mit einem institutionellen Staat zu identifizieren. Jedoch führte jede Umwälzung dazu, dass die Schritte in Richtung Demokratie, Etablierung einer modernen Zivilgesellschaft, Stabilisierung der Wirtschaft etc. zurückgedrängt wurden. Jede dieser wechselnden Herrschaften hatte nämlich eine unterschiedliche Ideologie, Weltanschauung und Vorstellung in Bezug auf ihre Religion, auf Eigentum, Produktionsverhältnisse und Meinungsfreiheit. Jede neue Regierung bezeichnete das Vorgängerregime als „unfähig“ und versuchte die eigenen Vorstellungen in die Praxis

² Abgesehen von der Herrschaft des Muhammad Reza Schahs, der der Nachfolger seines Vaters wurde.

³ Vgl. Dimitroffs, Georgi, Aufsatz „Terroristische Diktatur“, Junge Welt vom 02.01.2012.

umzusetzen wie bspw. Reza Schah, der alle demokratischen Institutionen, wie etwa das mühsam durch die Konstitutionelle Revolution erkämpfte Parlament, zurückgedrängt hat.

Das Ziel vieler Herrscher (abgesehen von Khomeini) war es, das Land nach westlichem Muster zu „modernisieren“. Warum nach westlichem Muster? Weil eben „das Ideal des Staates seine Wurzeln in der europäischen Geschichte hat“.⁴ Die moderne Staatlichkeit, welche sich in einem historischen Komplex in Europa entwickelt hat, diente als Ideal für viele halbkolonialisierte und kolonialisierte Völker und diente selbst in der Gegenwart als Maßstab. Diese Herrschaftsform hat sich längst global verallgemeinert.⁵

Warum der iranische Nationalstaat im 21. Jahrhundert nach wie vor nicht in die Fußstapfen seiner westlichen Vorbilder treten konnte und kann liegt an diversen Faktoren, die in der vorliegenden Arbeit behandelt werden.

Insbesondere ist die chronische Instabilität des iranischen Nationalstaates zu untersuchen. Diese Instabilität hat ihren Ursprung zum Beispiel in den Bestrebungen einiger iranischer Völker sich vom Nationalstaat abzutrennen. Des Weiteren sind Massendemonstrationen, bewaffnete Auseinandersetzungen sowie Bestrebungen in Richtung einer Umwälzung der bestehenden Machtverhältnisse mit militärischen Mitteln vom In- und Ausland gemeint. Über hundert Jahre nach der Konstitutionellen Revolution ist es dem Staat nicht gelungen eine einheitliche Nation zu bilden, welche die Basis für jeden Nationalstaat ist. Den Staatsmännern fehlten der Wille und die Kraft, aus allen iranischen Völkern eine einheitliche iranische Nation zu bilden und diese im Staatsgerüst zu integrieren. Die Methoden, mit denen man in der Zeit der Konstitutionellen Revolution innerstaatliche Konflikte bekämpfte, sind nach all den Jahren immer noch dieselben, nämlich Gewalt und Repression, Ideologie und Homogenisierung.

In der vorliegenden Arbeit wird zunächst der strukturelle Aufbau des Nationalstaates im Allgemeinen dargelegt. Gemeint sind Mechanismen und Apparate, die ein Nationalstaat in Anspruch nimmt, um sich und eine einheitliche Nation überhaupt konstruieren und reproduzieren zu können. Dies ermöglicht es uns, den Staat als eine Kombination bzw. Zusammensetzung verschiedener Apparate und Institutionen darlegen zu können und nicht alles in der Person des Herrschers zu verbildlichen, Staat und Staatsführung also nicht gleichzusetzen. Die Zerlegung des Staates in Apparate, Institutionen etc. erleichtert wiederum die Identifizierung und Zuordnung unterschiedlicher, am Staat beteiligter Akteure und die jeweils dahinter steckenden Ideologien. Jedoch liegt das Hauptaugenmerk diesbezüglich auf

⁴ Schlichte, Klaus, Der Staat in der Weltgesellschaft, Campus Verlag, 2005, S. 85.

⁵ Ebd.

den strukturellen Fehlfunktionen, die sich eben aus der historischen Entstehung des Staates und dessen ursprünglichen Entwicklungen resultieren lassen. Anders gesagt geht es darum, herauszufinden, warum im Westen der Nationalstaat eventuell die Quelle vieler Fortschritte und Fortentwicklungen ist, hingegen mit Gründung des iranischen Nationalstaates anscheinend neue, bis dahin nicht wahrgenommene Probleme dem Land drohen.

Vorweg ist eine kurze, vergleichende Darstellung der bisherigen Forschungen anderer Autoren, Forscher und Beobachter erforderlich. Anhand solcher Vergleiche soll ein konstruktiver Lösungsweg präsentiert werden.

2. Schwerpunkt der Untersuchung und bisheriger Stand der Forschung

Seit mehreren Jahrzehnten bemühen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die gesellschaftlichen und politischen Probleme Irans zu erklären und Lösungswege zu präsentieren.

Bspw. galt der Iran während der Schahdynastie der Pahlavi (1921-1941 und 1941-1979) als herausragendes Beispiel für die Modernisierungstheorie. In dieser Zeit wurde dem Land seitens der USA und einiger westeuropäischer Staaten viel Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Sichtweise der Wissenschaftler veränderte sich demnach infolge der politisch-gesellschaftlichen Umbrüche, welche die Revolution von 1979 mit sich brachte. Das Hauptaugenmerk der Untersuchungen lag daraufhin auf den Strukturen und Institutionen der islamischen Republik und der durchgeführten Islamischen Revolution. Hierbei wurde teilweise in unzureichendem Maße untersucht wieso es überhaupt zu einer Islamischen Revolution kommen konnte, warum das Schahregime versagte und welche Rolle die verschiedenen, sog. nationalen Minderheiten in diesem Kontext gespielt haben. Demzufolge werden hier besonders Untersuchungen zu den folgenden zwei Themenfeldern berücksichtigt.

1. Die Krise des iranischen Nationalstaates und dessen historische Entwicklung seit der Konstitutionellen Revolution.
2. Heranziehung der materialistischen Staatstheorie in Kombination mit der Demokratie- und der Dependenztheorie auf der Suche nach einem gesellschaftskritischen Blickwinkel. Hierbei ist insbesondere der Zusammenhang zwischen dieser Theorie und dem Prozess der

Nationenbildung bzw. Marginalisierung anderer nichtpersischer nationaler Minderheiten im Iran ausschlaggebend.

3. Des Weiteren wird anhand der oben erwähnten Theorien (Dependenztheorie) die Rolle der Großmächte im Iran untersucht.

Mein erster Bezugspunkt ist die sog. Konstitutionelle Revolution von 1906 und die Bedingungen ihrer Entstehung. Diese Revolution hatte entscheidenden Einfluss auf die spätere Form des iranischen Staates. Diese Phase der iranischen Geschichte ist in der vorliegenden Arbeit definiert als der Zeitraum der Transformation von einer absoluten Monarchie hin zu einer repräsentativen Monarchie mit einem Parlament, welcher später den Weg für die Gründung des Nationalstaates ebnete. Dieser Zeitabschnitt ist der erste Schritt der Nationalstaatsbildung. Eine Untersuchung der beteiligten Faktoren und ihrer gravierenden Einflüsse auf die Form des Nationalstaates. Zugleich vollzogen sich zu jener Zeit die ersten, im Keim erstickten Versuche der Bildung einer modernen Zivilgesellschaft. Die konstitutionelle Revolution im Iran wurde von vielen Autoren umfassend analysiert. Sie wurde jedoch von keinem als Basis für den darauf folgenden Nationalstaat angesehen, sondern aus anderen Blickwinkeln untersucht. Darüber hinaus wurde die Rolle der oben genannten Faktoren nicht entsprechend herausgearbeitet. Meiner Ansicht nach hätte sich jedoch ohne die konstitutionelle Revolution die Entstehung des Nationalstaates um viele Jahre verschoben. Selbst die Struktur des Staates wäre unter Umständen anders geprägt. Darauf komme ich im späteren Verlauf zurück.

Man findet umfangreiche Studien von Marvin, Tabatabai, Steinbach, Schirazi, Schahroudie, Khosrozadeh, Atabaki, Katuzian, Tawakoli, Mahrad, Parvizi Ameneh, Towfigh und vielen anderen Autoren, die sich dem Iran und der konstitutionellen Revolution widmeten. Insbesondere zwischen der Dissertation von Towfigh und den Studien von Mehdi Parvizi Ameneh sowie Ansichten von Atabaki, der die Staatsbildung im Iran unter dem Gesichtspunkt der globalen Expansion des Kapitalismus darstellt, sowie der Monographie von Homa Katuzian kann man Parallelen ziehen. Sowohl Towfigh als auch Parvizi Ameneh und Katuzian versuchen den iranischen Nationalstaat zu analysieren. Diesen Versuch unternehme ich auch in der vorliegenden Arbeit, jedoch durch andere Theorien und aus anderer Sichtweise. Der Schwerpunkt der Arbeit von Towfigh liegt auf der Relevanz der Produktionsverhältnisse für die Staatsform. Parvizi Ameneh geht dabei eher auf die relevante Rolle des expandierenden westlichen Kapitalismus ein und analysiert die Staatsbildung im Iran vorwiegend und einsichtig als Folge dieser Expansion. Katuzian legt das Hauptaugenmerk seiner Untersuchung auf die ökonomischen Belange des Landes, vor allem auf das Öl und dessen Rolle. Ich werde

hingegen, wie im weiteren Verlauf zu sehen sein wird, auf alle Faktoren eingehen, die für die Bildung des iranischen Nationalstaates von Bedeutung waren und sind. Darüber hinaus werde ich die Demokratietheorie von Moore mit einbeziehen. Diese ermöglicht uns zusätzliche Einblicke in damalige Geschehnisse, die bislang unerforscht geblieben sind – die Bildung von diversen Koalitionen und Gegenkoalitionen, mit welchen ich mich in der vorliegenden Arbeit intensiv auseinandersetzen werde.

Towfigh geht dabei weit in die Geschichte des Landes und dessen Produktionsverhältnisse zurück und analysiert diese. Er versucht die Entwicklungen im Iran aus einer modernisierungstheoretisch-kritischen Sicht darzustellen. Die Gemeinsamkeit zwischen der vorliegenden und seiner Dissertation besteht u.a. darin, dass er die soziopolitischen, zur Zeit der Nationalstaatsbildung am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts herrschenden Verhältnisse für die Bildung eines Nationalstaates in Persien für defizitär hält. Ihm zufolge gibt es selbst heute keine eindeutige Ähnlichkeit zwischen den gesellschaftlichen, politischen sowie ökonomischen Verhältnissen im Zentrum und denen der Peripherie.⁶ Da es bei der Gründung des Nationalstaates keine Unternehmerklasse gab, die die Produktionsbedingungen modernisierte, mussten Institutionen des Staates einspringen. Daraus ergibt sich für diesen eine Doppelfunktion als Administration und als Unternehmer.⁷ Mehdi Parwizi Amineh beschreibt dies als „Hobbesschen Staat“ und bezeichnet damit das Fehlen unterschiedlicher Klassen innerhalb der iranischen Gesellschaft und das Bestreben des Staates diese Klassen zu erschaffen oder zu ersetzen. Diesen Prozess nennt er, in der Anlehnung an Gramsci, „Passive Revolution“. Seiner Ansicht nach ist die passive Revolution ein typisches Merkmal für die in der Peripherie fehlentwickelte Staats- und Gesellschaftsform des Iran.⁸

Des Weiteren analysiert Towfigh die Geschichte des Irans und kommt dabei, wie andere Autoren auch, zu dem Schluss, dass die jetzigen gesellschaftlich-politischen Probleme des Irans nur in Ansätzen mit der Bildung des Nationalstaates zu tun haben könnten. Vielmehr sieht er den Prozess der Nationalstaatsbildung als einen historischen Entwicklungsprozess, der maßgeblich von den Kolonialmächten oktroyiert wurde. Ihm zufolge sind alle Entwicklungen in unterschiedlichen Ländern der sog. kolonisierten Welt von den Kolonialherren determiniert und nahezu gleich.⁹ Dabei übersieht er jedoch meines Erachtens, dass zum Teil tonangebende Kräfte des jeweiligen kolonisierten Landes die nationalstaatliche Unabhängigkeit erst initiierten. Diese einheimischen Kräfte profilierten sich mit der Staatsgründung zum Zentrum

⁶ Vgl. Ebrahim Towfigh, *Modernisierung und postkoloniale Herrschaft in Iran, Versuche über den Staat*, Frankfurt am Main 2000, S. 41.

⁷ Vgl. ebd. S. 51.

⁸ Mehdi Parwizi Amineh, *Die globale kapitalistische Expansion und der Iran*, S. 4.

⁹ Vgl. Towfigh, S. 51.

der Peripherie.¹⁰ Sie sahen den Nationalstaat primär als ein Instrument zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen. Darüber hinaus behauptet Towfigh, dass jedes unabhängig gewordene Land das Staatsmodell der „eigenen“ Kolonialmacht als Form und Struktur für den eigenen angestrebten Staat übernommen hat.¹¹ Im Gegensatz zu Towfighs Darstellung wurde der Iran in seiner Geschichte nie direkt kolonialisiert und die Herrscher des Landes vertraten stets den Anspruch an den Iran als Regionalmacht, und nicht den der Kopie irgendeiner Staatsform. Hinzu kommt der Aspekt, dass in dieser Region die Staatsbildung in völlig unterschiedlichen Zeitepochen stattgefunden hat. Darauf wird anschließend ausführlich eingegangen.¹²

Dennoch hatte das Zentrum meines Erachtens einen großen negativen Einfluss auf die Struktur des iranischen Staates, nämlich als zentralistischer Staat einer einzigen Nation, der der schiitischen Perser. Für die meisten Völker der kolonialisierten Welt war und ist nach wie vor Nationalstaatlichkeit an sich das Vorbild, mitunter auch die Grundgedanken für die Entstehung eines demokratischen, föderalen Systems wie auch der Entstehung eines starken und zentralisierten Nationalstaates. Das Zentrum bemühte sich diesbezüglich, insbesondere im Iran einen zentralistisch vom Militär dominierten Nationalstaat herzustellen. Damit verfolgten sie ihre eigenen Interessen, um zum Beispiel den Kommunismus zu bekämpfen und dessen Expansion zu stoppen, die einheimische nationalistisch oder demokratisch geartete Opposition in die Knie zu zwingen, die Ausbeutung der Bodenschätze zu vereinfachen und vor allem, um die Erdölproduktion problemlos fortsetzen zu können.

Der Iran war zwar eine strategische Einflusszone von Russland (später der Sowjetunion), Großbritannien und nach dem Zweiten Weltkrieg der USA, aber diese Vorbilder lassen sich nicht in einem einzigen Staatsmodell miteinander verbinden. Diese Vorbilder waren ideologisch sowie strukturell sehr gegensätzlich. Diese Gegensätzlichkeit und die dem Iran vorgeschriebenen gegensätzlichen Staatsformen führten zu einer Verwirrung, die einige Zeit später von Khomeini zum Ausdruck gebracht wurde, indem er seinen eigenen Weg einschlagen wollte, nämlich „weder westlich noch östlich, sondern eine islamische Republik“.¹³

¹⁰ Johan Galtung unterteilt die Welt in Zentrum und Peripherie und beide in sich wiederum in Zentrum und Peripherie, so dass das Zentrum ein Zentrum und eine Peripherie hat und die Peripherie ebenso. Mit Zentrum sind die so genannten „entwickelten Länder“ bzw. die Industriestaaten gemeint und mit der Peripherie die sog. „unterentwickelten Länder“. Die Machthaber in beiden Ländergruppen verkörpern das Zentrum und die Unterdrückten bzw. der Rest ist die Peripherie.

¹¹ Vgl. Towfigh, S. 52.

¹² Vgl. Kapitel III der vorliegenden Arbeit.

¹³ Mit dem Westen sind die westlichen Demokratien und mit dem Osten der Staatssozialismus der Sowjetunion gemeint.

Für die gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen gab es für die Iraner kein Vorbild in einer konkreten Kolonialmacht, die eigene Werte durch Kolonialisierung übertragen konnte. Vielmehr wurden die geschichtlichen Veränderungen Europas aus der Ferne betrachtet und setzten die iranischen Herrscher unter einen Handlungszwang.

Für die Darlegung der Rückständigkeit des Irans ist sein Status als Vielvölkerstaat von enormer Bedeutung. Denn für die Bildung des Nationalstates nach der materialistischen Staatstheorie bleiben die nationalen Minderheiten in der Regel auf der Strecke. Im vorliegenden Fall sind „Genozide“, „kulturelle Genozide“ sowie die Unterdrückung der nichtschiiitisch-persischen Völker und Kulturen die relevanten Faktoren, welche den Prozess der Nationalstaatsbildung erheblich geschwächt haben. Mithin hat der iranische Staat, indem er die Rechte der Minderheiten nicht berücksichtigt hat, Konflikte mit initiiert und kontraproduktiv gearbeitet. In diesem Kontext wird das Schicksal des kurdischen und das des aserbaidzhanischen Volkes als Beispiel dargelegt. Die ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalstaat seitens der nicht in den neugegründeten Nationalstaat integrierten Völker, Kulturen und Religionen wiederum führte seitens der „Staatsmacht“ zu Genoziden, Massenmorden an politischen Gruppierungen bzw. ethnischen Minderheiten und einer Unterentwicklung der Regionen der nationalen Minderheiten. Diesbezüglich kann man Parallelen zur Staatsgründung der Jungtürken unter Führung Mustafa Kemals, genannt Atatürk, ziehen. Diese ging mit dem Völkermord an Armeniern und Kurden in der Türkei einher. Im Iran ging die Gründung des Nationalstaates mit dem Mord an Kurden und Aseritten einher. Khomeini erließ 1979, direkt nach der Machtergreifung, eine Fatwa, wonach Kurden ungläubig wären und deren Eliminierung unausweichlich. Eine solche Analyse des Staates gibt es unter den Irankennern bislang nicht. Die materialistische Staatstheorie ermöglicht es einem, zunächst den Staat in verschiedene Institutionen zu zerlegen. Methodisch konzentriert sich die vorliegende Arbeit auf die Staatstheorie, wobei die anderen zwei Theorien ebenso an jedem Ereignis übertragen werden. Diese werden im nächsten Teil der Arbeit zunächst grundsätzlich erklärt und dann in Zusammenhang mit dem Iran gebracht.

Towfighs These ist stark ökonomisch, so dass er anderen Aspekten kaum Aufmerksamkeit schenkt. Für die erfolgreiche Bildung eines Nationalstaates ist nach Towfigh ausschließlich zunächst die Existenz der Arbeiter und der Produktionsmittelbesitzer (etwas, das er „Lohnarbeitsverhältnis“ nennt) maßgebend, da diese zwei Schichten die Zirkulation und Verwertung des Kapitals erst ermöglichen. Alle anderen Akteure innerhalb eines hergestellten Territoriums werden vom Staat als „wertlose Umwelt“ betrachtet. Diese Umwelt wird aus fast

allen Bereichen sozialer Maßnahmen des Staates ausgeschlossen.¹⁴ „Damit stößt das Projekt ‚Nation-building‘ spätestens hier an unüberwindbare Schranken. Die zeitaufwendigen und kostenintensiven, staatlich initiierten Maßnahmen zur Nationenbildung greifen zu kurz, da sie durch Homogenisierung und Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse und erfahrbare substantielle Sicherung der Reproduktionsgrundlagen der Bevölkerung nicht unterfüttert sind. Die anvisierte ‚vorgestellte Gemeinschaft‘ verkommt mehr oder minder zu einer bloßen Fiktion.“¹⁵ Er lässt alle anderen, viel wichtigeren Probleme der vorgenommenen Nationenbildung des Staates, wie etwa die Existenz unterschiedlicher Nationalitäten innerhalb eines Staatsterritoriums außer Acht und beschränkt sich auf die Relevanz von Waren- und Kapitalzirkulation. In einem Land wie dem Iran spielten und spielen bspw. ethnische und religiöse Differenzen eine viel wichtigere Rolle im nation- building als etwa die Aneignung des Mehrwerts. Mithin analysiert Towfigh den Nationalstaat allein anhand der sozialen Strukturen Irans, ohne auf die Besonderheiten und Probleme einzugehen, die allein ethnischer Natur sind. Für das Zustandekommen eines Nationalstaats bedarf es meines Erachtens entweder einer Staats- oder einer Willensnation.¹⁶ Da zur Zeit der Nationalstaatsbildung im Iran nicht von einem freien Willen zur Gründung eines Nationalstaates ausgegangen werden kann, kann es sich ergo nur um eine Staatsnation handeln, d.h. erst wird der Staat gegründet, der dann die auf seinem Territorium lebenden Menschen zu „seinem“ Staatsvolk macht. Zu diesem Phänomen äußert sich bislang keiner der oben erwähnten Autoren. Die vorliegende Arbeit jedoch beschäftigt sich damit in den Abschnitten zu Reza Schah intensiv.

Katuzian plädiert in seiner Untersuchung¹⁷ eher für das Basis-Überbau-Modell, in welchem der Staat als politische Ebene völlig unabhängig und räumlich getrennt vom Volk betrachtet wird. Er sieht den iranischen Nationalstaat in seinen Ursprüngen im Gegensatz zu seinen westlichen Vorbildern als eine vom Staatsvolk unabhängige Organisation, die zwar über das Staatsvolk herrscht, jedoch für seine Legitimation und Weiterexistenz nicht darauf angewiesen ist. Denn aufgrund der reichlichen Öleinnahmen des Landes nimmt die Herrschaft z.B. keine Steuern

¹⁴ Vgl. Towfigh, S. 53.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Als Willensnation bezeichnet sich ein Staat im Sinne einer voluntaristischen, also bewusst gewollten Gemeinschaft von ansässigen Bürgern unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Das verbindende „Zusammengehörigkeits- und Identitätsgefühl“ (Gemeinschaftsgefühl) hat sich dabei nach sozialpsychologischen Gesichtspunkten entwickelt. Es ist somit kein Indiz für ein Volk, das durch gemeinsame Sprache und Kultur miteinander verbunden ist. In einer Willensnation leben zwar ethnisch verschiedene einheimische Volksgruppen, die sich aber dem gemeinsamen Staatswesen, dem Vielvölkerstaat, zugehörig fühlen. Diese Länder werden in diesem Sinne auch als Staatsnationen bezeichnet. Wikipedia, Stand vom 18.10.2011.

¹⁷ State and Society in Iran: The Eclipse of the Qajars and the Emergence of the Pahlavis (Library of Modern Middle East Studies). Tauris I B, Oktober 2006.

vom Volk. Hingegen leben viele Menschen von der staatlichen Wohlfahrt. Das Volk, welches als Unterbau aus der Macht und vom Reichtum des Landes ausgeschlossen ist, ist auf staatliche Subventionen, Hilfen und Kredite angewiesen. Deshalb kann das Volk den Staat nicht zur Rechenschaft ziehen.

Die analytische Fehleinschätzung bei Katuzian ist, dass er ein konservatives und strikt klassisches Verständnis des Staates zugrundelegt. D.h. er betrachtet den Staat losgelöst zum einen von der Wirtschaft und zum anderen von der Zivilgesellschaft. Denn ein Staat, der ihm zufolge unabhängig von den Steuern und Abgaben des Volkes existenzfähig ist, kann nur noch despotisch werden. Dieser Weg sei sogar teilweise eine historische Determination, der jeder Staat dieser Art unterworfen sei.

Ein weiterer Unterscheidungspunkt zwischen der vorliegenden Untersuchung und den bisherigen Untersuchungen des iranischen Nationalstaates liegt darin, dass ich die Theorie von Barrington Moore für die vorliegende Arbeit mit einbezogen habe.¹⁸ Diese Theorie eröffnet uns neue bislang unerforschte Aspekte. Dabei liegt hier das Hauptaugenmerk auf der Bildung von Koalitionen und Gegenkoalitionen, welche für die Bildung des Staates wichtig waren. Diese werden sowohl für die Zeit der Konstitutionellen Revolution als Ursprung der Staatsbildung im Iran als auch im weiteren Entwicklungsverlauf, nämlich für die Zeit des Reza Schah und der islamischen Republik, berücksichtigt. Das Ziel ist, hierdurch ein neues Licht auf den Prozess der Staatsbildung zu werfen, indem man unterschiedliche Koalitionskräfte herausarbeitet, welche Interesse an einem Nationalstaat hatten, obwohl diese teilweise komplett unterschiedliche Ideologien und Weltanschauungen hatten. Dieser Versuch wurde bislang von keinem Forscher unternommen. Mehr dazu finden wir in dem Teil der Demokratietheorie (siehe unten, Theorien/ Demokratietheorie).

Anhand der bestimmten Methodik wird im nächsten Teil der Arbeit versucht die Problematik wissenschaftlich darzulegen und den Ursachen auf den Grund zu gehen. Dabei werden, wie oben angedeutet, die materialistische Staatstheorie von Poulantzas und die von Benedict Anderson, die Demokratietheorie von Moore sowie die Dependenztheorie eine wichtige Rolle spielen.

¹⁸ Barrington Moore war ein amerikanischer Soziologe und Politikwissenschaftler, der von 1923 bis 2005 lebte.

3. Methoden der Forschung

3. a. Die theoretischen Rahmenbedingungen sowie die Methode der Untersuchung

„In den Prozessen der europäischen Staatsbildung kam der bürgerlichen Gesellschaft die Aufgabe zu, einen bereits etablierten Territorialstaat zu modernisieren (...) in den Gesellschaften der Dritten Welt ist die bürgerliche Gesellschaft, als die Differenz welche zwischen die Familie und den Staat tritt, hingegen nur in Ansätzen entwickelt. Deshalb ist politische Herrschaft in der Dritten Welt eingebettet in ein soziales Gefüge, das anderen Logiken folgt, als denen der bürgerlichen Gesellschaften (...). Anders als in entwickelten kapitalistischen Verhältnissen besteht Politik in den Regionen der Dritten Welt nur selten aus Verhandlungen formal organisierte Interessen“.¹⁹

Genau aus diesem Grund wird die Vorgehensweise der Analyse unseres Untersuchungsgegenstandes, des iranischen Staates, von anderen Methoden geprägt als eine bloße Staatstheorie.

Das Hauptziel der vorliegenden Arbeit besteht daran, die wichtigsten Probleme des iranischen Nationalstaates, welche die Gegenwart bestimmen, jedoch ihren Ursprung in der Historie sowie in der historischen Entwicklung der iranischen Gesellschaft haben, zu analysieren. *Da die Probleme der iranischen Gesellschaft sich bereits seit langer Zeit verfestigt haben und immer wiederkehren, nennen wir sie strukturelle Fehlentwicklungen. Diese sind jedoch nicht anhand einer einzigen Theorie zu ergründen.* Hinzu kommt, wie aus dem oben aufgeführten Zitat hervorgeht, dass die Problematik der Staaten des Nahen Ostens anders ist als die in den westlichen Ländern. Obwohl der iranische Nationalstaat sich institutionell und organisatorisch nicht grundsätzlich von seinen westlichen Vorbildern unterscheidet, ist er dennoch mit einer anderen Art bürgerlicher Gesellschaft konfrontiert. Deshalb vermeidet es der Verfasser dieser Arbeit, sich lediglich auf eine einzige Theorie zu beschränken.

Um den iranischen Nationalstaat analysieren zu können, brauchen wir passende Theorien. Wir werden folgende drei Theorien anwenden.

Zunächst wird versucht den strukturellen Aufbau eines jeden Staates allgemein darzustellen, denn wir betrachten den Iran als einen Staat, der sich als Nationalstaat versteht und der Teil der Staatengemeinschaft ist. Dieser Staat teilt viele Gemeinsamkeiten mit anderen Staaten der Gemeinschaft. Wir brauchen keine gesonderte Theorie des islamischen Staates, da der Aufbau des Staates im Iran, wie noch zu zeigen ist, den anderen Nationalstaaten sehr ähnelt. Diese allgemeine bzw. die materialistische Staatstheorie wird aber dann auf den iranischen Staat übertragen. Zweck dieser Anwendung ist es, zu zeigen, wie der iranische Nationalstaat

¹⁹ Schlichte, S. 102.

aufgebaut ist und nicht zuletzt wie er sich stets reproduziert und welche Staatsapparate dabei eine relevante Rolle spielen. Die materialistische Staatstheorie bildet somit den ersten Theorieteil der vorliegenden Arbeit.

Des Weiteren werden beteiligte Akteure im Inneren des Irans, welche die Hauptrolle bei der Bildung des Staates Iran gespielt haben, herangezogen. Damit sind vor allem Parteien und Kräfte im Iran gemeint, welche sich als solche etabliert haben. Diese Kräfte sind bislang bei jeder politischen Umwälzung beteiligt gewesen. Es ist zum Beispiel wichtig, herauszufinden, welche Kräfte die Konstitutionelle Revolution auslösten und trugen, oder welche Kräfte und Koalitionen ein Interesse daran hatten, dass Reza Schah eine starke nationale Armee bildete. Der Blick richtet sich also auf die Bildung von verschiedenen Allianzen und Gegenkoalitionen, welche zu bestimmten Zeiten historische Momente der Staatsbildung im Iran beinhalten. Hierfür ist die Demokratietheorie B. Moores am besten geeignet. Anhand der Demokratietheorie wird zum Beispiel gezeigt, welche Kräfte sich einigten die Konstitutionelle Revolution durchzuführen. Diese Kräftekoalitionen sind zugleich ein Indiz für die Herausbildung der darauffolgenden Staatsform. Die wichtigsten drei Epochen der iranischen Staatsbildung werden dann unter diesem Aspekt untersucht, nämlich die Konstitutionelle Revolution von 1906, die Machtübernahme Reza Schahs im Jahre 1925 und die Islamische Republik seit 1979. Auf die Epoche Mossadeqs wird nur flüchtig eingegangen, da seine Regierung nur ca. zwei Jahre existierte. Wir untersuchen die beteiligten Kräfte, welche sich in Form von Koalitionen und Gegenkoalitionen organisiert haben, bei jeder Umwälzung.

In einem weiteren Schritt werden verschiedene Faktoren, welche von Anfang an den iranischen Staat als ausländische Kräfte beeinflusst und ihn eventuell in die falschen Bahnen gelenkt haben, unter die Lupe genommen. Dies bildet den nächsten Teil der Arbeit und wird mithilfe der Dependenztheorie untersucht. Das Interesse der Engländer und US–Amerikaner, aus dem iranischen Nationalstaat einen „Polizisten“ zu bilden, der ihr Interesse in der Region und vor allem gegen den russischen Kommunismus verteidigt, hat die Entwicklung des Irans in eine unvermeidbare militärische Schiene geleitet. Genauso hat die drohende Einflussnahme der Russen dazu beigetragen, dass im Iran Stimmen für einen starken und zentralistisch-nationalistischen Staat laut wurden. Die Resonanz solcher Politiken ist die Verschuldung des Landes, Ausbeutung seiner Rohstoffe und Bodenschätze und nicht zuletzt die ewige Herrschaft militärisch gesinnter Menschen und Gruppierungen über das Land. Diese Entwicklung lässt sich bereits zu der Zeit der Konstitutionellen Revolution beobachten und vollzieht sich ununterbrochen bis zur islamischen Republik.

Eine geschichtliche Darlegung der Ereignisse wird uns während des kompletten Hauptteils (Kapitel II) begleiten müssen, da sonst eine Rekonstruktion der Ereignisse und die Übertragung der Theorien nicht möglich ist.

Die Analysen beruhen auf der Prämisse, dass sich der iranische Nationalstaat als ein Verhältnis aus den damaligen unterentwickelten Gesellschaftsverhältnissen herausbildete. Seine ursprüngliche Entwicklung hat dieser Staat bis heute beibehalten. Obwohl die Machthaber heute den iranischen Nationalstaat als einen islamischen Staat bezeichnen, hat sich an dem Wesen des Staates wenig bis nichts verändert. Die Kräftekonstellationen, welche sich innerhalb des Staates manifestieren, sind jene, die wir aus der Geschichte der Konstitutionellen Revolution kennen. Bereits damals haben sich diese Koalitionen und Gegenkoalitionen gebildet. Diese bestimmen noch immer, nach mehr als hundert Jahren, die Gestalt des iranischen Nationalstaates. Die damaligen ungünstigen Umstände ließen keine Korrekturen des Staates zu, so dass man die Missstände, welche zu dieser Fehlentwicklung führten, nicht beseitigen konnte. So erscheinen uns diese Fehlentwicklungen als unüberwindbare Schranken, welche nur schlagartig bzw. revolutionär gesprengt werden können. Der Grund, weshalb man in so eine Sackgasse geraten ist, ist dass der Staat (mit der politisch-ökonomischen Herrschaft einer kleinen Minderheit) der Gesellschaft (Basis/Volk/Mehrheit) stets als Hemmnis im Wege stand. Er verhinderte seine eigene Durchdemokratisierung, nämlich die Demokratisierung des Staates und seiner Organe durch die Gesellschaftsbewegung und durch Gesellschaftskräfte von unten. Diese Form von Nationalstaat verhinderte die Emanzipation und die Integration der Mehrheit des Volkes. Er abstrahierte sich kontinuierlich von der Mehrheit der Gesellschaft, indem er sich von ihr unabhängig fühlte und indem er sie in seinen Transaktionen und politischen Praktiken nicht miteinbezogen hat. Die damals für das persisch-schiitische Volk günstigen Umstände ermöglichten ihm seine dominante Rolle als Inhaber des Staats und Lenker der Staatsmacht. Bei dem iranischen Nationalstaat fehlt es an Integration der nicht-schiitischen, nichtpersischen Mehrheit, welche wir als nationale Minderheiten bezeichnen werden. Der Staat handelt als sei er auf die Legitimation der breiten Massen nicht angewiesen. Aus diesem Grund gewährt er nur bestimmten Volksgruppen, bestimmten Klientel Zugang zu seiner organisatorischen Struktur. Diese Sprache des Staates wird in alle sozialen Praktiken eingeschrieben.

Die gesellschaftlichen Akteure hingegen verhinderten eine sog. „Durchstaatlichung“ der Gesellschaft, als Reaktion auf das Fehlverhalten des Staates ihnen gegenüber. Sie lässt sich nicht vom Staat vereinheitlichen, bürokratisierend erfassen. Damit wird die Erfassung dieser Akteure durch die Apparate des Staates verhindert und somit staatliche Spielräume eingeschränkt. Dies wird anhand des Beispiels nationaler Minderheiten beschrieben. Diese

versuchen zum Beispiel die staatlichen Apparate durch lokale und traditionelle Organisationen zu ersetzen. Ein Kurde versucht gegen den Staatswillen seine Muttersprache Kurdisch zu lernen und seine nationale Tracht anzuziehen. Der Staat hingegen versucht das Persische als Amtssprache im ganzen Land durchzusetzen. *Der Staat hat ein Interesse daran, dass alle Bürger „gleich aussehen“ und nicht, dass alle Bürger gleiche Rechte haben.* Da die staatlichen Schulen nur das Lernen der persischen Sprache anbieten, versuchen die kurdischen Parteien, Organisationen und Vereine, die Rolle des Staates in dieser Hinsicht zu übernehmen. Somit bilden sich Parallelorganisationen zu den Staatsapparaten, welche den Menschen die kurdische Sprache beibringen und bei der einheimischen Bevölkerung auf viel mehr Akzeptanz stoßen. Diese Parallelität hinterlässt ein Gefälle, welches tagtäglich den Staat erodiert. Dies verursacht wiederum ernstzunehmende Krisen, welche ohne Zweifel den Nationalstaat in der heutigen Form zum Zerfall bringen könnten.

Andererseits scheitert eine Durchstaatlichung der Gesellschaft an begrenzten Möglichkeiten und kleinen Handlungsspielräumen des Staates. Er ist gar nicht imstande gewesen alle lokalen und regionalen Akteure und deren gesellschaftlichen Subsysteme (d.h. nationale und religiöse Minderheiten, welche bis dahin ein gut funktionierendes, autonomes Selbstverwaltungssystem hatten) abzulösen, weil er es nicht wollte und nicht konnte. „Denn die Staaten der Dritten Welt haben sich nirgends zu Agenturen entwickelt, die ihren Bevölkerungen für den Verlust der alten sozialintegrativen Instanzen Ersatz anbieten konnten. Weder Sicherheit vor physischer Gewalt, noch soziale Sicherheit oder wenigstens eine Regulierung wichtiger Lebensbereiche wie des Arbeitsleben konnten durchgängig erreicht werden“.²⁰

Im Iran sind am intensivsten die sog. „nationalen Minderheiten“ (wie oben erwähnt als Subsysteme und zugleich Gesellschaftsakteure) vom Prozess der Durchstaatlichung verschont geblieben: Zum ersten, weil ihre räumliche Distanz zum Zentrum der Umwälzungen die Integration in die neue Gesellschaftsformation verhinderte; zum zweiten hatte der Staat in diesen Gebieten mit festgefahrenen soziopolitischen sowie herrschaftlichen Strukturen und Subkulturen zu kämpfen; zum dritten weil der zentrumsfixierte Nationalstaat nicht imstande war, das komplette Staatsterritorium gleichzeitig zu erobern und zu durchstaatlichen und als letztes weil der Staat sich als Elitenstaat betrachtete und eine Durchdringung mit nichtpersischen, nichtschitischen Völkern und damit nicht zur Elite gehörenden Gruppen systematisch vermeiden wollte. Die nationalen Minderheiten konnten in das Gerüst des Staates nicht integriert werden. Sie wurden hingegen zur Zielscheibe der Repression und Staatswillkür.

²⁰ Schlichte, S. 238.

Sie wurden von Anfang an zum Staatsfeind erklärt und von allen Herrschern und mit allen Mitteln bekämpft.

Um diesen Problemen auf den Grund gehen zu können, brauchen wir einen tiefen Rückblick in die iranische Geschichte; in Momente, in denen wir die Spuren dieser Fehlentwicklungen zurückverfolgen können.

Für die Behandlung der oben ausgeführten Problemfelder werden folgende Theorien herangezogen:

- 1.1. Materialistische Staatstheorie (Nicos Poulantzas/Benedict Anderson)
- 1.2. Theorie der Demokratie (Barrington Moore)
- 1.3. Dependenztheorie (Johan Galtung)

3. b. Materialistische Staatstheorie

Die materialistische Staatstheorie, welche vor allem durch linksorientierte Forscher in der ersten Hälfte des 20. Jh. entwickelt wurde, widerspricht dem metaphysischen und göttlichen Ausgangspunkt aller Herrschaftssysteme und führt diese auf gesellschaftlich-materielle Verhältnisse zurück; auf Gesellschaften, welche durch den Kapitalismus neu entdeckt und auch durch ihn eine neue Form annehmen; eine neue Gestalt einheitlicher Gemeinschaften, nämlich Nationen. Obwohl die materialistische Theorie als eine Theorie der Nation und des Nationalismus sehr vielfältig ist, geht es in der vorliegenden Untersuchung v.a. darum, herauszuarbeiten wie im Kapitalismus eine Nation, welche die Basis für den Nationalstaat in sich verkörpert, zustande kommt.

Des Weiteren besagt die materialistische Staatstheorie, dass es keine gottgegebene Herrschaft gibt. Sie besagt, dass Herrschaft oft nur durch Ausbeutung und Unterdrückung einiger Menschen durch einige andere Menschen zustande kommt. Man schafft eine Nation, welche von Terminologien wie Brüderlichkeit und Kameradschaft geprägt ist. Diese Terminologien helfen den Gemeinschaftsmitgliedern den Schmerz der Unterdrückung und des Klassenkonflikts zu ertragen.

Des Weiteren besagt sie, dass der Staat kein gottgegebenes Geschenk an die Menschen, sondern eher eine Institution der kapitalistisch strukturierten Gesellschaften ist. Diese Institution steht im Dienste der Kapitalisten, welche stets eine kleine Menge der Gesellschaft ausmachen. Die Mehrheit der Gesellschaft ist natürlich auch durch diesen Staat repräsentiert, jedoch nur indirekt.

Darüber hinaus besagt die materialistische Staatstheorie, dass nicht Gott für den Erhalt des Nationalstaates zuständig ist. Die Garanten für den Erhalt des Staates sind einige Mechanismen und Staatsapparate, welche für die tagtägliche Reproduktion des Staates zuständig sind. Die Staatsapparate sind etwa das Gewaltmonopol des Staates (Militär, Polizei etc.) und die ideologischen Apparate der herrschenden Klassen wie etwa Kirchen, Moscheen, Schulen und Wohlfahrtsorganisationen. Aber auch die ökonomische Überlegenheit der Kapitalisten wird tagtäglich vom Staat reproduziert. Nicht zuletzt sind Begriffe wie die Nation und die gemeinsame Sprache sowie einheitliche Kultur und Tradition oder ein einheitlicher Wirtschaftsraum für den Erhalt des Staates zuständig. So versucht die materialistische Staatstheorie Gott von seinen Aufgaben zu entlasten. Ab diesem Zeitpunkt werden nämlich die Misserfolge des Staates nicht mehr Gott zugeschrieben, sondern dem Staatspersonal und der Regierung.

Es stellt sich jedoch die Frage, welcher Zusammenhang zwischen der materialistischen Staatstheorie und einem iranisch-islamischen Nationalstaat besteht. Wie kann diese Theorie, die für die Beschreibung der vom Kapitalismus dominierten Herrschaftsverhältnisse in westlichen Staaten gedacht ist, die herrschenden Verhältnisse im Iran, in einem islamisch geprägten Land, erklären? Zudem basiert die materialistische Staatstheorie von Poulantzas auf einem Klassenkampf, welchen man in dieser Art selten außerhalb der Industriegesellschaften findet, da es laut ihm solche Gesellschaftsklassen fast ausschließlich in den hochentwickelten Industrienationen gibt.

Ferner ist die materialistische Staatstheorie eine gesellschaftskritische Theorie, welche selbst den Staat in dessen fortgeschrittener Form im Westen Europas als etwas Negatives in Frage stellt. Nach der materialistischen Staatstheorie kann der westliche Staat keine Vorbildfunktion für andere Staaten haben, da dieser selbst fehlerhaft und sehr widersprüchlich sei. Jedoch ist der Verfasser der vorliegenden Arbeit der Meinung, dass wir trotz aller Fehlentwicklungen des westlichen Staates kein, ja nicht einmal ein annähernd mit ihm vergleichbares, reell existierendes Phänomen haben. Aus dem Grund, dass dieser fehlerhafte Staat vielerorts doch als Vorbild genommen wurde, sind wir mehr oder minder gezwungen, ihn als Vergleichsmaßstab zu nehmen.

Die Anwendung der materialistischen Staatstheorie rechtfertigt sich durch zwei weitere triftige Faktoren. Zum einen sind Nationalstaaten trotz all ihrer Differenzen gleicher Natur, unabhängig von ihrer räumlichen Distanz. Die materialistische Staatstheorie hat den Anspruch Nationalstaaten aller Art zu beschreiben, unabhängig von den Regierungen. Hierbei geht es um die Analyse der staatlichen Institutionen und Apparate. Es geht um die Darlegung der getarnten

Zusammenhänge, welche sich hinter der Maske des Nationalstaats verstecken. Die Idee des Nationalstaates setzt z. B. die Existenz einer einheitlichen Nation voraus, welche eine gemeinsame Sprache, gemeinsame Tradition sowie gemeinsame Kultur und Wertvorstellungen hat. Die materialistische Staatstheorie hingegen legt diese Zusammenhänge offen dar und besagt, dass eine gemeinsame Sprache und Tradition im heutigen Sinne gar nicht „natürlich“ gegeben ist, sondern erst im kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem an Bedeutung gewinnt. Diese werden auch durch den Staatsbeamten oder Intellektuellen erfunden und stets von ihm reproduziert. Die materialistische Theorie steht einer einheitlichen Nation skeptisch gegenüber. Sie beschreibt die Nation als eine Erfindung des Kapitalismus. Das Gewaltmonopol des Staates und seine Apparate tragen Sorge dafür, dass diese Erfindungen auch von Menschen akzeptiert werden. Armee, Polizei und Justizsystem bestrafen Menschen, welche sich dem Staat gegenüber querstellen und somit die „nationale Sicherheit“ gefährden. Laut dieser Theorie hat der Nationalstaat seine Ursprünge in Europa und verbreitete sich in der globalen Welt. Die ersten Nationalstaaten wurden bereits in der ersten Hälfte des 19. Jh. in Europa gebildet. Um diese Staaten und ihre tragenden Säulen, etwa Gewalt (Gewaltmonopol, Repression), Ideologie, Bürokratie, Zivilgesellschaft etc. zu analysieren, brauchen wir also eine wiederum aus Europa stammende Theorie, die sich die Analyse des Staates zur Aufgabe gemacht hat.

„Historisch gesehen bildete die Existenz eines Systems konkurrierender Einzelstaaten nicht nur eine bestimmte historische Phase, sondern ein grundlegendes Merkmal der kapitalistischen politischen Form und eine der wesentlichen Bestands- und Entwicklungsbedingungen dieser Produktionsweise darstellt“.²¹

Da man laut Hirsch zwischen dem heutigen Nationalstaat, der die politische Struktur des globalen Kapitalismus prägt,²² und dem Territorialstaat,²³ der dem Kapitalismus historisch vorausgeht, unterscheiden soll und den ersteren durch eine kapitalismuskritische Staatstheorie am besten analysieren kann, findet man ein weiteres Argument für den Einsatz der materialistischen Staatstheorie. Denn die materialistische Staatstheorie ist kapitalismuskritisch eingestellt.

Zum anderen basiert die Anwendung der materialistischen Staatstheorie auf der Prämisse, dass der Staat eben überall auf der Welt ein soziales Verhältnis ist. D.h. der Staat hat seinen Ursprung in der Gesellschaft und den herrschenden Verhältnissen und nicht etwa im Himmel

²¹ Hirsch Joachim, Materialistische Staatstheorie, Hamburg 2005, S. 58.

²² Ebd.

²³ Der Territorialstaat ist in der Regel ein vorkapitalistisches Herrschaftssystem, welches durch einen König oder Kaiser geführt wurde. Dieser Staat hatte keine modernen Staatsapparate wie etwa ein modernes Steuersystem, eine einheitliche Armee, eine einheitliche Nation etc.

oder bei Gott. Mit Verhältnissen sind u.a. Produktionsverhältnisse, Tauschverhältnisse, kulturelle Verhältnisse und alles, was sich aus dem menschlichen Zusammenleben ergibt.

Darüber hinaus werden wir in der vorliegenden Arbeit nicht alle Komponenten der materialistischen Staatstheorie eins zu eins auf den iranischen Staat übertragen, sondern nur einige Komponenten dieser Theorie. Es handelt sich hier um Komponenten, welche sich im Entwicklungsprozess des iranischen Staates, aber auch in den Entwicklungsprozessen seiner westlichen Vorbilder finden lassen.

Nicos Poulantzas und andere Neomarxisten wie bspw. Joachim Hirsch als Befürworter der materialistischen Staatstheorie sind der Ansicht, dass der Nationalstaat ein Produkt der Bourgeoisie sei; und nur daher (durch die Schaffung eines Nationalstaates) wird die Bourgeoisie bestmöglich in der Gesellschaft repräsentiert.²⁴

Der griechisch-französische Staatstheoretiker Nicos Poulantzas analysiert primär den westlich geprägten Nationalstaat. Seine Analyse lässt sich meines Erachtens auf den iranischen Nationalstaat übertragen, da man sich während der Konstitutionellen Revolution und der Staatsbildung im Iran an westlichen Vorbildern orientiert hatte. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sich die sozioökonomischen Verhältnisse im Iran von denen im Westen zur Zeit der Staatsbildung unterschieden, und genau darin liegt das Problem.

Poulantzas betont den Unterschied von zwei voneinander zu trennenden Phänomenen: dem Staat und der Nation. Seine Theorie ermöglicht es uns, den Staat als ein „Gesellschaftsverhältnis“ (Poulantzas, Staatstheorie) zu betrachten – ein Verhältnis, welches der Ausdruck einer permanenten Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsklassen und organisierten Gruppierungen innerhalb einer „einheitlichen Nation“ ist. Diese einheitliche Nation wird aber erst durch Theoretiker entworfen und vom Staat stets reproduziert. Sie ist kein von Natur aus reeller Gegenstand. Die Form dieses Staates wird gekennzeichnet durch das Zusammenspiel diverser Instrumentarien (Apparate). Die materialistische Staatstheorie zeigt uns zunächst die Pfeiler innerhalb einer real existierenden Gesellschaft, worauf sich der Staat

²⁴ Vgl. Allafi, M. H.: Islam, Gesellschaft und europäische Moderne. Chancen und Hindernisse für Demokratie und Zivilgesellschaft, S. 48. Denn in der islamischen Gesellschaft gab es immer schon Handel, der auf dem Grundsatz der Gewinnerzielung basierte. Zum Ausdruck kommt dies in der Schicht der Händler, die die produzierten Waren hin- und hertransportierten, um so ihre Gewinnchancen zu erhöhen. Ob nun diese Gewinne wieder in das produzierende Gewerbe reinvestiert wurden, um noch mehr Gewinne zu erzielen und so die Geld- und Warenzirkulation aufrechtzuerhalten, ist eine andere Frage. Dies ist meiner Ansicht nach der Fall, wenngleich jedoch auf religiös despotische Art.²⁴ Die Abhängigkeit der Händler von den Handwerkern führte dazu, dass die Händler Handwerkern entweder Kapital zur Verfügung stellten oder sie für Lohnarbeit bezahlten. Zwar ist der Wucherzins im Islam untersagt, jedoch wurde der gewinnbringende Handel selbst bereits vom Propheten Mohammed betrieben. Stets war er im Dienste seines Onkels Abu Talib geschäftlich unterwegs und betrieb u.a. kommerziellen Handel, bei dem er Händler aus anderen Religionen der Welt kennenlernte.

stützt. Diese Pfeiler sind in allen Nationalstaaten der Welt abweichend vorhanden. D.h. diese Staaten teilen nicht alle Merkmale miteinander, sondern das eine oder andere Merkmal findet man etwa in einem demokratischen Staat, während es in einer Diktatur fehlt.

Des Weiteren kann man anhand dieser Theorie herausarbeiten, welche Rolle die Staatsapparate (identisch mit den oben genannten Säulen) vorderhand separat, aber auch gemeinsam mit anderen Institutionen spielen sollen, damit ein Staat überhaupt funktionsfähig sein kann. In diesem Kontext lehnt sich diese Arbeit stark an das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas an. Zur Klassifizierung verwendet Poulantzas in seiner materialistischen Staatstheorie u.a. die Elemente Nationsbildung, Repression, Ideologie, Bürokratie und ökonomische Funktionen des Staates. Am Beispiel der Repression hebt er an der Relation zwischen den Staatsapparaten wie etwa dem Militär, der Armee, der Polizei, der Justiz und den Gefängnissen hervor, dass das Gewaltmonopol des Staates ein überlebensnotwendiger Apparat für diesen ist.²⁵ Diese Repression nimmt dann in den oben erwähnten Staatsinstitutionen eine materielle Form an. Die Institutionen wiederum sanktionieren ein nicht konformes Verhalten einer Klasse oder eines einzelnen Staatsbürgers dem Staat gegenüber. D.h. das Gewaltmonopol des Staates bzw. die Repression gegen jeden Einzelnen und jede Gruppe ist in den Köpfen der Menschen allgegenwärtig. Die Staatsfeinde sind also stets mit physischen und mentalen Repressionen des Staates konfrontiert. Diese Elemente haben eine mehr oder minder versteckte Verbindung zueinander. Sie erfüllen die Aufgabe der Staatserhaltung.

Als Ideologie bezeichnet Poulantza ein übergreifendes System, das viele „materielle Praktiken“ wie Sitten und Gebräuche, Lebensstile und gesellschaftliche Zwänge beinhaltet. Die Ideologie legitimiert die angewandte Gewalt des Staates und verherrlicht sie. Der Staat besitzt eine spezifische Funktion in der Organisierung der ideologischen Beziehungen und der herrschenden Ideologie. Denn die herrschende Ideologie wird nicht von allen Menschen akzeptiert. Der Staat versucht die Dominanz der Ideologie der herrschenden Klasse innerhalb der Gesellschaft zu garantieren. Er versucht durch seine Intellektuellen eine Beziehung zwischen der herrschenden Ideologie sowie der Ideologie der beherrschten Menschen herzustellen und die letztere der ersteren unterzuordnen.

Die staatlichen Instrumentarien (Repression, Bürokratie, Ideologie, Nation etc.) sind insofern für die vorliegende Untersuchung relevant, als die Mutation des iranischen Territorialstaats respektive der Herrschaft im Persischen Reich zu einem mehr oder minder modernen

²⁵ Poulantzas, S. 59/199.

Herrschaftssystem, nämlich dem iranischen Nationalstaat, nur basierend auf den oben erwähnten Elementen möglich gewesen ist.

Des Weiteren aber ist die relative Autonomie des Staates den Gesellschaftsklassen gegenüber hervorzuheben, die den Staat zum Schiedsrichter und Konsensfinder zwischen den Klassen und deren Konflikten bestimmt. D. h. die Prämisse, dass der Staat von herrschenden Klassen dominiert wird, ist richtig. Die unterdrückten Klassen aber werden auch im Staat durch verschiedene Parteien, Verbände und Organisationen repräsentiert. Der Staat tritt formal als eine neutrale Partei in der Gesellschaft auf und versucht zwischen den zwei verfeindeten Klassen, nämlich der Bourgeoisie und dem Proletariat, die Schiedsrichterrolle zu spielen. Da er jedoch formal Vertreter aller Parteien ist, hat er den einzelnen Klassen gegenüber eine gewisse Autonomie. Diese verschiedenen Eigenschaften (z. B. die Rolle als Ordnungshüter oder Schiedsrichter oder Wohlfahrtsgarant) stellen den Staat als einen unumgänglichen Apparat für das Überleben einer Gesellschaft dar. Sie machen einen wichtigen Teil des Herrschaftssystems aus.

Ebenso ist es von Bedeutung, darzustellen, dass eine Nation keine von Gott oder der Natur gegebene Realität ist. Sie ist hingegen eine von Menschen erschaffene Realität und Produkt des intellektuellen Denkens. Diese Behauptung wird anhand der Staatstheorie detailliert ausgelegt. Die Manifestation (als Stärke, reelle Existenz und Funktionsfähigkeit) der nationalstaatlichen Mechanismen beruht jedoch nicht nur auf den repressiven Instrumentarien. Auch die Bürokratie und die ökonomische Rolle des Staates innerhalb einer Gesellschaft und nach außen (der Staatengemeinschaft gegenüber) werden in verschiedenen Staaten unterschiedlich „materialisiert“.

*„Von einer relativen Autonomie des Staates ist nur dann sinnvoll zu reden, wenn Staaten mit der realistischen Chance auf Befolgung Regeln setzen können. Damit rückt der Zusammenhang von Recht und Legitimität ins Blickfeld der Analyse staatlicher Herrschaft. Nur dort, wo staatliche Herrschaft Gründe legitimer Geltung hat, ist die Chance zur Regeldurchsetzung gegeben“.*²⁶

Vorliegend sind die wichtigsten Mechanismen und Apparate des iranischen Nationalstaates herauszuarbeiten, insbesondere die Mechanismen des iranischen Militärs, der Staatsdoktrin, der Tradition, des Islams, der Wirtschaft und der Ethnien. Es sind die Unterschiede des iranischen Nationalstaates zu westlich-demokratischen Nationalstaaten zu analysieren, um herauszufinden, warum der Prozess der Nationalstaatsbildung im Iran de facto gescheitert ist. Ferner wird gezeigt, dass das Fehlen einer funktionierenden Zivilgesellschaft zu gravierenden Defiziten für die Entwicklung des Nationalstaates führen kann.

²⁶ Schlichte, S. 222.

3. c. Demokratietheorie

3. c. 1. Kernaussage der Theorie

Der US-amerikanische Soziologe Barrington Moore Jr. versuchte in seinen Schriften zu erklären, wie Demokratien aus traditionellen Agrargesellschaften entstehen. Er ist der Auffassung, dass nicht geglückte bürgerliche Revolutionen zu undemokratischen und zum Teil faschistischen Staaten führen.²⁷ Geglückte Bauernrevolutionen in einem „bürokratischen Umfeld“ führen seiner Meinung nach zum „Kommunismus“ (russischer oder chinesischer Art). Seiner Meinung nach hängt die Entwicklung von Staaten zu Demokratien oder zu Diktaturen damit zusammen, wie sich Klassen und Gruppen der Gesellschaft in Relation zu den Kräfteverhältnissen entwickeln.²⁸

Der ausschlaggebende Punkt für eine erfolgreiche Revolution, welche zur Demokratie beiträgt, wäre Moore zufolge eine fortschrittliche Koalitionsbildung zwischen beteiligten Revolutionskräften. Eine unpassende, gar schädliche Gegenkoalition kann hingegen, seiner Meinung nach, den eingeschlagenen Weg zur Demokratisierung zum Scheitern bringen. Dies ist die Kernaussage von Moores Theorie.

3. c. 2. Bezug zum Iran

Die Theorien von Moore sind für die vorliegende Untersuchung insofern relevant, dass er den gesellschaftlichen Verhältnissen und der Kräftebildung für die Entwicklung von Demokratien oder Diktaturen die entscheidende Rolle zuschreibt. Wenngleich sich Moore nicht mit Spezifika des Iran wie bspw. dem schiitischen Klerus auseinandersetzte, lassen sich seine gesellschaftlichen Analysen auf den Iran übertragen.

Bezogen auf den Iran wäre seine Theorie in der Frage von Bedeutung, wie sich das Verhältnis zwischen unterschiedlichen Gesellschaftskräften entwickelt hat. Bspw. ließe sich untersuchen, welche Kräfte an der Konstitutionellen Revolution beteiligt waren, welche Reza Schah zum Abdanken gezwungen haben, welche das Regime von Mossadegh stürzten und welche Kräfte eine islamische Republik ermöglichten. In diesem Kontext ist es relevant zu wissen, wie sich das Verhältnis von schiitischen Geistlichen zu Bauern, dem Militär und anderen Gesellschaftsschichten entwickelt hat. Die Koalitionen und Gegenkoalitionen, die sich jeweils gebildet haben, ermöglichten eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse seit der

²⁷ Siehe Barrington Moore: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt, Frankfurt am Main 1969

²⁸ Ebd.

Konstitutionellen Revolution bis heute zugunsten von Klerikern und führten im Endeffekt zur Islamischen Revolution. Nicht zuletzt aber sind die „Koalitionen und Gegenkoalitionen“, welche nach Moores Theorie eine ausschlaggebende Kraft für die Fehlentwicklungen des iranischen Staates gewesen sein müssten, für die vorliegende Arbeit von Relevanz.

Deshalb wird der Demokratietheorie von Moore ein Zeitmantel angezogen. In mindestens drei Epochen der iranischen Geschichte führen Koalitionsbildungen zu den sich heute daraus ergebenden und verschärfenden Problemen: In der Zeit vor, während und nach der Konstitutionellen Revolution, in der Zeit nach der Machtübernahme Reza Schahs sowie der Entmachtung Mossadeqs und zuletzt in der Zeit vor der Revolution von 1979, die zur islamischen Republik führte. Durch die historische Rekonstruktion der damaligen Verhältnisse wird versucht die Demokratietheorie auf den Iran und die damaligen Kräfteverschiebungen zu übertragen. Der Ansicht des Verfassers nach sind in allen erwähnten Zeitabschnitten Koalitionen und Gegenkoalitionen zustande gekommen, die die Fehlentwicklung des iranischen Staates historisch im Staatsystem verankert haben. Um einen Ausweg finden zu können, müssen neue und fortschrittliche Koalitionen gebildet werden.

Die Aufstände und „Revolutionen“ im Iran haben nie zu einer Demokratie geführt. Die Ursachen für diesen Umstand sollen anhand der Demokratietheorie dargelegt werden.

3. d. Dependenztheorie

3. d. 1. Die Theorie

*„Der Staat der Dritten Welt ist also beides: Ergebnis externer Impulse und Resultat sozialer Prozesse im Inneren“.*²⁹

Um die Fehlentwicklung der Staatsbildung in dem wirtschaftlich schwächeren bzw. unterentwickelten Teil der Welt zu beschreiben, brauchen wir eine Theorie. Eine Theorie, welche die Unterentwicklung durch Entwicklung beschreibt und diese beiden als Maßstab für einander verwendet. Eine Theorie, welche dem Missstand abhilft, warum einige Länder entwickelt und die anderen unterentwickelt sind. Eine Theorie, die beschreibt, warum die Wirtschaftsverhältnisse zwischen den unterschiedlichen Erdteilen bzw. Ländern asymmetrisch sind. Eine Theorie, die ökonomische Abhängigkeiten eines Landes auch politisch betrachtet und für dieses Problem politische Lösungswege anbietet. Diese Theorie heißt Dependenztheorie.

²⁹ Schlichte, S. 113.

Die verschiedenen Strömungen innerhalb der Dependenztheorie setzen sich insbesondere mit den Ursachen der Entwicklung bzw. Unterentwicklung eines Landes anhand seiner äußeren ökonomisch-politischen Beziehungen zu anderen Ländern auseinander. Damit sind sie ein Gegenmodell zu Modernisierungstheorien, die die Unterentwicklung eines Landes primär bei den internen Faktoren suchen. Die Dependenztheorien, die in den 60er-Jahren hauptsächlich in Lateinamerika entstanden, unterscheiden strikt zwischen den Ländern des Zentrums bzw. der „industrialisierten Welt“ und denen der Peripherie.

3. d. 2. Der Bezug zum Iran

Zur Erklärung der Unterentwicklung anhand der Dependenztheorien ist aufzuzeigen, dass der Iran aufgrund seiner Unterentwicklung nur geringe Chancen hatte, eine demokratische Entwicklung im westlichen Sinne zu durchlaufen. Die Versuche sich weiterzuentwickeln scheiterten zum Teil am Widerstand des Westens und dessen ökonomischer, militärischer und politischer Einflussnahme auf den Iran. Der Iran war (wie viele andere Nachzügler der Staatsbildung) der Schauplatz von Kämpfen verschiedener Machtgruppen. „In diesen Entwicklungsstaaten konkurrieren Inlands- und Auslandskapital, das Militär als korporativer Akteur und andere Statusgruppen um Machtchancen, die über den Staat vermittelt werden“.³⁰ Gerade um die Rolle des Auslandskapitals und überhaupt des Auslands herauszuarbeiten, brauchen wir eine Theorie, welche die asymmetrischen internationalen Verhältnisse beschreibt. Als extremste Einflussnahme des Auslands auf den Iran kann man die Zerstörung des ersten iranischen Parlaments während der Konstitutionellen Revolution durch Russen sowie die Beseitigung der Mossadegregierung durch einen von Amerikanern und Briten geplanten und finanzierten Militärputsch erwähnen. Hätte es diesen Putsch nicht gegeben, hätte der Iran heute vielleicht einen demokratisch strukturierten Staat. Auch die geschichtlichen Erfahrungen in Lateinamerika zeigen³¹, wie ausländische Mächte, wenn Besitz und Einfluss gefährdet sind, gewaltsame Machtwechsel in den jeweiligen Ländern initiierten.

³⁰ Schlichte, S. 160.

³¹ Bspw. 1954 in Guatemala, als die Regierung von Präsident Arbenz durch einen von den USA initiierten Militärputsch entmachtete wurde, da die Regierung Arbenz' den Besitz der United Fruit Company nationalisieren wollte; oder der von der CIA organisierte Putsch gegen das Regime von Salvador Allende in Chile, wodurch ein demokratisch gewählter Präsident durch einen Kollaborateur ersetzt wurde.

Im Beispiel des Irans hat die Regierung Mossadeq den Ölbesitz nationalisiert und dadurch die wirtschaftliche Position der Mächte Großbritannien und USA implizit geschwächt.³²

³² Neueste Forschungen zeigen ebenfalls, dass die USA dem iranischen Schah Mohammad Reza ihre Unterstützung verweigert haben, nachdem dieser nach der Ölkrise von 1973 einen höheren Preis für iranisches Öl forderte. Dies trug zum kontinuierlichen Verlust seiner Macht bei.

4. Einleitung

Wenngleich Persien bzw. der spätere Iran als Land eine jahrtausendalte Tradition hat, so haben die Herrscher des Territoriums ihre Macht auf kein wie auch immer geartetes Staatsvolk zurückgeführt, sondern haben diese mit der „Tradition“ oder mit der Religion erklärt, d.h. als Erbe des vorangegangenen Machthabers. Herrscher versuchten dies nicht offen darzulegen und die Beherrschten nahmen dies hin. Daraus ergab sich eine Selbstverständlichkeit von Herrschen und Regiertwerden, welche nicht durch einen Gesellschaftsvertrag zustande gekommen war. Die Iraner kamen erst während der kapitalistischen Expansion in die Peripherie im 19. und 20. Jh. mit modernen Staatstheorien in Berührung. Theorien, die den Bedarf an einer Erklärung für die Verhältnisse des Herrschens und Beherrschtwerdens entdeckten. Die beliebteste Erklärung bzw. Legitimationsquelle war die Nation und die dem Herrscher zugesprochene Einverständniserklärung zum Herrschen (in Anlehnung an den Gesellschaftsvertrag von Hobbes und Rousseau). Dafür bedarf es jedoch eine Nation, die neu entdeckt werden sollte. Diese war bis dahin für Iraner (sowohl für die Herrscher als auch für das Volk) etwas Neues, da das Land zu dieser Zeit sich im vorkapitalistischen bzw. feudalistischen Stadium befand.

Bereits ab 1905 wurde versucht, der kadscharischen Territorialherrschaft demokratische Rechte in Form einer Verfassung abzurufen. Dennoch entstand zu dieser Zeit noch kein Gedanke, einen explizit iranischen Nationalstaat herzustellen. Es gab lediglich Ängste vor einer russischen Invasion nach Täbriz und so lagen die ersten Vorstellungen einer iranischen Nation in der Luft. Zeitgleich wurde in Teheran eine russische Bank angezündet. Solche Ereignisse untermauerten den iranischen Nationalismus bzw. den persisch-schiitischen Chauvinismus.

Die gesellschaftliche Transformation bzw. die Transformation der Herrschaftssysteme von einer absolutistischen Herrschaft über eine konstitutionelle Monarchie zum Nationalstaat hat im Zeitraum der Konstitutionellen Revolution begonnen (wobei man von einem iranischen Nationalstaat erst ab den 30er-Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts und nach der Machtstabilisierung von Reza Schah sprechen kann). Zum Schluss wurde die Monarchie in eine „Islamische Republik“ umgewandelt, wobei dies auch nicht als Endstadium dieser Entwicklung betrachtet werden soll, da jederzeit die reelle Gefahr besteht, dass dieses Land in mehrere kleinere Nationalstaaten oder Selbstverwaltungsregionen zerfällt.

Wie bereits erwähnt, wurden schon 1906 mit der Einführung einer Verfassung die Weichen für einen „modernen“ (National)Staat mit relativ unklaren Strukturen gestellt. Als wichtige

Errungenschaften dieser Zeit kann man die Gründung eines Parlaments sowie ein relativ gut ausgerüstetes Heer anbringen. Dennoch führte dies zu vielen Konflikten, die sowohl nationale als auch internationale Auswirkungen hatten.

Das Ziel dieser Arbeit ist, die oben erwähnte Transformation des iranischen Staates begrifflich zu machen, was natürlich auch gleichzeitig eine Analyse der iranischen Gesellschaft und der daran beteiligten ausländischen Kräfte bedingt.

Darüber hinaus soll geklärt werden, inwiefern die derzeitigen Krisen des Staates ihren Ursprung in den gesellschaftlichen Verhältnissen bzw. in der strukturellen Form des Staates haben, welcher vor etwa hundert Jahren gegründet wurde.

Der Meinung des Verfassers nach gibt es eine Handvoll das Gerüst des Nationalstaates belastende Faktoren, die auf die Existenz des Nationalstaates zurückzuführen sind. Man kann ansatzweise folgende Punkte aufzählen.

Der erste und strittigste Punkt ist das Fehlen einer einheitlichen Nation im Iran. Denn ein Nationalstaat, welcher seinen Ursprung nicht auf das Vorhandensein einer Nation zurückführen kann, ist zum Scheitern verdammt, weil ihm die Legitimität der Machtausübung durch die Nation fehlt. Malek Zade, ein Historiker und Zeitgenosse der Konstitutionellen Revolution, sieht diese Problematik als ausschlaggebend für das Scheitern der Konsitutionellen Revolution.³³ Diese Tatsache ist auch zum Teil dem Umstand geschuldet, dass die Nationalstaatsbildung oft von oben kam und nicht durch die breite Masse der Bevölkerung getragen wurde. Die Transformation der Herrschaft wurde von oben und durch eine Person oder Personengruppe vollendet. Darauf kommen wir aber später noch einmal zurück.

Zweitens hat der Staat selten die Gesellschaft bzw. das „Staatsvolk“ repräsentiert und musste so stets auf Repression versus Ideologie zurückgreifen, um seine Herrschaft zu sichern. Man suchte keinen Gesellschaftsdiskurs und griff lieber zur Gewalt. Es hat von Beginn an eine tiefe Kluft zwischen den Staatsmännern und dem Volk gegeben. Diese vorhandene Diskrepanz zwischen der Elite (Zentrum der Peripherie) und dem Rest der Gesellschaft (Peripherie der Peripherie) gab es bereits bei der Entstehung des Nationalstaates im Iran und sie vergrößerte sich stets bis in die Gegenwart.

Drittens hatten andere Nationalstaaten eigene Interessen im Zusammenhang mit dem Iran und setzten diese auch gegebenenfalls mit militärischer Unterstützung durch. Insbesondere sind

³³ Mehdi Malek Zadeh: *Tarikhe Enghelabe Mashruteh*, S. 58. „Derzeit gibt es (vor der Konstitutionellen Revolution) nur einige Leibeigene und Knechte des Schahs, welche kein Selbstbewusstsein haben und nicht einmal eine eigene Meinung besitzen. Diese sind Tiere, bei denen sich selbst ihre Grundbedürfnisse und ihre Religion nach dem Schah richten und von ihm bestimmt werden“.

Russland, Großbritannien und die USA zu nennen, die im Iran nicht nur ihre hegemonialen Interessen verfolgten, sondern dies auch mit militärischen Aktionen.³⁴

Aber der wichtigste Faktor in diesem Kontext – worauf sich auch unser Hauptinteresse richten wird – ist, dass die Bildung eines Nationalstaates im Iran nicht den internen Gegebenheiten und Realitäten des Landes entspricht. Das Land bzw. die Basis war in vielerlei Hinsichten nicht reif für einen derartig komplexen Überbau. Dass eine derartig von oben aufgezwungene Modernisierung von vielen ethnischen und religiösen Gruppierungen ausgeschlossen wird, war von vornherein zu sehen. Denn im Iran ist die politische Herrschaft nach wie vor personal vermittelt. Im Iran waren weder die Herrschenden imstande, die Gesellschaft von oben zu „durchstaatlichen“, noch konnte die Gesellschaft den Staat von unten vergesellschaftlichen. Der Staat funktionierte wie ein Stolperstein auf dem Weg des Volkes, sich zu emanzipieren und durch von unten gestalteten Demokratisierungsprozesse den Staat zu vergesellschaftlichen. Die Gesellschaft hingegen weigerte sich, sich den vom Staat durchgeführten Homogenisierungs- und Bürokratisierungsversuchen zu beugen.

So werden wir in insgesamt drei Kapiteln dieses komplexe Thema analysieren. Zunächst aber folgt ein Überblick über die angewandten Theorien.

³⁴ Das Zentrum-Peripherie-Modell geht davon aus, dass es in der Peripherie „Brückenköpfe“ als Vertreter der Hegemonialmächte gibt. Sie plädierten deshalb für einen zentralisierten Nationalstaat und „drohten“ mit Intervention. In diesem Zusammenhang kann man vom damaligen Russland und seiner in Persien stationierten Kosakentruppe sprechen, die das erste iranische Parlament zerstörte, da das neu entstandene Parlament die Macht des verbündeten Kadscharenherrschers eingeschränkt hatte. So wurde den „nebenbei“ erfolgten ersten demokratischen Gehversuchen des Landes ein blutiges Ende gesetzt. Die Briten dagegen unterstützten Kräfte des Parlaments, die einen „starken“ Nationalstaat schaffen wollten, da die Kadscharenherrscher zu der Zeit keine wirkliche Macht über die britisch beeinflusste Zone im Süden mit der Erölproduktion hatten. Dort gab es verschiedene Aufstände gegen die Briten, so dass man sich von einem starken Nationalstaat eine militärische „Entlastung“ erhoffte.

Kapitel I. Theorien

Im ersten Kapitel wird mit Hilfe der materialistischen Staatstheorie die Entwicklung des Iran anhand der Spannungen zwischen Staat und Gesellschaft erklärt. Anschließend wird dies für die ökonomischen Verhältnisse auch zu anderen Staaten eingehender erläutert. Anschließend wird versucht, die „Zivilgesellschaft“ zu analysieren und aufzuzeigen, wieso keine funktionierende Zivilgesellschaft entstehen konnte und dies letztendlich zur Islamischen Revolution führte. Hierbei liegt das Hauptaugenmerk auf der Fehlentwicklung der iranischen Nation.

1. Die materialistische Staatstheorie

Es gibt sehr viele unterschiedliche Interpretationen und Definitionen des Staates aus einer staats-theoretisch-materialistischen Sicht. Ich beziehe mich hier aber hauptsächlich auf die Theorie der sog. Neomarxisten³⁵, insbesondere auf die Ausführungen von Nicos Poulantzas sowie einiger anderer Autoren, da diese Autoren die Ursprünge der Herrschaft und des Staates in den Gesellschaftsverhältnissen suchen. Diese Forscher betrachten den Staat als ein Gesellschaftsverhältnis und legen dabei ihr Hauptaugenmerk auf den sozialen und soziopsychologischen Hintergrund eines jeden Staates (siehe Einleitung). In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darzustellen, was ein Staat überhaupt ist und wie er entsteht. Hierfür werde ich zunächst die Meinung einiger weniger Vordenker der Staatstheorie bzw. des Staates als Gesellschaftsvertrag kurz einbeziehen. Zu diesen Vordenkern gehören zum Beispiel Hobbes, Hegel und Marx, welche zum ersten Mal den Staat aus seinen herkömmlichen Definitionen befreien und ihn unter der Prämisse eines Gesellschaftsverhältnisses betrachten. Bis dahin war der Staat und die Herrschaft entweder von Gott gegeben oder reine Königssache gewesen. Erst ab Hobbes ändert man diese Betrachtungsweise des Staates. Beginnen wir also mit einer Einführung in das Theoriekapitel.

1. a. Was ist ein Staat?

Es gibt eine Vielzahl von Definitionen des Staatsbegriffs. Von streng religiösen bis hin zu materialistischen Darlegungen haben alle einen Anspruch auf Gültigkeit ihrer Theorien. Den Ansatz, den Staat als eine gesellschaftliche Angelegenheit zu betrachten, kann man gewiss auf

³⁵ Vgl. Hans Heinz Holz: Strömungen und Tendenzen im Neomarxismus. Carl Hanser Verlag, München 1972.

Thomas Hobbes zurückführen. Hobbes sieht den Staat als Ordnungshüter und vernünftigen³⁶ Vater, der die Gesellschaft aus dem chaotischen Naturzustand herausführen kann. Die Menschen wollen sich aus dem Zustand des ‚Kriegs jeder gegen jeden‘³⁷ befreien und so verleihen sie ihre Naturrechte an eine höhere Instanz, die ihnen eine bessere Welt verspricht. Diese Instanz ist eben der König bzw. der Leviathan. Die Prozedur, anhand derer die Gesellschaftsmitglieder ihre Rechte und Freiheiten an den Leviathan³⁸ übertragen, interpretiert Hobbes als einen fiktiven Gesellschaftsvertrag. Somit meint Hobbes, dass die Herrschaft und deren Apparate einen gesellschaftlichen Ursprung haben. Jedes Individuum verzichtet auf sein natürliches Recht im Naturzustand zu leben, indem es das Herrschaftsrecht freiwillig an den König überträgt. Das Individuum ist jedoch der festen Überzeugung, dass der König als logisch und vernünftig denkender Mensch das Gemeinwohl anstrebt. So hat Hobbes den Grundbaustein einer Idee gelegt, die von späteren Denkern weitergeführt wurde.

Ähnlich wie Hobbes betrachtet Hegel den Staat als ein vernünftiges Wesen. Er betrachtet den Staat als gemeinsamen Nenner aller Gesellschaftsmitglieder. Hegel sah den Staat als einen Konzentrationspunkt für die „Versöhnung von Allgemeinheit und Besonderheit“ an.³⁹ Für ihn ist der Staat das „an und für sich vernünftige“ Wesen. Thomas Hobbes versteht unter dem Staat ein Mittel, das den Übergang vom Naturzustand überhaupt ermöglicht, und zwar durch sein Gewaltmonopol. Er drängt die egoistischen Bedürfnisse der Einzelnen für das „Gemeinwohl“ zurück.⁴⁰

Dagegen argumentiert Karl Marx, dass der Staat nicht Ausdruck des Gemeinwohls, sondern lediglich der Ausdruck seiner herrschenden Klasse, nämlich der Bourgeoisie sei. Der Staat diene als Garant der ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse. „Was die einzelnen Kapitalisten nicht wollen, das will auch ihr Staat nicht“.⁴¹ Seiner Meinung nach würde der Staat absterben, wenn die klassenlose Gesellschaft oder der Kommunismus als Produkt der Diktatur des Proletariats erreicht sei. Dann sei die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel abgeschafft. Erst dann sei der Staat überflüssig.⁴² Marx zufolge wird es im Kommunismus keinen Staat geben.

³⁶ Der Mensch ist nach Hobbes durch drei Triebfedern gekennzeichnet: Verlangen, Furcht und Vernunft; dabei sieht er Vernunft als natürliche Gabe des Menschen. Hiermit ist er eher am Rationalismus orientiert.

³⁷ Hobbes, Leviathan als Staatslehre.

³⁸ Leviathan ist das wichtigste Werk von Hobbes. Leviathan ist gleichzeitig der Name des Buches und der denkende Kopf bzw. der vernünftige Vater in dem Buch. Dabei meint er den König.

³⁹ Sabzehei, Mohammad Taghi, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft im heutigen Iran, S. 37.

⁴⁰ Hobbes, Thomas: Leviathan.

⁴¹ Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, S. 660f.

⁴² Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, S. 661f.

Bei Gramsci besteht der Staat aus politischer und ziviler Gesellschaft und ist damit mehr als gemeinhin mit dem Begriff „bürgerliche Gesellschaft“⁴³ gemeint wird. Nach Meinung Gramscis, im Gegensatz zu Marx,⁴⁴ sind die Verhältnisse zwischen zwei Klassen nicht nur ökonomisch zu sehen, sondern es fließen andere Ebenen, die man mit den Begriffen „Hegemonie“, „Ideologie“ etc. beschreiben kann, in seine Gesellschaftsanalyse mit ein. Beide betrachten den Staat zwar als Instrument der herrschenden Klasse bzw. der Bourgeoisie; dennoch geht Gramsci davon aus, dass sich die Gesellschaft reformatorisch allmählich fortentwickeln kann. Gramsci lenkt das Hauptaugenmerk nicht wie bei Marx auf die ökonomischen Gegebenheiten. Er führt den Herrschaftsprung auf die gesamten gesellschaftlichen Ebenen zurück. Dies geschieht seiner Meinung nach dadurch, dass über kulturelle Hegemonie langfristig die Machtverhältnisse verschoben werden können. Was Gramsci von Marx unterscheidet, ist, dass er den Staat als „ein instrumentales und nicht allgemeines, sondern ein bestimmtes interessenvertretendes, untergeordnetes und transitorisches Wesen“⁴⁵ versteht. Gramsci ist der Ansicht, dass alle Gesellschaftsklassen im Staat und somit in der Herrschaftsausübung vertreten sind, obwohl die Bourgeoisie die Hegemonie auf allen Ebenen innehat.

Der deutsche Politikwissenschaftler Stefan Breuer unterscheidet in seinen Analysen zwischen unterschiedlichen Formen des Staates und führt folgendes Kriterium für die Modernität eines Staates an: „Die nicht mehr an die Person des Herrschers gebundene Rationalität unterscheidet den modernen Staat von allen anderen Staatsformen“.⁴⁶ Rationalität bedeutet für ihn so viel wie die Vernunft bei Hobbes und Hegel. Andere Autoren erweitern dies um den Punkt, dass die Ordnung des Staates veränderbar sei.⁴⁷ Allen diesen Definitionen ist m.E. gemein, dass der Staat zwar als unpersönlich interpretiert wird, aber diese Unpersönlichkeit von vielen als unparteiisch interpretiert wird. Die erwähnten Autoren haben in ihren Definitionen den Staat von seiner ursprünglichen und eingeschränkten Definition und Rolle befreit. Obwohl die oben erwähnten Autoren versuchen den modernen Staat auszulegen und diesen nicht aus einer staats-theoretisch materialistischen Perspektive zu betrachten, entfesseln diese den Staat jedoch als Instrument in der Hand einer Klasse oder als Person.

⁴³ Die bürgerliche Gesellschaft ist nicht mit der Bourgeoisie zu verwechseln, denn die Bourgeoisie ist die Besitzerin von Produktionsmitteln.

⁴⁴ Marx fixiert sich zu sehr auf ökonomischen Verhältnisse. Er betrachtet den Staat als Instrument der Bourgeoisie, das dem Erhalt ihrer ökonomischen Vorherrschaft dient.

⁴⁵ Sabzehei, S. 39.

⁴⁶ Krell, Gert: Weltbilder und Weltordnung, Baden-Baden 2003, S. 75.

⁴⁷ Vgl. ebd. S. 76.

1. b. Definition des Staates nach Poulantzas

Demgegenüber definiert Poulantzas den Staat als „eine Verdichtung der materialisierten Kräfteverhältnisse“⁴⁸, d. h. Poulantzas sieht den Staat als ein Gebilde, das aus der Verdichtung (Konzentration) von in materieller Form – wie etwa Organisationen, Ministerien etc. – zum Ausdruck gebrachten Interessen unterschiedlicher Klassen besteht. Ökonomisch stärkere Klassen sind auch im materialisierten Staat (Ministerien und Staatsapparate wie etwa das Justizsystem etc.) die stärkeren Klassen.

Nach Poulantzas besteht die kapitalistische Gesellschaft aus mehreren, mit unterschiedlichen Ideologien und Programmen aufgerüsteten Klassen. Es findet ein Wettbewerb, ein Klassenkampf nach Marx, zwischen diesen Klassen statt. Es geht nämlich darum, das Gerüst des Staates bzw. die Staatsapparate als Ort der Machtausübung, der ideologischen und kulturellen Hegemonie und vor allem als Instrument der Surplusaneignung (Mehrwertaneignung) für sich zu erobern. Die gesellschaftlichen Klassen verdinglichen und materialisieren ihre Interessen durch Parteien, Institutionen, Vereine und Organisationen, Schulen, Fabriken etc. Die Stärke einer Klasse im Staat hängt ab von der Menge ihrer in materieller Form ausgedrückten Interessen.

Nicos Poulantzas versucht m. E., die Funktionsweise eines (National)Staates zu analysieren. Eine Klasse der Gesellschaft und eines Staates, in dem Falle die Bourgeoisie, versucht nun die „Nation“ oder das Staatsvolk und die Organisationen der Zivilgesellschaft für sich zu gewinnen.⁴⁹

Trotz all den Klassenkämpfen und der Dominanz der Bourgeoisie kann es dazu kommen, dass selbst die unterdrückte Klasse, in dem Fall die Arbeiterklasse, in diesem Staat repräsentiert ist.

Die Frage ist berechtigt, wie diese zwei Gegenpole sich im Staat begegnen können, ohne dass es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien kommt. Diese Frage beantwortet Poulantzas damit, dass der Staat ein Ort der Konfliktaustragung und der Kompromissfindung zwischen allen Gesellschaftsklassen sei.⁵⁰ Gerade dieses sei eine der wichtigsten Aufgaben und Funktionen des modernen Nationalstaates. Eine der Aufgaben sei die Kanalisierung der verschiedenen Interessen durch unterschiedliche Parteien und

⁴⁸ Poulantzas, S 159.

⁴⁹ Vielfach verläuft die Staatsbildung parallel zur Entwicklung einer Nation. Während dieser Entwicklung werden die ökonomisch stärkeren Interessen zu den beherrschenden bei der Staatsgründung. Dies muss jedoch nicht immer der Fall sein, wie das Beispiel der Unabhängigkeit von Guinea 1958 oder die Verwandlung der Vielvölkermonarchie Persien in den Nationalstaat Reza Schahs, beginnend mit dessen Staatsstreich von 1925, zeigt..

⁵⁰ Poulantzas, S 162.

Organisationen, die jeweils die Meinungen ihrer Mitglieder durch friedliche, dem System des Staates unterworfenen und kontrollierte Kanäle repräsentieren. Über die Wahl dieser Parteien in das Parlament würden die Interessengesätze in friedliche Bahnen kanalisiert und so das Weiterbestehen des kapitalistischen Staates gewährleistet. Eins der wichtigsten Ergebnisse wäre dann, dass die zwei wichtigsten Gesellschaftsklassen, nämlich Proletariat und Bourgeoisie, nicht mehr wie zur Zeit von Marx sich bis an die Zähne gerüstet feindlich gegenüberstehen. Sie lassen nun ihre Konflikte durch den Staat und mehr oder minder friedlich austragen.

Darüber hinaus ist das Parlament ein Ort der Kompromissfindung, d.h. die durch die Parteien symbolisierten Interessengruppen müssen lernen Kompromisse einzugehen. So bringt der Staat alle Klassen, deren Interessen und Sorgen durch unterschiedliche Parteien repräsentiert werden, dazu, sich in das System des Staates zu integrieren. Deshalb befinden sich alle Staatsbürger mehr oder minder innerhalb dieses Staates und sind so den Strategien dieses Staates ausgeliefert.

Eine der wichtigsten elementaren Eigenschaften dieses modernen Systems ist die Autonomie des Staates. Über dieses Thema (Autonomie des Staates) sind sich Vertreter der materialistischen Staatstheorie mit anderen Theoretikern einig. Um dieser Autonomie auf den Grund zu gehen, wird sie im nächsten Teil der Arbeit näher dargelegt.

1. c. Die Rolle der Nationsbildung

Jeder Nationalstaat stützt sich auf ein Staatsvolk namens „die Nation“. Sie ist das Phänomen, das nach Meinung vieler Autoren dem Staat seine Legitimität verleiht.

In der Modernisierungstheorie geht man davon aus, dass mit dem „Nation-Building-Prozess“ eine Industrialisierung, d. h. eine verzögerte Entwicklung stattfindet.⁵¹ Doch einige Beispiele wie Afghanistan, das bereits 1919, und Ghana, das 1957 unabhängig wurde und seitdem keine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung vollzogen hat, widerlegen diese Annahme.

Darüber hinaus stellt sich immer wieder die Frage, wie eine Nation überhaupt zustande kommt. Mit diesen Fragen beschäftigen wir uns im folgenden Teil dieser Arbeit.

⁵¹ Vgl. Storm, Roland, in Nohlen, Dieter (Hrg.): Lexikon Dritte Welt, S. 543.

1. c. 1. Das allgemeine Verständnis der Nation

1. c. 1. a. Historische Bestimmung des Begriffs

Der Begriff „Nation“ leitet sich vom lateinischen „nasci“ ab und bedeutet „geboren werden“. Wie alle anderen Begrifflichkeiten veränderte sich auch diese im Laufe der Zeit allmählich. Betrachtet man die Bedeutung der Nation in der Antike als Stamm, wie etwa bei Tacitus, so versteht man diesen Begriff vielleicht besser.

Im Mittelalter wurde dieser Begriff eher für die Herkunft der Studenten und Professoren der Universitäten verwendet. Während und nach der französischen Revolution wurde Nation als „eine Gesellschaft, die unter einem gemeinschaftlichen Gesetz lebt und durch ein und dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten wird“⁵², verstanden.

Für John Stuart Mill besitzt die gemeinsame Vergangenheit für die Entstehung einer Nation die höchste Priorität. Zugleich erwähnt er diesbezüglich andere wichtige Faktoren wie z. B. „Rasse“, Sprache und Religion, welche allerdings nur eine periphere Rolle spielen sollten. Der erste Schritt hierfür ist jedoch die gegenseitige Sympathie der Menschen untereinander. Diese miteinander sympathisierenden Menschen äußern ihren gemeinsamen Wunsch nach einer Herrschaft bzw. Regierung. Diese sollte aus ihnen gebildet werden.⁵³

Ernest Renan gibt uns eine ziemlich weitreichende Definition von Nation. Er macht ihre Konstruktion von „dem täglichen Akt der Zustimmung“ ihrer Mitglieder abhängig. Diese Zustimmung kommt meist aus einem langjährigen und historischen Gefühl der Zusammengehörigkeit und Verbundenheit zustande.⁵⁴

Karl Marx meinte dazu: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben“⁵⁵. Viele Nachfolger des Marxschen Gedankenguts wie bspw. Rosa Luxemburg gehen davon aus, dass die Nation eines Arbeiters irrelevant ist und betonen stattdessen die Klasse, z. B. mit dem Satz „Proletariat aller Länder vereinigt euch“.⁵⁶

Stalin verwendete im Gegensatz zu Karl Marx den Begriff Nation, hielt aber einige Voraussetzungen für das Vorhandensein einer Nation für notwendig;

⁵² Weidinger, Dorothea (Hrg.), Nation – Nationalismus – Nationale Identität, S. 12.

⁵³ Ebd. S. 14.

⁵⁴ Ebd. S. 14.

⁵⁵ Nach Weidinger, Dorothea (Hrg.), S. 18.

⁵⁶ Karl Marx, Kommunistisches Manifest, S. 1.

„Eine Nation ist vor allem eine Gemeinschaft von Menschen. Diese Gemeinschaft ist keine Rassen- und keine Stammesgemeinschaft“.⁵⁷ Stalin meinte, viele Faktoren wie bspw. gemeinsame Sprache, Territorium, Wirtschaft, Kultur tragen zur Entstehung einer Nation bei. Das Fehlen einer dieser Voraussetzungen führt zur Fehlentwicklung, so dass man nicht von einer Nation sprechen kann. Er betrachtete die Nation als eine historische Erscheinung und deshalb ist auch sie wie alle anderen natürlichen Prozesse Veränderungen ausgesetzt.⁵⁸

Friedrich List versteht unter der Nation nicht das bestehende Staatsvolk, sondern einen zentralistischen Nationalstaat, der für eine reibungslose Wirtschafts- und Infrastruktur sorgt und so in einem weiteren Schritt erst die Nation herstellt. Diese stark wirtschaftsabhängige Interpretation des Begriffs „Nation“ lässt andere Charakteristika dieser Terminologie außer Acht.⁵⁹

Für Friedrich Meinecke ist die Nation eine große mächtige Lebensgemeinschaft, die geschichtlich in langer Entwicklung entstanden ist. Gemeinsamkeiten wie bspw. die gleiche Sprache oder ein gemeinsamer Lebensraum sind für ihn Voraussetzungen zur Bildung einer Nation.

Viele Autoren des zwanzigsten Jahrhunderts bezeichnen mit Nation die Staatsnation. Als Beispiel kann man Max Hildebert Boehm nennen. „Er wendet sich gegen Meineckes Begriff der Kulturnation und begrenzt den Nationsbegriff auf die Staatsnation“.⁶⁰ Hildebert betrachtete die Staatsnation als Basis des Staates, wodurch der Staat seinen Ursprung und sein Herrschaftsrecht legitimiert und ableitet. Zugleich unterscheidet er die beiden Begrifflichkeiten „Nation“ und „Volk“ wie folgt: „Uns ist die Nation weder eine demokratisch veredelte Bezeichnung für das Staatsvolk auch in Vielvölkerstaaten, noch ein anderer Ausdruck für das Volk, das in den Pseudonationalstaaten der Gegenwart über eine mehr oder minder gewichtige Mehrheit verfügt“.⁶¹

Für Eugen Lembergs ist die Nation eher eine netzwerkartig, die ganze Gesellschaft verbindende Ideologie. Damit meint er gemeinsame Wertvorstellungen, Normen und Weltbilder etc.⁶² Dieses Netz erfüllt mehrere Funktionen und agiert vielfältig. Dies schafft durch die Normen und moralischen Idealvorstellungen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit

⁵⁷ Weidinger, Dorothea (Hrg.), S. 18.

⁵⁸ Vgl. ebd. S. 19.

⁵⁹ Vgl. ebd. S. 13.

⁶⁰ Ebd. S. 20.

⁶¹ Nach ebd. S. 20.

⁶² Vgl. ebd. S. 22.

und schreibt ihm hochangesehene Werte zu, damit das Gefühl den Gruppenmitgliedern bewusst wird. Genauso wird von Seiten dieser Ideologie ein Netz produziert, wodurch die Gesamtheit der Gruppe als solche hervorgehoben und zugleich von ihrer Umwelt abgeschottet bzw. verschont wird. Diese Auffassung tendiert eher zu derjenigen Luhmanns, wonach die komplette Gesellschaft aus Systemen und Subsystemen besteht.

Wolfgang Deutsch betrachtet eine Nation im Zusammenhang mit der Kommunikation. „Ein Volk ist ein ausgedehntes Allzweck-Kommunikationsnetz von Menschen“.⁶³ Eine gemeinsame Sprache hält er insofern für notwendig, dass die Individuen als Glieder einer Gesellschaft in Verbindung treten, über nationsrelevante Themen ihre Meinung austauschen und gemeinsame Lösungen für ihre gemeinsamen Probleme finden. Aufgrund zunehmender Kommunikationen passen sich diese Menschen immer mehr aneinander an, bis es einem Teil dieser Gruppe gelingt, einen Staat aufzubauen und so zu einer Nation zu werden. Der Endpunkt dieser Kommunikation solle nach Meinung von Wolfgang Deutsch zum „Nation-Building“ führen. Er ist allerdings der Ansicht, dass eine Nation nur aus einem Volk bestehen könnte, welches wiederum über einen Staat verfüge.

Benedict Anderson versteht unter Nation, „eine begrenzte Gemeinschaft“. Mit begrenzter Gemeinschaft bezeichnet er eine abstrakte Größe, die nur in den Köpfen von Menschen existiert. Die Ungleichheiten und Ausbeutungsverhältnisse innerhalb der Nation werden verschleiert, indem man sich diese als eine nationale Gemeinschaft vorstellt. Der Begriff der Nation sei lediglich in der Zeit der sog. „Aufklärung“ geschaffen worden, in der jede Nation von Freiheit und Souveränität geträumt habe und glaubte dies nur durch die Schaffung eines eignen Staates zu erreichen.“⁶⁴ Aber auch im 20. Jh. hat man den Traum des Nation-Seins und einen eigenen Nationalstaat zu gründen nicht losgelassen. Viele unterdrückte Völker, welche sich nach dem Zweiten Weltkrieg für unabhängig erklärt haben, hatten sich in „nationalen Begriffen“ definiert.⁶⁵

Die Verschleierung der Klassengegensätze findet man auch bei **Nicos Poulantzas**, worauf ich später ausführlich eingehen werde.

Gert Krell sieht die Ursprünge der Nation in der Moderne und stellt deren Zusammenhang zwischen der Erfindung der modernen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen wie z. B. Säkularisierung, Industrialisierung etc. fest.⁶⁶ „Das entscheidende ist, dass wir es nicht

⁶³ Ebd. S. 23.

⁶⁴ Krell, S. 87.

⁶⁵ Anderson, Benedict, Die Erfindung der Nation, zur Karriere eines erfolgreichen Konzeptes, Campus Verlag Frankfurt/New York, 1996, S. 12.

⁶⁶ Vgl. ebd. S. 87.

einfach mit vorgegebenen Nationen, Sprache, ethnische Herkunft und gemeinsame Tradition verbundenen Urgemeinschaften zu tun haben, die sich dann Staaten suchen, wie uns der Nationalismus weismachen will. Oft ist es genau umgekehrt“.⁶⁷

Ernst Gellner sagt: „Nationalismus ist keineswegs das Erwachen von Nationen zu Selbstbewusstsein: man erfindet Nationen, wo es sie vorher nicht gab“.⁶⁸

1925 definiert Eric J. Hobsbawm die Nation als „Gesamtheit der Personen, welche dieselbe ethnische Herkunft aufweisen und im Allgemeinen dieselbe Sprache sprechen und eine gemeinsame Tradition besitzen“.⁶⁹

Wie bereits gezeigt wurde, unterlag die Definition von Nation im Laufe der Zeit Veränderungen. Die jeweilige Definitionen von Nation kann man meines Erachtens nur in dem jeweiligen historischen Kontext und in Verbindung mit der dahinter steckenden Ideologie, woraus die jeweilige Definition entsprang, erklären, d. h. es gibt keine allgemeingültige Definition, was die Nation ist. Diese wird beliebig neu definiert und instrumentalisiert. Das Gefühl der nationalen Zugehörigkeit ist jedoch eine moderne Erscheinung und hat politische wie auch psychosoziale Hintergründe.⁷⁰

⁶⁷ Ebd. S. 87.

⁶⁸ Ebd. S. 16.

⁶⁹ Hobsbawm, Eric J: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, 2. Aufl. S. 25.

⁷⁰ Exkurs: Einige sozialpsychologische Anmerkungen bezüglich der Bildung der Nation

Die Definition der Nation hängt eng mit der der Identität zusammen. Als erster Schritt wird die Identität hergestellt. Diese Wort hat die lateinische Wurzel „idem“, was „derselbe“ oder „gleiche“ bedeutet.⁷⁰ Die Benennung als „derselbe“ oder „der gleiche“ trägt zugleich dazu bei, sich von anderen zu unterscheiden. Denn zu jeder Identität gehören Eigenschaften und Charakteristika.

Viele dieser Identitäten oder Individuen, die dieselben Eigenschaften oder Charakteristika miteinander teilen, können sich als Gruppe zusammenschließen. Hier kann man dann von einer kollektiven Identität sprechen, die nicht durch Manipulation zustande gekommen ist, sondern durch gemeinsame Eigenschaften und freiwillig bzw. voluntaristisch. Diese dann entstandene kollektive Identität beinhaltet personenübergreifende Merkmale, zu der sich jede Person bekennt, d. h. die Person gehört „derselben“ oder „der gleichen“ Gruppe an. Das Teilsein in einer Gruppe wirkt sich so aus, dass die Person einer Wechselwirkung zwischen individueller und kollektiver Identität unterworfen ist. Diese Gleichheit und Andersartigkeit soll gewährleistet sein.⁷⁰

Diese Identitäten werden im Nationalstaat mittels einer Ideologie zusammengefasst. Wer nicht in dieses Muster passt, gehört nicht zur Nation und wird ausgegrenzt.

Nachdem die Identitäten mittels Ideologie zusammengefasst worden sind, werden sie anschließend durch den „Pulverisierungseffekt des Staates“ atomisiert. Die Organe des Staates fassen nun individuelle Interessen der herrschenden Klasse zusammen und die anderen werden „pulverisiert“.

Wenn die Voraussetzung zur Bildung einer Nation, wie bspw. Freiheit und Freiwilligkeit, nicht vorhanden ist, führt sie zu zukünftigen Fehlentwicklungen und Konflikten des Nationalstaates.

In einer Nation agieren die kollektiven Identitäten als unterschiedliche „Körperorgane“ des Nationalstaates. Zugleich aber gehören sie alle zum gleichen Körper. Dazu müssen sich die Körperorgane mit dem Körper identifizieren.

Dieser Prozess verläuft nicht immer reibungslos, sondern ist manchmal die Quelle vieler Konflikte. Die Konfrontation des geprägten „Ich“ mit anderen „Ich“-Formen der Gruppe kann auf mehreren Ebenen stattfinden.

-
- a) Es kann sein, dass sich das (kollektive) „Ich“ für andere Gruppenmitglieder öffnet und so im Endeffekt ein neues Ich aus dem vorherigen entsteht. Dieses vereint nun die Eigenschaften beider „Ichs“. Die Voraussetzung dafür ist nach Lothar Krappmann, dass die stattfindende Interaktion offen sein muss und die Partner berücksichtigen müssen, dass ihre anfängliche Meinung falsch sein könnte.⁷⁰ Der Nationalstaat plädiert für diese Variation von Identität, damit sie stets und beliebig manipulierbar bleibt. Denn die Konstruktion der Nation in einem Vielvölkerstaat bedarf solcher Maßnahmen, damit der Nationalstaat zukünftig „flexibel“ auf geänderte Rahmenbedingungen zu reagieren vermag. Denn wenn die gesellschaftliche Freiheit als Vorbedingung nicht gegeben ist, muss die kollektive Identität der Gruppe sich verstecken. Diese Verweigerung der Öffentlichkeit geschieht aus strategischen und sozialen Gründen und führt zur Assimilation der Person oder Personengruppe. Man ist gezwungen ein anderer zu sein bzw. einer, der man nicht ist, ein Niemand.⁷⁰

Durch den Nationalstaat gibt es eine „allgemeine Identität“ in dem Sinne, dass die vom Staat organisierte Gesellschaft den Subgruppen und Individuen eine Identität verleiht. Diese vorgegebene Identität nennt G. H. Mead die „verallgemeinerte Identität“, was bedeutet, dass die Ideologie des Nationalstaates im Denken verankert wird und die „Persönlichkeit“ vom Staat kontrolliert wird.

- b) Die zweite Ebene ist, dass das „Ich“ sich den anderen Gruppenmitgliedern gegenüber verschlossen verhält und so seine Identität bewahren möchte. Dies schafft Spannungen und sorgt zugleich für ein Nebeneinander von individueller und kollektiver Identität. So wird das „Ich“ bewusst von der Gesellschaft ausgeschlossen.⁷⁰
- c) Eine dritte Option besteht darin, dass das individuelle „Ich“ oder die Identität sich der Existenz anderer Identitäten im Nationalstaat bewusst ist, was zu einer „dualen Identität“ führt. Dies lässt sich am Beispiel italienischsprachiger Bürger der Schweiz oder an der dänischsprachigen „nationalen“ Minderheit in Schleswig zeigen.

Betonen wir unsere Gemeinsamkeiten mit den Anderen, sind wir uns einig und zählen wir ihn zu unser Gruppe oder wir unsere Gruppe zu ihm. Betonend dagegen einen Unterschied, wird er zum Fremden (für uns). Die Nationalstaaten produzieren oft eine hegemoniale Ich-Identität, der sich die Bürger meist unbewusst zuordnen. Diese dominante abstrakte Identität wird vom Staat konstruiert und reproduziert.

„Die stärkste Aufgabe von individuellen Merkmalen wird von totalitären Regimes verlangt, die im Zuge der Uniformierung eines Staates die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe forcieren.“⁷⁰

Bezogen auf Nationalstaaten ergibt diese Theorie folgendes Bild:

Um einen Nationalstaat zu bilden, braucht es ein Territorium und eine einheitliche Staatsnation, die nach ihrer Konstruktion vom Nationalstaat sich selbst definiert und gemeinsame Merkmale ihrer Mitglieder betont. Dies ermöglicht einen einheitlichen inneren Raum, der sich von der Umgebung abgrenzt und die Unterschiede erwähnt und betont. Dies wird dann meist Inland und Ausland genannt. Diese Betonung vom Eigen- und Fremdkörper ist die Tatsache, die vom Nationalstaat konstruiert und reproduziert wird. Hirsch betrachtet dies als Paradoxie der liberalen Demokratie.⁷⁰ Nach Hirsch führen diese Einschränkungen, d.h. die Unterteilung von Eigen- und Fremdkörper zur Ausschließung der mit der staatlich konstruierten Nation nicht identischen Nationen.⁷⁰ Solche Ausgrenzungen seien mit der Demokratie nicht vereinbar und könnten zu massiven Menschenrechtsverletzungen wie etwa Genozid, Politizid und Massenmord führen.

Die Schaffung des inneren Raums findet nicht automatisch oder durch natürliche Prozesse statt. Michael Metzeltin ist der Ansicht, dass dieser Prozess durch eine Elite initiiert wird. „Diese Elite setzt sich für staatliche Einheitlichkeit und Unabhängigkeit ein und betrachtet die Bevölkerung als souveränes Volk, das sich von einem Parlament vertreten lässt.“⁷⁰

In einer kapitalistischen Gesellschaft erfolgt die Nationenbildung durch eine Elite, wie auch Michael Metzeltin⁷⁰ meint, oder wie Poulantzas schreibt, eine „verbeamtete Klasse von Intellektuellen“, die im Auftrag der Bourgeoisie handelt, die dadurch hervorragend im Staat vertreten ist⁷⁰.

Als Ausgangspunkt der Entstehung von „modernen“ Nationalstaaten überhaupt kann man die Revolution des „Tiers-état“ bzw. des Dritten Standes von 1789 ansehen.

1. c. 1. b. Nation und Nationalismus in der materialistischen Staatstheorie & bei Poulantzas und Anderson

Ein wichtiger Teil der materialistischen Staatstheorie widmet sich der Problematik von Nation, Nationalismus oder „Nation-Building“ überhaupt, denn viele Analysen der materialistischen Staatstheorie basieren auf konkreten Nationalstaaten. Poulantzas meint, der moderne Nationalstaat sei die Lieblingsform aller Kapitalisten im Vergleich zu allen anderen bisherigen Staatsformen. Anderson bestätigt dies, indem er die Erfindung der Nation als Methode der Verschleierung der Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse betrachtet.⁷¹

Ebenso wie Poulantzas ist auch Anderson der Ansicht, dass die Nation eine Erfindung des Kapitalismus ist.⁷² Denn wie soll man sich eine Gemeinschaft vorstellen, deren Mitglieder sich nicht einmal kennen? „Sie (die Nation) ist eine vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän. Vorgestellt ist sie deswegen, weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen, ihnen begegnet oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert“.⁷³

Nach Meinung der materialistischen Staatstheoretiker basiert der Nationalstaat auf einer bereits definierten Nation. Die Nation wiederum beruht auf gemeinsamer Geschichte, Kultur, Tradition und Sprache eines definierten Volkes. Das definierte Volk befindet sich wiederum in einem „territorialen und sozialen Raum“⁷⁴, dessen Grenzen mehr oder minder durch etablierte Verwaltung und Bürokratie festgelegt sind. Vor der modernen Staatsgründung gab es Herrschaftsgebiete und Staatsterritorien, in denen unterschiedliche Völker mit ebensolchen Kulturen, Sprachen und Traditionen lebten. So wäre es z. B. möglich gewesen, daraus mehrere Nationalstaaten zu bilden.

Die vorkapitalistischen Gesellschaften kannten nicht, was man heute Nation nennt. Diese Menschen haben sich eher zu ihren Herren bzw. ihren Besitzern bekannt. Dieses Bekenntnis hatte keine kollektive Form und erweckte in den Individuen kein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Verbundenheit. Die Menschen existierten als Individuen und kleinere Gruppen, die fast an nichts außer an ihren Herren und ihre Produktionsmittel gebunden waren. Daher gab es auch keine übergeordneten Merkmale. Der Nationalstaat soll imstande sein, solche übergeordneten Merkmale zu kreieren und somit eine einheitliche Nation zu bilden.⁷⁵

⁷¹ Anderson, S. 14.

⁷² Ebd. S. 14.

⁷³ Ebd. S. 15.

⁷⁴ Ebd. S. 12.

⁷⁵ Ebd. S. 16.

Kapitalistische Gesellschaften zeigen im Gegensatz zu vorkapitalistischen komplett andere Merkmale. Die Menschen haben sich nicht geändert, nur die Form ihrer Kollektivität. Es gibt jetzt etwas, was sich Nation nennt.

Aus den vereinzelt und autonomen Individuen wird eine homogene, von gemeinsamen Werten und Normen abhängige Einheit. Aus den verstreuten Produktionsstätten, die wenig miteinander zu tun hatten und jeweils lokal organisiert waren, wird ein einheitlicher Binnenmarkt.

Durch diese Vereinheitlichung und Zentralisierung der Wirtschaft fällt ein anderes Mittel der nationalen Zusammengehörigkeit in die Hand des Staates: Die staatliche Kontrolle über das Geld obliegt nun dem Nationalstaat. Es dient als Zahlungsmittel, als nationales Symbol und als Symbol der Zusammengehörigkeit.⁷⁶

Das alte Herrschaftssystem vor der Gründung des Nationalstaates mit seinen Symbolen wird durch eine nationale Identität ersetzt. Diese führt zu:

- Vertuschung der Klassenverhältnisse bzw. Klassenunterschiede und der damit verbundenen Klassenkämpfe,
- Entstehung der „nationalen“ Bourgeoisie,
- Aufrechterhaltung der Herrschaft einer bestimmten Klasse/Klassenkoalition

Wie bereits beschrieben, führt das „Nation-Building“ dazu, dass bestimmte Gruppen innerhalb eines Staates von der politisch-ökonomisch und der kulturellen Teilhabe ausgeschlossen werden. Dies geschieht auf eine der drei folgenden Arten:

- physische Eliminierung (Genozid, staatlicher Terror etc.)
- Assimilierung (kultureller Genozid)
- Marginalisierung, z. B. wirtschaftlicher Art.

„Nationalität“ ist nach Joachim Hirsch „das Erzeugnis zentralisierter staatlicher Gewaltapparate, ihrer Vereinheitlichungs- und Ausgrenzungsstrategien“.⁷⁷

Nach Hirsch gibt es „zunächst einmal bekanntermaßen keine allgemeine, für alle Menschen geltende Staatsbürgerschaft und damit auch faktisch keine allgemein durchsetzbaren gleichen Menschenrechte. Die Vorstellung grundlegender, allgemeiner und gleicher Rechte der Menschen hat sich mit der Entstehung der modernen Nationalstaaten, der Durchsetzung des Kapitalismus und durch die damit verbundenen Kämpfe herausgebildet und bricht sich

⁷⁶ Vgl. Hirsch, Materialistische Staatstheorie, S. 73.

⁷⁷ Nach Ebd. S. 70.

zugleich daran. Menschenrechte sind – soweit überhaupt – faktisch immer nur als Staatsbürgerrechte wirksam. Und diese Staatsbürgerschaft beruht grundsätzlich auf vielfältigen Diskriminierungen und Ausgrenzungen“.⁷⁸ Hirsch ist der Ansicht, dass die Menschenrechte als ein Erfolg der sozialen und politischen Kämpfe in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften verstanden werden müssen.⁷⁹

Er meint m.E. damit implizit auch, dass sich die Menschenrechte in den nicht entwickelten kapitalistischen Ländern eben nicht verwirklichen konnten. Das Fehlen solche Rechte führt wiederum zu Fehlentwicklungen und Konflikten, die das Staatswesen massiv schwächen und zum Teil zu ethnischen Konfrontationen führen.

„Keine moderne Nation hat eine gegebene ethnische Basis“⁸⁰ und wird daher zum größten Teil konstruiert. Es werden Geschichten erfunden, im Bildungssystem verankert und dann zu Lehrbüchern der neuen und alten Generation gemacht.

Nachdem der kapitalistische Staat, seinen Vorstellungen entsprechend, die nationale Einheit hergestellt und dies durch seine Institutionen und Netzwerke konsolidiert hat, beginnt eine neue Phase, nämlich die der Vertuschung der Klassenverhältnisse, der Verhinderung des Klassenbewusstseins und eine klassenübergreifende politische Einheit. Dies geschieht – wie erwähnt – durch die staatlichen Organe und deren Netzwerke, indem sie die Bürger als Subjekte „pulverisieren“ und somit ihr Klassenbewusstsein entweder verhindern oder erstarken lassen. Damit verhindern sie das Klassenbewusstsein der Unterdrückten und mobilisieren die Herrschenden als einheitliche Klasse.⁸¹

Aber auch Anderson ist der Ansicht, dass die Erfindung der Nation als Gemeinschaft eine wichtige Funktionalität erfüllt, nämlich weil sie „unabhängig von realer Ungleichheit und Ausbeutung, als kameradschaftlicher Verbund von Gleichen verstanden wird. Es war diese Brüderlichkeit, die es in den letzten zwei Jahrhunderten möglich gemacht hat, dass Millionen von Menschen für so begrenzte Vorstellung weniger getötet haben als vielmehr bereitwillig gestorben sind“.⁸²

Anderson und Poulantzas sind gemeinsam der Ansicht (obwohl sich ihre Ausgangspunkte teilweise voneinander unterscheiden), dass für die Bildung einer Nation im Kapitalismus viele Faktoren vonnöten sind, welche nachfolgend einzeln dargelegt werden.

⁷⁸ Ebd. S. 72.

⁷⁹ Vgl. ebd. S. 73.

⁸⁰ Nach ebd. S. 71.

⁸¹ Vgl. Poulantzas, Hirsch, Jessob.

⁸² Anderson, S. 17.

1. c. 2. Tradition

Nach Poulantzas sind viele Traditionen eine Erfindung des modernen Staates. Die Zeit ist in antiken und feudalistischen Gesellschaftsformationen trotz vieler Unterschiede eine ewige, nicht zielgerichtete, nichtdefinierte, lückenhafte und nichtkontrollierte Zeit. Die Zeit wird nach Poulantzas im Kapitalismus als Ablauf kontinuierlicher, aufeinanderfolgender, vom Staat kontrollierter, zielgerichteter Momente aufgefasst. „Dieser Staat organisiert die entwickelnde Nation und monopolisiert so tendenziell die nationale Tradition, indem er die Erinnerung von Volk und Nation einlagert. Im kapitalistischen Zeitalter ist eine Nation ohne eigenen Staat eine Nation, die ihrer Tradition und Geschichte verlustig geht, denn moderner Nationalstaat heißt auch Auslöschung der „alten“ Tradition, der Geschichte und der Erinnerung der beherrschten Nationen, die in seinen Prozess eingeschlossen sind“.⁸³

Tatsächlich vernichtet der Nationalstaat all die nationalen Vergangenheiten und bildet aus ihnen seine eigenen Vorstellungen von Tradition und Geschichte. Aus den Überschneidungen und Kombination dieser zwei Elemente Raum und Zeit, Territorium und Tradition wird die moderne Nation geschaffen.

„Der kapitalistische Staat setzt die Grenzen, indem er das konstituiert, was innen ist – Volk und Nation –, und das Vorher und Nachher des Inhaltes dieser Erfindung (der erfundenen Tradition) homogenisiert“.⁸⁴

Viele Herrscher neigen dazu die Geschichte entweder neu zu bearbeiten oder diese gänzlich nach eigenen Vorstellungen neu zu erstellen. Diese wird dann dem Volk als gemeinsame Tradition präsentiert, so dass zeitbedingt in einem und demselben Land irgendein historischer Abschnitt eines Volkes als heldenhaft positiv verehrt oder als verwerflich und negativ gebrandmarkt wird.

Anderson ist der Ansicht, dass der Staat kreativ sein soll, d. h. aus der oben genannten lückenhaften Geschichte eine kontinuierliche und gemeinsame kreieren soll, indem „fesselnde Symbole“⁸⁵ wie Ehrenmäler und Gräber der „Unbekannten Soldaten“ als Zeichen gemeinsamer Geschichte und Tradition in den Köpfen von Menschen eingraviert werden.

Das Spiel mit Wörtern und deren Bedeutung ermöglicht der herrschenden Schicht und der Wissenschaft, den Beherrschten neue, zeitgemäße Sitten und Gebräuche aufzuzwingen. Diese werden aber nicht als neu bezeichnet, sondern als von unseren Vorfahren vererbtes Traditions- und Kulturgut proklamiert.

⁸³ Ebd. S. 147.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Ebd. S. 18.

1. c. 3. Sprache

Um den oben von Poulantzas und Anderson beschriebenen Prozess des „nation building“ zu vervollständigen, erschafft der kapitalistische Nationalstaat eine neue Sprache, die er später zur Nationalsprache erklärt. Das ist eine Neuschöpfung und nicht die einfache Übernahme der Strukturen der vorhandenen Sprachen. Der Staat integriert diese neue Sprache in seinen Institutionen und Apparaten wie Schule, Armee, Universitäten etc. und durchdringt so die gesamte Gesellschaft. „In Schulen und anderen Bildungseinrichtungen wird die Schaffung einer Staatskultur betrieben“.⁸⁶ Der Nationalstaat verdrängt andere Sprachen, indem er sie zu den verbotenen Sprachen erklärt oder das Publizieren in diesen Sprachen untersagt oder deren Mitglieder physisch eliminiert oder vertreibt.

Dabei ist Anderson der Ansicht, dass die neue Sprache auf den Trümmern der bereits vorhandenen aufgebaut wird. Er sieht die gemeinsame Sprache und deren Verschriftlichung als ausschlaggebenden Punkt für die Weiterentwicklung des Kapitalismus und die Bildung der Nation.⁸⁷ Der globale Kapitalismus tendierte irgendwann zu Landessprachen.⁸⁸ Diese waren für die Zentralisierung der Macht und Vereinheitlichung des inneren Raumes (Territorium) ein wichtiges Instrument.

Die Wichtigkeit einer einheitlichen Sprache für die Herstellung der Nation wird in der Rede von Johann Gottlieb Fichte, die er im Winter 1807-08 im Runden Saal der Akademie der Wissenschaften zu Berlin gehalten hat, deutlich:

„Wie es ohne Zweifel wahr ist, dass allenthalben, wo eine besondere Sprache angetroffen wird, auch eine besondere Nation vorhanden ist, die das Recht hat, selbständig ihre Angelegenheiten zu besorgen, und sich selber zu regieren“.⁸⁹

Er führt weiter aus: „Die ersten, ursprünglichen, und wahrhaft natürlichen Grenzen der Staaten sind ohne Zweifel ihre inneren Grenzen. Was dieselbe Sprache redet, das ist schon vor aller menschlichen Kunst vorher durch die bloße Natur mit einer Menge unsichtbarer Banden aneinandergelüpft; es versteht sich untereinander, und ist fähig, sich immerfort klar zu verständigen, es gehört zusammen, und ist natürlich eins, und ein unzertrennliches Ganzes (...) Aus dieser inneren, durch die geistige Natur des Menschen selbst gezogene Grenze ergibt sich erst die äußere Begrenzung der Wohnsitze, als die Folge von jener, und in der natürlichen

⁸⁶ Vgl. Bourdieu 1998: 106f. in Schlichte, Klaus: Der Staat in der Weltgesellschaft, Campus Verlag, 2005, S. 224.

⁸⁷ Anderson, S. 44.

⁸⁸ Ebd. S. 45-46.

⁸⁹ Metzeltin, Michael, S. 130.

Ansicht der Dinge sind keineswegs die Menschen, welche innerhalb gewisser Berge und Flüsse wohnen, um des Willen ein Volk, sondern umgekehrt wohnen die Menschen beisammen, und wenn ihr Glück es so gefügt hat, durch Flüsse und Berge gedeckt, weil sie schon früher durch ein weit höheres Naturgesetz ein Volk waren“.⁹⁰

Aus diesem Zitat kann man die Relevanz der Sprache als ein Kommunikationsmittel zwischen der Bürgern einer Nation entnehmen. Die konstruierte Sprache, die vom Nationalstaat geschaffen wird, hat mit der Originalsprache wenig gemeinsam. Denn die Zentralgewalt schafft eine neue Sprache und Schriftart, von der, wie Poulantzas meint, die Volksmassen ausgeschlossen sind, womit er die gegensätzliche Position zu Fichte einnimmt. Die Bürokratie schaffe nach Poulantzas eine spezifische Sprache, die die gesamten staatlichen Institutionen durchzieht und sie damit von der „Straßensprache“ trennt. Der zentralisierte Staat monopolisiert sie und schließt damit die „Volksmassen“ von jeglicher Einflussnahme aus.

Benedict Anderson beschreibt die Relevanz der Sprache für die Bildung eines Nationalstaates bzw. einer Nation wie folgt: „Es ist immer ein Fehler, Sprachen so zu behandeln, wie es gewisse nationalistische Ideologien tun: als Symbol das ‘Nation-Seins‘ wie Flaggen, Trachten, Volkstänze und dergleichen. Die weitaus wichtigste Eigenschaft der Sprache ist vielmehr ihre Fähigkeit, vorgestellte Gemeinschaften hervorzubringen, indem sie besondere Solidaritäten herstellt und wirksam werden lässt.“⁹¹

In der Entwicklungsphase eines jeden Nationalstaates werden Komitees, Organisationen, Institutionen etc. geschaffen, die sich mit der Entwicklung einer einheitlichen Sprache für die neue Nation beschäftigen. In Ausnahmeständen übernehmen staatliche Apparate diese Aufgabe wie bspw. die Armee (in einigen Ländern). Tatsächlich ist die Erfindung einer neuen, den Rahmenbedingungen des Nationalstaates entsprechenden Sprache eher ein politisch-ideologischer Akt. Denn das Ziel dieser Neuschöpfung liegt oft darin, eine neue Sprache aus den Trümmern der Originalsprache zu schaffen, die dann u. a. von Fremdwörtern „gesäubert“ wird. So schließt man mit den anderen Sprachen auch Menschen aus, die diese anderen Sprachen sprechen.

Wie bereits dargelegt, ist die Sprache eine der wichtigsten Säulen des Nation-Building-Prozesses. Andere Sprachen als die „Nationalsprache“ werden vom Staat systematisch einer Erodierung ausgesetzt, damit das Nationalgefühl unter den Sprechern der jeweiligen Sprache nicht geweckt wird. Dies passiert meist in Vielvölkerstaaten, die despotisch regiert werden. So begehen die Nationalstaaten damit einen „kulturellen Genozid“.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Anderson, S. 133.

1. c. 4. Gemeinsame Werte

Ein neuer, bislang unberücksichtigter Aspekt bei der Untersuchung des kapitalistischen Nationalstaats bzw. der Nation im Kapitalismus sind die gemeinsamen Werte. Welche gemeinsamen Werte? Zum einen sind es Werte oder Normen, welche teilweise neu erfunden werden müssen, und zwar im Kapitalismus und gerade weil nur der Kapitalismus imstande ist, diese Ereignisse als wertvolle und gemeinsame Ereignisse zu propagieren. Eine wichtige Eigenschaft diese Normen ist es, dass sie im Wesen zwar temporär sind, man jedoch stets auf sie zurückgreifen, an sie erinnern und sie aktualisieren kann. Somit werden sie allgegenwärtig und fortgeschrieben, somit quasi vom Fluch der Sterblichkeit und des Vergessens befreit. Um eine Nation neu zu entwickeln, kann man auf sie zurückgreifen. Man kann sie aber durch einen täglichen Akt des Erinnerns und Zurückgreifens aktualisieren und somit das Gefühl der einheitlichen Gemeinschaft auffrischen. Die Denkmäler und Gräber unserer nationalen Helden, welche es nie als solche gegeben hat, bilden für die Gemeinschaft einen gemeinsamen Nenner. Man ist traurig, dass diese Helden nicht mehr unter uns sind. Zugleich ist man stolz auf sie. Die Gemeinschaft schätzt sich glücklich, weil gerade diese Nation solche Helden erzieht und reproduziert. Diese selbstlosen Menschen, welche sich für die Allgemeinheit der Gemeinschaft opferten, bringen uns dazu, sie an einem bestimmten Tag zu feiern. An einem anderen bestimmten Tag ist die Gemeinschaft über den Jahrestag ihres qualvollen Sterbens für die Nation traurig. Denn sie haben es ermöglicht, dass die Gemeinschaft überhaupt existiert und diese Existenz auch fortführen kann. So ermöglichen sie der Gemeinschaft kollektive Werte, Feierlichkeiten, Träume, Wünsche und gemeinsame Erinnerungen. Soviel kann das Denkmal eines unbekanntes Soldaten bewegen, den es tatsächlich nie oder zumindest nicht in dieser Form gegeben hat.

Erst die Vorstellung der Nation im Kapitalismus ermöglicht es uns, eine gemeinsame Fußballmannschaft zu haben. Die Nationalmannschaft erringt eine Weltmeisterschaft. Einzelne Mitglieder der bereits vereinheitlichten Nation identifizieren sich mit dieser Mannschaft. Sie freuen sich über den Sieg und betrachten ihn als ihren eigenen persönlichen Sieg. Man kann auch in den nächsten zweihundert Jahren auf solche Ereignisse zurückgreifen. Das Vergehen der Zeit lässt die Wirkung solch eines Ereignisses kaum in Vergessenheit geraten. Diese Ereignisse bleiben aktuell und mit jedem Hinweis auf das, was damals geschehen ist, vergegenwärtigt man sie. Daraus ergibt sich eine gemeinsame und kollektive Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Somit ist die Nation unsterblich und allgegenwärtig.

Dem Nationalstaat im Kapitalismus kommt die Aufgabe zu stets die Gemeinschaft an diese Ereignisse zu erinnern. Er legt regelmäßige Feiertage und Feierlichkeiten fest. Staatsapparate und Institutionen des modernen Staates sowie Medien sorgen dafür, dass diese gemeinsamen Nenner durch einen kontinuierlichen Akt aktualisiert werden. Darüber hinaus verhindert der Staat, dass solche Ereignisse nur von einer bestimmten Gesellschaftsschicht, Volksgruppe oder politischer Gruppierung vereinnahmt bzw. beansprucht werden. Der Nationalstaat ist der Garant ihrer Allgemeinheit. Denn sonst verlieren die Volksmassen den Bezug zur Gemeinschaftlichkeit der oben genannten Geschehnisse. Ist der Staat nicht imstande als Garant solcher Gemeinsamkeiten aufzutreten, so verliert er ein Stück Territorium und eine Volksgruppe, welche von dem Genuss des Nationseins ausgeschlossen wurde.

1. c. 5. Einheitliche Bekleidung in der Folge der erweiterten Homogenisierung

Um die Homogenisierungsversuche des Staates um einen Punkt zu erweitern, lohnt es sich, das Verbot der einheimischen und traditionellen Bekleidung seitens des Nationalstaates zu erwähnen. Eine weitere Folge einer gescheiterten Homogenisierung sind Bestrebungen des Staates zur Vernichtung traditioneller Werte der nationalen und religiösen Minderheiten und insbesondere der homogenisierungshemmenden Bekleidungskultur einiger nationaler Minderheiten. Der Staat gibt sich mit der einheitlichen Sprache nicht zufrieden. Da durch unterschiedliche Bekleidungskulturen Gefahren einer sich demonstrativ präsentierenden Heterogenisierung lauern, welche sich schnell auf andere gesellschaftliche Ebenen ausbreiten könnten, greift der Staat zu vorbeugenden Maßnahmen. So werden 1927 einheimische und traditionelle Trachten und Bekleidungsformen per Gesetz unter dem Vorwand untersagt, die Gesellschaft modernisieren zu wollen. Durch Propagandaapparate und Werbemaßnahmen setzt der Staat in den Köpfen der Bürger, dass nur modern sei, wer sich dementsprechend kleide. Hingegen wird diese unterschiedliche Bekleidungskultur durch die Opposition als Anhaltspunkt für Differenzierungen verschiedener Art genommen und wandelt sich kontinuierlich zum Kampfmittel gegen den Staat. Diese Merkmale sind in den Vielvölkerstaaten häufig vorhanden. Die Zentralmacht versucht durch Homogenisierung auf allen Ebenen das Verständnis der einheitlichen Nation in den Köpfen von Menschen zu prägen. Dies gelingt ihm nicht, solange optische und physische Differenzen innerhalb der Gesellschaft reell existieren. Deshalb neigt er dazu, die physische, reell existierende Vielfältigkeit mit Repression zu beseitigen, so dass man hier von einem Genozid sprechen kann.

1. c. 6. Die Individualisierung

„Die Spezialisierung und Zentralisierung des kapitalistischen Staates, seiner hierarchisch-bürokratischen Funktionsweise und seiner auf dem allgemeinen Wahlrecht basierenden Institutionen schließen eine Atomisierung und Parzellierung des politischen Körpers in sogenannte Individuen, juristisch-politische Personen und freie Subjekte ein“.⁹²

Nach Poulantzas liegt der Ursprung der Individualisierung in der „vollständigen“ Trennung zwischen den Produzenten und ihren Produktionsmitteln. Dies führe zur „Entstehung des freien und nackten Arbeiters, der von dem Netz seiner persönlichen, lokalen und sozialen Beziehungen in der vorkapitalistischen Gesellschaft abgeschnitten ist“.⁹³

Der kapitalistische Nationalstaat versucht nach Poulantzas die Bürger zu individualisieren und so Solidarität untereinander zu verhindern. Er nennt dies „Pulverisierung“ der Massen. Hierdurch gelingt es dem Staat, die gravierenden Klassenunterschiede und Klassenkämpfe zu vertuschen, indem er die Arbeiter von ihren Produktionsmitteln trennt und sie als einzelne autonome „Parzelle“ hinstellt. Der Arbeiter wird nur noch indirekt mit seinen Kollegen verbunden und verliert so sein Zugehörigkeitsgefühl. Diese Individualisierung entsteht während der tayloristischen Produktionsweise dadurch, dass jeder Arbeiter eine bestimmte, einzigartige Aufgabe hat: „Ein genau abgesteckter, in Abschnitte und Zellen aufgeteilter Raum, in dem jede Parzelle (jedes Individuum) ihren Platz hat und in der jeder Platz einer bestimmten Parzelle entspricht, der aber gleich homogen und einheitlich aussehen muss“.⁹⁴

Die Schaffung von „Privatsphären“ (nach den Gesetzen des Nationalstaates) hilft dem Staat Konflikte zu beseitigen und diesen so die Sprengkraft zu nehmen. Der Staat verleiht den Konflikten einen privaten Rahmen und verheimlicht so ihre kollektive Eigenschaften. Dabei gibt es jedoch, bezogen auf Übergriffe und Eingriffe des Staates in die Privatsphäre von Individuen, nur wenige Einschränkungen. Bei Gruppen und größeren Gemeinschaften ist dies nur eingeschränkt möglich, so dass ein Verbergen des Konfliktes nur schwer möglich ist.

Diese Schaffung von Privatsphären betrifft natürlich auch nationale Minderheiten; sie werden zu wehrlosen Individuen gemacht und so in die konstruierte Nation integriert, damit sie stets auf den Staat angewiesen bleiben.

⁹² Poulantzas, S. 90.

⁹³ Ebd. S. 91.

⁹⁴ Ebd. S. 91.

Darüber hinaus hat der Nationalstaat eine andere Funktion, die von Poulantzas als „Doppelfunktionalität“ des Staates erklärt wird. Er besagt, dass der Nationalstaat im selben Prozess, in dem er die Unterdrückten „pulverisiert“, auch die herrschenden Klassen vereinheitlicht. Diese neue, einheitliche Klasse, mit all ihren internen Widersprüchen, verdichtet sich im Staat. So bleibt die Macht der herrschenden Klasse im Staat erhalten.

In den Vielvölkerstaaten versucht der Staat die herrschende Schicht als Repräsentant der ganzen Gesellschaft darzustellen. Gelingt ihm dies nicht, versucht er paradoxerweise sich als Repräsentant der Mehrheit oder eines bestimmten Volkes zu verkaufen. So versucht er zumindest diese Gruppe als herrschende Gruppe zu homogenieren, indem er provisorisch Differenzen innerhalb der Gruppe verharmlost und minimiert. Er vermeidet es, Subjekte dieser Gruppe zu individualisieren. So beruft er sich in seiner Herrschaft auf den Willen der ganzen Gruppe. Zugleich konfrontiert er diese Gruppe mit anderen, nicht zur Herrschaft gehörenden Gruppierungen bzw. Völkern. Es hat den Anschein, er sei wirklich der Vertreter der ganzen Gruppe und nicht Repräsentant einer kleinen Minderheit innerhalb dieser Gruppe. So versucht er die politischen Subjekte innerhalb der unterdrückten Gruppierungen möglichst auseinanderzuhalten und ihre Vereinigung zu verhindern. Hingegen verbindet er die Individuen der herrschenden Klasse eng miteinander. Er macht seinen Kampf zum Kampf eines Volkes gegen andere Völker, obwohl nur eine kleine Minderheit davon profitiert.

1. c. 7. Ideologie und Repression

Für die Herstellung der Nation und die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Personen und Personengruppen bedient sich der kapitalistische Nationalstaat zweier Instrumente: Ideologie und Repression. Diese werden in seinen Apparaten und Institutionen materialisiert und verkörpert, bspw. in Schule, Medien, Polizei, Armee und Justiz. Diese dienen dann entweder der Ideologie (wie die Schule) oder der Repression (wie die Polizei) und reproduzieren wiederum Ideologie oder Repression.

Die Gewichtung dieser beiden Instrumente, Ideologie und Repression, variiert. In manchen Ländern und zu bestimmten Zeiten ist die Repression stärker als die Ideologie und in anderen Ländern oder anderen Zeiten wird die Ideologie stärker benutzt. Selbstverständlich kommt es auch vor, dass beide Instrumente gleichzeitig genutzt werden.

1. c. 7. a. Ideologie

„Ideologie“ ist nach Poulantzas ein komplexes Gebilde aus materiellen und immateriellen Bestandteilen. Der immaterielle Teil besteht aus einem System von Ideen und der materielle aus alten Traditionen und Sitten bis hin zum Lebensstil. Es gibt nach Poulantzas keine neutrale Ideologie. Sie wird stets irgendeiner Klasse angehören müssen, daher ist die herrschende Ideologie diejenige der herrschenden Klasse.⁹⁵

Im Nationalstaat kann die oben beschriebene Doppelfunktionalität seiner Organe aber auch zur Reproduktion von Ideologie genutzt werden. So kann in einem Nationalstaat, dessen Bevölkerung mehrheitlich aus Analphabeten besteht, das Militär durch eine unkomplizierte Darstellung einer komplexen Ideologie die Volksmassen für sich gewinnen. Dabei erinnern sie an Gemeinsamkeiten wobei Differenzen außer Acht gelassen werden. Da, wo es keine Gemeinsamkeiten gibt, versucht man sie zu konstruieren, d.h. sie neu zu schaffen. Man beauftragt bspw. das Militär mit der Alphabetisierung der Massen, damit die nationale Sprache verbreitet wird. Durch Bücher wird die Staatssprache stets aktualisiert.

Die Ideologie dient nach Poulantzas einer Kompromissfindung zwischen den gesellschaftlichen Klassen. Die kulturelle Hegemonie zwischen den Klassen wird als Ideologie in den staatlichen Organen wie etwa durch das Schulsystem manifestiert.

⁹⁵ Ebd. S. 57.

Wo die Ideologie mit den Bedingungen und Lebensweisen der politischen Subjekte nicht im Einklang steht, übernimmt Repression die führende Rolle. Massenexekutionen, Vertreibungen etc. sind die Erscheinungen, die mit der Bildung der Nationalstaaten eine dramatische Realität bilden.

Dazu bemerkt Gramsci, dass die Macht des Staates nicht allein auf Repression begründet ist.⁹⁶ Selbst die grausamsten Diktatoren der Welt können ihre Herrschaft nicht allein mit Repression legitimieren und aufrechterhalten. Die Ideologie hat nach Gramsci die Funktion die kulturelle Hegemonie der Bourgeoisie durch den Staat herzustellen.⁹⁷

1. c. 7. b. Repression

„Unter Repression muss in erster Linie die organisierte physische Gewalt verstanden werden, im höchst materiellen Sinne des Wortes, als Gewalt gegen Körper“.⁹⁸ Repression ist das Mittel des Staates, wodurch dieser seine Macht etabliert und dadurch auch aufrechterhält. Diese Repression vermittelt den Bürgern des Staates Angst oder Zwang und demütigende Bedrohung. Nach Poulantzas erinnern sich die Bürger an den Staat, „und zwar in doppelter Hinsicht: durch Institutionen, die den körperlichen Zwang und die permanente Bedrohung der Verstümmelung repräsentieren; sodann durch die Durchsetzung einer körperlichen Ordnung durch den Staat“.⁹⁹ Diese Staatsmacht oder Repression formt die Bürger nach dem vom Staat vorgegebenen Maß und reiht sie dann in seine Institutionen und Apparate ein.

Der Nationalstaat benutzt seine Apparate auch „zweckentfremdet“. So übernimmt das Militär teilweise die Rolle der Justiz. Die Festnahme und Verurteilung von Bürgern wird dann durch das Militär durchgeführt. Diese Situation ist uns aus diktatorisch geführten Ländern bekannt, wo „politische Delikte“ als Bedrohung der Staatssicherheit und der politischen „Ordnung“ aufgefasst werden

⁹⁶ Vgl. Winsent, Andru: Theorien des Staates, persische Übersetzung von Hossein Bashirieh, S. 246.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Ebd. S. 58.

⁹⁹ Ebd.

Diese „Flexibilität“ der Staatsorgane verhilft dem Staat dazu, in Notsituationen die politische Ordnung und damit verbunden die „ideologische Oberhoheit“ wiederzuerlangen. Die Geschichte hat gezeigt, dass Staaten nicht dauerhaft mit solchen „provisorischen“ Methoden geführt werden können.

Max Weber räumt der Gewalt eine hohe Stelle innerhalb eines jeden Staates ein und beschreibt den Staat wie folgt: „Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes – dies: das Gebiet, gehört zum Merkmal – das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht. Denn das der Gegenwart spezifische ist, dass man allen anderen Verbänden oder Einzelpersonen das Recht zur physischen Gewaltsamkeit nur soweit zuschreibt, als der Staat sie von ihrer Seite zulässt: er gilt als alleinige Quelle des Rechts auf Gewaltsamkeit (...) Der Staat ist, ebenso wie die ihm geschichtlich vorausgehenden politischen Verbände, ein auf das Mittel der legitimen Gewaltsamkeit gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen“.¹⁰⁰

Diese Auffassung teilt Poulantzas, der meint, dass der Staat politische Herrschaft nicht allein durch Repression oder nackte Gewalt sanktionieren und reproduzieren kann, sondern dass er direkt auf die Ideologie zurückgreift, die die Gewalt legitimiert.¹⁰¹ Seiner Meinung nach unterstützt die Bourgeoisie die Herstellung der Hegemonie durch ihre materielle Macht. Diese ist die Verfügung über Institutionen, Netzwerke, verdinglichtes Kapital, gesellschaftliche Stellung etc. Die „Ideologie“ macht die Herrschaft und die Unterdrückung für die Massen erträglicher und harmloser.

Hegemonie heißt dagegen für Gramsci, „dass die herrschende Gruppe sich auf konkrete Weise mit den allgemeinen Interessen der untergeordneten Gruppen abstimmen wird und das Staatsleben als ein andauerndes Formieren und Überwinden von instabilen Gleichgewichten zu fassen ist [...], von Gleichgewichten, in denen die Interessen der herrschenden Gruppen überwiegen, aber nur bis zu einem gewissen Punkt, d. h. nicht bis zu einem engen ökonomisch-korporativen Interesse“.¹⁰²

Poulantzas meint, der Nationalstaat interveniert nur unmittelbar in die Geschehnisse und tritt meist nicht offen für die Interessen einer Klasse auf. Er schafft Institutionen und passt sie den verändernden Bedingungen an. Er präsentiert den Volksmassen die Interessen der herrschenden Klassen so, als wären sie tatsächlich die Interessen der Gesamtheit bzw. die des

¹⁰⁰ Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe, 5. Aufl. S. 822.

¹⁰¹ Poulantzas, S. 57.

¹⁰² Gramsci, Gefängnishefte 7, 1584.

Volkes. Doch sollte man sich seines Erachtens davor hüten, den Staat nur auf Ideologie oder Repression zu reduzieren. Kein Staat der Welt kann allein durch Repressionsanwendung auf Dauer herrschen und nur wenige Staaten der Welt können nur durch Repression und Ideologie auf Dauer herrschen.

1. c. 8. Die Autonomie des Staates

In den meisten kapitalistischen Gesellschaftsformationen, welche einen bestimmten Entwicklungsstand von Durchkapitalisierung und Industrialisierung erreicht haben, hat sich das Staatswesen durchweg seine eigenen Mechanismen ausgebaut. D. h. dass der Staat sich von allen gesellschaftlichen Kräften und Klassen relativ unabhängig gemacht hat. Diese Unabhängigkeit soll nicht falsch interpretiert werden. Sie bedeutet eine relative Autonomie des Staates in seinem Handeln im Bezug auf die gesellschaftlichen Klassen, so dass man auf den ersten Blick den Staat für ein neutrales und von Klassen losgelöstes Wesen hält, welches das „Volk“ widerspiegelt. Diese Autonomie soll aber nicht bedeuten, dass der Staat sich von allen Gesellschaftsverhältnissen abgeschottet hat und nur noch nach seinen eigenen Regeln handelt. Solche Interpretationen tendieren eher zum „autopoetischen“ System nach Luhmann.¹⁰³

Die These der relativen Autonomie des Staates steht dabei zwischen Thomas Hobbes' Leviathan und den „traditionellen“ bzw. orthodoxen Marxisten, die den Staat als ein zielgerichtetes Instrument in der Hand einer sozialen Klasse betrachten.

Der Staat bleibt inhaltlich nach wie vor Repräsentant und Interessenvertreter einer bestimmten Klasse oder eines Blocks, unterscheidet sich jedoch in vielen Hinsichten von dem herkömmlichen Staat bzw. von der traditionellen Vorstellung. Er ist nun unpersönlicher denn je. Diese Unpersönlichkeit ergibt sich nach Poulantzas aus der Besonderheit der kapitalistischen Produktionsweise, genauer gesagt aus der Trennung der „Produzenten“ von ihren „Produktionsmitteln“. Denn im Feudalismus war der Produzent, der Bauer, eng mit seinen Produktionsmitteln, nämlich mit dem Boden, den Tieren etc. verbunden. Er war derjenige, der bestimmte, wo, was, wie und wie viel eingesetzt und produziert wurde. Er alleine war für den Erfolg und Misserfolg seiner Arbeit verantwortlich. Der Bauer war der Herr des Schauplatzes. Er war Manager, Fließbandarbeiter, Qualitätsmanager, Produktionskontrolleur, Zulieferer und vieles andere in einem. Hingegen übernahm der

¹⁰³ Nach Luhmann besteht jede Gesellschaft aus mehreren voneinander getrennten, jedoch kommunizierenden Subsystemen, die er als autopoietische Systeme erfasst. Diese Systeme existieren in einer Gesellschaft nebeneinander und sind klar voneinander abgegrenzt, so dass jedes System seiner eigenen Logik nachgeht und hierdurch sich von anderen unterscheidet. So ein System bedarf nur ins Leben gerufen zu werden. Ab diesem Zeitpunkt akkumuliert und reproduziert es sich.

Feudalherr als Inhaber der Produktionsmittel die Rolle des Richters, Verwalters und Armeechefs.¹⁰⁴

Die auf der strikten Trennung von Arbeitern und Produktionsmitteln beruhende gesellschaftliche Arbeitsteilung definiert neue unterschiedliche Räume des Staates. Man unterscheidet nun zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen physischer und geistiger Arbeit. Diese Trennung spiegelt sich in allen staatlichen Institutionen wider und so wird die Gesellschaft darauf umgebaut. Die geistige und wissenschaftsbasierte Arbeit bleibt Monopol des Staates. Die Massen werden hier systematisch ausgeschlossen. In den Vielvölkerstaaten nimmt diese Arbeitsteilung neue Dimensionen an. Sie findet nicht nur zwischen verschiedenen Gesellschaftsklassen statt, sondern zwischen unterschiedlichen Völkern innerhalb des Nationalstaates, indem die herrschende Ethnie oder Nation die geistige Arbeit an sich reißt und die manuelle an andere Ethnien und Völker weitergibt. In vielen Fällen macht sich jedoch eine erweiterte Arbeitsteilung bemerkbar, wobei beide Arbeitsbereiche (sowohl die geistige als auch die manuelle Arbeit) einem bestimmten Volk zugeschrieben werden. Die mit der Regierung politisch und ökonomisch konformen Klassen eignen sich die geistige Arbeit an, der Rest übernimmt die manuelle Arbeit. Andere Völker werden überhaupt nicht berücksichtigt. Dies führt zu einer Marginalisierung bestimmter Staatsgebiete, in denen die nicht an der Macht beteiligten Völker leben. Diese ungerechte ungleichmäßige Arbeitsteilung wird u. a. seitens des Staates ideologisch gerechtfertigt.

Die Ideologie des Nationalstaates ist die herrschende Ideologie der herrschenden Klasse. Diese Ideologie wird innerhalb des „Staatsvolks“ vergesellschaftet. Sie legitimiert die kapitalistisch dominanten Verhältnisse innerhalb der Gesellschaft, so dass man durch wissenschaftliche Begründung eine Legitimationskette für die ausbeuterischen Verhältnisse des Kapitalismus konstruieren kann.¹⁰⁵ Denn diese Legitimation ist nicht selbstverständlich und gegeben, sie wird erst durch eine kettenartige Argumentationsreihe konstruiert.¹⁰⁶ Diese Argumentationsreihe wird seitens der sogenannten Intellektuellen und Wissenschaftler verwissenschaftlicht und so neutralisiert.

Die Wissenschaft wird aufgrund ihrer „Macht“ privilegiert und der direkten Aufsicht des Staates unterworfen. Die intellektuelle Arbeit wird durch diverse Institutionen und Apparate des Staates monopolisiert und verstaatlicht, die Wissenschaftler werden „verbeamtet“ und so im „inneren Wesen“ des Staates verankert. Deren institutionalisierte Laufbahnen werden

¹⁰⁴ Vgl. Poulantzas, S. 81.

¹⁰⁵ Ebd. S. 82.

¹⁰⁶ Ebd. S. 85.

kanalisiert und so gesichert. Auf diese informelle Art und Weise wird die intellektuelle Arbeit vom Staat abhängig gemacht.¹⁰⁷ Diese Abhängigkeit ist alles andere als symmetrisch. Die Dominanz des Staates bringt die verbeamteten Wissenschaftler dazu, dass sie ihre Existenz an den Fortbestand herrschender Verhältnisse koppeln.

Diese Trennung von geistiger und manueller Arbeit bzw. von Produzenten und ihren Produktionsmitteln wird in der „Materialität des Staates“ (Poulantzas) verankert. Sie durchzieht alle staatlichen Apparate und ist aufgrund ihrer wichtigen Rolle von den „Volksmassen“ abgeschottet.¹⁰⁸ Die „Volksmassen“ kommen nur durch bestimmte Organe und nur informell mit der „Materialität“ des Staates in Berührung. Dieses Organ wäre z. B. das Parlament, dessen Parteien die „Materialität des Staates“ den Volksmassen nahebringen.

Für die Ausgrenzung der Volksmassen werden im Auftrag des Staates und durch die Wissenschaft die Grundbausteine einer teilweise völlig neuen Sprache gelegt. „Das hat seinen tieferen Grund darin, dass jede Herrschaft auf eine standardisierte Kommunikation angewiesen ist und sie deshalb durchzusetzen sucht“.¹⁰⁹ Diese Sprache ist die Trennungslinie zwischen den Volksmassen und den Herrschenden. D. h. es werden neue Methoden, eine Grammatik, ein Rechtschreibsystem etc. für diese neue Sprache gefunden, die das Durchdringen der Volksmassen in die gigantischen bürokratischen Apparate des Staates verhindern können, ohne dass es zu Konflikten kommt. Nur diejenigen sind dazu fähig sich in den neuen Verhältnissen zu integrieren, die eine wissenschaftliche Bildung genossen haben. Da die Wissenschaft – wie oben erwähnt – zum Monopolbereich des Staates zählt, können nur bestimmte „durchgefilterte“ Menschen in den Besitz solcher Fähigkeiten kommen. Gerade deshalb wird diese in einer zirkulierenden, kreislaufartigen, fast geschlossenen Kette wiederhergestellt und garantiert die Herrschaft des Staates und die Beibehaltung der gesellschaftlichen Dominanz der herrschenden Klassen innerhalb der bereits definierten Nation. Dafür muss aber der Nationalstaat seine Herrschaftszone bzw. die Nation definieren, um dann die Ausdifferenzierungen innerhalb dieser neugeschaffenen Nation zu unternehmen.

¹⁰⁷ Ebd. S. 83.

¹⁰⁸ Ebd. S. 83.

¹⁰⁹ Schlichte, S. 226.

1. c. 9. Kapitalistische Zeit, kapitalistischer Raum (Territorium) und deren Verhältnis zum Nationalstaat

Autoren wie Poulantzas setzen das Verständnis der modernen Nation in Beziehung zu den Verschiebungen des kapitalistischen Raumes und der kapitalistischen Zeit. Für ihn bedeuten diese beiden Phänomene etwas anderes, abhängig davon, ob sie zu einer vorkapitalistischen, feudalistischen oder einer späteren Zeit gehören.

Raum bedeutet in der Antike ein Einfaches, ein zum Zentrum gerichtetes und nach außen offenes Gebiet. Dieser Raum konnte sich im Laufe der Zeit beliebig ausdehnen, ohne von sich getrennte, neue Räume zu schaffen. Es wurden keine neuen Räume „assimiliert“. Dieses Raumverständnis ist ähnlich wie im Feudalismus. Auch im Feudalismus blieben die Menschen an das Zentrum und dessen Produktionsmittel gefesselt.

Für Poulantzas änderte sich dies erst mit der Entstehung des Kapitalismus. Erst in der Phase des Kapitalismus und mit der Befreiung des Bauern von den Fesseln der Feudalherren kann er sich sozusagen „deterritorialisieren“. „Dieser Prozess ist in einem neuen Raum, der gerade die serielle Segmentierung und die Einfriedung impliziert“.¹¹⁰

Erst hier wird der Raum nicht mehr durch sein Zentrum interpretiert und gekennzeichnet. Jeder Raum ist nach außen abgeschlossen und hat seine Grenze. Erst dadurch wird er von anderen Räumen unterschieden.

Wenn diese Räume sich ausdehnen wollen, dann müssen sie ihre eigenen Grenzen überschreiten. Diese Ausdehnung geschieht in Form von Assimilierung und nicht wie früher als eine „räumliche Ausdehnung“ oder Expansion. Erst in diesem neuen Raum werden Vorgänge wie z. B. die Kapitalzirkulation „eingeschrieben“.¹¹¹ In diesem Raum sind die Produktionsverhältnisse wie etwa das Privateigentum an Produktionsmitteln festgeschrieben und diese geben ihm eine neue Gestalt. Hier liegen nach Poulantzas die Ursprünge des kapitalistischen Territoriums, welches für die Entwicklung der kapitalistischen Nation von großer Bedeutung ist.¹¹²

Um die neue Nation zu schaffen, muss der Staat seine Bürger bzw. „Subjekte“ als freie, gleiche und individualisierte Körper umformieren, damit er sie in den neuen Raum integriert und seine Herrschaft über sie aufbaut. Aus der Addition dieser „individualisierten Orte“ ergibt sich das nationale Territorium. Parallel zur Festlegung der nationalen Grenzen muss das Innere

¹¹⁰ Poulantzas, S. 135.

¹¹¹ Vgl. Ebd. S. 135.

¹¹² Ebd. S. 136.

vereinheitlicht werden, damit man in einem weiteren Schritt den bisher nicht vorhandenen Binnenmarkt herstellen kann.¹¹³

Die gegenwärtigen Eroberungen werden nicht mehr nur als normale Ausdehnung des „kontinuierlichen“ Raumes, der an ein Zentrum gebunden ist, betrachtet, sondern auch als Vernichtung und Verneinung der Unterschiede bezüglich der nationalen oder religiösen Minderheiten. Dies geschieht durch eine sogenannte „Homogenisierung“ und „Assimilation“ sowie durch Völkermorde. Erst durch die Schließung des inneren Raums wird der „Außenseiter“ zum Fremden. Selbst diejenigen Gruppen oder Individuen, die sich gegen den Prozess der „Homogenisierung“ wenden, werden als innerer Feind von Seiten des Staates etikettiert und bekämpft.

Es kann zu Verschiebungen bei der Festlegung der inneren Verwaltungsgrenzen kommen, wenn eine andere (historische) Nation nicht die Mittel hat sich zu wehren. Dies geschah bspw. ab 1979 im Iran, als das kurdische Siedlungsgebiet auf vier Provinzen aufgeteilt wurde, oder 1952 in der DDR als der föderale Aufbau anhand der „historischen“ Regionen wie etwa Sachsen durch neue Verwaltungseinheiten wie die Bezirke Cottbus, Dresden, Karl-Marx-Stadt usw. ersetzt wurden. Dies geschah meist aus Gründen der Zentralisierung der „Staatsmacht“.

Als Gegenbeispiel dazu kann man aufführen, dass föderale Territorien sich durch Zusammenschluss erweitert haben, so im Fall der USA durch den Anschluss weiterer Bundesstaaten oder die Schweiz durch den Anschluss weiterer Kantone.

Für die Entstehung von neu definierten und nach außen geschlossenen Räumen im Kapitalismus sieht Anderson die Entwicklung von neuen Landessprachen als ausschlaggebend an. Während der Trend der Landessprachen zunahm, begannen sich neue, kleinere Räume zu bilden. Diese Entwicklung stellte dann größere religiöse Gemeinschaften in Frage, etwa Christentum und Islam, welche sich durch eine gemeinsame Religion definierten und legitimierten. Hingegen erinnerten die Landessprachen an die gemeinsame Sprache, Tradition und Vergangenheit. Landessprachen „trugen zur Entthronung des Lateinischen und zur Erosion der heiligen Gemeinschaft des Christentums bei. Die Entstehung der neuen, nationalen Gemeinschaften eines oder sogar aller dieser Faktoren denkbar. Im positiven Sinn aber wurden diese neuen Gemeinschaften durch eine eher zufällige, doch explosive Interaktion möglich, die sich zwischen einem System von Produktion und Produktionsbeziehungen (dem Kapitalismus), einer Kommunikationstechnologie (dem Buchdruck) und dem unausweichlichen Faktum entwickelte, dass die Menschen verschiedene Sprachen haben“.¹¹⁴

¹¹³ Ebd. S. 137.

¹¹⁴ Anderson, S. 50.

Die Vereinheitlichung des inneren Raumes im Kapitalismus und in diversen Ländern war nichts anderes als eine natürliche Reaktion auf die Bedürfnisse und real existierende kulturelle und traditionelle Gegebenheiten. Da man, wie oben bereits erwähnt, im Normalfall von einer Ausdehnung des inneren Raumes auf das Vorhandensein einer religiös oder sprachlich homogenen Gemeinschaft ausgeht, funktioniert es oft reibungslos. In vielen neugebildeten Nationalstaaten des Nahen Ostens hat man heterogene Gemeinschaften (in allen Hinsichten) vorgefunden. Man versuchte diese zwangsweise zu homogenisieren. Das Ergebnis ist ganz und gar der Genozid, vor allem der Genozid kultureller Natur.

Deshalb ist an dieser Stelle ein Exkurs unausweichlich, wodurch man den Sachverhalt näher definieren kann.

2. Demokratietheorie

2. a. Definition der Demokratie

Demokratie ist eine Kombination der beiden griechischen Wörter „demos“ (das Volk) und „kratia“ (Herrschaft), also „Volksherrschaft“, womit im antiken Griechenland nur die Männer der „polis“ (Stadtstaat oder Stadt mit Umland) bezeichnet wurden. Der griechische Philosoph Aristoteles polemisierte dagegen, sie sei eine Entartungsform der Herrschaft, durch die der Pöbel bzw. das niedere Volk die Macht ausübt.

Der französische Philosoph Jean-Jacques Rousseau plädiert in seinem „Gesellschaftsvertrag“ von 1762 für eine radikale bzw. direkte Demokratie. Alle Staatsaktivitäten sollten der Volkssouveränität unterworfen werden. Er hält James Idee der „modernen Demokratie“ für undemokratisch.¹¹⁵ Hiervon distanziert sich James und befürwortet dagegen die indirekte Demokratie, da er die direkte für unmöglich und ineffizient, Rousseaus These gar für „pervers“ hält.¹¹⁶

Heutzutage wird der Demokratiebegriff in erweitertem Sinne gebraucht, in dem folgende Eigenschaften mit berücksichtigt werden müssen:

¹¹⁵ Vgl. A. Dahl, Robert: Democracy and its Critics, S. 225.

¹¹⁶ Ebd. S. 227.

1. Volkssouveränität, d.h. jede Herrschaft muss durch das Volk legitimiert sein. Dies geschieht, indem die Regierten den Regierenden einen Regierungsauftrag geben und damit die Herrschaft auf eine oder mehrere Gruppen übertragen.¹¹⁷
2. Freiheit der Bürger als Individuum wie auch als Kollektiv.
3. Die Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit aller Menschen. Dieses Prinzip beinhaltet meines Erachtens auch Chancengerechtigkeit etc.

Eine heutige demokratische Herrschaftsformation erweitert diese Eigenschaften durch einige Merkmale wie etwa Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, die Übertragung der Staatsgewalt auf das Volk, freie und geheime Wahlen, Mehrheitsprinzip, Diskriminierungsverbot oder die Unabhängigkeit der staatlichen Organe wie Judikative, Exekutive und Legislative voneinander.

Robert Dahl legt in seinen Büchern folgende Kriterien für ein demokratisches System fest:

- Freedom to form and join organizations,
- Freedom of expression,
- Right to vote,
- Eligibility for public office
- Right of political leaders to compete for support and for votes,
- Alternative sources of information
- Free and fair elections,
- Institutions for making government policies depend on votes and other expressions of preference.¹¹⁸

Bassam Tibi nennt zwei relevante Faktoren für die effektive Demokratisierung einer Gesellschaft und deren Etablierung;

- a. Das Vorhandensein einer politischen Kultur und
- b. der Grad der Institutionalisierung einer Gesellschaft.

Festzustellen ist, dass die Demokratien westlicher Art in den letzten Jahrzehnten präsenter in den Debatten der Weltöffentlichkeit sind denn je. Immer mehr Staaten dieser Erde bekennen sich zur „Demokratie“. Der Begriff umfasst ein breites Spektrum von repräsentativer und direkter Demokratie über den demokratischen Sozialismus bis hin zur Mehrheits- und Konkurrenzdemokratie etc.

¹¹⁷ Dieses Prinzip findet seinen Ursprung in der Idee des Gesellschaftsvertrags bei Rousseau.

¹¹⁸ Ebd. Kapitel 16 und 20.

Da unterschiedliche Autoren bei der Definition von Demokratie zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen sind, habe ich, wie oben bereits beschrieben, eine universelle Definition herangezogen. Demokratie im liberalen, westlichen Sinne wird von vielen als Parlamentarismus, der die Grundrechte, wie etwa „Leib, Leben, Eigentum und politische Rechte“ der Bürger gewährleistet, angesehen.¹¹⁹

Und zuletzt wird eine Definition der Demokratie nach Barrington Moore angegeben, die für die vorliegende Arbeit als Grundlage der Untersuchung dient. Moore sieht die Entwicklung der Demokratie „als einen langen und nie endenden Kampf, der drei eng miteinander zusammenhängende Dinge verwirklicht:

1. Willkürherrschern entgegenzutreten
2. Willkürherrschaften durch gerechte und rationale Herrschaftsformen zu ersetzen
3. Den Regierten eine Beteiligung am Zustandekommen der Gesetze und Vorschriften zu verschaffen“.¹²⁰

Fest steht, dass die Existenz einiger Grundprinzipien, die von fast allen aufgeführten Autoren genannt werden, für eine reibungslose Funktion der demokratischen Institutionen eines jeden Nationalstaates nötig sind

Welche staatlichen Institutionen und welche Klassen der Garant für die Existenz und die Entwicklung dieser Grundprinzipien sind, wird von Moore dargestellt.

Barrington Moore schildert im Rahmen seiner Demokratietheorien Gegebenheiten, welche für die Entstehung einer funktionierenden Demokratie in Großbritannien nötig waren.

¹¹⁹ Vgl. Krämer, Gudrun: Gottes Staat als Republik, S. 11.

¹²⁰ Moore, S. 471.

2. b. Ursprünge der Demokratie nach Moore

Diese Arbeit soll nicht untersuchen inwieweit der iranische Nationalstaat, in welcher historischen Form auch immer, Grundsätzen westlicher Demokratie nach Moore entspricht, sondern inwieweit Prozesse der „westlichen Demokratisierung“ hier nicht funktioniert haben.

Nach Barrington Moore kann man die gesellschaftlichen Verhältnisse, bspw. die Kräfteverhältnisse in einer Gesellschaft, als Ausgangspunkt nehmen, um zu erklären, zu welcher demokratischen oder reaktionären Herrschaftsform dies führt. Moore bezieht sich dabei ausschließlich auf die Verhältnisse in Großbritannien und nicht auf die im Iran. Nach Moore gibt es drei Arten von Revolutionen, die zu unterschiedlichen Herrschaftssystemen führen:

„Die bürgerliche Revolution, die in der westlichen Form der Demokratie gipfelt, die konservativen Revolutionen von oben, die in Faschismus enden, und die Bauernrevolutionen, die zum Kommunismus führen“.¹²¹

In einem der laut Moore ersten „demokratischen“ Länder der Welt, nämlich England, stand die existierende Herrschaft, vertreten durch den Monarchen, feindselig gegenüber. Dennoch musste er der Einrichtung eines Unterhauses (house of commons) aufgrund der Machtverhältnisse zustimmen. Nach Moore war der Hof zu schwach und zu dezentralisiert, um Aufständen, verbunden mit der Forderung nach mehr Demokratisierung, zu begegnen. Die Machtverteilung zwischen den gesellschaftlichen Gruppen wie etwa Feudalherren, Adligen, Großgrundbesitzern und Großhändlern trug zur Schwächung der Zentralgewalt bei.

Die englische Gesellschaft bestand während des Mittelalters aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die je nach ihrer ökonomisch-politischen Lage der „bürgerlichen Revolution“ zustimmend oder ablehnend gegenüberstanden. Eine dieser Gruppen war die Bauernschaft. Sie war mehrheitlich den neuen, sich verändernden ökonomischen Verhältnissen ausgeliefert und wurde ökonomisch immer schwächer. Dennoch gab es unter ihnen eine Minderheit von „Freibauern“, auch „yeomen“ genannt, die das Land lediglich pachteten und sich den neuen Verhältnissen anpassen konnten. Die Yeomen konnten sich tatsächlich als eine neue, aus der Bauernschaft entsprungene Schicht behaupten. Aus den sich verändernden Produktionsverhältnissen konnten sie beträchtliche Mengen an Kapital anhäufen und diese konnten in den Kauf weiterer Ländereien investiert werden. So gelangten sie im 17. und 18. Jahrhundert zu bescheidenem Wohlstand und waren an der Ausweitung ihrer politischen Macht

¹²¹ Moore, S. 475.

interessiert. Moore ist der Meinung, sie seien deshalb „revolutionär“ der bestehenden Machtordnung gegenüber gesinnt gewesen.

Eine weitere Schicht, die ebenso aus den sich verändernden Produktionsverhältnissen hervorging, war die gesellschaftliche Schicht der sogenannten „Handelsbourgeoisie“. Diese war zum größten Teil in den Städten wohnhaft. Sie wurde als oppositionelle Kraft gegen das alte System angesehen, da sie eine „Liberalisierung der Märkte“ gegen zentralstaatlichen Eingriff forderte und international orientiert war.

Eine weitere gesellschaftliche Schicht nach Moore waren die Großgrundbesitzer. Diese Schicht wurde zwar nicht künstlich durch vorangegangene Reformen geschaffen, sondern sie existierte bereits schon vorher. Die Kommerzialisierung der Landwirtschaft, z.B. durch den zunehmenden Handel mit Agrarprodukten, kam ihnen als Besitzer mehrerer Tausend Hektar Boden zugute, so dass ihre Einnahmen rapide anstiegen. Ihr neu entstandener Wohlstand führte zu zunehmendem Selbstbewusstsein und sie befürworteten eine Veränderung der Machtverhältnisse.

Der niedere Adel (gentry) verhielt sich wie die Großgrundbesitzer und war ebenso gegen die herrschenden Verhältnissen, z. B. in Form hoher Steuern, die seitens des Königs eingeführt worden waren. Sie strebten deshalb auch mehr Autonomie dem Hof gegenüber an.

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich in Großbritannien eine Großbourgeoisie, die nach Moore viel zur liberal-demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft beitrug. Sie befürwortete die individuellen Freiheiten, die Marktfreiheit, Machtverteilung und die Rechtstaatlichkeit. Für Kirche und Hof empfand die Bourgeoisie keine Sympathie. Sie sahen in diesen beiden Institutionen „gesellschaftliche Rückständigkeit“, damit Symbole des „Absolutismus“ und des „Feudalismus“. Daher lehnten sie das alte System ab und gingen auf Konfrontationskurs mit den Herrschenden. Dennoch waren sie wirtschaftlich eine der tragenden Säulen des Systems. Sie hatten fast alle Produktionsmittel mit mehreren Tausend Lohnabhängigen, die für sie arbeiteten, „in der Hand“.

Die oben genannten Klassen bildeten nach Moore eine Koalition gegen den Monarchen und das alte Feudalsystem. So gab es eine Machtverschiebung innerhalb der englischen Gesellschaft zu ihren Gunsten.

Die wichtigsten Eigenschaften dieser mehr oder minder friedlichen Machtverschiebung war gekennzeichnet durch eine schwache Zentralgewalt, vertreten durch den König, und einer

„Koalition“ verschiedener „fortschrittlicher“ gesellschaftlicher Gruppen oder Schichten, im Gegensatz zum Iran.

So wurde das alte System transformiert, da es sich nicht an neuere Entwicklungen anpassen konnte, und die gesellschaftliche Transformation führte nach Moore zur Etablierung der Demokratie.

Auch wenn die Transformation der englischen Gesellschaft friedlich war, so wurde diese doch von gewalttätigen Auseinandersetzungen begleitet, wie bspw. die „englische Revolution“ zeigt. Die abhängigen Bauern, die vielleicht als besondere Form von Tagelöhnern zu beschreiben sind, verloren ihre Arbeit und viele von ihnen mussten in die Städten auswandern, um ihre Existenz zu sichern. Einige blieben in ihren Dörfern und arbeiteten dort als Lohnabhängige für die „Yeomen“ und Großgrundbesitzer. Ihre Aufstände wurden mehrfach niedergeschlagen.

Nach Moore gibt es zwei mögliche Formen einer Überwindung der absolutistischen Gesellschaft und der Errichtung eines demokratischen Systems. Erstens ist das die Reform, zweitens die revolutionäre Gewalt. Moore bewertet die „Vernichtung“ der Bauern auf indirekte Art und Weise durch „Überflüssigmachen“ der Bauern, als positiv, aber grausam. Denn es könnte befürchtet werden, dass die Bauern, die durch neue Verhältnisse ihre Existenz in Gefahr sehen, „konterrevolutionär“ agieren.

Wie im Abschnitt „Ideologie und Repression“ und den Theorien von Poulantzas bereits beschrieben wurde, sind die Repressionsapparate des Nationalstaates die wichtigsten Träger des bestehenden Systems. Moore ist sich, meiner Meinung nach, dieser Tatsache bewusst.

In heutigen westlichen Demokratien, die zu den gesellschaftlich stabilen Systemen gezählt werden, ist m.E. nicht zu erwarten, dass solche Unruhen zu Revolutionen und zum Umsturz der „alten“ Ordnung führen. Moore weist zwar auf unterschiedliche Interessen innerhalb demokratischer Systeme hin, hält sie jedoch für eher friedlich lösbar. Er ist der Meinung, dass diese Konfrontationen im Parlament friedlich ausgetragen werden können. Das Parlament ist nach Moore eine neutrale Arena der Konfliktaustragung und die divergierenden Interessen werden durch unterschiedliche Parteien ausgetragen. Dieser Ort ist jedoch nach Poulantzas nicht neutral, sondern geprägt von der Ideologie und Dominanz der herrschenden Klasse(n). Es dient bei beiden Autoren als Ort der Konfliktaustragung. Statt Meinungs- und damit Interessenunterschiede gewaltsam und durch bewaffnete Auseinandersetzungen zu lösen, „überwindet“ man sie im Parlament durch Kompromissfindung. Poulantzas meinte, dass die beherrschten Klassen nur indirekt im Parlament repräsentiert werden.

Aus verschiedenen Gründen könnten nach Moore „Revolutionen“ in Ländern wie Deutschland, Japan oder Russland nie zu einer parlamentarischen Demokratie führen. Moore meinte, vor allem die Existenz einer starken Zentralmacht mit Bürokratie, ungünstigen Koalitionsbildungen und die mangelhafte Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse wären die Ursache für eine fehlerhafte oder nicht existente parlamentarische Demokratie.

3. Die Dependenztheorie

„Die Tatsache, dass die kleineren Länder wirtschaftlich und politisch von Großmächten abhängig sind, bedeutet, dass die entscheidenden Ursachen ihrer Politik außerhalb ihrer Grenzen liegen“.¹²²

Da unserer Untersuchungsgegenstand, nämlich Iran, unserer Auffassung nach eher diesen oben genannten „kleineren Ländern“ zuzuordnen ist, lohnt es sich, anhand der Dependenztheorie danach zu fragen, welche Länder ein Mitspracherecht bezüglich des soziopolitischen Geschehens im Iran haben.

Die Dependenztheorien entstanden hauptsächlich ab Mitte der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts in Lateinamerika bei der „Ökonomischen Kommission für Lateinamerika“ (CEPAL) in Santiago de Chile. Diese versuchten die sogenannte „Unterentwicklung“ bestimmter Länder zu erklären und Lösungsansätze für Gesellschaften in der Peripherie zu entwickeln. Paul Prebisch, der ehemalige Leiter der CEPAL, begründete theoretische Ansätze zur Unterentwicklung in Lateinamerika, die von anderen Autoren weiterentwickelt und fortgeführt wurden. Diese nannte man später „teoria de la dependencia“ oder „Dependenztheorie“. Im Gegensatz zu den bisherigen, hauptsächlich US-amerikanischen

¹²² Moore, S. 11.

Modernisierungstheorien, die von einer nachholenden Entwicklung eines Landes ausgingen, um interne Gegebenheiten zu „modernisieren“, sahen die Dependenztheoretiker die Ursachen der Unterentwicklung in externen Faktoren, wie etwa asymmetrische, weltweite Handelsbeziehungen.

Der deutsche Friedensforscher Dieter Senghaas versuchte, ausgehend von einer Analyse des Ost-West-Konfliktes, im Anschluss daran den Nord-Süd-Konflikt im Rahmen von vier Büchern zwischen 1972 und 1979 zu analysieren.¹²³ Dabei versucht er die ökonomische Abhängigkeit der Länder der sog. „Dritten Welt“ von den Zentren aufzuzeigen. Im Rahmen dieser Arbeiten versucht der norwegische Politologe Johan Galtung in „Imperialismus und strukturelle Gewalt“ zu beweisen, dass eine Interessenharmonie zwischen den Eliten im Zentrum und den Eliten in der Peripherie besteht. Interessenziele sind für ihn als Verbesserung der Lebensbedingungen, des Lebensstandards oder von Einkommen definiert. Zwischen der Peripherie des Zentrums und der Peripherie in der Peripherie herrsche allerdings ein Interessengegensatz, da die sozialen und wirtschaftlichen Disparitäten der Menschen in den Industrieländern und denen in den Entwicklungsländern immer stärker zunehmen.¹²⁴ Er versucht mit der Analyse der unterschiedlichen Interessen sein Konzept der „strukturellen Gewalt“ deutlich zu machen.

Khosrozadeh ist der Ansicht, dass der Westen durch Exploitation der Drittenweltländer sich ökonomisch, gesellschaftlich und militärisch weiterentwickeln konnte.

„Das Phänomen der Unterentwicklung stellte für die Dependenztheoretiker nicht das zufällige Resultat einer inneren Rückständigkeit dar, sondern verkörpert die Kehrseite des Wohlstandes und der Entwicklung der Industriestaaten, da diese ihre Industrie durch die Profite finanziere, die durch die Ausbeutung der Kolonialländer entstanden waren. Insofern wäre die Armut der Dritten Welt nicht Folge ihrer unvollständigen Integration in das internationale System, sondern im Gegenteil die direkte Konsequenz aus der Integration in den Weltmarkt.“¹²⁵

Diese „unvollständige Integration“, von der hier Khosrozadeh spricht, ist nach Immanuel Wallerstein, einem amerikanischen Sozialwissenschaftler, die zwingende Folge der „asymmetrischen“ Beziehung zwischen dem Zentrum und der Peripherie. Da es nur ein

¹²³ Dieter Senghaas; „Imperialismus und strukturelle Gewalt“ (1972), „Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung (1974)“, „Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation“ (1977) und „Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik“ (1979).

¹²⁴ Galtung 1972, S. 38.

¹²⁵ Khosrozadeh, Behrouz: Demokratie und Zivilgesellschaft in Okzident und Orient, S. 85.

Weltsystem gibt und dieses auf die strukturierte Ungleichheit zwischen diesen zwei Polen beruht, können und „dürfen“ sich die Peripherieländer nicht fortentwickeln.

Die Industrienationen haben durch die Vorteile der bestehenden Handelsordnung im Rahmen einer wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Hegemonie die „Kopfarbeit“ (Poulantzas) übernommen. Die harte, schlechtbezahlte Arbeit wurde den Entwicklungsländern überlassen. Die wirtschaftlich armen Länder wurden in ein völlig ungleiches Weltwirtschaftssystem hineingeboren und ihnen wurden Grenzen auferlegt, die sie nicht überspringen dürfen und können. Die „Ausbeutung“ der unterentwickelten Länder ist nach der Dependenztheorie unter anderem dadurch begründet, dass im Rahmen fallender Preise für Rohstoffe und steigender Preise für Industriegüter eine schleichende Verarmung stattfindet. Nach Wallerstein hätten sie keinen anderen wirtschaftlichen Weg einschlagen können, da die Industrienationen ihnen den Abhängigkeitsweg diktierten.

Ähnlich beschreibt es auch Immanuel Wallerstein, dessen „Theorie des Welt-Systems“ besagt, dass ein System weltweiter, ungleicher Arbeitsteilung existiert. Dabei fungiere als Hauptantriebskraft die unbegrenzte Kapitalakkumulation, die einen intensiven Wettbewerb von Staaten um Grundstoffe, Transport- und Kommunikationsmittel, Absatzmärkte und Arbeitskräfte bewirke. Durch die Ausbreitung der Kolonialmächte würden insbesondere die bisher nicht erschlossenen, peripheren Ökonomien einbezogen. All dies führe zu einer strukturellen Heterogenität, da die Expansion und das Wachstum ungleich schnell erfolgten und unterentwickelte Zonen als Subsysteme entstehen ließen (Wallerstein 1974).

Des Weiteren beschreibt die Dependenztheorie die Hintergründe von Bestrebungen der Großmächte nach neuen „Kolonialgebieten“. Auch wenn bereits der britische Ökonom John Atkinson Hobson (1858-1940) vor Rosa Luxemburg und Wladimir Iljitsch Lenin in der 1902 veröffentlichten Studie „Imperialism – a study“ die These vertrat, dass es Imperialismus zwangsläufig als Kapitalanlagemöglichkeit oder Kapitalexport – wie man heutzutage sagen würde – des gewonnenen Reichtums der Industrieländer bzw. ihrer herrschenden Klassen gebe. Hobson versuchte den Drang von Großbritannien nach Südafrika ökonomisch zu erklären.

Lenin macht den Imperialismus für das asymmetrische Verhältnis zwischen den entwickelten und unterentwickelten Ländern verantwortlich. Er führt die ökonomische Abhängigkeit einiger Länder von anderen auf den Expansionsdrang der Großmächte in einer bestimmten Epoche, nämlich der des Imperialismus, zurück. Deshalb sind auch einige Länder imstande auf das politische Geschehen in anderen Ländern Einfluss zu nehmen. Diese Argumentationsreihe

basiert auf ähnlichen Grundgedanken wie die Dependenztheorie. Lenin meinte, der „Imperialismus“ sei die letzte Phase des Kapitalismus, da das Kapital, um den „tendenziellen Fall der Profitrate“ (Karl Marx) zu verhindern, zwangsläufig expandieren müsse. So würde Imperialismus entstehen.¹²⁶

In einer ähnlichen Ausführung beschreibt Rosa Luxemburg in ihrem Buch „Die Akkumulation des Kapitals“, dass die kapitalistischen Länder zwangsläufig expandieren müssen, um den Niedergang des Kapitalismus zu verhindern. „Der Imperialismus ist ... eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals wie das sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen. Damit ist nicht gesagt, dass dieser Endpunkt pedantisch erreicht werden muss. Schon die Tendenz zu diesem Endziel der kapitalistischen Entwicklung äußert sich in Formen, die die Schlussphase des Kapitalismus zu einer Periode der Katastrophen gestaltet.“¹²⁷

Sie glaubt nicht, dass politische Unabhängigkeit unter der Führung dieser ausbeutenden Gruppen Sinn ergebe, „da sie nach wie vor von den stärkeren imperialistischen herrschenden Klassen innerhalb eines weltkapitalistischen Systems wirtschaftlich abhängig seien“.¹²⁸

Die einzige Möglichkeit, sich vom Imperialismus zu trennen, sei nach Luxemburg eine „sozialistische Revolution“.

Lenin und Luxemburg betonen beide, dass die kapitalistischen Industrieländer die Entwicklungsländer dominieren. Dieser Sachverhalt sei darauf zurückzuführen, dass die Industrieländer erstens territorial und zweitens kapitalistisch auf die nichtindustriellen Länder expandierten. In Anlehnung an Karl Marx ergeben sich in den kapitalistischen Ökonomien Wachstumsprobleme bzw. Probleme bei der Akkumulation des Kapitals. Dieses stoße im nationalen Rahmen an seine Grenzen, es müsse daher zwangsläufig expandieren und würde immer mehr Länder zwangsläufig in die kapitalistische Welt einbinden. So würden auch feudale Länder Teil der kapitalistischen Welt werden. So ging es auch Anfang des 20. Jh. um die Einbindung des Irans in das bereits festgefahrene asymmetrische Abhängigkeitssystem der Weltwirtschaft.

Der Austro-Marxist Rudolf Hilferding (1877-1941) galt als einer der einflussreichsten Theoretiker der SPD in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts.¹²⁹ Ähnlich wie Joachim

¹²⁶ In Harman, Chris: Imperialismus, vom Kolonialismus bis zu den Kriegen des 21. Jahrhunderts, S. 9. „Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung nach dem Kapital, nach der Macht vorgenommen eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben“.

¹²⁷ Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 6, S. 261.

¹²⁸ Ebenda, S. 28.

Hirsch führt er den Ursprung der ungleichen globalen ökonomischen Beziehungen auf den Nationalstaat. Die Kapitalisten stützen sich ihm zufolge auf den Staat. Dieser beschützt nämlich ihre Interessen im Inland und verhilft ihnen im Ausland dazu erfolgreich zu agieren – z. B. dadurch, dass der Staat für hohe Preise der Waren im Inland sorgt, damit sie ihre Waren im Ausland zu Niedrigpreisen absetzen und so den ausländischen Markt besetzen können. D. h. der Staat in Form eines Generalkartells würde die gesamte kapitalistische Produktion regeln, und nach außen ohne „imperialistische“ Kriege wirken.

Karl Kautsky stellt die Verbindung zwischen dem Finanzkapital und der militärischen Expansion bzw. dem Imperialismus klar. „In den letzten Jahren sei der Finanzkapitalismus in einer Reihe von Staaten und auf internationaler Ebene mit Brutalität in Erscheinung getreten. Weil die Finanzkapitalisten ihre Profite aus dem Kapitalexport zogen, repräsentierten sie in der Innenpolitik die reaktionärste Kraft. Sie schürten den Militarismus; weil sie zur Unterstützung ihrer Expansion unmittelbar an einer starken nationalen Machtentfaltung interessiert seien. Deswegen sei der Imperialismus auch untrennbar mit dem Finanzkapitalismus verwoben“.¹³⁰

Hirsch ist der Meinung, dass der Imperialismusbegriff höchst unklar sei, was daran liege, dass es „eine einigermaßen überzeugende und konsistente materialistische Imperialismustheorie bis heute ebenfalls in Ansätzen gibt“. Er hält die Darlegungen von Lenin, Kautsky, Hilferding und anderer für „defizitär“, weil „sie eine historisch spezifische Phase der kapitalistischen Entwicklung, die Herausbildung eines staatsinterventionistisch hoch organisierten Monopolkapitalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit seinen spezifischen Strukturen und Konflikten als `Endstadium` des Kapitalismus angesehen haben, ohne jedoch genauer auf die grundlegenden ökonomisch-politischen Strukturen und Dynamiken dieser Gesellschaftsformationen anzugehen“.

Er selbst ist der Meinung, dass der Begriff sowohl politische als auch ökonomische Ursprünge hat. Imperialismus ist für ihn „ein notwendiger Bestandteil des Kapitalismus“, der sich stets den Bedingungen anpasst und keine feste und determinierte Gestalt hat. Er führt den Imperialismus auf die Akkumulation des Kapitals und deren Krisenhaftigkeit, d.h. auf ökonomische Gründe zurück. Um dem entgegenzuwirken, hat man nach Hirsch folgende Möglichkeiten:

¹²⁹ Sein Anspruch war, „Das Kapital“ von Karl Marx den Gegebenheiten des 20. Jahrhunderts anzupassen. Er bemerkte eine Verschmelzung von Industriekapital und Finanzkapital, was Karl Marx im 19. Jahrhundert so noch nicht kannte, wenngleich Marx schon eine Monopolisierung des Kapitals sah. Hilferding stellt transparent „die zunehmende Bedeutung der Banken als Investitionsquelle und die Rolle des Staates, die Märkte des bereits herangereiften nationalen Kapitalismus zu schützen“, dar.

¹³⁰ Nach Harman Chris, S. 16.

- Erschließung neuer Produktionsräume
- Rationalisierung (dies bedeutet die Ablösung der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen).
- Die Senkung der Löhne.

Daraus ergeben sich für ihn folgende Möglichkeiten der Expansion des Kapitals

- Die innere Expansion, die sich aus der „technischen Umwälzung der Produktionsprozesse herleitet sowie durch die Einbeziehung nichtkapitalistischer Produktion in den unmittelbaren Kapitalverwertungsprozess.
- Äußere Expansion durch Kapitalexport und Rekrutierung billiger Arbeitskräfte sowie Erschließung kostengünstiger Rohstoffquellen.

Die äußere Expansion geschieht entweder durch direkte militärische Okkupation eines Landes (Kolonialismus), begleitet von Kapitalexport oder durch „reinen“ Kapitalexport ohne militärische Okkupation. Auch wenn Hirsch schreibt: „Gemeinhin wird unter Imperialismus eine Form der äußeren Expansion verstanden, die sich auf den Einsatz staatlicher Gewaltmittel stützt“, so erweitert er den Begriff um „inneren Imperialismus“. Ihm zufolge kann Imperialismus nur mit Hilfe der Existenz von Nationalstaaten funktionieren. Diese sind unter anderem aus zwei Gründen wichtig: Zunächst weil Imperialismus auf der ungleichen soziopolitischen und ökonomischen Entwicklung der durch Nationalstaaten repräsentierten Räume beruht. Denn wenn alle Staaten gleich entwickelt sind, bleibt kein (äußerer) Raum für eine erweiterte Akkumulation des Kapitals außerhalb der ausgeschöpften inneren Grenzen. Daher ist es meines Erachtens realitätsnah, wenn man behauptet, dass die Unterschiede bzw. die asymmetrischen Verhältnisse zwischen den Staaten bewusst konstruiert werden.

Diese Unterschiede ermöglichen überhaupt die Entwicklung in imperialistischen Ländern. „The extended reproduction of capital must attain a certain ‘coherence’ and ‘materialization’ in time and space if capital is to valorize itself and accumulate, but the space of capital is continuously altering across time by shifting production processes, ‘condensig’ distances ... and ceaselessly seeking out new markets“ (Albo 2003, 91).

Zweitens sind „Staaten prinzipiell gezwungen, zwecks Aufrechterhaltung der ökonomischen Reproduktion im Interesse des Kapitals zu operieren, das innerhalb ihrer Grenzen investiert. In welcher Weise dies geschieht, hängt allerdings ganz wesentlich von den jeweils existierenden sozialen Kräfteverhältnissen ab. Gleichzeitig ist das Kapital aber prinzipiell nicht an einzelstaatliche Räume gebunden, sondern kann grenzüberschreitend operieren. Daraus ergibt

sich ein grundlegender Widerspruch zwischen Kapitalbewegung und einzelstaatlicher politischer Organisationsform. Staaten müssen versuchen, das in ihrem Bereich operierende Kapital zu organisieren und zugleich bleiben die einzelnen Kapitalbesitzer bei ihren Verwertungsstrategien immer auf staatliche Potentiale angewiesen. Staaten können deshalb als Vertreter spezifischer Kapitalinteressen auf dem Feld der internationalen Konkurrenz auftreten und sind zugleich mit deren tendenziell grenzüberschreitender Organisationsform konfrontiert“.

So stehen die einzelnen Nationalstaaten in Verbindung mit einem weltumspannenden System des Imperialismus. Es gibt, wie weiter oben bereits erwähnt, eine Interessenharmonie zwischen den imperialistischen Mächten und den Herrschern der Nationalstaaten in der Peripherie.

Kapitel II. Nationalstaat Iran

Der theoretische Bezug

Die ersten Überlegungen bezüglich der Bildung eines Nationalstaates erscheinen im Iran während der sog. Konstitutionellen Revolution. Ab diesem Zeitpunkt bis zum Ende der Ära von Reza Schah werden diese Gedanken größtenteils umgesetzt und dementsprechend ein iranischer Nationalstaat errichtet. In diesem Kapitel wird die iranische Gesellschaft und deren Umwälzungen ab der Konstitutionellen Revolution bis zur Islamischen Revolution untersucht, wobei das Hauptaugenmerk auf dem Zeitraum dieser Revolution bis zum Ende der Ära von Reza Schah (1941) liegt. Dies habe ich in diese Weise vorgenommen, da in diesem Zeitfenster der Nationalstaat – mit dessen strukturellen Fehlentwicklungen – gebildet wird. Diese strukturelle Problematik oder diese Systemfehler manifestieren sich ebenso in dieser Zeit. Die Epochen danach sind eine bloße Fortsetzung dessen, was sich bereits in der Geschichte des Landes manifestiert hat.

Es wird versucht einen Bogen über die bereits ausgeführten Theorien und die iranische Gesellschaft zu schlagen. U. a. werden Faktoren wie die Nation, die konstitutionelle Revolution, die Ära von Reza Schah und deren Scheitern bis zur Islamischen Revolution in diesem Kapitel behandelt.

1. a. Kurze Einführung

Im Iran haben sich die Fundamente der Entstehung des Nationalstaates innerhalb eines Zeitfensters von weniger als dreißig Jahren gebildet. Die Herrschaftstransformation von einem vollkommen mittelalterlichen, dezentralen und voneinander losgelösten, auf Feudalismus basierenden Territorialstaat hin zu einer zentralistischen Monarchie und anschließend einem totalitär geführten Nationalstaat findet in einem sehr kurzen Zeitraum statt. Selten hat sich in einem anderen, nicht kolonialisierten Land die Transformation des Herrschaftssystems von oben so rasch vollzogen.

Unter der Prämisse, dass die konstitutionelle Revolution von 1906 den Zerfall des feudalistischen Systems im Iran und damit einige Jahre später das Ende der absolutistischen Monarchie mit sich brachte, vollendet sich der Nationalstaat genau neunzehn Jahre später mit der Gründung des modernen heutigen Irans durch Reza Schah (Reza Khane Qoldor).

Aufgrund derart untypischer und rapider Umwälzungen wird der Eindruck erweckt, dass diese Neuerungssehnsüchte auf einem sehr schwachen gesellschaftlichen Diskurs basieren und keine bewussten historischen Prozesse seien, die nicht mittels der Gesellschaft in Gang gesetzt sind.

Es wird ein Nationalstaat aufgebaut, obwohl heute noch – im wahrsten Sinne des Wortes – im Iran keine einheitliche Nation existiert. Diese Transformationen sind zum Teil eine in der Gesellschaft nicht verankerten Fremddynamik geschuldet, welche während der globalen kapitalistischen Expansion die historisch bereits vorhandenen Gesellschaftskonsense missachtete. „Fremddynamik“ soll nicht zwangsläufig eine direkte Einmischung einer fremden Macht bedeuten. Die fremden Interessen können auch mittels der sog. „Brückenköpfen“ oder „Kollaborateuren“ umgesetzt werden, welche wiederum in Form von Koalitionen und Gegenkoalitionen zum Erscheinen kommen. Agenten dieser Umsetzung sind zwar überwiegend einheimisch, haben jedoch aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse oder Gruppierung (schiitisch-persisch) einen in der Gesellschaft gesonderten Status und unterscheiden sich deshalb von der Mehrheit der Gesellschaft. Diese Schichten unternehmen einiges, um ihre Hegemonie innerhalb der Gesellschaft zu bewahren. U. a. kommt für sie eine Zusammenarbeit mit ausländischen Mächten in Frage, welche ebenso ihre eigenen Interessen verfolgen. Somit ergibt sich für diese Zusammenarbeit ein gemeinsamer Nenner, welcher die Erhaltung von Interessen beider Parteien und die Beseitigung des gemeinsamen Feindes verspricht.

Die Distanzierung der Oberbaukörper von der Basis trägt jedoch zu einer verzerrten, bisweilen subjektiven Wahrnehmung der Realitäten der Gesellschaft durch die Mitglieder der herrschenden Klassen bei. Diese Unterscheidung führt dazu, dass solche Menschen die Realitäten der existierenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und deren zerstörerische Kraft nicht beachten. Deshalb versuchen sie ihre Ideen um jeden Preis der Gesellschaft aufzuzwingen. So ist eine methodische Untersuchung der Akteure der Staatsbildung unumgänglich.

Problematisch ist jedoch erst recht das Produkt dieser Zusammenarbeit von externen und internen Akteuren. In unserem Fall sind das der Nationalstaat und dessen strukturelle Fehler, welche auf diese beiden Faktoren zurückzuführen sind. Das wird nachfolgend weiter ausgeführt.

1. b. Analyse der Kadscharenzeit bis zur Konstitutionellen Revolution

Wie bereits erwähnt, wurde der Iran vor der Konstitutionellen Revolution als Territorialstaat von diversen Stämmen und Feudalherren geführt. Die unterschiedlichsten Stämme haben sich gegenseitig bekämpft, um die Herrschaft im Zentrum zu übernehmen. Die Beherrschung des Zentrums des Landes wurde traditionell mit der Machtausübung auf das ganze Land gleichgesetzt. Das Zentrum wiederum wechselte je nach Stammesherkunft und Bevölkerungskonzentration des Herrscherstammes von Provinz zu Provinz.

Nach der Herrschaft der Safawiden herrschten die Zanditen für eine kurze Periode über den Iran. Das Land unter Karim Khan Zand war „stark“ und „sicher“. Karim Khan stellte Wirtschaftsbeziehungen zu Niederländern, Engländern und Franzosen her und konnte seinen Einfluss auf weite Teile des Irans ausweiten.¹³¹ Nach seinem Tod beginnt eine chaotische Zeit für den Iran. Die „Peripherisierung“ des iranischen Imperiums begann nach Parvizi Amineh in dieser Zeit.¹³²

Die Herrschaft der Kadscharen über den heutigen Iran begann 1796 mit dem Sieg des Agha Mohammad Khan über die Zanditen und endete mit der niedergegangenen Herrschaft des Ali Schah im Jahr 1921 und der Machtübernahme des Reza Schah.

Während der Herrschaft der Kadscharen über den Iran und vor der Konstitutionellen Revolution herrschten mittelalterliche soziopolitische und ökonomische Bedingungen im Land. Ca. 30 % der iranischen Bevölkerung bestand aus Nomaden,¹³³ die stets innerhalb des Landes unterwegs waren und die fast keinen Verpflichtungen der Zentralgewalt unterworfen waren, außer Steuerabgaben sowie der Deckung eines bestimmten Kontingents an Söldnern für das Königsheer, was aber nicht regelmäßig und nicht strukturell stattgefunden hatte. Sie wurden nicht als Bauern gezählt und ihre soziale Entwicklung wurde vom ständigen Hin und Her negativ beeinflusst. Dieser Zustand sorgte für eine potenzielle Unsicherheit in allen Regionen, in denen sie sich bewegten, und behinderte eine wirtschaftliche Entwicklung.¹³⁴ Die Nomaden waren oft anderen moralischen, kulturellen sowie ökonomischen Verpflichtungen unterworfen,

¹³¹ Vgl. Mehdi Parvizi Amineh, „Die globale kapitalistische Expansion und der Iran“, S. 93.

¹³² Ebd.

¹³³ Vgl. Khosravi Sharoudi, Hamid: Zur Problematik des Demokratisierungsprozesses in Iran, S. 23. Obwohl ich diese Zahl für übertrieben und nicht auf faktische Grundlagen gestützt halte, da er auch die Kurden und einige andere Stämme zu den Nomaden zählt. Die Kurden sind seit mehr als dreitausend Jahren in ihren Gebieten ansässig. Es kann sein, dass einige Kurdenstämme sich gelegentlich in die Berge zurückzogen, wegen der miserablen Wetterbedingungen oder wegen Widerstandskämpfen gegen die Zentralgewalt. Die Kurden machen ca. 13 Millionen der iranischen Bevölkerung aus und sind nach Aserbaidschanern die zweitgrößte Minderheit im Iran.

¹³⁴ Ebd. S. 26.

welche große Differenzen zu anderen Volksgruppen aufweisen, vor allem zum Zentrum Teheran. Für diese haben Begrifflichkeiten wie Nation und/oder Nationalstaat noch keine Bedeutung. Das Lesen und Schreiben hatte unter ihnen keinen Stellenwert. Sie sind stets von A nach B gewandert. Herde und Weide spielten eine lebensnotwendige Rolle für sie. Sie identifizierten sich mit gleichartigen Stammesmitgliedern, welche aussahen wie sie selbst, dieselbe Sprache redeten und demselben Stammesführer untergeordnet waren. Diese tauchten manchmal in den Statistiken des Landes auf und manchmal wurden sie außer Acht gelassen und nicht mathematisch erfasst, so dass die Landbevölkerung prozentual zwischen 60-90 % variierte, je nachdem, ob man die Nomaden dazu zählte oder nicht. Die Landwirtschaft wurde zwischen dem Feudalherren und den Bauern auf drei Arten betrieben, die alle ineffektiv waren. Mozara'e, Egare und Bona waren diese drei Formen der Landbewirtschaftung.¹³⁵ Den Nomaden sind jegliche Staatsinstitutionen fremd gewesen. Sie waren frei in ihrer Bewegung, frei von jeglichen zivilgesellschaftlichen Bindungen. Somit lebten sie in einer anderen sozialen Formation als die Menschen im Zentrum der Herrschaft, nämlich Teheran.

Die Bewohner anderer Landesteile bzw. Welayat (konföderale Gebiete) wie etwa Kurdistan, Belutschestan, Arabestan und Aserbaidshan waren zwar keine Nomaden, lebten jedoch außerhalb des Kontrollradius des Staates. Diese bildeten freie, von der Dynastie geduldete Stadtstaaten. Die Welayat hatten ihre eigenen Führer, ihre eigenen Verwaltungsapparate und Rechtssysteme. Darüber hinaus unterschieden sie sich kulturell, religiös und national voneinander, so wie die Nomaden vom Zentrum in Teheran. Die Kurden waren zum einen Kurden und zum anderen mehrheitlich sunnitischen Glaubens. Araber und Belutschen unterschieden sich nach nationaler Zugehörigkeit und Religion, genauso wie sich die Kurden von schiitischen Persern abheben. Nur ein Teil der Aseritten hatten dieselbe Religion wie die Menschen in Teheran, wobei diese sich herkunftsmäßig von den Persern stark unterscheiden.

Die Kadscharenzeit bedeutete für den Iran den Rückfall ins Mittelalter. Der Untergang des Iran geschah parallel, obwohl die Welt und insbesondere viele Nachbarländer sich kontinuierlich zum Positiven fortentwickelten. Viele Herrschaftssysteme reformierten sich intern und ebneten so den Weg für mehr Volksbeteiligung.

Dabei wurde diese Zeit aufgrund der neuen Koalitionsbildungen innerhalb einiger Nationalstaaten sowie neuer Machtansprüche und der Eroberung neuer Gebiete, was im

¹³⁵ Ebd. S. 21.

Endeffekt zum Ersten Weltkrieg führte, als die Zeit vor dem sog. „Hochimperialismus“ bezeichnet¹³⁶

Die Kadscharen haben dem Iran mehr Elend, Schulden, Abhängigkeit von ausländischen Mächten sowie territoriale Verluste gebracht. Die Ohnmacht der Kadscharen zeigte sich nicht nur durch leere Staatskassen, die Vergabe von Konzessionen an Ausländer, die Anarchie innerhalb des Hofes etc., sondern durch die direkte Kolonialisierung des Landes durch Großmächte.

Die gescheiterte Einbindung des Landes in den kapitalistischen Weltmarkt hatte immense Auswirkungen auf die Steigerung des Elends unter der iranischen Bevölkerung. Die ausländische Bourgeoisie überflutete das Land mit ihrem Kapital und ihren Produkten. Im Iran gingen als Folge dieser Ereignisse viele Menschen bzw. kleine Produzenten in Konkurs und dies hatte wiederum großen Einfluss auf das Dorfleben und die iranische Agrargesellschaft.

Die Unfähigkeit des herrschenden Stammes Anfang des Zwanzigsten Jahrhunderts ebnete den Weg für die Forderungen der Menschen nach einem Systemwechsel und die Entmachtung der Kadscharen.

In dieser Zeit hatten sich bereits oppositionelle Kräfte zur Kadscharendynastie gebildet. Einerseits war Teheran, als Hauptstadt der Kadscharen, ein Zentrum für oppositionelle Bewegungen und andererseits waren andere von Stämmen geführte Provinzen, die nun teilweise unter ausländischer Herrschaft lebten, Brennpunkte für die Dynamik der neuen Bewegung.

Unter diesen Umständen gewannen zwei Gruppierungen an Einfluss, welche sich jeweils mit diversen Koalitionen und Gegenkoalitionen für den bevorstehenden Kampf gegen die Monarchie vorbereiteten. Diese beiden gelten als Sammelbecken für diverse andere Denkrichtungen.

Einerseits waren das religiöse Gruppierungen, die das Elend des Volkes und deren Trostlosigkeit ausnutzten und ihre Wunden durch religiöse und abergläubische Predigten zu heilen versuchten. Diese haben traditionell enge Beziehungen zu den Massen und breiteten seit Jahren ihr Netzwerk aus.

Andererseits waren es Intellektuelle Nationalisten und Andersdenkende. Sie waren geteilter Weltanschauungen und Denkweisen. Diese Intellektuellen bestanden aus Gruppierungen: Eine der Gruppen bestand zum Großteil aus Nationalisten und die andere aus einer kleinen

¹³⁶ Das „Zeitalter des Imperialismus“ (auch „klassischer Imperialismus“ oder „Hochimperialismus“) bezeichnet eine Epoche der vor allem durch europäische Groß- und Mittelmächte betriebenen weltweiten Ausdehnung von Herrschaftsgebieten auf Übersee-Territorien im Zeitraum ab ca. 1870 bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1914), motiviert vornehmlich durch wirtschaftliche und strategische Interessen, später auch zunehmend von nationalpsychologischer Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten.

Minderheit oppositioneller Linker, die unter dem Einfluss von Ereignissen in Russland standen. Im Lauf der Zeit gewannen die Nationalisten die Oberhand und führten die Gruppe der Intellektuellen.

Nicht zu vergessen sind die Großgrundbesitzer und Großbauern, die unter der Last der hohen Steuern von Seiten des Kadscharenhofs sich den Oppositionellen anschlossen. Diese bewegten sich eher in den Kreisen der von den Mullahs dominierten Koalition.

Die Händler und Bazaris hatten kurz vor der Revolution große Mengen Kapital im Umlauf und spielten materiell eine wichtige Rolle. Sie hatten traditionell enge Bindungen zur religiösen Schicht (wie später zu zeigen ist) und waren unter der Führung der Mullahs in deren Koalition. Hinzu kommen die unzufriedenen Hofleute, welche sich vermehrt von den Kadscharen und ihrer reaktionärerem Politik distanziert und sich der zweiten Koalition, nämlich den Intellektuellen und Linken angeschlossen haben.

So hat sich eine breit gefächerte oppositionelle, ablehnende Haltung gegen die absolutistische Monarchie gebildet, welche schließlich in der Konstitutionellen Revolution resultierte.

Hinzu kamen die ausländischen Großmächte, die sich teilweise für und teilweise gegen die Kadscharen-Politik einsetzten. Nun soll untersucht werden, welche Rolle das Verhältnis des Persischen Reiches zu den maßgeblichen ausländischen Kräften (Russland, Großbritannien und USA) für die bevorstehenden Ereignisse gespielt hat. Viele iranische Anhänger der Dependenztheorie beziehen sich dabei lediglich auf ökonomische Beziehungen oder Abhängigkeiten. Andere Motive werden nicht analysiert. Des Weiteren muss man m. E. jedoch berücksichtigen, dass es im Falle Russlands in der untersuchten Periode zur gewaltsamen Oktoberrevolution gekommen war, die sämtliche politische Prämissen und Paradigmen des Russischen Reiches verändert hat. Es entstand ein „neuer“ Staat mit neuen außenpolitischen Zielen. Diese kurze Unterbrechung in der Geschichte der russischen Expansion führt dazu, dass dessen Einflussnahme auf den Iran durch Großbritannien abgelöst wird (siehe dazu weiter unten).

Wenn man nun die weltweite asymmetrische Arbeitsteilung nicht nur rein ökonomisch betrachtet, bspw. die Aneignung iranischer Erdöl- und Erdgasfelder, sondern auch ideologische Gründe für das Engagement im Iran in Betracht zieht, so kann man feststellen, dass bei allen drei beteiligten Mächten sowohl strategische als auch „rein“ ideologische Gründe für die Intervention berücksichtigt werden müssen, was nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der damit beginnenden Systemauseinandersetzung offensichtlich ist. Mit ideologischen Gründen ist gemeint, dass mit den Handelsbeziehungen auch implizit immer das entsprechende

Wirtschaftssystem mit berücksichtigt werden sollte. D. h. der ausländische Akteur im Iran ist auch immer Repräsentant seines Wirtschaftssystems und dessen kulturellen und ideologischen Charakteristika. Später werden wir anhand der Tudeh-Partei zeigen, dass dieser ein verlängerter Arm der kommunistischen Sowjetunion im Iran war.

Khosrozadeh hält beide Entwicklungstheorien, sowohl die Modernisierungstheorie als auch die Dependenztheorie im Bezug auf den Iran für gescheitert. Als mögliche Ursachen sieht er „endogene Diskontinuitäten, Unberechenbarkeit und Ungesetzmäßigkeiten bis hin zu Theoriedefiziten selbst“.¹³⁷ Er führt die Unterentwicklung einiger Regionen gegenüber den anderen auf die erste „Entwicklungswelle“, die zu ungleichen Entwicklungen auf der Welt führte, zurück. So konnten sich einige Gebiete recht früh in den Besitz von Produktionsmitteln bringen und sich industrialisieren und der Rest musste ihnen hilflos zuschauen.¹³⁸ Diese ungleiche Entwicklung, hervorgerufen durch ungleichen Besitz von Produktionsmitteln, wurde vom „Zentrum“ instrumentalisiert, um die Peripherie von sich abhängig zu machen. Diese Dominanz der Industrienationen spiegelt sich meines Erachtens auch in einigen internationalen Organisationen wie bspw. des Internationalen Währungsfonds (IWF oder IMF), in dessen Etat die Industrienationen um mehr als 90 % finanzieren und daher den politischen Kurs der Organisation vorgeben.

Im Iran beginnt die ökonomische, militärische und kulturelle Abhängigkeit zur Herrschaftszeit der Kadscharen. Um diese genau überprüfen zu können, blicken wir in den nächsten Abschnitten auf diese Zeitepoche zurück. Dieser Rückblick lässt auch die Standhaftigkeit der oben erwähnten Dependenztheorie prüfen.

1. c. Die Militärpräsenz der Großmächte und die politische Krise der Kadscharen, welche zur Konstitutionellen Revolution führte

Der Iran befand sich über mehrere Jahrzehnte in einer Gesamtnationalkrise. Diese umfasste überwiegend das Zentrum der Macht in Teheran und einige nördliche Teile des Landes. Wie wir gleich erkennen werden, spielt sich die Revolution in genau diesen Gebieten ab.

Zu diesen Krisen führte vor allem die ständige militärische und politische Einflussnahme auf den Kadscharenhof. bzw. auf das Land. Der Fath Ali Schah musste territoriale Zugeständnisse an Russland machen, so dass 1801 Georgien nicht mehr zu den iranischen Hoheitsgebieten, sondern ab diesem Zeitpunkt zu Russland gehörte. In dieser Zeit lässt sich eine Koalition der

¹³⁷ Ebd. S. 89.

¹³⁸ Ebd.

ausländischen Mächte gegen das iranische Volk kennzeichnen, welche bis zur Konstitutionellen Revolution und selbst noch einige Jahre später fort dauerte.

Das Land war praktisch in drei Teile geteilt:

- a) Die Russen nahmen nicht nur Teile des Landes unter direkte Einflussnahme und schlossen diese Gebiete ihrem Land an, sondern hatten ebenso die nördlichen Teile des Irans unter ihrem unmittelbaren Einfluss. Dies war das wichtigste Gebiet im Iran, das den Rest des Landes mit seinen vielfältigen Agrarprodukten versorgte. Abgesehen davon war der strategische Ort des kaspischen Meers nicht nur für die Iraner, sondern auch für die Großmächte wie die Briten ein strategisch bedeutungsvoller Knotenpunkt.
- b) Der Süden des Irans wurde von den Briten in Anspruch genommen und halbkolonialisiert, so dass sie militärische Präsenz zeigten und die Region praktisch kontrollierten. Dies geschah mit dem Einverständnis und der Kooperation eines Teils der einheimischen Stämme, da diese sich im Konflikt mit dem Kadscharenhof befanden und ihre Autonomie gegenüber demselben auszubauen suchten. Denn ein Eindringen der Zentralmacht in den von Stammesführern kontrollierten Gebieten bedeutete das Ende ihrer Selbständigkeit in vielen Hinsichten.
- c) Der Zentraliran blieb den Kadscharen übrig. Sie waren jedoch nicht imstande, selbst ihren Einfluss im Zentraliran zu festigen. Diese Regierungsunfähigkeit der Kadscharen hatte ihre Wurzeln teilweise in ihrer Unerfahrenheit, Inkompetenz und Intoleranz sowie teilweise darin, dass sie keine soziopolitische oder gar wirtschaftliche Elite bildeten, sondern nur ein bewaffneter und militärisch starker Stamm waren. Diese Teilungen werden Jahre später (1907) durch ein offizielles Abkommen der Großmächte festgehalten (siehe dazu weiter unten).

Gleichzeitig begann die Welt sich drastisch zu verändern und diese Veränderungen haben ebenso, wenn auch mit großer Zeitverschiebung, den Iran erreicht. Die neue kapitalistisch geprägte moderne Welt war den Kadscharen fremd, ihnen fehlten Integrationsideen und Anpassungsfähigkeiten.

Zur ökonomischen Unerfahrenheit und dem Einnahmемangel der Kadscharen kam hinzu, dass sie sich stets in Kriegen und Auseinandersetzungen mit den Russen und den Briten befanden. Ihre finanziellen Vorräte waren ausgeschöpft. In der Hoffnung, den Kadscharenhof umso mehr von sich abhängig zu machen, unterbreiteten die Briten dem Hof ein Kreditangebot. Deshalb sahen sich die Kadscharen gezwungen die von den Briten angebotene Hilfe anzunehmen. So kamen die Briten in den Genuss von noch mehr Rechten im Land. Die ökonomische Abhängigkeit der Kadscharen brachte die Möglichkeit der politischen Einflussnahme für die Großmächte mit sich. D. h. selbst das Zentralgebiet des Irans, schien nicht ohne russische und britische Intervention regierbar zu sein. Dies gab den Großmächten die Gelegenheit, ihre

wirtschaftlichen und dementsprechend ihre politischen Interessen durchzusetzen, da sie damals die größte Wirtschaftsmacht der Welt waren. Die Briten hatten den Stand der Überakkumulation des Kapitals erreicht und suchten stabile und gewinnbringende Investitionsorte innerhalb der Peripherie. Aufgrund der Schwäche der Zentralmacht einerseits und des immensen technologischen und infrastrukturellen Nachholbedarfs andererseits bot sich der Iran an. Zudem lag das Land in der direkten Nachbarschaft zur Sowjetunion. So konnte man zugleich den Expansionsdrang der Russen eindämmen.

Die Grenzstreitigkeiten zwischen Iran und Russland dauerten während der gesamten Kadscharenherrschaft an. Dies beunruhigte nicht nur die iranische Regierung, sondern auch die iranische Bevölkerung und vor allem die Geistlichkeit in Teheran. Um die Ehre, aber auch die iranischen Gebiete zurückzuerlangen, erließen sie ein Fitwa (Dekret), das das Volk zum Dschihad, zum heiligen Krieg aufrief. 1828 begann der neue Krieg gegen die Russen. Dieser endete im Juni desselben Jahres mit einem Sieg der Russen und dem Friedensvertrag von Turkmenchai.¹³⁹ Demgemäß musste der Iran noch mehr territoriale Zugeständnisse an Russland machen und so wurden noch mehr iranische Gebiete abgetrennt. Darüber hinaus mussten die Iraner noch mehr Reparationszahlungen an das russische Reich leisten.¹⁴⁰ Dieser Vertrag war der Anfang der russischen wirtschaftlichen und politischen Intervention im Iran.

Die Briten waren selbstverständlich besorgt über die Ereignisse im Norden und versuchten die eigene Position zu stärken. Daher setzten sie die Regierung unter Druck. So gewährte Nasir ad-din Schah den Briten 1857 und 1862-63 das Monopol, im Iran eine Telegraphenlinie zu bauen und sie für die eigenen Interessen zu nutzen. Hierdurch befand sich das einzige Kommunikationsmittel des Landes im Besitz der Briten.

Weiterhin und in der Zeit von Nasir Ad-din Schah wurde die Kontrolle über fast alle Wirtschaftsressourcen des Irans einem einzigen Mann übertragen. 1872 erhielt Baron Julius de Reuter die umfangreichste Konzession in der iranischen Geschichte. Dementsprechend wurde ihm freie Hand gegeben, zum Bau von Eisenbahnen, zum Abbau von Bodenschätzen und zur Abholzung von Wäldern.¹⁴¹

Die Vergabe dieser Konzession hatte sich in der Teheraner Gesellschaft herumgesprochen. Dies löste unter der Bevölkerung eine Welle von Entsetzen, Enttäuschung und Zorn gegenüber der Herrschaft aus. Nach heftigen Prozessen wurde der Vertrag annulliert. Der Brite sollte nach dem Inhalt des Vertrages entschädigt werden und bekam daher die Konzession, die „Imperial

¹³⁹ Roschke-Buzgel, Sabine, 1905-1911, S. 8.

¹⁴⁰ Ebd. S. 8. Vgl auch Tawfiq, Khosrozadeh, Schahroudi, Mahrad.

¹⁴¹ Vgl. ebd. S. 10.

Bank of Persia“ zu gründen.¹⁴² Diese Bank hatte ihren Hauptsitz in London und verfolgte die britische Finanzpolitik und ihre Interessen. D. h. die Rendite und alles Kapital aus diesem Geschäft wurden wieder in das Mutterland gelenkt. Reuter erhielt später wieder die Konzession zum Abbau der Bodenschätze etc.

Hingegen verlangten die Konkurrenten ähnliche Rechte und bekamen im Mai 1981 die Erlaubnis eine russische „Diskonto- und Darlehensbank Persiens“ zu errichten.¹⁴³

Die fortbestehende Unfähigkeit des Schahs das Land zu regieren trug dazu bei, dass die Kapitulation gegenüber den westlichen Großmächten sich nicht auf Vertragsschlüsse reduzieren ließ, die entweder nach einem verlorenen Krieg zustande kamen oder aber um den Hof vor allen möglichen Feinden zu beschützen. Sie bekommt Ende des 19. Jahrhunderts neue Dimensionen. Die Privilegienvergabe geht soweit, dass wichtige Regierungsposten, von denen viele Iraner nur träumten, den Konzessionären überlassen wurden. So wurde der Belgier Joseph Naus Minister für Zollwesen, Postminister und Mitglied des Staatsrates.¹⁴⁴ Er hatte diesen Posten bis zum Ende der Konstitutionellen Revolution inne. Er ist zwar Belgier gewesen, arbeitete aber im Auftrag der Russen und vertrat russische Interessen im Iran.

Die Abhängigkeit der Kadscharen ging soweit, dass selbst die iranische Armee und deren Offiziere von Großmächten gelehrt und gestellt wurden. Seit 1879 wurde eine Spezialarmee als Leibwache und zugleich für die Eindämmung der inneren Unruhen von Seiten der Russen gegründet. Sie nannten sich Kosaken, und obwohl sie hauptsächlich Iraner waren, entwickelten sie rasch einen starken „esprit de corps“.¹⁴⁵ Diese Spezialeinheit, die Kosaken, waren dabei weitgehend autonom und „exterritorial“. Die Hand den ausländischen Mächten zu reichen, um die innere Opposition und einheimische Völker wie die Kurden, Araber, Belutschen etc. zu unterdrücken, wird ab diesem Zeitpunkt eine Gewohnheit iranischer Staatsmänner. Diesen Sachverhalt zeigen wir später im Falle der zwei Republiken Aserbaidshan und Kurdistan, die der Schah mit Hilfe von Briten vernichtete. Dies ist der Beginn einer unheiligen Koalitionsbildung von ausländischen Mächten und den Machtinhabern im Zentrum des Landes gegen einheimische, nationale Minderheiten.

Parallel dazu ging die Konzessionsvergabe unvermindert weiter. Naser ad-din Schah vergab weiterhin und während seiner dritten Europareise die Konzession für Anbau, Verkauf und Export des Tabaks an einen Briten namens G. F. Talbot. Diese Konzession hatte immense

¹⁴² Ebd. S. 11.

¹⁴³ Vgl. Roschke-Buzgel, Sabine, S. 13.

¹⁴⁴ Ebd. S. 11.

¹⁴⁵ Ebd. S. 12.

Proteste der Bevölkerung zur Folge, die dazu beigetragen haben, dass der Schah kurze Zeit später diesen Vertrag ebenso annullierte.¹⁴⁶ Diesmal war es wieder die religiöse Geistlichkeit, in Vertretung einer bereiten Schicht von Händlern, Bauern sowie Kaufleuten und Intellektuellen, welche eine Gegenkoalition zum Kadscharenhof bildeten. Somit profilierten sie sich als stärkste Opposition zum Hof.

Kurz nach dieser Konzessionsvergabe gab es einen Anschlag bzw. ein Terrorattentat auf Naser ad-din Schah. Diese Ereignisse führten den Iran in das 20. Jh., das von vielen Revolutionen und Aufständen begleitet wird. Hierauf wird nachfolgend genauer eingegangen. Mozafara Al-Din Schah übernimmt die Macht nach dem Tod des Naser al-Din Schah. Während seiner Herrschaft ereignet sich die Konstitutionelle Revolution. Mozafar Ad-Din Schah starb und sein Sohn Ahmad Schah wurde gekrönt. Ahmad Schah regierte nach dem Tod seines Vaters bis zur endgültigen Auflösung der Kadscharendynastie durch Reza Schah Qoldor, der sich Pahlavi nannte.

Zusammengefasst geschah die Integration in den Weltmarkt und die ökonomisch-politische Abhängigkeit Irans auf diversen Ebenen: Russen und Briten versuchten jeweils mit unterschiedlichen Methoden, von Bestechung bis zur Gewalt, ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele durchzusetzen. Deshalb unterstützen sie bestimmte interne „Kollaborateure“ und bildeten somit unheilige Koalitionen. Diese ließen die Interessen aller anderen Gesellschaftsschichten unberücksichtigt, was zu mehr Elend und Armut innerhalb der breiten Masse der Bevölkerung führte. Auf der wirtschaftlichen Ebene bedeutete das Eindringen des zügellosen Kapitalismus im Inland eine Überflutung des iranischen Marktes mit ausländischen Produkten. Da viele iranische Produzenten dem nicht standhalten konnten, gingen viele persische Unternehmen in Konkurs, was wiederum die Arbeitslosigkeit und Armut erhöhte.

Diesbezüglich verfasst Malek Zadeh, ein Zeitgenosse der Konstitutionellen Revolution, folgende Sätze: „Iran ist eigentlich (früher) stets ein wirtschaftlich unabhängiges Land gewesen. Das Land lag geopolitisch sehr günstig und war der einzige Weg vom Orient zum Okzident. Hierdurch erzielte das Land einiges an Steuern und Zoll. Darüber hinaus war die iranische Manufaktur sehr stark ausgeprägt. Fast alles für den täglichen Bedarf wurde im Lande produziert. Die Waren sind hochwertig gewesen. Europäer (vor allem Briten und Russen sind gemeint), welche nun im Besitz der modernen Fabrikanlagen waren, konnten massenweise und günstig produzieren. So haben sie teilweise nur für den iranischen Bedarf und auf das iranische Volk zugeschnittene Waren produziert. Der iranische Markt wurde von

¹⁴⁶ Vgl. Mahrads Ahmad, S. 254.

ausländischen Produkten überflutet. Zwei einflussreiche Schichten von Hofleuten und Mullahs haben nur mit großer Bewunderung diese Ereignisse beobachtet. So sagten Ayatollahs, Gott habe die Europäer geschaffen, damit Muslime bequem und ohne Sorgen leben können. ‚Schaut euch nur um, alles was Muslime brauchen, wird von Europäern hergestellt. So arbeiten sie für uns Muslime und wir können uns um unsere Gebete und um religiöse Belange kümmern‘. Mullahs haben ausschließlich ausländische Waren gekauft und warben somit für dieselben.“¹⁴⁷

Die Gegenkoalition übte Macht aus. Sie hatte sich durch mehrere erfolgreiche Proteste zur stärksten gesellschaftlichen Macht profiliert. Diese bestand, wie bereits erwähnt, aus unzufriedenen Bevölkerungsgruppen. Beteiligt waren Produzenten von Agrargütern und Manufakturwaren, Bazaris und Händler sowie die Geistlichkeit, welche diese Koalition führte. Hinzu kamen die Intellektuellen. Diese bestanden wiederum aus Nationalisten, welche den Iran in Gefahr sahen, und aus Sozialisten, welche eine antiimperialistische Haltung hatten, jedoch noch relativ unbedeutend waren.

Unterdessen wurde der Kadscharenhof korrupter und unfähiger, während die ökonomische und politische Einflussnahme der ausländischen Mächte wie auch die Unzufriedenheit der Massen zunahm.

Im Zentrum (Teheran) war die Zeit reif für eine Revolution. Wie im folgenden Kapitel zu beschrieben wird, bringt die Revolution die bisher herrschenden Verhältnisse durcheinander.

1. d. Die Konstitutionelle Revolution

Die Konstitutionelle Revolution ist die Stunde null in der Geschichte des modernen Irans und in der des iranischen Nationalstaats.

Die oben ausgeführte Unzufriedenheit der Massen sowie die unheilige Koalitionsbildung der ausländischen Mächte untereinander und zugleich mit dem Kadscharenhof stellten der bevorstehenden Konstitutionellen Revolution einen fruchtbaren Nährboden bereit.

Ein Minister des Kadscharenhofs, nämlich Ala ol Dawle, beauftragte Ain-o-Dawle die eventuellen Aufstände einzudämmen. Als Vorbeugungsmaßnahme begann er, einige Bazaris zu bestrafen. Die Begründung lautete: „Durch Bazaris wurden die Zuckerpreise künstlich erhöht und eine Zuckerknappheit am Markt herbeigeführt“.¹⁴⁸ Dabei war der Zuckerpreis durch

¹⁴⁷ Mehdi Malek Zade, Tarikhe Enghelabe Mashruteh, S. 148.

¹⁴⁸ Ebd.

den Krieg zwischen Japan und Russland und die darauffolgende Minderung des Zuckerexports von Russland in den Iran gestiegen. Bazaris versuchten dies klarzustellen. Die Absicht von Ain O Dawla war jedoch eine andere, nämlich potenzielle Aufstände im Keim zu ersticken. Diese Ereignisse bereiteten den Bazaris und Händlern große Sorge. Sie gingen zu Ayatollahs und berichteten ihnen. Die Ayatollahs waren ohnehin unzufrieden mit der Politik des Kadscharenhofs und dem Eindringen ausländischer Mächte in das Land, weil sie den Verlust der islamischen Werte befürchteten. Somit verlassen aus Protest einige Geistliche, Bazaris und Intellektuelle Teheran. Hiermit ist die erste tatkräftige und offizielle Koalition gegen den Hof gebildet.

Durch die Abwesenheit dieser Kräfte in Teheran breitete sich die Unzufriedenheit weiter aus. Die Stadt war quasi lahmgelegt; Proteste weiteten sich auf Schah Abdol Azim, eine Pilgerstadt nahe Teheran, aus. Der Schah und Ain-o-Dawle mussten eingreifen und die Situation wieder beruhigen.

Diese gingen zunächst mit Repression gegen die Protestierenden vor. Nachdem sie festgestellt hatten, dass es vergebens ist, fingen sie an zu verhandeln.

Hiermit gilt dieser Protest als erste organisierte Bewegung gegen den Hof, woraus mindestens zwei Koalitionen und Gegenkoalitionen sich bilden und etablieren konnten.

Diese Ereignisse sind die Geburtsstunde der Konstitutionellen Revolution. Mit der Konstitutionellen Revolution bezeichnet man den Volksaufstand von 1906 im damaligen Persien. Diese Bewegung umfasste *einige*¹⁴⁹ Teile des heutigen Irans und beabsichtigte die damaligen Herrschaftsverhältnisse im Zentrum des Iran grundlegend zu ändern. Die damalige Herrschaftsformation im Persien, die Kadscharendynastie, war eine Art von Monarchie, welche von einem absolutistischen König geführt wurde. Die Aufständischen planten die Entmachtung dieses Monarchen und die Errichtung eines Herrschaftssystems, welches durch ein Parlament und auf Basis einer Verfassung gelenkt werden sollte, da sie die Dynastie für das Elend des Volkes verantwortlich machten.

Darüber hinaus sprach man in dieser Zeit zum ersten Mal von einer einheitlichen iranischen Nation bzw. einem iranischen Volk mit einem einheitlichen Herrschaftsterritorium, welches Persien bzw. später Iran heißen sollte. Ebenso wurden erstmals in der iranischen Geschichte die bis dahin herrschenden lokalen Machthaber, nämlich die Welayatführer und Feudalherren mit ihrer weitgehenden Autonomie, entmachtet. Dies hatte eine Umwälzung der Besitz- und Produktionsverhältnisse zur Folge, eine Umwälzung vom Privaten bis hin zum Staatlichen. Das

¹⁴⁹ Nach meiner Meinung und nach Meinung von Dr. Maleki umfasste die Revolution nur einige wenige Teile des heutigen Irans. Die jeweiligen Gebiete waren auch sehr unterschiedlich von der Revolution betroffen. Nach Dr. Maleki, „Tarikhe Enghelabe Mashrute“, erste Ausgabe, S. 33.

wichtige Ereignis in dieser Epoche ist die Weichenstellung für die darauffolgende Nationalstaatsbildung.

Der Verfasser der vorliegenden Arbeit betrachtet diesen Zeitpunkt als Geburtsstunde des Nationalstaates Iran, welche später mit der Machtübernahme Reza Schahs vollendet wird. Zugleich ist diese Revolution und darauf basierende Ereignisse die Geburtsstunde einiger struktureller Probleme, mit denen der iranische Staat heute noch zu kämpfen hat.

Zu diesem Zusammenhang gehören einige wichtige Faktoren, welche wir bei unserer Analyse berücksichtigen sollten. Wie bei jeder Revolution ist es wichtig herauszufinden, welche Kräfte sie vorangetrieben haben. In diesem Kontext ist es des Weiteren relevant, die Koalitionen und Gegenkoalitionen herauszuarbeiten, welche einen enormen Einfluss auf die spätere Form der Herrschaftsformation nach der Revolution haben. Und zuletzt sind die Folgen einer jeder Revolution von enormen Bedeutung, welche wir auch in dieser Arbeit berücksichtigen müssen. Eine Analyse und ein kritischer Blickwinkel auf diese Ereignisse verraten uns die strukturellen Fehlentwicklungen dieser Bewegung, welche den Nationalstaat als Ergebnis der Bewegung selbst hundert Jahre später negativ beeinflussen.

1. d. 1. Die drei Phasen der Konstitutionellen Revolution

- Die erste und umfangreichste Phase beginnt im Dezember 1905 und endet mit der Zerstörung des Parlaments (Madjlis) 1908. Die Bewegung umfasst fast alle Bevölkerungsschichten der Großstädte. Malek Zade beschreibt diese Phase als eine, „die klassenübergreifend alle Schichten in Teheran umfasste. Es war eine nationale Bewegung“.¹⁵⁰ Mit „national“ bezeichnet er wohl alle Gesellschaftsschichten in Teheran, da die Ereignisse sich zunächst nur in Teheran abgespielt hatten. Nach Malek Zade ging es in dieser Phase nur noch um eine Forderung, nämlich um die Errichtung eines Parlaments. Nationalstaat und Rechtstaatlichkeit waren noch kein Thema.¹⁵¹ Die Mellian (Nationalisten) verfestigten sich in der Bewegung und waren dabei die Oberhand zu gewinnen.¹⁵²
- Während der zweiten Phase, die 1909 begann, geht die Geistlichkeit in ihre traditionelle Rolle zurück, gibt dem Schah Rückendeckung und distanziert sich von der Bewegung. Dieses Verhalten ist das typische opportunistische Verhalten für die religiöse Schicht im Iran, die sie

¹⁵⁰ Malek Zadeh, S. 373.

¹⁵¹ Ebd.

¹⁵² Ebd. S. 374.

durch „Taqiye“¹⁵³ rechtfertigen. Mehdi Malek Zadeh, welcher sich an der Konstitutionellen Revolution beteiligte, schrieb Jahre danach folgendes:

„Bedauerlicherweise haben die Rechtsgelehrten nur an ihr eigenes Wohlergehen und ihre eigenen Interessen geglaubt. Sie wollten, dass das Volk in Unwissenheit und Aberglaube bleibt. Sie haben Aberglaube als Religion vermarktet und an das Volk übermittelt. Bazar ist für sie viel wichtiger gewesen als die Religion und die Revolution“.¹⁵⁴

In dieser Zeit spalten sich die religiösen Kräfte, welche an der Revolution beteiligt waren. Einige waren für den Schah und einige gegen ihn. Die letzteren wie Taba Tabaii und Behbahani blieben bei den Revolutionären und andere wie Scheikh Fazlolah wechselten die Seiten zu Gunsten des Schahs.

- In der dritten Phase bleiben die intellektuellen Nationalisten allein. „Diese Phase reichte bis zur Entlassung Morgan Shusters im Dezember 1911“.¹⁵⁵ Während dieser Phase gewinnen die so genannten „pseudomodernistischen Nationalisten“ (Tawfiq) die Oberhand. Diese verfolgten die Errichtung eines Nationalstaates nach dem europäischen Vorbild, distanzieren sich von allen anderen gesellschaftlichen Schichten und vor allem von der Geistlichkeit und den Hofleuten. Die ersteren verurteilten sie als die durchgedrungenen Elemente der arabisch-Semitisten und die letzteren als „turkstämmige Nomaden“. Beide Elemente waren mit der Vorstellung der arischen bzw. altiranischen Rasse unvereinbar.

Sie (die „Intellektuellen“) propagierten die Wiederherstellung der iranischen „Altkultur“ und des Persischen Reiches und versuchten sich dadurch eine Legitimationsbasis zu verschaffen. Ausgerechnet diese Gruppe, deren Anhänger hauptsächlich aus den Administratoren des alten Herrschaftssystems rekrutiert wurden, ebnete den Weg für die spätere Machtübernahme Reza Schahs. Das wird nachfolgend noch genauer erläutert.

¹⁵³ Taqiye findet man nur in der schiitischen Glaubensrichtung. Sunniten ist so etwas nicht bekannt. Nach dem Taqiye-Konzept können die Schiiten ihren wahren Glauben und ihre Überzeugung verheimlichen, wenn sie sich in Gefahr sehen. Dies sorgt für rasche soziopolitische Seitenwechsel der Schiiten und insbesondere der Geistlichkeit, die an der Spitze dieser Glaubensrichtung stehen.

¹⁵⁴ Mahdi Malek Zadeh, *Tarikhe Enghelabe Mashruteh*, S. 60.

¹⁵⁵ Roschke-Buzgel, Sabine, S. 219.

1. d. 2. Beteiligte inländische Kräfte und Beginn der Revolution

Das Land befand sich in einer langanhaltenden Dauerkrise. Zu viele Minister kamen und gingen wieder, bis Ain-o-Dawle zum zweiten Male Minister wurde. Das Land wurde wirtschaftlich durch die kapitalistische Expansion in den Ruin getrieben. Ausländische Billigprodukte sättigten den iranischen Markt, inländische Manufakturen gingen dadurch zugrunde. Durch viele verlorene Kriege gab es geringe bis keine Einfuhrzölle. Es fehlte dem Staat enorm an Einnahmen. Der Hof war bei Russen und Briten höchst verschuldet. Der Minister beschloss, mit Gewalt jede Art von Aufstand und Unmutsbekundungen im Keim zu ersticken. Somit beginnt er bei einigen unzufriedenen Mullahs, welche bis dahin kein Blatt vor den Mund nahmen.¹⁵⁶ Zu dieser Zeit gab es Auseinandersetzungen zwischen Anhängern von zwei Rechtsgelehrten: Jene hatten sich in der Öffentlichkeit geschlagen, woraufhin der Minister die Gelegenheit nutzte. Er nahm 13 Mullahs fest und schickte sie ins Exil nach Ardebil.¹⁵⁷ Er ließ auch allen anderen Rechtsgelehrten, welche dadurch beleidigt waren, eine Botschaft zukommen. Darin gab er zur Kenntnis, dass eine neue Ära der Sicherheit begann und er nun Herr der Lage sei. Die Rechtsgelehrten blieben ruhig und bewahrten die Geduld.

Kurze Zeit später beabsichtigten Ayatollahs an Ain-o-Dawle Rache zu nehmen und ihn für seine absolutistische Art zu bestrafen. Sie fanden ein anscheinend kompromittierendes Foto des Zollministers, der ein Belgier war und Ministerposten im Iran innehatte. Er pflegte gute Beziehungen zu Ain-o-Dawle. Auf dem Foto, welches auf einer Feierlichkeit geschossen wurde, hatte der Belgier sich als Ayatollah verkleidet. In der Öffentlichkeit erweckte es den Eindruck, als ob er sich über die schiitische Geistlichkeit lustig machen wollte. Daraufhin beschloss Ayatollah Behbahani, der mit Ain-o-Dawle verfeindet war, die Massen auf die Straße zu bringen. Binnen kürzester Zeit mobilisierte er mehrere Tausend Menschen. Da er mit einigen Revolutionären koalierte, erlangte er eine gewisse Beliebtheit innerhalb der Bevölkerung. Ein gemeinsamer Nenner ermöglichte eine Koalition zwischen der religiösen Schicht und den Revolutionären, nämlich der gemeinsame Feind, die Kadscharendynastie bzw. Ain-o-Dawle. Nach langen Verhandlungen konnte Behbahani seinen einflussreichen Rivalen, der ebenso keinen guten Eindruck von Kadscharen und vor allem vom Minister

Ain-o-Dawle hatte, auf die Seite der Oppositionellen ziehen. Diese waren damals die einflussreichsten Ayatollahs. Sie hatten die meisten Anhänger.¹⁵⁸

¹⁵⁶ Maleki Zade, S. 237.

¹⁵⁷ Ebd. S. 237.

¹⁵⁸ Ebd.

Widerstand formierte sich im Zentrum des damaligen Irans, welcher aus verschiedenen Gruppierungen mit unterschiedlichsten Motiven und Hintergründen bestand. Diese bildeten untereinander diverse Koalitionen, die als Gegenkoalition zu reaktionären Kadscharenkräften auftraten.

- Die langandauernde Wirtschaftskrise des Kadscharenhofs schlug sich in der Gesellschaft nieder. Der Staat war hoch verschuldet, die Bazaris (Händlerschicht) beklagten sich wegen der katastrophalen Handelssituation vor allem im Außenhandel. Zudem führte die Modernisierung des Zolls dazu, dass Bazaris nun ein Vielfaches an Einfuhrzöllen an den Hof abgeben mussten. Sie sahen die Schuldigen v.a. im belgischen Zollminister und in Ain-o-Dawle. Ebenso hatten die Bazaris mehrfach kleine Proteste organisiert und ihre Unzufriedenheit mit der neuen Situation zum Ausdruck gebracht. Als Ablenkungsmanöver versuchte der Kadscharenminister Ain-o-Dawle einige einflussreiche Bazaris öffentlich zu bestrafen und diese für die schlechte Marktlage verantwortlich zu machen. Diese Aktion führte zu enormer Unzufriedenheit der Händlerschicht. Es ließ sich anhand der Indizien feststellen, dass sie dabei waren einen großangelegten Protest zu organisieren. Für diesen Zweck suchten sie Koalitionspartner, welche sich innerhalb der religiösen Schicht und der Revolutionäre finden ließen. Bazaris wünschten sich die Entmachtung des belgischen Zollministers und dementsprechend geringere Zollgebühren für ihre importierten Waren. Darüber hinaus wollten sie nicht mehr stets von Staatsmännern und Beamten belästigt und erniedrigt werden. Um den großangelegten Protest umzusetzen, hatten die Bazaris einige Pläne. Ain-o-Dawle beauftragte seine Männer unter der Führung Ala-o-Dawles, einige Bazaris öffentlich auszupeitschen. Diese setzten den Befehl am nächsten Tag um, mit der Begründung, dass die Preise für Zucker künstlich gestiegen seien. Die Bazaris wurden hierdurch sehr beleidigt und versuchten die Rechtsgelehrten zu benachrichtigen. Nach einem weiteren gescheiterten Protest beschlossen einige Ayatollahs, Teheran samt Händlern in Richtung Hareme Abdol Aziz zu verlassen. Daraufhin wurde der Bazar praktisch lahm gelegt und die Hauptstadt in Generalstreik versetzt. Revolutionäre, welche sich aus Nationalisten (Melliun), Intellektuellen, Hofleuten etc. zusammenschlossen hatten, haben ihre Solidarität mit den Streikenden geäußert.¹⁵⁹

Die unzufriedenen Bazarleute verfolgten natürlich ihre eigenen Interessen, und diese motivierten sie, sich an der Revolution zu beteiligen. Dieser Gesellschaftsschicht wurde infolge der Einbindung des Irans in das expandierende kapitalistische Akkumulationssystem der Boden unter den Füßen weggezogen. Die zügellose Einfuhr von ausländischen Waren, die sich

¹⁵⁹ Ebd. S. 287.

qualitativ, aber auch preislich sehr von einheimischen Produkten abheben, zerstörte die einheimischen Produktionsverhältnisse. Diese riefen neue Verhältnisse in der iranischen Gesellschaft hervor. Unter anderem verloren Bazaris, welche bis dahin das Wirtschaftsmonopol innehatten, ihre Vorherrschaft und ihre gesellschaftliche Stellung. Eine neue Schicht, bestehend aus Händlern und neuen Produzenten löste die Bazaris allmählich ab. So brachen auch die bis dahin herrschenden Geld- und Tauschverhältnisse zusammen.

- Durch die guten Beziehungen, welche Händler zu Ayatollahs pflegten, konnten sie die Mullahs auf ihre Seite ziehen. Einige Ayatollahs waren ebenso mit der Gesamtsituation unzufrieden. Denn durch die schlechte Marktsituation hatten sie eine wichtige Einnahmequelle, die finanzielle Unterstützung der Händler, verloren. Außerdem ging der oben genannte Minister Ain-o-Dawle auch mit Ayatollahs respektlos um. Die Unzufriedenheit erreichte ihren Höhepunkt, so dass einige Mullahs und viele Händler Teheran aus Protest in Richtung Qom verließen. Die Staatskrise spitzte sich nun noch weiter zu. Zwei wichtige Akteure des Alltagslebens sind somit in der Hauptstadt ersatzlos ausgefallen. Zum einen haben sich die Händler aus der Hauptstadt zurückgezogen und somit den Markt lahmgelegt. Zum anderen waren die Geistlichen, welche die Justiz- und Bildungsapparate des Staates bis dahin informell innehatten, plötzlich für die Menschen in der Hauptstadt nicht mehr da. Die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung weitete sich noch weiter aus, so dass bald viele andere Gesellschaftsschichten sich dem Protest angeschlossen hatten.

- Die vergessene, für den Kadscharenhof irrelevante, jedoch soziopolitisch sehr einflussreiche Schicht der Geistlichkeit wurde nach dem Zerfall der Safawiden vom Königshof kontinuierlich an den Rand gedrängt und peripherisiert. Je mehr die Zentralmacht sie peripherisierte, umso mehr vertieften sie ihr Netzwerk innerhalb der Gesellschaft.

Diese Schicht eignete sich auf illegale Weise viel Vermögen und Kapital an. Dadurch, dass sie im Besitz von viel Kapital waren, konnten sie bei jeder gesellschaftlichen Umwälzung eine gewichtete Rolle spielen. Eine Rolle, welche oft konterrevolutionär und destruktiv war. Diese aktive reaktionäre Rolle fängt mit der Konstitutionellen Revolution an und wird bis zur totalen Machtübernahme durch die Islamische Revolution von 1979 fortgesetzt. Diese Behauptung kann man durch viele Berichte und zeitgenössische Analysen untermauern. Zum Beispiel beschreibt Mehdi Maleki Zadeh, ein Zeitgenosse der Konstitutionellen Revolution, die religiöse Schicht im Iran wie folgt:

„Anstatt die religiöse Schicht die Menschen vom Aberglauben befreite und sie zu Gerechtigkeit, modernen Errungenschaften der menschlichen Kultur und zur Wahrheit führte,

hat sie diese (die Gesellschaftsmitglieder) in Aberglaube, Korruption, Ungerechtigkeit und Unwissenheit versenkt. Das traurige daran ist, dass diese Schicht sich ihrer Rolle bewusst ist und dass sie eigentlich die moderne Welt gut kennt. Für sie sind ihre Herrschaft und ihre Teilhabe am Reichtum wichtiger als alles andere. Der Ursprung allen Elends und aller Rückständigkeit der Iraner ist die religiöse Schicht“.¹⁶⁰ Diese Zeilen schrieb ein bekennender religiöser Mensch, der sich an der Konstitutionellen Revolution beteiligte. Er ist der Meinung, dass sich die Mullahs materiell sehr bereichert haben, indem sie die Naivität des Volkes ausnutzten und dieses dazu brachten, ihnen stets indirekt Steuern abzuführen: in Form von Geschenken, Khoms, Zakat etc. hätten sie dem Volk den Reichtum weggenommen.¹⁶¹

Vor der Islamisierung des Irans gab es ein Bodensystem namens Eqta. Nach der Islamisierung existierten verschiedene Arten des Landesbesitzes, nämlich Halese, Waqf, Toyul bzw. Diwani. Mit Halese bezeichnete man die Krongüter. Toyul bzw. Diwani waren Namen für die staatliche Besitznahme des Landes. Und mit Waqf wurden die sich im Besitz der Geistlichkeit befindlichen und von staatlichen Steuern befreiten Ländereien gekennzeichnet. „Hinzu kam in den Augen der Muslime noch die persönliche Position des Propheten des Islam bezüglich der Gebiete, die durch Feldzüge, an denen der Prophet selbst beteiligt war, nämlich Qoswat, erobert worden waren. Diese Gebiete galten als die Liegenschaften der Propheten.“¹⁶² Anbau, Ernte und andere Angelegenheiten solchen Bodens waren der unmittelbaren Aufsicht der Geistlichkeit unterworfen.

Azerbaijani führt die Geschichte des ersten Waqf-Bodens auf den ersten Imam der Schiiten, Imam Ali, zurück.¹⁶³ Hingegen ist Behruz Arman der Meinung, dass diese Art von Bodenbesetzung sich erst Anfang des 15. Jh. neben zwei anderen Varianten herauskristallisiert hat.¹⁶⁴ Eine Vererbung oder Weitergabe solchen Bodens ist ausgeschlossen. Die erwirtschafteten Einnahmen aus diesem Boden werden an religiöse Stiftungen und Organisationen weitergegeben. „Trotzdem schufen sich manche Verwalter Möglichkeiten zur Abzweigung von Einnahmen“.¹⁶⁵ Festzustellen ist die Zunahme der Waqfböden ab diesem Zeitpunkt. Dafür gab es u. a. folgende Gründe;

- Die Übergabe des Bodens an Waqfinstitutionen durch Bodenbesitzer wurde als Immunität ihres Bodens den Besitzern (dem König) gegenüber

¹⁶⁰Ebd. S. 77.

¹⁶¹Ebd. S. 76.

¹⁶² Alidoust Azarbaijani, Abas, Problematik von Entwicklung als gesellschaftlicher Verallgemeinerungen der persischen Sozialgeschichte, S. 120.

¹⁶³ Ebd. S. 126

¹⁶⁴ Arman, Behruz, S. 173. (B.1)

¹⁶⁵ Alidoust Azarbaijani, S. 128.

betrachtet. Denn selbst in der Zeit von Mongholen, Seldjuken etc. existierten die Waqfböden als solche problemlos. Deshalb kamen immer mehr Grundbesitzer auf die Idee ihren Boden durch Weitergabe an Waqf zu sichern.

- Die Einnahmen aus Waqfböden waren von Steuern befreit. Dies war in den Zeiten, in denen die anderen Bauern und Grundbesitzer extrem hohe Steuern zahlten, die der König zur Kriegsfinanzierung eingeführt hatte, selbstverständlich von großem Vorteil. Viele Bauern und Bodenbesitzer mussten sich in diesen Zeiten verschulden, allein um die staatlichen Steuern zu finanzieren. Die staatlichen Kassen waren stets leer aufgrund von Korruption, Auslandsreisen und Kriegen. Deshalb erhöhte sich Jahr für Jahr der Steuersatz.¹⁶⁶
- Da das Privateigentum, insbesondere an Boden, im Iran nicht im Gesetz verankert war, wurde dieses Recht immer wieder von den Herrschenden verletzt. Viele Grund- und Bodenbesitzer verloren ihr Eigentum, wofür sie sehr viel investiert hatten. Dagegen blieben die Waqfböden von diesen Eingriffen verschont. So hatten die Menschen ihren Boden für Waqfiat erklärt. Dies bedeutete für sie eine Art Eigentumssicherung.
- Und zuletzt nahm die Anzahl der Waqfböden zu, weil die Zentralherrschaft keinen Einfluss auf die von der Verpachtung und Bewirtschaftung erzielten Einnahmen ausüben konnte. Einnahmen dieser Art wurden in religiöse Zwecke investiert. So konnte die Geistlichkeit z. B. einige paramilitärische Gruppen finanzieren, die offiziell für die Überwachung der Waqfböden zuständig waren und inoffiziell als Machtfaktor der Geistlichkeit der Zentralgewalt gegenüber dienten.

Es entstand ein überdimensionales und unglaublich großes Netzwerk, welches auf Waqf als ihr Zentrum angewiesen war. Eine ganze Reihe von Krankenhäusern, religiösen Schulen, Moscheen, Läden etc. wurde durch die Waqf-Wirtschaft betrieben. So entstand eine Personenabhängigkeit und gleichzeitig Respekt gegenüber den religiösen Institutionen. Keine andere Institution war so stark im öffentlichen Leben der iranischen Bevölkerung vertreten wie die der schiitischen Geistlichkeit. Egal wo die Zentralmacht zu kurz kam, ergänzte bzw. ersetzte sie die religiöse Schicht. Es gab Parallelen zu vielen staatlichen Institutionen. Es existierten religiöse Schulen, religiöse Rechtsprechung, eine religiöse Armee usw. Durch „Amr

¹⁶⁶ Vgl. Behruz, S. 174. (B.1)

be maarouf wa nahi az monkar“ schuf die Geistlichkeit ein gesellschaftliches Kontrollsystem, welches fast alle öffentlichen Handlungen der Menschen überwachte und diese dann belohnte oder bestrafte. Die Zentralmacht konnte solche Kontrollorgane selbst bis heute nicht zustande bringen.

Es gab viele Großgrundbesitzer, unter ihnen auch viele Geistliche, die sich durch Fälschungen der islamischen Gesetze den Boden und die Ernte aneigneten.¹⁶⁷ Diese Schicht übernahm einige Zeit später meines Erachtens die Rolle der Handelskapitalisten im Iran. Für diese Behauptung sprechen einige Indizien. Denn alle Waqf-bezogenen Vorgänge fanden in „Geldform“ statt.¹⁶⁸ Vorgänge wie etwa die Vermietung der städtischen Immobilien, Opfergaben, Verpflichtungen der Stiftungen an andere, Gehälter, Stipendien etc. wurden alle mittels des Geldes verwirklicht. Eine Schicht von „Foghaha“ (Rechtsgelehrten, Geistlichen) hatte sich als Wirtschaftsexperten profiliert, deren Aufgabe darin bestand, den Verlauf dieser Vorgänge zu überwachen und die Umstände für die Expansion der Waqf bzw. religiösen Institutionen zu begünstigen. Des Weiteren wurde das Eindringen „fremder Elemente“ in Form von Buchhaltern etc. in diesen Institutionen vermieden.

Die religiöse Geistlichkeit war meines Erachtens und im Gegensatz zur Tawfiqs Ansicht einer der wichtigsten Träger und zugleich der Feinde dieser Revolution.¹⁶⁹ Tawfiq hingegen macht die Geistlichkeit zum absoluten Instrumentarium der Bazarleute und betrachtet so deren Beteiligung an der Konstitutionellen Revolution als fremdbestimmt. Die Auffassung, bei revolutionären Geistlichen handle es sich um „Teile der schiitischen Ulama, die praktisch von Bazar-Händlern zur Teilnahme an der Bewegung gezwungen wurden“¹⁷⁰, stellt die Existenz der Geistlichkeit als unabhängige Gesellschaftsschicht ernsthaft in Frage. Das einige Geistliche seitens der Bazarleute provoziert wurden, damit sie an der Revolution teilnehmen, ist zwar nicht fernab der Realität, die Geistlichkeit jedoch hatte selbst, wie noch zu zeigen ist, ein großes Interesse an der Revolution. Teile davon hofften, dass sie sich die neue Regierung zu eigen machen könnten und so den Kadscharenhof durch ihre eigene Kräfte zu ersetzen. Andere Teile verfolgten ihre wirtschaftlichen Interessen, die im Kadscharensystem im Zaum gehalten wurden. Aber den ausschlaggebenden Grund für eine Revolutionsbeteiligung findet man in der

¹⁶⁷ Vgl. Khosravi Sharoudi, Hamid, S. 31.

¹⁶⁸ Vgl. Azarbaijani, S. 128.

¹⁶⁹ „Zur Zeit der konstitutionellen Revolution, Anfang des 20. Jahrhunderts, waren die islamischen Geistlichen, die Briten, die Russen und die Aristokraten der türkischen Qajarendynastie, die entschiedensten Gegner der konstitutionellen Revolution und damit die größten Gegner einer Demokratisierung Irans“. Der Demokratisierungsprozess in Iran, Arashir Parse, S. 1.

¹⁷⁰ Towfigh, S. 90.

Angst der Geistlichkeit vor dem Untergang – als ob sie gehnt hätten, dass der Nationalstaat ihnen die Rechtsprechung, das Wissensmonopol, die Steuern und alle anderen Privilegien entzieht. Deswegen waren sie der größte Feind der Revolution. Statt sich jedoch von ihr zu distanzieren, haben sie sich an ihr beteiligt. Sie haben erreicht, was sie erreichen wollten, nämlich den Erhalt dessen, was sie zu verlieren hatten. Sie haben sich an der Revolution beteiligt und ihre Interessen durch das spätere Parlament verfolgt.

Die Ulama waren seit der Machtübernahme der Safawiden an der Machtausübung beteiligt, sowohl die Akhbaris als auch die Usulis.¹⁷¹ Sie bezweckten mit der Teilnahme an der konstitutionellen Bewegung die Wiedererlangung ihrer Privilegien und Machtbeteiligungen. Den Klassencharakter der iranischen Geistlichkeit zu ignorieren und sie als bloßes Anhängsel anderer Gesellschaftsklassen zu betrachten, wäre ein fataler Fehler. Die Verhältnisse im Iran waren und sind – im Gegensatz zu vielen europäischen Staaten – so gestaltet, dass die Ayatollahs sich als eine Schicht mit eigenen Interessen behaupten können, indem sie traditionell große Teile der Gesellschaftsstrukturen in ihrer Hand hatten und diese lenkten. Dieses Gebiet reichte vom Wissensmonopol bis zur Rechtsprechung und umfasste nicht zuletzt eine mächtige und gut funktionierende Steuer- und Wirtschaftsstruktur. Dass die Geistlichkeit eine Klasse für sich war und ist, können wir leider im Rahmen dieser Untersuchung nicht weiter verfolgen und geben uns mit der Prämisse zufrieden, dass sie eine ist.

- Die Situation verschlechterte sich, indem die Kadscharen kürzlich mehrere Kriege gegen Russland verloren hatte. Als Folge der Kapitulationen mussten sie viele Territorien an Russland abgeben und viele Privilegien wie etwa den niedrigsten Zollsatz aller Zeiten für russische Importeure einräumen. Dadurch fühlte sich der Kadscharenhof zutiefst erniedrigt. Darüber hinaus sind wiederum wichtige Staatseinnahmen wie Einfuhrzölle und Steuern ausgefallen. Die Staatskassen waren leer und Staatsmänner wurden nicht bezahlt. Auch gab es weitere territoriale Verluste im Süden des Landes und am Persischen Golf an Großbritannien. Im Westen des Landes war der Kadscharenhof vom Osmanischen Reich bedroht.¹⁷² Bei den alten Stammesaristokraten und Hofleuten, die sich nun als eine sich auflösende Schicht betrachteten, bestand ein Interesse an einem starkem und zentralisierten Gewaltapparat, der nach modernem europäischem Vorbild aufgebaut werden sollte. Unter den Kadscharenherrschern bzw. dem Kadscharenhof nahestehenden, einflussreichen Menschen gab es einige, die einerseits Mohammad Ali Schah ablehnten, weil er das Land in den Abgrund

¹⁷¹ Akhbaris sind direkt an der staatlichen Administration beteiligte und eher regierungsloyale Geistliche, Usulis haben eine eher neutrale bis oppositionelle Haltung zur Herrschaft.

¹⁷² Malek Zade, S. 117.

geführt hatte, und ihn deshalb entmachten wollten. Andererseits wollten sie den Hof modernisieren und die bereits bestehenden Machtverhältnisse in ein neues Zeitalter überführen. Diese waren im Zentrum der Kadscharenmacht und hatten viele Anhänger, vor allem unter den im Ausland studierenden Hofleuten und ihrer Familien.

- Die Elite und die Intellektuellen sowie „Halbintellektuellen“ bildeten einen weiteren Revolutionspartner. Diese setzten sich aus verschiedenen Gruppierungen zusammen. Die erste Gruppe bestand aus iranischen Gastarbeitern, welche in der russischen Ölindustrie gearbeitet haben und nach der gescheiterten Revolution von 1905 Russland verließen und in den Iran zurückgekehrt waren. Diese waren zahlreich und hatten viele Familienmitglieder. Die Ölarbeiter kamen in Russland mit modernen Ideen wie etwa Kommunismus, Sozialdemokratie und der Nationalstaatlichkeit in Berührung. Sie brachten diese Ideen mit in den Iran zurück und versuchten diese im eigenen Land zu praktizieren. Dabei hatten sie einen signifikanten Bezug zu Russland. Sie importierten moderne Publikationen in den Iran und klärten weite Teile der iranischen Bevölkerung auf.

Diese nun zurückgekehrten Gastarbeiter fanden eine Gruppe von Intellektuellen, welche stets mit dem europäischen Ausland in Kontakt waren. Diese bildete die Oberschicht in Teheran und bestand aus Hofleuten, Staatsangestellten sowie im Ausland Studierenden. Aus fast jeder Schicht bzw. Gruppierung hatten sie Mitglieder. Genau aus dem Grund verfügten sie über ein unheimlich großes Netzwerk, sodass sie während der Revolution und während des ersten Streiks stets aus erster Hand informiert waren. Während z. B. die Ayatollahs, Bazaris und Intellektuellen (auch Melliiun genannt) Teheran in Richtung Shah Abdol Azim verlassen hatten und nicht zurückkehren wollten, haben diese Melliiun von einem Geheimtreffen der Mullahs mit dem Minister erfahren. Die Melliiun haben natürlich durch ihre Kontakte zum Hof von dem Geheimtreffen erfahren. Während des Treffens versucht Ain-o-Dawle die streikenden Mullahs zu bestechen. Die Mullahs, wie zwiegespalten und materiell eingestellt sie waren, nehmen das Angebot an und versprachen dem Minister den Streik zu beenden und bald nach Teheran zurückzukehren.¹⁷³ Dabei baten sie den Minister nichts von dem gemeinsamen Treffen nach außen dringen zu lassen. Der Minister beruhigte sie und versprach dies. Die Mullahs kehrten zurück in der Absicht das Ende des Streiks anzukündigen, sahen jedoch vor sich eine aufgebrachte Menge von jungen Streikenden, welche bereits durch Melliiun von dem Treffen erfahren hatten. Die Melliiun hatten überall Flugblätter verteilt und den Verrat der Mullahs veröffentlicht. Die Mullahs sahen sich in Verlegenheit und verraten von Ain-o-Dawle.

¹⁷³ Ebd. S. 331.

Deshalb nahm jeder von ihnen einen Koran in die Hand und schwor darauf, dass sie nur ein Blutvergießen verhindern wollten und dass sie nicht die Absicht hatten, nach Teheran zurückzukehren. Damit hatten die Melliiun durch ihr Netzwerk einen Verrat der Mullahs und ein Ende des Streiks, welcher durch die Revolution endete. Daneben haben sie, wie wir später erkennen werden, die Liste der Anforderungen an den Schah verfasst. Sie traten als dominante Gruppe innerhalb der Streikenden auf. In ihren Flugblättern und auf der Liste der Forderungen an den Schah fand man auch Vokabeln wie etwa „Nation“ und „Nationalstaat“.

Ain-o-Dawle äußert bei dem Treffen sogar, „die Mullahs haben doch keine Ahnung von Republik und modernem Staat. Sie sind die ersten Opfer der Republik. Warum lassen sie sich von den verdorbenen Ungläubigen mitreißen“.¹⁷⁴ D. h. er wusste, dass die Streikenden die Entmachtung des Shahs, einen Nationalstaat und ein Parlament haben wollen.

- Nationale Minderheiten spielten damals keine bedeutende Rolle bezüglich der Revolution (abgesehen von Aseriten). Dies kann man den zwei wichtigsten Werken, welche von den Zeitgenossen der Konstitutionellen Revolution Kasrawi und Malek Zade verfasst worden sind, entnehmen. In den über fünftausend Seiten Text sind die nationalen Minderheiten nur am Rande erwähnt worden. Die Ereignisse spielten sich in den von Persern und Aseriten besiedelten Gebieten ab. Teheran, Isfahan, Qom und Täbris sowie die nördlichen Gebiete des Landes sind am meisten von den Ereignissen betroffen. Die Bewohner dieser Städte waren und sind mehrheitlich schiitisch, so dass man die Bewegung als eine persisch-schiitische Bewegung bezeichnen kann. In den drei Bänden mit knapp 800 Seiten des Zeitgenossen der Revolution Maleki gibt es nur drei Zeilen über die nationalen Minderheiten im Iran und zwar indirekt ohne diese namentlich zu nennen:

„Die Teheraner Revolution (d. h. die Konstitutionelle Revolution) und die Auswanderung der Revolutionäre und der Mullahs nach Qom findet großen Widerhall in den Kleinstädten (womit die Siedlungsgebiete der nationalen Minderheiten gemeint sind). Viele Menschen haben ihre Sympathie für die Revolution geäußert. Diese haben ihre Vertreter nach Teheran geschickt, um sich den Revolutionären anzuschließen“.¹⁷⁵

Die Welle der Revolution und des Nationalismus kam auch bei den Kurden, Aseriten, Arabern und Bekutschen an. Die Kurden im Westen des Landes, die Aseriten im Norden und Nordosten, die Araber im Süden und die Belutschen im Osten des Landes waren und sind die wichtigsten nationalen Minderheiten, welche jedoch über 60 % der iranischen Bevölkerung ausmachen. Diese erstrebten schon damals ihre Unabhängigkeit und die Loslösung vom Iran.

¹⁷⁴ Ebd. S. 357.

¹⁷⁵ Ebd. S. 377.

Wie nachfolgend am Beispiel der Kurden und der Aseritten zu zeigen ist, haben diese schon damals eine prorevolutionäre Rolle gespielt. Sie wollten ein Leben unter der Kadscharenherrschaft nicht mehr akzeptieren, die sie als Ursache all ihrer Probleme und ihrer Rückständigkeit ansahen. Die wichtigsten Revolutionäre, welche sich landesweit einen Namen gemacht hatten, waren Satar Khan und Bagher Khan. Beide waren aserbajdschanischer Herkunft und führten andere aserbajdschanische Revolutionäre gegen die absolutistischen Kadscharen.

1. d. 3. An der Revolution beteiligte ausländische Mächte

1. d. 3. a. Russen

Um das Ausmaß der Unzufriedenheit der iranischen Volksmassen mit ihrer eigenen Herrschaft zu begreifen, sollen zunächst die iranisch-russischen Kriege im 18. und 19. Jh. rekonstruiert werden, wodurch der Iran große Teile seines damaligen Territoriums an Russland abgeben sollte.

Nach der formalen Gründung des Russischen Reiches (Rossijakaja Imperija) 1721 durch Zar Peter den Großen gab es bereits im folgenden Jahr den ersten bewaffneten Konflikt zwischen dem Persischen und dem Russischen Reich. Nachdem die Russen Seite an Seite mit einer Osmanischen Armee Teile des Persischen Reiches besetzt hatten, zwangen sie Persien im Friedensvertrag von Sankt Petersburg die persischen Provinzen Schirwa, Gilan, Mazandaran und Gorgan an das Russische Reich abzutreten. Diese wurden jedoch mehr als zehn Jahre später von der neuen Zarin Anna Ioannwana an Persien zurückgegeben, da sie sich davon eine gemeinsam Allianz gegen das Osmanische Reich zu etablieren versprach.

Am Ende des 18. Jahrhunderts begann bereits der zweite russisch-persische Krieg, in dem Russland sich unter der Führung von Katarina der Großen den Einfluss im Kaukasus, u. a. dem nördlichen Teil von Aserbajdschan einschließlich Baku, sicherte. Bereits 1801 hatte Russland

das Khanat¹⁷⁶ Kartlin-Kachetien, das auch vom Persischen Reich beansprucht wurde. Die Russen rückten jedoch bis Armenien vor und wurden trotz der Überzahl der Perser nicht geschlagen. Auch die Parolen der persischen Geistlichkeit, die diesen Krieg zum „Heiligen Krieg“ erklärte, verhalfen nicht zum Sieg.

Im Friedensvertrag von Gulistan in Barabach wurde am 24. Oktober 1813 festgelegt, dass das Persische Reich alle Territorien nördlich des Flusses Aras verlor sowie alle Dörfer in Georgien, die am Schwarzen Meer angesiedelt sind. Ebenso verloren die Perser das Recht auf dem Kaspischen Meer zu segeln und das Russische Reich erhielt das Alleinrecht eine Militärflotte im Kaspischen Meer zu stationieren. Auch war ein Freihandelsvertrag Bestandteil der den Russen das Recht gab überall im Persischen Reich Geschäfte zu tätigen.

Der letzte Krieg war kaum dreizehn Jahre vorbei, als der nächste Krieg 1826 die Beziehung zwischen den beiden Reichen erschütterte. Auslöser war die Festnahme eines russischen Ministers in Teheran, der dort zu Gast war. Anschließend besetzte eine 250.000 Mann starke persische Armee die zum russischen Reich gehörenden Khanate Talysch und Karabach. Als Reaktion des Russischen Reiches besetzten russische Armeen das Gebiet bis zur persischen Provinzhauptstadt Täbris (im Nordosten) und bis zum Urmiasee (Nordwesten) und drängten die persischen Truppen bis an die vorher bereits vereinbarte Grenze, den Grenzfluss Aras, zurück.

Im darauf folgenden Friedensvertrag von Turkmancai 1828 verlor das Persische Reich auch seinen Einfluss auf die Khanate Erivan und Naxcivan. Zusätzlich musste der Schah mehrere Millionen Goldmünzen oder Silberrubel bezahlen. Der Fluss Aras wurde ein weiteres Mal als Grenze der beiden Reiche definiert und ein weiteres Mal wurde dem Russischen Reich das Recht zugestanden alleinig auf dem Kaspischen Meer zu navigieren. Auch musste der Schah Fath Ali zusagen, Abspaltungsbestrebung von Khanaten in der Region von Aserbaidschan zu unterdrücken. Um die Zahlung des Schahs an das Russische Reich mit Nachdruck zu unterstützen, wurde in der persischen Provinz West-Azerbaidschan eine 3.000 Mann starke russische Garnison stationiert.

Die iranische Herrschaft, noch stärker aber die Bevölkerung wurde durch so viele Niederlagen erschüttert. Innerhalb der Bevölkerung breitete sich Unzufriedenheit aus, welche 1906 in einer Revolution endete. Die Russen intervenierten ebenso in der iranischen Revolution; zunächst weil sie sehr gute Beziehungen zum Kadscharenhof pflegten und dadurch unzählige

¹⁷⁶ „Ländereien eines Khans“, entspricht in etwa dem Fürstentum.

Konzessionen und Reichtümer erbeutet hatten. Sie stellten dem Kadscharenschah die Sicherheitsgarde zur Verfügung, welche anfangs ausschließlich aus russischen Offizieren bestand und unter dem Kommando russischer Generäle stand. In dem Zeitraum besaßen sie mehrere Konzessionen, wie etwa die von der Eisenbahn Jolfa, der Straße von Rasht und einer Bank.¹⁷⁷ Aber das wichtigste in diesem Zusammenhang war die politische Einflussnahme über den Königshof. „Russen hätten in dieser Zeit selbst den Shah austauschen können“, schreibt Maleki Zadeh.¹⁷⁸ Diesbezüglich bildeten Russen ungewöhnliche Koalitionen mit inländischen Kräften. Um z. B. einen Kadscharenminister, welcher ein moderater und fortschrittlicher Mensch war und die Gründung der ersten iranischen Zuckerfabrik wagte, zu entmachten, verbündeten sie sich mit den schiitischen Rechtsgelehrten. Kurz nach der Gründung der Zuckerfabrik und um diese Fabrik in den Konkurs zu treiben, haben Russen eine Unmenge Zucker in den Iran exportiert. Russen haben ein Preisdumping betrieben und den Zucker für etwa ein Drittel des Preises des iranischen Zuckers auf den Markt gebracht. Darüber hinaus haben sie einige Rechtsgelehrte bestochen, damit diese dem Volk Unwahrheiten erzählten. Die Mullahs haben ein Dekret erlassen, wonach der iranische Zucker aus Tierknochen gewonnen wurde, deren Verbrauch für Muslime unerlaubt ist. Kurze Zeit später ist die Fabrik in Konkurs gegangen und musste schließen. Somit haben sie die ersten Schritte der Iraner in Richtung wirtschaftlicher Teilunabhängigkeit zurückgedrängt.¹⁷⁹

Die Verschuldung des Kadscharenhofs hatte unglaubliche Dimensionen, so dass nach Ansicht von Malek Zade diese Verschuldung fast 90 % der Staatsmänner umfasste.¹⁸⁰ Dadurch hatten Russen den Kadscharenhof fast vollständig in der Hand.

Des Weiteren befürchteten sie eine Machtausweitung der Briten im Iran. Der Nordiran war unter der Einflussnahme von Russen und der Südiran von Briten. 1907 schließen das Russische Reich und Großbritannien ein Abkommen, in dem beide Länder ihre Interessensphäre in Persien festschreiben. Mit diesem „Vertrag von Sankt Petersburg“ erhielten die Russen Nordpersien und die Engländer Südpersien, lediglich die Mitte des Landes wird als gemeinsame Interessenzone definiert.

Diese konkurrierenden Mächte trugen ihre Konflikte auf dem iranischen Boden aus. Jede von ihnen versuchte im Falle eines Machtwechsels im Iran die aus dem Zerfall der Kadscharendynastie sich ergebende Herrschaft an sich zu reißen. Deshalb gingen sie paradoxe Koalitionsbildungen ein, wie wir oben im Falle der religiösen Geistlichkeit dargelegt haben.

¹⁷⁷ Malek Zade, S. 96.

¹⁷⁸ Ebd.

¹⁷⁹ Ebd. S. 121.

¹⁸⁰ Ebd. S. 141.

Russland und der Iran hatten eine ungefähr zweihundert Kilometer lange gemeinsame Grenze. Standen am Anfang der Auseinandersetzungen des Persischen Reiches mit dem Russischen Reich noch territoriale Gewinne im Vordergrund, ohne dass in dem besagten Gebiet überhaupt strukturelle Veränderungen, z.B. der Eigentumsverhältnisse, durchgeführt wurden, so ging es in späteren Phasen auch darum, den Persischen Markt für Produkte zu öffnen oder Rohstoffe für die heimische Industrie zu gewinnen. Nicht zuletzt aber ging es darum, ihre eigenen Kollaborateure an die Macht zu bringen und sich somit direkt an der iranischen Herrschaft zu beteiligen.

Die Dominanz der Russen zeichnete sich immer mehr ab. Durch ihre militärische Überlegenheit konnten sie sich territoriale und ökonomische Rechte sichern. Während dieser Jahre, aber auch nach der „Konstitutionellen Revolution“ war das persische Reich nicht mehr so autonom wie früher. Wie bereits dargelegt wurde, beschränkte die Einflussnahme der Russen sich nicht auf einen Bereich. Die militärische Vorherrschaft brachte ihnen niedrige Zollsätze, territoriale Gewinne und militärisch-ideologische Einflussnahme selbst am Königshof. Die Errichtung der Kosakenbrigade als Spezialisten für den Schutz des Königs und seiner Familie ermöglichte es den Russen, kleinste Bewegung des Königs unter Aufsicht zu haben. Während der folgenden Jahre etablierte das russische Reich seinen Einfluss auf das Königreich Persien, indem es bspw., wie schon erwähnt, 1875 die Kosakenbrigade zur Verfügung stellte, um den Persischen Hof zu schützen. Am Anfang war dies eine rein russische Truppe, aus der übrigens auch der spätere Reza Schah hervorging, die im Laufe der Zeit Teil der regulären Armee des Persischen Reiches sowie dessen Elitetruppe wurde. Zur gleichen Zeit gründeten die Russen bereits im Mai 1881 die Diskonto- und Darlehensbank Persien.¹⁸¹ Das Recht dazu war ihnen bereits im Friedensvertrag von Gulistan eingeräumt worden.

Die russischen Einmischungen haben somit einen Großteil für die bevorstehende Konstitutionelle Revolution beigetragen. Sie einten unbewusst eine breite Masse der Bevölkerung gegen sich, eine Koalition von Geistlichkeit, Nationalisten, Händlern, Bauern usw.

Malek Zade verweist in seinem dreibändigen Buch „Die Geschichte der Konstitutionellen Revolution“ (Tarikhe Enghelabe Mashruteh) auf die destruktive Rolle der Russen während und nach der iranischen Konstitutionellen Revolution. Er beschreibt eine enge Zusammenarbeit von einigen Gruppierungen mit den Russen, eine Koalition, die er als sehr konterrevolutionär

¹⁸¹ Vgl. Roschke-Buzgel, Sabine, S. 13.

einschätzt.¹⁸² Wie sich später zeigen wird, sind die Befürchtungen Malek Zades nicht unbegründet gewesen.

1. d. 3. b. Die Briten

Bereits vor der Konstitutionellen Revolution gab es einen Einfluss von Engländern auf die Politik des Persischen Reiches. Ab Mitte des 19. Jh. besetzte das englische Empire den indischen Subkontinent und übte einen Einfluss auf das Nachbarland Afghanistan in Form eines Protektorats aus. Auch war die südliche Grenze des damaligen Persischen Reiches das englische Protektorat Mesopotamien. Zum Ende des Jahrhunderts wuchs der Einfluss englischer Experten auch auf das Kadscharische Königshaus, was sich daran zeigt, dass bereits 1860, 1872 und 1890 Konzessionen an Briten vergeben wurden. Dies führte – wie bereits gezeigt – zu ersten Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung. 1896 wird Naser Ad-Din Schah von einem in Konkurs gegangenen einheimischen Tabakhändler umgebracht und sein Sohn Mozafar Ad-Din Schah wird sein Nachfolger. Dieser benutzt die spärlichen Staatseinkünfte ebenso wie sein Vater lediglich zum Konsum britischer Güter. Diese waren zu der Zeit Weltmarktführer, zumal das britische Empire bis 1914 den Höhepunkt seiner Macht erklommen hatte und ungefähr ein Viertel der gesamten Welt beherrschte.

In der Anfangsphase der Konstitutionellen Revolution wurde diese von Briten eher kritisch betrachtet: „Die Briten unterstützten während der Konstitutionellen Revolution die Gegner der Demokratisierung Irans, denn sie hatten jahrhundertlang von der Politik der Kapitulations- und Konzessionsrechte der türkischen Kadscharenherrscher profitiert. Nun aber hatten sie es nicht mehr mit einem einzigen anti-iranischen Despoten zu tun, sondern mit einem Parlament, in dem der Wille des Volkes berücksichtigt werden musste“.¹⁸³

In der Tat zeigten Briten ein paradoxes Verhalten, was die konstitutionelle Revolution angeht. Sie nutzten jahrelang die Schwäche der Kadscharenherrschaft aus und waren daher mit der Situation unter der Kadscharenführung einverstanden. Andererseits befürchteten sie die russische und die französische Expansion. Malek Zade, ein Autor und Zeitgenosse der Konstitutionellen Revolution, schreibt dazu: „Nach erfolgreicher Revolution in Frankreich schickte Napoleon General Gardan und sein Team in den Iran. Diese wurden fürstlich empfangen. Die Gesandten begannen dem Hof und dessen Angestellten über die individuellen Freiheiten und die Revolution zu erzählen... Die Briten erfahren hiervon und setzen Fath Ali

¹⁸² Malek Zade, S. 37.

¹⁸³ Der Demokratisierungsprozess in Iran, Ardashir Parse, S. 5.

Schah unter Druck. Er soll diese nicht mehr im Hof beherbergen und aus dem Land weisen. Die Briten drohten dem Schah damit, den südlichen Teil des Irans für unabhängig zu erklären und zu diesem Zweck den Sohn von Prinz Zand aus Indien zum König dieses Gebietes zu erheben. Daraufhin bat der Schah den General Garden und sein Team das Land zu verlassen“.¹⁸⁴

Die gute Zusammenarbeit von Briten und Kadscharenhof setzte sich jedoch bis zum Ende der Herrschaft von Mozafaradin Schah fort. Zu dieser Zeit war der Kadscharenhof zu hundertprozentig russisch. Die Kosakenbrigade, welche die Armee des Schahs stellte, war russisch und verfolgte direkt die russische Politik im Iran. Der belgische Zollminister war ebenso von Russen gestellt und pflegte enge Beziehungen zu denselben. Somit wurde eines der katastrophalsten Zollabkommen aller Zeit während seines Amtes mit Russland abgeschlossen. 1907 hatten sich durch den Vertrag von Sankt Petersburg die Karten neugemischt. Russland hatte große Teile Irans unter seinen direkten Einfluss gebracht, unterstützte einerseits massiv den Kadscharenhof und drohte andererseits das komplette Land zu kolonialisieren. Malek Zade bemerkt hierzu: „wäre die Konstitutionelle Revolution nicht gewesen, hätten Russen bald Iran kolonialisiert“.¹⁸⁵

Die Briten haben dagegen die in ihrem Einflussgebiet ansässigen Nationen und Stämme gegen die Zentralmacht des Hofes zum Aufstand aufgefordert. Diese drohten mit der Unabhängigkeit der von ihnen kontrollierten Gebiete. Sie übten somit Macht auf den Kadscharenhof und auf das sich neu bildende Staatsgerüst aus.

Deshalb hatten selbstverständlich die Briten gute Gründe Paradigmen zu wechseln und die Revolutionäre zu unterstützen, obwohl viele Autoren diese Rolle verharmlosen und auf eine bloße Sympathie reduzieren wollen (unter anderem Malek Zade).¹⁸⁶ Man fragt sich jedoch, warum die Revolutionäre und vor allem die Nationalisten sich während der zweiten Phase der Revolution in der englischen Botschaft in Teheran verschanzt hatten und nicht etwa in der muslimischen Osmanenbotschaft oder in der russischen. Die gravierende Rolle der Briten wird uns in dem folgenden Zitat eindeutig.

„Die breite Masse der Bevölkerung sieht nun (während und kurz nach der Revolution) die Briten als neue Herrscher des Landes. Sie denken, wenn sie es finanziell nicht schaffen ihre Kinder in die Schule zu schicken, sind die Briten daran schuld. Sie denken, die Staatsbeamten

¹⁸⁴ Malek Zade, S. 96.

¹⁸⁵ Ebd. S.101.

¹⁸⁶ Ebd. S. 381.

werden von Briten bestimmt oder entlassen. Sie denken Briten wären außerirdische Wesen...“¹⁸⁷

Die erste der sich neu bildenden Gegenkoalitionen, welche an die britische Botschaft einen Antrag auf Genehmigung für einen Streik gestellt hatte, waren die Ayatollahs. Die ersten streikenden Gruppierungen bestanden ebenso aus fünfzig religiösen Ayatollahs.¹⁸⁸ Es schien eine rege Kommunikation zwischen diesen beiden Gruppierungen zu geben. Sie bildeten in der Tat eine Gegenkoalition zur Koalition von Russen und dem Kadscharenhof.

Die englische Botschaft versuchte sich nach außen neutral zu zeigen. Alle Beteiligten waren jedoch einhellig der Auffassung, dass sie die Gegner des Hofes und die Revolutionskräfte, die Koalition von Geistlichkeit und Nationalisten unterstützte. Diese hatten ein enormes Interesse daran, einen zentralistischen Nationalstaat mit einer starken Armee zu bilden. Die Briten waren ebenso dafür. Denn nur so hätten sie die Kolonialisierung des Irans seitens der Russen verhindern können. Eine russische Übernahme Irans hätte für die Briten katastrophale Folgen gehabt; v. a. hätte das Land direkt an Gebiete der Ostindien-Company gegrenzt. Deshalb gingen die auf die Errichtung einer Zentralmacht fokussierten Bestrebungen der Briten im Iran weiter. Die ersten Berührungen mit Reza Schah und seinen nationalistisch- absolutistischen Ideen finden auch in diesem Zeitraum statt.

Nach Ende des Krieges schließt der englische Außenminister Lord Curzon einen Vertrag mit drei bestechlichen Politikern, welcher das Persische Reich zum englischen Protektorat machen sollte. Da dieses Abkommen geheim, hinter dem Rücken des Schahs und ohne Debatte im Parlament verabschiedet wurde, lehnt es den Vertrag als verfassungswidrig ab. Es löst im Reich eine unerwartete Welle der Empörung aus und wird auch vom gerade gegründeten Völkerbund in einer der ersten Sitzungen für ungültig erklärt.

1921 verhalfen die Briten dem Kosakenoffizier Reza Khan, Ahmad Schah in einem Putsch abzusetzen und selbst an die Macht zu kommen.

In seinen Gesprächen mit Mostawfiolmamalek, Moshir ad dowlā, Taghi Zadeh, Mosadegh und Dowlat Abadi sagt der Schah dazu: „Die Briten haben mich an die Macht gebracht“ und fährt fort: „Aber ich habe trotzdem dem Land gedient und sie wussten nicht, mit wem sie es zu tun haben“.¹⁸⁹

¹⁸⁷ Ebd. S. 382.

¹⁸⁸ Ebd. S. 385.

¹⁸⁹ Nach Katouziann Homayun, S. 42.

Dieser Offizier entsprach ganz den Wünschen der Briten, die sich einen starken Führer mit großer Macht wünschten, um einerseits den Einfluss der Sowjets bzw. ihres Kommunismus einzudämmen und andererseits die Erdölforderung im Süden des Landes zu sichern, zumal dort viele Regionen unter der Aufsicht und Kontrolle von Stammesführern waren.

Bereits im Vorfeld hatte es mehrere Treffen zwischen Reza Khan und dem britischen Botschafter im Persischen Reich gegeben. Auch erhofften die Engländer sich davon eine effizientere Organisation, welche in der Lage war größere Mengen Erdöl zu gewinnen.

Reza Schah folgte bis kurz vor seiner Abdankung den politischen Forderungen der Engländer, sowohl in seiner Politik den Russen gegenüber als auch was das Verschaffen ökonomischer Vorteile für die englischen Konzerne etc. anging.

Die Gründung des iranischen Nationalstaates war zeitlich parallel zu ersten Erdölforderungen Englands im Iran, aber auch zu den Erhebungen der Einheimischen in den Ölgebieten. Es besteht die These, dass die Engländer selbst die Unruhen in den südlichen Teilen des Landes anstifteten. Dies kann aus mehreren Gründen der Wahrheit entsprechen. Zum einen, weil durch diese Unruhen viele Menschen ihr Gut und Vermögen verloren. Zum anderen deshalb, weil durch diese Unruhen viele Menschen ums Leben kamen und gebietsweise eine absolute Anarchie herrschte. Beides konnte der Manipulation der Menschen dienen, um deren Verlangen nach einer stabilen politischen Herrschaft, die sich auf eine starke Armee stützt, zu steigern. In Anbetracht dieser Faktoren scheint die These stichhaltig zu sein. Im Endeffekt konnten die Engländer nur noch durch einen starken zentralistischen und auf einem starken Militär basierenden Nationalstaat ihre Interessen realisieren.¹⁹⁰

Der Einfluss der Engländer erreicht noch einmal einen Höhepunkt, als der amerikanische CIA und der britische MI6 gemeinsam 1953 einen Putsch gegen den Premierminister Mossadeq organisierten, da dieser das Öl des Iran nationalisierte. Danach war der Einfluss der Engländer auf den Iran beendet, zumal Dr. Mossadeq die Engländer bei der Nationalisierung des Erdöls des Landes verwies und deren Konsulat in Teheran schloss.

¹⁹⁰ Einige Autoren behaupten implizit oder explizit, dass Reza Schah und seine Armee die einzigen Instanzen waren, die unter den damaligen Verhältnissen erstens selber überleben und zweitens den Iran retten konnten, indem sie einen Nationalstaat errichteten.¹⁹⁰ Fakt ist, dass diese komplexe Kombination (Reza Schah + Armee) sich aus dieser Situation heraus profilieren konnte und so die Grundbausteine für den iranischen Nationalstaat legte. Unklar ist nach wie vor, ob die Engländer die Unruhen stifteten, damit der Wunsch nach einem despotischen Herrscher zunimmt oder ob man tatsächlich mit organisierten Aufständen konfrontiert war. Jedenfalls ist Gewalt nicht die richtige Lösung. Das wissen wir auch aus der iranischen Geschichte, ebenso, dass man mit Repression, wenn überhaupt, dann nur kurzfristig Erfolg haben kann. Daher blieben Probleme des Nationalstaates ungelöst. Jede Herrschaft hat sie vor sich hergeschoben, selbst bis in die Gegenwart.

Obwohl die Engländer bis zur islamischen Revolution und selbst danach im Iran präsent waren, wurden ihre Interessen aus geopolitischen hegemonialen Gebietsteilungen durch die Vorherrschaft der USA in der Region abgelöst.

1. d. 3. c. USA

Aufgrund der amerikanischen „Monroe-Doktrin“ haben die USA lange nie außerhalb des amerikanischen Doppelkontinents agiert. Dies änderte sich erst im 20. Jahrhundert mit dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg 1917. Auch legte die amerikanische Regierung immer Wert darauf zu betonen, dass die USA nie Mitglied der „Triple Entente“, bestehend aus Frankreich, England und Russland, waren, sondern lediglich „assoziertes Mitglied“ gewesen seien.

Die USA haben also anders als Russen und Briten sehr spät in Persien Fuß gefasst. Dies hatte sicherlich auch geographische Gründe, denn die USA mussten, um Persien zu erreichen, große Distanzen überwinden.

Obwohl der Großwesir Amir Kabir bereits die USA aufforderte, sich im Persischen Reich zu engagieren, stieß er bei den Amerikanern auf taube Ohren, da diese sich zu der Zeit, wie oben erwähnt, nicht außerhalb des amerikanischen Kontinents betätigen wollten.

Erst im Jahre 1911 bat die persische Regierung die USA, ihnen Finanzexperten zur Verfügung zu stellen. So schickten die Amerikaner den Finanzexperten Dr. William Morgan Shuster und sein Team, der daraufhin General-Finanzverwalter in Teheran wurde. Nach russischem Protest musste er aber am 25. Dezember das Land verlassen.¹⁹¹ Zehn Jahre später versuchte der Minister Moschir Ad-Daule noch einmal den amerikanischen Finanzexperten in das Land zu holen, aber die Briten und Russen waren dagegen. Deshalb versucht der Ministerpräsident die Sache zu vertuschen, denn ohne Zustimmung dieser beiden Mächte dürfte kein ausländischer Experte in das Land geholt werden.

Im darauffolgenden Jahr sollte die Reform des Finanzwesens unter Arthur Chester Millspaugh und mit amerikanischer Hilfe durchgeführt werden. Mit Billigung der iranischen Regierung führte Millspaugh eine Tabaksteuer, eine Zündholzsteuer und ein staatliches Zucker- und Teemonopol ein – alles Maßnahmen, die vor allem die sozial schwächsten Klassen belasteten.¹⁹² Da er keine amerikanische Anleihe erhalten konnte, seine Maßnahmen zu Protesten in der Bevölkerung führten und er Meinungsverschiedenheiten mit dem inzwischen autoritär regierenden Schah hatte, musste er 1927 zurücktreten.

¹⁹¹ Vgl. Asadpour, S. 340.

¹⁹² G. E. von Grunebaum: Die Islamischen Reiche nach dem Fall von Konstantinopel, S. 204.

Im nächsten Jahrzehnt orientierte sich Reza Schah eher an Kemal Atatürk, Benito Mussolini und Adolf Hitler, so dass die Amerikaner während dieser Zeit keinen Einfluss auf den Iran hatten. Stattdessen holt er deutsche und italienische Experten ins Land.

1. d. 4. Das Ende der Revolution

Das Ende der Revolution markieren die Machtübernahme von Mohammad Ali Shah und die Zerstörung des ersten iranischen Parlaments durch ihn und Russland. Dies geschah 1911, fünf Jahre nach der ersten Phase der Revolution. Mohammad Ali Schah ging von Anbeginn seiner Herrschaftszeit auf Konfrontationskurs zu den Revolutionären. Malek Zade schreibt: „Er war von Natur aus ein Diktator“ und ein bekennender Gegner der Revolution.¹⁹³ Bereits nach der Krönung zeigte er sich als ein kompromissloser König. Die Auseinandersetzungen spitzten sich jedoch bei der Unterzeichnung der neuen Verfassung zu. Mohammad Ali Schah wollte, dass zwei Minister direkt von ihm gestellt werden und deren Einflussgebiet außerhalb des Parlaments bleibt. Somit könnte man diese zwei Minister und den Schah selbst nicht zur Rechenschaft ziehen. Einer der Minister war der Zollminister, der Belgier, welcher indirekt für die russische Botschaft arbeitete. Die Revolutionäre haben dieses Ansinnen mehrheitlich abgelehnt. Daraufhin hat der Schah die Verfassung nicht unterzeichnet und auf spätere Zeit verschoben. So wurde die Kluft immer größer.

Mohammad Ali Schah bildete eine Gegenkoalition mit den Russen und bereitete sich so auf die entscheidende Schlacht vor. Zu diesem Zweck hat die Gegenkoalition dem Parlament einen Innenminister vorgeschlagen, nämlich Atabak. Dieser kollaborierte mit den Russen und lebte über zwanzig Jahre im Ausland, u. a. in Russland. Nach der Machtübernahme versuchte Atabak die Revolution einzudämmen, blieb jedoch nur für kurze Zeit an der Macht und wurde bald von den Revolutionären ermordet.

Die gegenrevolutionären Bemühungen des Schahs und der Russen gingen unvermindert weiter. Der nächste Schritt war die Diskreditierung der Revolution, indem man sie als antiislamisch brandmarkte. Der Schah hatte mit Unterstützung des Rechtsgelehrten Scheikh Fazlolah eine Offensive vorbereitet. Scheikh Fazlolah gehörte zur Gruppe von Rechtsgelehrten, welche ab der zweiten Phase der Revolution einen regimetreuen Kurs eingeschlagen hatten. Diese lebten von Unterstützungsgeldern des Schahs und hatten eine eigene Anhängerschaft. Die

¹⁹³ Malek Zade, S. 438.

revolutionären Kräfte konnten ihn und seine Bewegung durch Unterstützung einiger anderer Ulama zurückschlagen.

In dieser Zeit spürten die Osmanen die Schwäche der Zentralmacht im Iran und besetzten einige westliche Teile des Landes. Zugleich traf ein britischer Diplomat in Russland ein. Diese sahen die Revolution als Gefahr für eigene Interessen. Sie beschlossen somit im Jahre 1907 das Land quasi in zwei Teile zu zerreißen. Russland nahm den Norden und die nordöstlichen Gebiete und die Briten nahmen den Süden und die südwestlichen Gebiete für sich in Anspruch. Die Revolutionäre unter Führung von Malekol Motakalemin waren sehr aufgebracht. Sie haben dieses Abkommen für nichtig erklärt. Malekol Motakalemin veröffentlicht ein Informationsblatt, worin er die Großmächte und vor allem Russland verurteilt, die Unabhängigkeit des Irans in Frage zu stellen und das Land besetzen zu wollen. „Wir (Revolutionäre) haben so eine reaktionäre Reaktion des despotischen Russland erwartet. Des Weiteren waren wir uns bewusst, dass das Land uns genauso wie die Revolutionäre im eigenen Land zerstören würde. Es ist allen klar, dass Russen ihre eigenen imperialistischen Interessen verfolgen. Diese wollen unsere Revolution, welche viele Opfer gefordert hat, im Keim ersticken und unser Land kolonialisieren“.¹⁹⁴ In der darauffolgenden Zeit trifft sich der britische Botschafter mit Mohammad Ali Schah und bringt sein Bedenken und seine Sorgen zum Ausdruck. Er sagte dem Schah, dass „er seine feindliche Art den Revolutionären gegenüber ändern sollte. Denn das ist weder für den Schah gut noch für die Zukunft seines Landes. Dafür soll er das gewählte Parlament unterstützen und die Meinungsverschiedenheiten dort aus der Welt schaffen“.¹⁹⁵

Zugleich hat der russische Botschafter in Teheran als Reaktion auf die oben genannte Rede des Revolutionärs Malakol Motakalemin eine drohende Botschaft an das iranische Parlament gerichtet. „Die russische Regierung ist froh über die Revolution und die Gründung des Parlaments im Iran. Zugleich sind wir besorgt über die Unruhe und die Aufstände in den nördlichen Provinzen. Sobald wir feststellen, dass die Zentralmacht im Iran nicht imstande ist diese Unruhen zu beenden, werden wir den Krieg erklären und einseitig eingreifen.“¹⁹⁶ Der Parlamentschef weigerte sich die Botschaft in die Tagesordnung des Parlaments aufzunehmen und unter den Abgeordneten zu thematisieren. Hingegen schreiben einige revolutionäre Abgeordnete eine Antwort auf die Botschaft. Bei einer Revolution, heißt es darin, komme es

¹⁹⁴ Ebd. S. 529.

¹⁹⁵ Ebd. S. 535.

¹⁹⁶ Ebd. S. 565.

hier und dort zu Unruhen. Dies sei jedoch eine interne Angelegenheit und das iranische Volk werde sich rechtzeitig um die Angelegenheit kümmern.¹⁹⁷

Aufgrund der falschen Politik des iranischen Kadscharenhofs und des kapitalistischen Expansionsdrangs der Großmächte war der Iran zu dieser Zeit bei Briten und Russen höchst verschuldet. Die Briten wendeten sich an den Schah und das Parlament und mahnten diese ab. Die Russen hingegen wollten gemäß dem Vertrag den Zoll im Norden unter ihre Kontrolle bringen und die Region militärisch besetzen.

Mohammad Ali Schah beabsichtigte das Parlament zu stürmen und der Revolution für immer ein Ende zu setzen. Dazu zog er einige Bodentruppen aus Aserbaidshan, das gerade vom Expansionsdrang des Osmanischen Reichs bedroht war, ab und stationierte sie in Teheran. Darüber hinaus hatte er ein breitgefächertes Bündnis mit einigen Rechtsgelehrten und einflussreichen Bazaris abgeschlossen. Die Wehrkräfte hatten durch die Wirtschaftskrise und die Staatsverschuldung mehrere Monate lang kein Gehalt erhalten. Diese machten das Parlament dafür verantwortlich und versuchten das Parlament zu stürmen. Einige Revolutionäre und Abgeordneten hatten Angst das Parlamentsgebäude zu verlassen und übernachteten dort. In diesem Bündnis waren viele kriminelle Gruppierungen, welche der Schah indirekt rekrutieren lassen hatte.¹⁹⁸

Kurze Zeit später haben Russen viele schwere Waffen und Artillerie über die iranische Grenze Richtung Teheran passieren lassen. Die nördlichen Provinzen waren praktisch unter russischer Kontrolle. Sie haben die Einwohner vertrieben und deren Hab und Gut beschlagnahmt.

Etwas später hat Scheikh Fazlolah, diesmal in Begleitung von einigen anderen namhaften Rechtgelehrten, eine neue Antirevolutionsbewegung gestartet. Diese wurde selbstverständlich vom Schah und den Russen unterstützt. Diese Bewegung unternahm einige Versuche, um innerhalb der iranischen patriarchal-religiösen Gesellschaft auf sich aufmerksam zu machen und gegen die Konstitutionelle Revolution zu mobilisieren. U. a. haben sie einigen weiblichen Prostituierten viel Geld bezahlt, damit diese am helllichten Tag auf die Straße gehen und revolutionäre Parolen äußern. Die Gegenkoalition beabsichtigte hiermit, die Revolution als Bewegung gegen Islam und Glaube der Mehrheit darzustellen.¹⁹⁹ Kurze Zeit später hat die Gegenrevolution viele einflussreiche Anhänger sowohl in anderen Großstädten als auch innerhalb des Parlaments und in Teheran für sich gewinnen können, so dass quasi das Parlament zweigeteilt wurde.

¹⁹⁷ Ebd. S. 565.

¹⁹⁸ Ebd. S. 577.

¹⁹⁹ Ebd. S. 515.

Nationalisten ahnten, dass der Schah zerstörerische Pläne hatte. Sie wussten, dass das Land sich in einer Sackgasse befindet. Sie wussten aber auch, dass Russen einen Großangriff auf das Parlament vorbereiteten. Deshalb beriefen sie ein Geheimgespräch ein und planten einen Anschlag auf den Schah. Dies haben sie auch umgesetzt. Durch einen Zufall kam der Schah nicht ums Leben und konnte fliehen. Viele seiner Begleiter haben aber dafür ihr Leben verloren. Daraufhin haben Sicherheitskräfte einige Verdächtige festgenommen. Den Täter haben sie aber nie finden können.²⁰⁰

An der russischen Grenze kam es zu ersten Auseinandersetzungen. Zwei russische Soldaten wurden von örtlichen Revolutionären getötet. Dieses Ereignis nahmen die Russen zum Anlass, um mehrere hundert iranische Grenzbewohner umzubringen. Die Nachricht davon kommt Tage später in Teheran an. Die Massen sind aufgebracht und beunruhigt, schnell breitet sich Hass gegen Russen unter der Bevölkerung aus.

Mohammad Ali Schah war über die Ereignisse erfreut, weil er vor allem die nördlichen Provinzen bestrafen wollte, welche eine prorevolutionäre Haltung hatten. Der russische Botschafter in Teheran hatte zum wiederholten Male die Unterstützung seines Landes für den Schah betont. „Im Falle einer Entmachtung des Schahs würde Russland sich direkt beteiligen. Russland duldet keinen feindlichen Akt gegen den Schah“.²⁰¹ Hingegen haben die Briten ihre Unzufriedenheit mit den Revolutionären stets mittelbar zum Ausdruck gebracht. Denn die Russen hatten mit der Entmachtung des Schahs wesentlich mehr zu verlieren. Kolonel Liakhof war der Chef der Kosakenbrigade. Ein enger Freund von Liakhof verfasste folgende Worte über den iranischen Schah; „Mohammad Ali Schah ist ein kleiner, dicker Mensch, welcher keine Neigung und keine Lust hat das Land zu führen... er ist ein Freund und großer Bewunderer Russlands. Der Schah ist der russischen Sprache mächtig. Seine Sympathie für Russland ist derart, dass sein persönlicher Arzt Russe ist und seine Nachfolger von Russen aufgezogen werden. Sein bester Freund ist ein Russe namens Shapshal. Shapshal ist sein enger Freund und Vertrauter... und er (Shapshal) führt in Wahrheit die Provinz Azerbaidschan“.²⁰²

Darüber hinaus hatten Russen durch das Abkommen von 1907 die wichtigsten Provinzen des damaligen Irans unter ihrem Einfluss. Diese waren Teheran, Gilan, Mazandaran und Azerbaidschan. Wirtschaftlich und geopolitisch zählten diese Städte zu den wichtigsten und bevölkerungsreichsten Städten im Iran. Das Budget der Kosakenbrigade, die quasi die Armee des Schahs bildete, kam aus den Zolleinnahmen im Norden. Wie schon gesagt war auch der Zollminister ein Russe, wodurch die Zolleinnahmen unter direktem russischen Einfluss

²⁰⁰ Ebd.

²⁰¹ Ebd. S. 664.

²⁰² Ebd. S. 666.

standen. So gesehen war Russland faktisch der Herr über die iranische Armee. Armeechef war der Russe Liakhof. Der Schah verfolgte einige gegenrevolutionäre Pläne und zog sich aus Angst vor Revolutionären in seine Sommerresidenz außerhalb Teherans zurück. Liakhof beruhigte den Schah und versprach ihm, ihn bis zu seinem letzten Blutstropfen zu beschützen. Daraufhin war der Schah unbesorgt, schreibt Malek Zade.²⁰³ Der Schah war sich nun sicher, dass er sich an den Revolutionären rächen kann. Zugleich ließ er überall in Teheran Flugblätter verteilen, welchen zu entnehmen war, dass er bislang zu viel hinnehmen musste. „Der Schah will und kann nicht mehr zusehen, wie die Revolutionäre und deren Parlament zwischen dem Schah und dem Volk stehen. Es ist die Zeit gekommen, etwas dagegen zu unternehmen“.²⁰⁴ Alle Kommunikationsmittel wurden in den Großstädten eingestellt, so dass sich nur Armee, Hofleute und Schah schreiben und miteinander telefonieren konnten. Nach Malek Zade gibt es große Ähnlichkeiten zwischen den Flugblättern, die der Schah verteilen ließ und denen, die man in Russland vor der Schließung der Duma verteilt hat. „Man hat den Inhalt eins zu eins übersetzen lassen. Beide hatten unglückliche Botschaften für das Volk und für die Revolutionäre“.²⁰⁵ Kurze Zeit später stationierte Kolonel Liakhof seine Truppen direkt vor dem Parlament. Der Kolonel und der russische Botschafter überzeugten den Schah davon, dass allein und einzig die komplette Zerstörung des Parlaments die Lösung sei. Um den Schah von diesem Alptraum zu befreien, müssten alle Revolutionäre entmachtet und zurückgedrängt werden. Somit findet das vom Volk gewählte Parlament sein Ende und die Revolution ist Geschichte.²⁰⁶

²⁰³ Ebd. S. 667.

²⁰⁴ Ebd. S. 684.

²⁰⁵ Ebd. S. 704.

²⁰⁶ Ebd. S. 707.

1. d. 5. Die Fehlentwicklungen, die zum Zerfall der Konstitutionellen Revolution führten

„Sie (die Gesellschaft) bestand am Anfang des 20. Jh., zur Zeit der konstitutionellen Revolution (1906-1911), aus ungefähr 10 Millionen Einwohnern, wovon vier Fünftel als Bauern in den Dörfern oder als Nomaden zwischen den Dörfern lebten und ihre Lebensweise wie in den Jahrhunderten zuvor unverändert beibehielten. Sie waren froh, wenn sie von der iranischen Regierung und ihrem Gewaltmonopol in Ruhe gelassen wurden“.²⁰⁷

Die Gründe für das vorzeitige Scheitern der Konstitutionellen Revolution sind vielfältig und unterschiedlicher Natur. Man findet sie in den im Theorieteil ausgeführten drei Theorien. Wir werden diese Faktoren klassifizieren, da einige dieser Motive ihren Ursprung in der iranischen Gesellschaft haben (materialistische Staatstheorie und Demokratietheorie) und einige andere eher vom Ausland aufgezwungen worden sind (Dependenztheorie).

Zunächst sind die gesellschaftlichen Aspekte dieses Scheiterns zu analysieren, weil eben diese die Hauptverantwortung für die Fehlentwicklung der Revolution tragen.

▪ Der springende Punkt, welcher für das Scheitern der Revolution verantwortlich war, ist das Scheitern der Nationsbildung durch die Revolution. Denn die Akteure der Revolution waren nicht imstande als einheitliche Gemeinschaft, im Sinne von Anderson, eine Front zu bilden; eine Gemeinschaft, welche aus allen iranischen Volksgruppen entsteht und zur Bildung einer Nation führt; eine Nation, für die man sich gerne opfern würde.²⁰⁸ Hingegen konzentrierten sich diese Versuche auf eine Volksgruppe, welche im Zentrum angesiedelt war und sich in den damaligen Machtknotenpunkt verankerte, nämlich das persische Volk in Teheran. Dort bildete sich eine viel kleinere Gemeinschaft (Nation), nämlich die Gemeinschaft der Perser mit schiitischer Glaubensrichtung, da das Parlament sich in Teheran befand und sich auf die Belange der Region beschränkte. Dies soll nicht den Eindruck erwecken, dass andere Volksgruppen gar nicht vertreten waren. Wie bereits erwähnt, waren zur Gründung und Einweihung des Parlaments nur Teheraner Abgeordnete anwesend, mit der Begründung, dass es zu lange dauern würde, wenn man auf Abgeordnete anderer Landesteile wartete.²⁰⁹ In Wahrheit gab es keine anderen Abgeordneten und wenn es welche gab, waren diese die Provinzleiter. Diese wurden stets vom Schah ernannt und waren entsprechend schahtreu.

Damit scheint die Legitimität dieser Abgeordneten fragwürdig zu sein. Wer soll diese gewählt haben und wann? Gab es überhaupt eine freie Wahl? Tatsächlich gibt es keine Belege dafür, dass Abgeordnete allgemein und besonders jene aus den Provinzen gewählt wurden und sich

²⁰⁷ Asadpour Ahmad Ali, S. 22.

²⁰⁸ Anderson, S. 17.

²⁰⁹ Malek Zadeh, S. 473.

auf den Weg nach Teheran machten. Das gesetzgebende Organ des umgewälzten Staats war zu hundert Prozent persisch-schiitisch. Der Revolution fehlten der Wille und die Kraft den bis dato eingeschränkten Raum des Staates in das neue System einzubinden und auf das gesamte Land auszuweiten. Dafür saßen in der gesetzgebenden Versammlung des Parlaments der Konstitutionellen Revolution überproportional viele Perser und einige religiöse Rechtsgelehrte, welche ausschließlich Schiiten waren. Dieser Umstand verhinderte, dass der Eindruck einer einheitlichen Gemeinschaft/Nation bei anderen iranischen Völkern und Glaubensanhängern erweckt werden konnte. Umgekehrt findet man bei Kurden sowie Aseritten die ersten nationalistischen Bewegungen als Reaktion auf eine Persifizierung des Landes. Der Aufstand von Ismaail Agha Simko und später die kurdische Republik von Mehabad sowie die Republik Aserbaidschan sind klare Beispiele für diese Behauptung (siehe weiter unten). Wie auch oben erwähnt, scheiterte die Nationalstaatsbildung während der Konstitutionellen Revolution, da man nicht imstande war, eine einheitliche Nation zu bilden; eine Nation, welche eine gemeinsame Sprache spricht, eine gemeinsame Tradition sowie eine glorreiche Geschichte hat, blieb im Iran nach der Konstitutionellen Revolution aus. Dies ist das ausschlaggebende Moment für das Scheitern der Revolution.

Alle Ereignisse spielten sich in einem bestimmten vordefinierten Raum, nämlich auf den Trümmern der Kadscharendynastie in Teheran als Zentrum ab. Zwar gab es Kämpfe um Täbris, Kermanschah, Ghom etc. Es ging jedoch nie um etwas anderes als die Machtübernahme in Teheran. Traditionell wollte man das Zentrum erobern und seine Ansprüche von dort aus auf andere Landesregionen ausweiten. Es ging also nicht um einen gemeinsamen Kampf der Kurden, der Araber, der Belutschen, der Gilaken und der Asaris, um eine neue Gemeinschaft zu bilden; eine Gemeinschaft, in der man sich repräsentiert fühlt, diese als seine eigene und mit anderen geteilte Gemeinschaft versteht, wofür man sich gerne opfert, im Gegensatz zu vielen Revolutionen der unterdrückten Völker in Asien und anderen Kontinenten, welche sich nur und ausschließlich in Nation und Nationalismus verkörperten.

Viele Autoren betrachten die Konstitutionelle Revolution als eine Bewegung, die bloß die herrschenden Verhältnisse im Iran per Gesetz konsolidierte. D. h. sie verschaffte der Monarchie eine legitime Basis.²¹⁰

▪ In Wirklichkeit entsprang die konstitutionelle Revolution aus für sie ungünstigen Umständen. Mental waren das Volk und selbst die Revolutionäre nicht imstande ein solche zu leiten.

²¹⁰ Vgl. ebd. S. 92.

Maleki, ein Autor und an der Konstitutionellen Revolution beteiligter Aktivist, beschreibt die Realität des damaligen Irans wie folgt:

„Das iranische Volk ist derart von der modernen Welt und aktuellen Geschehnissen ahnungslos, dass man meines Erachtens ein Jahrhundert oder gar mehrere Jahrhunderte bräuchte, um es mit der Moderne vertraut zu machen. Aberglaube, Unwissenheit sowie mittelalterliche Gewohnheiten bestimmen sein Leben“.²¹¹ Die Idee einer nationalistischen Revolution war für Iraner eine neue Errungenschaft, wovon sie nicht viel wussten. Denn der Iran ist nie unmittelbar kolonialisiert gewesen. In den kolonialisierten Ländern wurden die Einheimischen durch Kolonialmächte mit den Gedanken von Nation und Nationalismus bekannt gemacht. Meistens hatte das Kolonialland seine eigene Bürokratie und Verwaltung, welche das komplette kolonisierte Land umfassten. Somit wurden die kolonialisierten Länder Jahre vor ihrer Unabhängigkeit durchstaatlicht. Diese stellten zu Zeiten ihrer Unabhängigkeit einen homogenisierten Raum dar. Dies ist im damaligen Iran nicht der Fall gewesen. Diese mühselige Aufgabe kam den konstitutionellen Kräften zu. Diese beschränkten sich jedoch hauptsächlich auf Teheran, aber selbst diesen kleinen Raum konnten sie nicht homogenisieren. Deshalb kam die Revolution diesbezüglich zu kurz. Es hätte einfach anders laufen können, hätten sie die provinziellen Kräfte auf ihre Seite ziehen könnten. Denn zu dieser Zeit waren selbst die provinziellen Kräfte mit dem Kadscharenhof unzufrieden.

- Die Akteure der Revolution waren vielfältig, so dass mehrere Parteien und viele Volksgruppen mit unterschiedlichen Zielvorstellungen daran beteiligt waren – eine Konstellation, die es selten gegeben hat: Koalitionen und Gegenkoalitionen zwischen revolutionären Sozialisten bis zu Nationalisten, Liberalen und Geistlichen. Von Bazarleuten bis zu alten Administratoren und Hofleuten bildeten diverse Gruppen miteinander zeitweise Koalitionen, um das althergebrachte Herrschaftssystem zu entmachten. Dessen Unterstützer bildeten wiederum zeitweise Gegenkoalitionen gegen ihre damaligen Koalitionspartner und bekämpften sich gegenseitig. Diese Verwirrung führte zu Uneinigkeit und Konflikten innerhalb der an der Revolution beteiligten Parteien und ihren Anhängern. Deshalb war der Widerstand gegen das alte System schwach und selbst dieser schwache Widerstand ist von diesen Konflikten geprägt. Der einzige gemeinsame Nenner aller Beteiligten war der gemeinsame Feind. Wie die Vorgehensweise gegen diesen gemeinsamen Feind sein sollte und wie die Kräftezusammensetzung nach dem Sieg aussehen sollte, war allen unklar. Es gab wenig Austausch und zu viele Differenzen zu überwinden.

²¹¹ Malek Zade, S. 35.

▪ Dank der Revolution hatte man nun ein Parlament und eine neue Verfassung. Die neue Verfassung legitimierte die Bildung neuer Parteien und ermöglichte ihnen sich ziemlich frei zu entfalten. Dies geschah gemäß dem Artikel 21. Allerdings ist die iranische Zivilgesellschaft nicht fähig gewesen, diese Gelegenheit zu nutzen und hierdurch ihr politisches Arrangement zu realisieren und zu kanalisieren. Die gesellschaftliche Entwicklung befand sich auf einem niedrigen Niveau, so dass sich keine Parteien im eigentlichen Sinne bilden konnten. Innerhalb kurzer Zeit bildeten sich Parteien, die teilweise durch eine oder mehrere Personen ins Leben gerufen wurden. Diese Parteien entstanden nicht aus Bedürfnissen der Menschen und dem gemeinsamen Kampf, sondern zur persönlichen Interessenverwirklichung. Asadpour bezeichnet sie als Gelegenheitsparteien.²¹² Diese Parteien waren für bestimmte persönliche Zwecke gegründet und wurden nach der Erreichung dieser Ziele wieder aufgelöst. Dies ist ein Indikator für die schwache Entwicklung der iranischen Gesellschaft. Als Ursache für dieses Desaster kann man das Fehlen von Programm und finanziellen Mittel für die Parteien erwähnen. Somit waren nur Parteien imstande weiter zu existieren, die entweder vom Ausland oder von der Regierung unterstützt wurden.²¹³ Dies soll aber eigentlich kein Grund für das Scheitern der Parteien seien, denn diejenigen Parteien, die aus dem Herzen der Bevölkerung entstehen und für ihre soziopolitischen Interessen die politische Bühne betreten, werden auch von der Masse der Bevölkerung finanziell und moralisch-politisch am Leben gehalten. Als Beispiel hierfür kann man viele kurdische Parteien nennen, die unter finanziellem und politischem Druck standhalten konnten.

▪ Wie Asadpour zu Recht bemerkt, war der Iran nach der konstitutionellen Revolution theoretisch eine parlamentarische Demokratie, jedoch wurden die soziopolitischen Entscheidungen nach wie vor von der Feudalaristokratie getroffen.²¹⁴ Die Funktionäre des alten Herrschaftsregimes waren zum größten Teil in ihren Ämtern verblieben und die Verhältnisse waren nach wie vor dieselben. Z. B. die Produktionsverhältnisse und die Wirtschaftsfaktoren waren die vorrevolutionären. Die Vertreter von anderen Provinzen, welche sich einige Zeit später dem Parlament angeschlossen hatten, waren keine anderen als Großgrundbesitzer und Feudalherren, welche dem alten Kadscharensystem viel treuer waren als dem Parlament. Diese befanden sich im Parlament, weil sie durch ihre Abwesenheit Nachteile geerntet hätten.

²¹² Vgl. Asadpour, S. 13.

²¹³ Vgl. Ebd. S. 13.

²¹⁴ Ebd. S. 17.

▪ Anstatt zu versuchen, den Bauern und der städtischen Bevölkerung eine angemessene Bildung bzw. Alphabetisierung zu ermöglichen und hierdurch ihr soziopolitisches Denken zu beeinflussen, versuchten einige Staatsmänner wie Mossadeq diese Menschen komplett vom politischen Leben auszuschließen²¹⁵ und den Weg für ihre Integration in eine moderne Gesellschaft zu versperren. Vielleicht wollte Mossadeq hierdurch die Manipulation der Landbevölkerung und der Analphabeten verhindern. Er trug jedoch hierdurch in vielerlei Hinsicht zur Unterentwicklung und zum Stillstand der damaligen Gesellschaft bei. Gerade eine Person wie Mossadeq ist für die Iraner ein Symbol der nationalen Befreiung und Unabhängigkeit. Die Unwissenheit über führende Persönlichkeiten hat zum großen Teil zu solchen Desastern beigetragen. An anderer Stelle und in einem Gespräch zwischen ihm und Eskandari droht er diesem, dessen Zunge abzuschneiden, wenn er noch einmal von der Sicherheitszone der Russen im Norden Irans spricht.²¹⁶ Dies zeigt, wie despotisch Mossadegh eingestellt war.

▪ Da unter dem Kadscharen-Schah, aber auch während der Revolution sich keine freie Meinungsbildung und keine echten Parteien bilden konnten, schien es so zu sein, dass man nur aus dem Grunde das Parlament haben wollte, weil es etwas Modernes war. Im Parlament sammelten sich keine revolutionären Kräfte. Es war ein einfaches und überflüssiges Gebilde der Großmächte, der iranischen Elite und der Intellektuellen. Dies führte dazu, dass keine für die gesellschaftliche Entwicklung relevante Schicht, entweder durch organisierende Parteien oder aber durch Privatpersonen, repräsentiert war. Das Parlament diente als erweitertes Streitfeld zwischen den Großmächten, Feudalherren, Großgrundbesitzern und Regierungsmitgliedern. Meistens bildeten sich zwei oder mehr Fraktionen, die sich gegenseitig bekämpften und behinderten. Z. B. gab es im Zweiten Madjlis zwei Fraktionen. Die eine bestand aus „Demokraten“ und die andere aus „Eetedaliun“. Die erste Fraktion versuchte einige Gesetze, wie z. B. Die Trennung des Staates von der Religion oder die freie Bildung für alle, im zweiten Madjlis verabschieden zu lassen. Die Fraktion der Eetedaliun wendete sich dagegen, bezeichnete die erstere als ungläubig und versuchte das Land von Anarchisten, Marxisten und weiteren Menschen, die nicht ihrer Meinung waren, zu säubern.²¹⁷ Dieses von den reaktionären Kräften dominierte Parlament lehnte eine säkular und fortschrittlich verfasste Erklärung eines Premierministers zu einem modernen Nationalstaat ab. Am 11. Februar 1907 erklärte der Hofbeamte Mokhber-al Saltaneh, „dass eine konstitutionelle Monarchie und ein

²¹⁵ Ebd. S. 17. und Tawfiq.

²¹⁶ Ebd. S. 22.

²¹⁷ Vgl. Asadpour, S. 26.

Nationalstaat nach europäischem Muster, wie die konstitutionelle Revolution es vorsah, bürgerliche Freiheit und damit auch Religionsfreiheit bedeute. Dies könne aber niemals für Iran gelten, da die freie Wahl der Religion gegen den Islam gerichtet sei. Deshalb könne Iran nur eine islamisch geprägte Monarchie (Mašru'e) und keine konstitutionelle, säkulare Monarchie (Mašrute) und damit auch kein Nationalstaat europäischen Zuschnitts sein.“²¹⁸ So legten sie die Weichen für die fast siebenzig Jahre danach gegründete Islamische Republik und beteiligten sich an der modernen Staatsführung.²¹⁹

▪ Wie viele andere Autoren stellt auch Mativ Eliut fest, dass der Schah eine negative Rolle bezüglich des Madjlis gespielt habe. „Der Schah hatte gewünscht, dass die Lage im Madjlis chaotisch wird, damit er selbst die Lage unter Kontrolle bringt und den Weg für seine uneingeschränkte Intervention ebnet“.²²⁰

Darüber hinaus beabsichtigten die schahtreuen Minister und Politiker die Unfähigkeit des Madjlis als eine Waffe gegen Republikaner, madjlistreue Politiker und Intellektuelle zu instrumentalisieren. Sie versuchten die lange Geschichte des Madjlis, das seit 1906 mehr oder minder kontinuierlich existierte, als eine unfruchtbare Zeit darzustellen und hiermit zu begründen, dass das Land allein und einzig von einem starken Führer wie Reza Schah geführt werden kann. Ein relevanter Punkt diesbezüglich ist, dass die Konstitutionelle Revolution keine Revolution im engeren Sinne war. Zu keinem Zeitpunkt der Revolution wurde der Schah (egal welcher) und seine Stellung innerhalb des Herrschaftssystems in Frage gestellt. Deshalb konnte der Schah nicht nur die Revolution und deren Feindseligkeit überstehen, sondern diese sogar lenken, indem er die Revolution in das bereits bestehende Verwaltungs- und Bürokraatiesystem der Kadscharen einband. Das Parlament lebte vom Budget, welches der Schah durch Zolleinnahmen finanzierte. Der Zollminister war der Belgier und er unterlag dem direkten Einfluss des Schahs, der ihn entlassen und einen anderen mit diesem Posten betrauen konnte. Deshalb spielten der Schah und andere reaktionäre Kräfte nach wie vor eine entscheidende Rolle.

²¹⁸ <http://parseundparse.wordpress.com/2011/12/14/der-demokratisierungsprozess-in-iran/>, Stand 11.09.12.

²¹⁹ Einige Mullahs waren damals auf der Seite der Konstitutionalisten. Ideale wie Demokratie, Toleranz, Gerechtigkeit und persönliche Freiheit hatten zwar als abstrakte Prinzipien einen ehrenvollen Klang, solange man sie der Tyrannei, Korruption, Trägheit und dem Verrat der türkischen Kadscharenherrscher gegenüberstellte. Als sie jedoch ihren Niederschlag in Verfassungsklauseln finden sollten, erschienen sie vielen islamischen Mullahs als Gotteslästerung und als Gefahr für die vorherrschende Stellung des Islam in der iranischen Gesellschaftsordnung. Vgl. Der Demokratiesierungsprozess in Iran, Arashir Parse, S. 1.

²²⁰ Mativ Eliut, in Tajadode Amerane von Touraj Atabaki, S. 117.

- Des Weiteren war die Revolution nicht zuletzt in Folge der Existenz von parallelen Machtzentren sowohl im Madjlis als auch in allen anderen Staatsorganen gescheitert. Diese Parallelität bedeutete nicht die gegenseitige Kontrolle von Parteien, sondern ihre gegenseitige Bekämpfung. Z. B. gab es – wie noch genauer zu zeigen sein wird – ein Kontrollorgan der Geistlichkeit, das den Weg für jegliche Innovation und Gesetzesentwicklung sperrte und so als Hindernis im Parlament diente.

1. d. 6. Die Ergebnisse der „Konstitutionellen Revolution“

Die Konstitutionelle Revolution ist die erste und letzte fortschrittliche (zumindest für damalige Verhältnisse) Revolution im Iran gewesen. Neben vielen gesellschaftlichen Fortschritten, wie etwa die Weichenstellung für eine halbwegs funktionierende Zivilgesellschaft, wurde die Revolution für viele darauffolgende Änderungen im Iran verantwortlich gemacht. Während der Revolution wurden zum ersten Mal in der iranischen Geschichte eine Vielzahl völlig unterschiedlicher Zeitschriften und politischer Flugblätter ohne Einschränkung und Zensur veröffentlicht. In der Form von Institutionen wurden die „Anjuman“ gegründet. Sie bestanden aus Vertretern aller gesellschaftlichen Kräfte wie die Gewerkschaften, Intellektuellen, Geistlichkeiten etc. und entwickelten sich zu unabhängigen politischen Organisationen. Anjuman, die sich aus den früheren politischen Klubs und Geheimgesellschaften entwickelt hatten, wurden im Zusammenhang mit modernistischen Tendenzen und dem „new learning“ gegründet.²²¹ Im Rahmen dieser Anjumanen wurde der Weg für die politische Beteiligung der Frauen geebnet. „Sie nahmen an Demonstrationen teil und gaben eine Frauenzeitung heraus“.²²² Diese Rechte auf Parteienbildung, Versammlungs- und Meinungsfreiheit etc. wurden nämlich in den Verfassungsartikeln einundzwanzig und zweiundzwanzig gesichert. Malek Zade bezeichnet die Anjumans jedoch als „unerfahren“. Er erwähnt eine Anzahl von 200 Anjumans, welche sich binnen kürzester Zeit gegründet hatten. Die Gründer hatten jedoch wenig Ahnung von der Politik und von modernen westlichen Institutionen, so dass sie nach Malek Zade oft sich in Angelegenheiten von Staatsapparaten einmischten und es somit viele

²²¹ Vgl. Roschke-Buzgel, S. 228.

²²² Roschke-Buzgel, S. 231.

Probleme und Überschneidungen gab.²²³ Um diese Problematik zu überwinden, hat man einen zentralen Anjuman gebildet, welcher die Aufgabe hatte, alle Anjumans zu organisieren und zu lenken.

Des Weiteren wurde am 7. August 1906, in der ersten Phase der Bewegung ein Parlament (Madjlis) gegründet. Das Parlament setzte sich hauptsächlich aus Geistlichkeit, Kaufleuten, Großgrundbesitzern und einigen damaligen Hofleuten zusammen.²²⁴ Quasi bildete die damalige Gegenkoalition des Kadscharenschahs das Parlament nach der Entmachtung der Kadscharen. Diese Konstellation des Madjlis blieb bis 1947 und selbst einige Zeit später noch erhalten. Dies ist auf die Zusammensetzung der Kräfteverhältnisse in der iranischen Gesellschaft zurückzuführen.

Diese ersten Ergebnisse der Revolution verkörpern weiterhin eine Einführung des Irans in die „Moderne“. Die ersten Berührungen des traditionellen Irans mit modernen Erscheinungen wie etwa Parlament und Parteien finden in diesem Zeitraum statt. „Mozafaraddin Schah bat die Revolutionäre, ihren Streik und ihre Unruhen zu beenden. In diesem Zusammenhang gab er einen Befehl und ließ eine Botschaft verfassen und an die Öffentlichkeit bringen. Dem Schreiben konnte man u. a. die Gründung eines Parlaments und die Abdankung des Ain-o-Dawlas entnehmen. Als Revolutionäre dieses gehen hatten, lehnten sie es ab, weil der Schah das Wort Nation bewusst vermieden hatte. Revolutionäre schickten ebenso eine Botschaft an den Schah. Daraufhin brachte der Schah mehrmals da Wort Nation ein und somit waren die Revolutionäre zufriedengestellt. Diese feierten ihren Sieg in der Botschaft“.²²⁵ Diese Nachricht wurde auch im Ausland verbreitet und willkommen geheißen. Ab diesem Tage hatten alle den neuen Iran anerkannt.²²⁶

Genau hier und während diesen Phasen werden m. E. und im Gegensatz zu Tawfiq und einigen andere Autoren²²⁷ die Grundbausteine des späteren Nationalstaates gelegt. Die Forderungen nach einem kompletten politischen Systemwechsel gab es bis zu diesem Zeitpunkt nicht. Selbst während der Anfangsphase der Revolution war man viel gemäßiger als zum Ende. Man wollte die Monarchie beibehalten und ihr nur Schranken aufzwingen. Man wollte gemeinsam mit dem Schah das Land in die Moderne integrieren. Mohammad Ali Schah hat jedoch jede Art Reform und Zugeständnis praktisch abgelehnt. So änderten sich Phase für Phase die Forderungen der Revolutionäre und radikalisierten sich mit dem zunehmenden Gewalteinsatz seitens des Schahs. Obwohl die beteiligten revolutionären Kräfte teilweise keine reellen Vorstellungen

²²³ Malek Zade, S. 418.

²²⁴ Vgl. ebd. S. 222.

²²⁵ Malek Zade, S. 391.

²²⁶ Ebd. S. 391.

²²⁷ Tawfiq ist der Ansicht, dass die Ereignisse, die zum Zerfall der Bewegung beigetragen hatten, die Bildung eines modernen Staates verhinderten. Vgl. Tawfiq, S. 92 und Katouziann, S.

hatten, wie ein Nationalstaat aussehen sollte, waren die Versuche eindeutig auf die Gründung eines modernen, nach westlichen Mustern organisierten Nationalstaats konzentriert.

Der erste Madjlis (das Parlament) unternahm einige positive Schritte, nämlich die Schaffung einer Verfassung und die Gründung einer Nationalbank.²²⁸ Das Parlament ist das erste nicht an die Person des Schahs gebundene Gesetzgeberorgan der neuen Herrschaftsschicht im Iran gewesen, ein Ort der Verdichtung und ein Sammelbecken der Kräfteverhältnisse.

Die Nationalbank wurde geschaffen, um von ausländischen Anleihen unabhängig zu werden. Denn die Budgetdefizite des Schahs wurden durch Kreditaufnahmen der russischen und der britischen Bank ausgeglichen. Außerdem konnte der Schah ab jetzt keine Konzessionen an Ausländer vergeben ohne das Einverständnis des Parlaments.

Die erste Verfassung, die aus 51 Artikeln bestand, wurde am 30. Dezember 1906 verabschiedet. Diese Verfassung war eine Kopie bzw. eine Nachahmung von britischer, französischer und belgischer Verfassung.²²⁹ In ihr waren, abgesehen von einigen Änderungen, wenige Neuerungen. Erst nachdem das Parlament eine Kommission mit der Ausarbeitung eines ergänzenden Verfassungsgesetzes beauftragt, entsteht eine konstruktive und moderne Verfassung. Sie ermöglichte die Rechtsstaatlichkeit, allerdings nur auf dem Papier und formal. Nach Artikel 27 der Verfassung wurde die Macht auf drei Organe aufgeteilt, nämlich Exekutive, Legislative und Judikative.²³⁰

Das Gewaltmonopol stand, zum ersten Mal in der Geschichte, nicht mehr nur dem Monarchen zu Verfügung, sondern wurde in eine „gesetzgebende, vollstreckende und richterliche Gewalt aufgeteilt“.²³¹ Allerdings war die Kosakenbrigade nach wie vor die stärkste Truppe innerhalb des Landes und stand unter der Führung des Schahs.

In dieser neuen Verfassung wurde „die Herrschaftsform als konstitutionelle Monarchie, als Treuhandgabe der Gottesgnade, die vom Volk dem König anvertraut wurde, bezeichnet“.²³²

Die Schulpflicht wurde infolge und gerade durch die Revolution zum ersten Mal eingeführt, so dass das Wissensmonopol aus der Hand von Rechtsgelehrten und Adligen genommen und vergesellschaftlicht wurde. Somit finden auch die Massen zum ersten Mal in der iranischen Geschichte den Zugang zum Staatsgerüst.²³³ Diese werden wiederum durch Staatsmedien und

²²⁸ Ebd.

²²⁹ Vgl. Asadpour, S. 13.

²³⁰ Ebd.

²³¹ Roschke-Buzgel, S. 225.

²³² Sabzehei, S. 153.

²³³ Malek Zade, S. 35.

Wissensinstitutionen durchdrungen. Sie lernen somit die herrschende Ideologie des Staates zu begreifen und zu akzeptieren.

Wie der Sabzebei zu Recht bemerkt, gab die Konstitutionelle Revolution den Menschen einige Individual- und Kollektivrechte. Artikel acht beinhaltet die formale Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Artikel neun verpflichtete den Staat für eine gewisse „Rechtssicherheit“ des Volkes zu sorgen.

Für den Entwurf der Verfassung waren nach Malek Zade drei Gruppierungen zuständig: Zum einen die Ayatollahs, zum zweiten die revolutionären Nationalisten und zum Dritten Vertreter aller Schichten, welche der Moderne gegenüberstanden, vor allem die Hofbeamten.²³⁴ Die Verfassung war das Ergebnis der Kräfteverhältnisse ihrer Verfasser. Als ein wichtiges Ergebnis dieser Verfassung kann man die Wahl von vier schiitischen Rechtsgelehrten nennen, welche über alle Gesetze wachten und deren Religionskompatibilität überprüften. Keiner anderen Gesellschaftsschicht wurde so ein Recht eingeräumt. Somit begann die Herrschaft der schiitischen Rechtsgelehrten im Herzen des Gerüsts des neuen Nationalstaates, nämlich im Parlament.

Die Integration des Landes in den kapitalistischen Weltmarkt zeigte ihre Folgen, so dass zum ersten Mal das Privateigentum der iranischen Bürger per Gesetz gesichert wurde. Dieses Recht wurde in Artikel fünfzehn verankert.

Zudem änderte sich die Struktur der iranischen Wirtschaft, nämlich von einer traditionellen Agrarwirtschaft zu einer exportorientierten Wirtschaft. Der Import etwa von Eisen und Stahl nimmt stark zu. Dies verweist auf eine Erhöhung der Anzahl der Fabriken und kleinen Werkstätten. Hingegen wird die Agrarwirtschaft kontinuierlich kommerzialisiert. Darauf wird später einzugehen sein.

So hatte die Konstitutionelle Revolution die iranische Gesellschaft auf die weiteren darauf folgenden Schritte, auf die Bildung des Nationalstaates vorbereitet.

Die Nation bedeutete nicht mehr die Gemeinschaft der Buchreligionen bzw. der Zwölfer-Schia, sondern gewinnt im Iran nach der Revolution eine neue Interpretation unter Einbezug von Vaterland und Nationalsprache, gemeinsamer Tradition und einheitlicher Nation. So schreibt Maleki, dass man erst nach der Revolution von der iranischen Nation gesprochen hat.²³⁵ „Wenn man die Jahrtausende währende Geschichte des Irans durchliest, findet man das Wort Nation in keinem Geschichtsbuch, bis die Revolution kam“.²³⁶ Das Territorium schränkte sich

²³⁴ Ebd. S. 419.

²³⁵ Ebd., S. 36.

²³⁶ Ebd.

auf geographisch festgelegte Grenze ein. Denn damals wurde der Iran als das Zentrum der Welt und einer der sieben Erdteile wahrgenommen.²³⁷ Diese Veränderungen konnten nur durch eine Renaissance des Denk- und Wissenssystems ermöglicht werden.

Tawfiq reduziert die Revolution auf eine pan-iranische Bewegung, die von den Administratoren des zuvor herrschenden Systems geleitet bzw. überhaupt gestiftet wurde. Ihm nach lässt sich der Iranismus als irreduzibler Kern des Maschrute- (Konstitutionalismus-) Diskurses erfassen“.²³⁸ Dieser Kern war ihm zufolge die Basis für die Bildung der Nation und jeder Aufstand wurde als „Turanismus“ verurteilt.²³⁹ Selbstverständlich waren der „Iranismus“ und der Gedanke der arischen Rasse maßgebend für die spätere Bildung der Illusion der iranischen Nation.

In der Zeit der konstitutionellen Revolution hatte dies kaum Einfluss auf diesen Prozess. Denn niemand hatte damals von einem Nationalstaat oder selbst von einer einheitlichen Nation gesprochen. Sonst müssten sich diese Gedanken in den Parteiprogrammen, im Parlament etc. wiederfinden lassen. Diese existierten vielleicht in den Köpfen einiger „Intellektueller“, und dies als reine Illusion.

Auch gab es in dieser Zeit noch keine organisierten regionalen Bewegungen, die eine Loslösung vom iranischen Territorium anstrebten, abgesehen von kleinen und unbedeutenden Bewegungen in den kurdischen und aserischen Teile des Landes, die jedoch keine Massenbewegungen im eigentlichen Sinne waren.

Erstaunlicherweise lassen Tawfiq und viele andere Autoren die Einflüsse der gescheiterten russischen sozialdemokratischen Revolution von 1905 und die Durchdringung der revolutionären sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Gedanken in der iranischen Gesellschaft unberücksichtigt. Denn eine genauere Analyse der Konstitutionellen Revolution im Iran macht diese Realität eindeutig. Die Anfänge der Revolution und die darauf folgenden Kämpfe wurden hauptsächlich von den regionalen Parteien und Personen gestiftet, die sich als Sozialdemokraten verstanden. Diese Tatsache lässt sich ihren Biographien entnehmen.

Meines Erachtens verkörpert die Konstitutionelle Revolution die Anfänge der Bildung des iranischen Nationalstaates. Der Prozess der Nationalstaatsbildung wird in dieser Zeit in Gang gesetzt und erst einige Jahrzehnte später vollendet. Tawfiq betrachtet allerdings diese Zeit der Konstitutionellen Revolution als Beginn und Ende eines historischen Prozesses.²⁴⁰

²³⁷ Vgl. Tawfiq, S. 101.

²³⁸ Ebd. S. 102.

²³⁹ Ebd.

²⁴⁰ Vgl. ebd. S. 105.

Die spätere Form des Staates lässt sich jedoch aus der Zusammensetzung des ersten Parlaments klar herleiten. Die Mitglieder des Parlaments kamen aus fast allen Schichten der Gesellschaft. Um welche Gesellschaft handelt es sich aber? Maleki schreibt: „Nachdem der Schah seinen Befehl zur Gründung des Parlaments bekannt gegeben hatte, mussten wir uns beeilen. Der Schah wollte natürlich, dass zumindest die Hälfte aller Abgeordneten aus allen Teilen des damaligen Irans kamen und die andere Hälfte (120 an der Zahl) aus Teheran. Die Nationalisten und andere an der Revolution beteiligten Gruppierungen wollten sich beeilen, da sie Angst hatten, der Schah könne es sich doch anders überlegen und doch kein Parlament haben wollen. Da es kaum Infrastruktur im Iran gab und die Vertreter anderer Teile außerhalb Teherans teilweise mehrere Monate gebraucht hätten, um Teheran zu erreichen, haben die Revolutionäre beschlossen, das Parlament in Abwesenheit der nichtteheraner Mitglieder zu gründen. Somit haben alle Schichten ihren Vertreter für das Parlament gewählt und das Parlament konnte erfolgreich mit seiner Arbeit beginnen. Juden und Christen haben zwei schiitische Rechtsgelehrte (Behbahani und Taba Tabaii) als ihre Vertreter gewählt“.²⁴¹

Nun lässt sich aus dem oben ausgeführten Tatbestand die Konzentration der Macht in der Hand von schiitischen Geistlichen und Nationalisten sowie Bazaris erkennen. Diese Zusammensetzung wird, wie später zu zeigen ist, bis dato fortgesetzt.

1. e. Die Zeit nach der Konstitutionellen Revolution bis zur Ära des Reza Schah

Der Iran nach der konstitutionellen Revolution ist kurz gesagt ein Land, welches kapituliert hat, nämlich gegenüber dem Ausland und gegenüber reformfeindlichen Kräften im Land. Mit der Zerstörung des Parlaments und der wiederholten Machtübernahme von Mohammad Ali Schah verschwanden auch die letzten Hoffnungen.

Als ob die intellektuellen Nationalisten und andere Revolutionäre aus der kürzlich gescheiterten Revolution keine Lehre ziehen konnten, fahren sie mit ihrem persisch-schiitischen Nationalismus fort. Wie auch oben erwähnt, ist die Revolution u. a. daran gescheitert, weil ihr der Wille, die Kraft und das Wissen gefehlt hatten, die nichtpersischen Völker zu integrieren und in die Revolution einzubinden. Rufe nach einem „richtigen“ Nationalisten und einem starken Führer wurden laut. Zugleich fingen einige Theoretiker des

²⁴¹ Malek Zade, S. 393-394.

persischen Nationalismus an, radikalnationalistische Zeitschriften herauszugeben. Die persische Sprache sollte mit einer intensiven Publikationspolitik und sogar mit Umsiedlungen verbreitet werden.²⁴² Darauf wird im Abschnitt „Persisch als Amtssprache“ näher eingegangen. Wie auch vorhin erwähnt führte diese Politik zu unerwünschten Nebeneffekten, nämlich einer Stärkung des Nationalismus innerhalb der nichtpersischen Völker. Vor allem Kurden und Aseritten bildeten radikale nationalistische Bewegungen, so dass binnen kürzester Zeit mehrere Aufstände mit dem Ziel der Unabhängigkeit vom Zentrum organisiert wurden. In Kurdistan erhob sich Ismaïl Agha Simko. Er verlangte nach einem unabhängigen kurdischen Staat. Dafür griff er zur Waffe und bildete rasch eine bewaffnete Truppe. Zugleich basierte diese Bewegung auf einer gesellschaftlichen Akzeptanz und Sympathie.²⁴³

In Aserbaidshan war das nicht viel anders. 1919 bis 1920 wurde in den nordöstlichen Gebieten Irans die Republik Aserbaidshan ins Leben gerufen, welche von kurzer Dauer war. Im Juni desselben Jahres wurde die zweite Republik in diesen Gebieten gebildet. Obwohl diese „iranische Sowjetunion“ Republik hieß, hat sie nie den Anspruch der Expansion auf den ganzen Iran erhoben und blieb eine nationalistisch-sozialistische Republik.

Die Gesellschaftsklassen im Zentrum waren von diesen Ereignissen beunruhigt. Diese suchten händeringend nach einer Lösung, um das Land vor dem Bankrott zu bewahren. Sie suchten nach einem Helden, der die Gesellschaft führen könnte. Er sollte das Land modernisieren, stark gegenüber ausländischen Mächten sein und die Unruhen im Land erfolgreich bekämpfen. Das Verlangen nach einer starken Zentralmacht, die die Nation wieder vereinen könnte, ist lauter gewesen denn je. Diese Nation selbst kannte man nicht und man wusste nicht, wie sie aussehen sollte.

Die Krise der Kadscharendynastie führte zu Unruhen. Infolge der Konstitutionellen Revolution sind die Menschen mit neuen Begrifflichkeiten wie die der Nation vertraut geworden. Die Revolution ist aus Gründen, die wir oben genannt haben, gescheitert. Man sollte aber einen Aspekt in diesem Kontext hervorheben, nämlich die fehlende Kraft zur Integration iranischer Völker in der Revolution. Wie oben dargelegt, beschränkte sich diese nur auf Teheran und einige Gebiete im Norden des Landes. Die Regionen im Norden waren ökonomisch, politisch und strategisch für die Herrschaft im Zentrum unabdingbar gewesen. Diese sind die einzigen Gründe, warum man diese Regionen einbezogen hat. Kurden, Belutschen, Araber sowie Turkmenen und Teile der Aseritten sind von der Revolution ausgeschlossen bzw. von geringer Bedeutung gewesen. Infolge der Revolution herrschte jedoch ein neues Nationalbewusstsein

²⁴² Vgl. Touraj Atabaki, S. 17.

²⁴³ Touraj Atabaki, S. 27-29.

innerhalb dieser Völker. Somit hatte die Revolution zum Erwachen des nationalen Bewusstseins bei Kurden, Arabern und Belutschen, aber auch bei Aseritten geführt – in den Augen des herrschenden Volkes, der Perser in Teheran, eine unerwünschte Nebenerscheinung. In Kurdistan hatte sich Ismaïl Agha Simko erhoben und verlangte nach kurdischer Identität. Er wollte einen unabhängigen Staat Kurdistan ins Leben rufen.

Im Süden waren die Bakhtyaris, jene Stämme, die stets zu den Briten gute Beziehungen pflegten und bald ihre Unabhängigkeit forderten. Diese waren im ständigen Konflikt mit der Zentralmacht. Selbst während der Konstitutionellen Revolution drohten die Briten, falls die Nationalisten in Teheran ihre Forderungen nicht zurückschrauben sollten, werde man die Stämme im Süden in ihren Bestrebungen nach Unabhängigkeit unterstützen.

Im Osten und Norden fing ebenso eine neue Ära des Nationsbewusstseins an.

1. f. Militärputsch von Reza Schah

Im Gegensatz zu vielen anderen Nationalstaatsbildungen, die wir in den Ausführungen von Benedict Anderson kennen, wurde der iranische Nationalstaat nicht durch eine Revolution von unten gegründet. Er wird durch einen Offizier und mehr oder minder durch einen Militärputsch ins Leben gerufen. Wie zu zeigen ist, fehlte diesem Staat jegliche Kraft der Integration aller von den Ereignissen betroffenen Völkern und Gruppierungen.

Diese Behauptung versuchen wir durch folgende Ausführungen zu belegen.

1921 hat Reza Khan mit Unterstützung von oben erwähnten Koalitionskräften einen Putsch unternommen und Ahmad Schah und demzufolge die Kadscharendynastie entmachtet. In der Morgendämmerung kam Reza Khan in Begleitung seiner Kosakenbrigade von Ghazwin, einer Stadt nahe Teheran, nach Teheran. Diese haben alle wichtigen Polizeireviere und staatlichen Einrichtungen unter ihre Kontrolle gebracht. Kosakenbrigaden hatten nach ihrer Ankunft in der Hauptstadt alle Tore der Stadt geschlossen. Alle Botschaften waren umzingelt von Reza Schahs Truppen. Einige Menschen sind in Auseinandersetzungen ums Leben gekommen. Da jedoch aus den oben erwähnten Gründen die Gesellschaft sich in der Krise befand, gab es keinen großartigen Widerstand. Darüber hinaus hatte Sayed Ziaaddin schon die ersten Vorbereitungen für diese rasche Übernahme getroffen. Sayed Ziaaddin war der geistige Führer des Putsches. Nach seiner Ankunft in Teheran ist Reza Khan wie folgt vorgegangen;

- Er hat Kolonel Kazem Khan als Bürgermeister der Stadt ernannt.
- Alle Gefangen freigelassen und dafür viele neue verhaftet, u. a. viele Abgeordnete und Minister sowie Andersdenkende und Journalisten.

- Reza Schah hat Ahmed Schah und seinem Innenminister freies Geleit gewährt, damit diese aus der Stadt fliehen konnten.

Reza Schah ließ seine Anhänger in der Stadt ein Flugblatt verteilen, auf dem er eine neue Ära ankündigte. Dieses Blatt beinhaltete folgende Punkte;

1. Alle Stadtbewohner sollten die Ruhe bewahren und den Verordnungen des Militärs Folge leisten.
2. Es gilt ab heute ein Ausnahmezustand. Alle Zivillisten dürfen bis spätestens zwanzig Uhr sich auf den Straßen befinden. Ab dieser Uhrzeit ist das Militär befugt jeden, der sich im Freien befindet, festzunehmen.
3. Alle, die als Gefahr für die Sicherheit eingestuft werden, nimmt man in Polizeigewahrsam.
4. Presseaktivitäten sind untersagt und dürfen erst wieder aufgenommen werden, nachdem Militär das erlaubt.
5. Jede Versammlung, egal ob in den Häusern oder in der Öffentlichkeit, ist verboten. Es darf keine Ansammlung von mehr als drei Personen in der Öffentlichkeit geben.
6. Bis auf weiteres sind Orte wie Bars und Theater geschlossen. Keiner darf angetrunken auf der Straße ertappt werden.
7. Alle Behörden sind bis zur Gründung der neuen Regierung geschlossen. Nur Orte, wo man Lebensmittel erhalten kann, sind unter bestimmten Bedingungen geöffnet.
8. Menschen, die sich an diese Vorschriften nicht halten sollten, werden vors Militärgericht gestellt und hart bestraft.
9. Kolonel Kazem Khan ist ab heute Bürgermeister der Stadt und befugt diese Verordnungen durchzuführen.

Zugleich setzt sich Norman, der britische Botschafter, mit dem entmachteten Ahmad Schah in Kontakt und teilt ihm mit, dass der einzige verbliebene Weg in Verhandlung mit den Putschisten bestehe. Norman schreibt ein Telegramm an den britischen Außenminister mit folgendem Inhalt: „Viele, die von Kosaken festgenommen worden sind, stellen eine Gefahr für die Öffentlichkeit dar und sind antibritisch eingestellt. Dies ist zu unserer Zufriedenheit“.²⁴⁴

²⁴⁴ Home Page: Tarikhe Iran, Stand 19.08.2014.

Gemäß Anweisungen und Empfehlung vom britischen Botschafter setzt sich Ahmad Schah mit Reza Khan in Kontakt. Am darauffolgenden Tag ernennt Ahmad Schah den Putschisten Reza Khan zum Wehrminister und Chef der Sicherheitskräfte des Landes. Reza Khan hieß ab sofort Sardar Sepah. Der Komplize von Reza Khan, Sayed Zia, durfte die neue Regierung bilden. Daraufhin veröffentlichte Ahmad Schah eine Rede an die Nation, wonach er die beiden Männer dazu befugt hätte, die Ordnung wieder herzustellen und das Land aus der Dauerkrise zu befreien.²⁴⁵

Die Briten waren mit der neuen Situation im Iran höchst zufrieden. Außenpolitisch gab es Veränderungen, welche eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Iran wie auf der Weltebene zugunsten der Briten ermöglichten. Sie haben nach mehreren Jahrhunderten die Russen im Iran ablösen können, u. a. wegen der außenpolitischen Wende Russlands nach der Oktoberrevolution.

²⁴⁵ Ebd.

1. g. Die Machtübernahme des Reza Schahs und deren Bedeutung für die Bildung des Staates sowie dessen spätere Entwicklung als Repressionsstaat

Reza Schah schlich sich bereits während der Konstitutionellen Revolution in die Spitze der Macht. Seine endgültige Machtübernahme als General und Chef der Sicherheitskräfte und danach die Krönung begann jedoch 1925. Im Rückgriff auf unsere drei Theorien kann man zunächst die Bildung diverser Koalitionen für die Machtübernahme Reza Schahs heranziehen. Die Geschichte dieser Koalition und Gegenkoalitionen geht auf die Konstitutionelle Revolution zurück. Bereits während der Revolution machte sich Reza Khan, wie er damals genannt wurde, einen Namen. Wie bereits erwähnt, konnte Reza Schah die Revolutionäre in Teheran und anderen Städten bekämpfen. Ebenso ist es ihm gelungen, die Unabhängigkeitsbestrebungen von Kurden (damals Ismail Agha Simko) und der Aseriten, aber auch die der im Süden ansässigen Stämme im Keim zu ersticken. Somit gewann er unter bestimmten Gruppierungen an Sympathie und Einfluss. Er nutzte seine Chance geschickt und strebte bereits eine Koalitionsbildung für seine Ziele an. Folgende Gruppierungen haben ihm offen oder verdeckt die Hand ausgestreckt: zunächst Militärangehörige, welche mit ihm den Kampf gewonnen hatten und in ihm eine starke, geschickte und verdienstvolle Persönlichkeit sahen, welche den Iran vor der Revolution rettete.

- Des Weiteren waren es die pan-persischen Nationalisten, welche der Meinung waren, dass Reza Schah der neue Held der Nation sei, welcher den Iran vor der Zersplitterung und Aufspaltung rettete. Den Nationalisten waren die kurdischen und aserbaidischen Aufstände ein Dorn im Auge. Diese fürchteten die Wiederherstellung der türkischen Herrschaft über den Iran oder die Unabhängigkeitserklärung der Kurden durch Ismail Agha Simko.

Das Bündnis der Nationalisten an sich war heterogen. Von den Theoretikern des Persischen Nationalismus bis zu einfachen Bauern im Zentrum, welche sich um ihre unter den Kadscharen verlorengangene Existenz sorgten, bildete es eine breite Masse in den von Persern bewohnten Regionen im Zentrum.

- Die Geistlichkeit war ein weiterer Befürworter des Reza Schahs. Wie paradox dies scheinen mag, war die Geistlichkeit ein wichtiger strategischer Partner des Reza Schahs. Denn diese befürchtete den Verlust des Islam durch die Konstitutionelle Revolution und deren moderne Auslegung der Ereignisse. Genau aus diesem Grund haben sie sich auch an der Revolution beteiligt, um die Kontrolle und Aufsicht über die Bewegung nicht zu verlieren. Sie wollten die Oberhand innerhalb der Revolutionäre gewinnen. Abgesehen davon ist die schiitische Geistlichkeit durch das Prinzip der Taqieh (Geheimhaltung) imstande ihre wahren Absichten zu verheimlichen und sich vorübergehend mit den Geschehnissen (obwohl diese antiislamisch

sind) konform zu zeigen. Dies verhilft ihnen dazu, sich allmählich dem Zentrum der Macht anzunähern, um schließlich die Zügel zu übernehmen.

- Die Bazaris, welche ihre Existenz durch falsche Politiken von Kadscharen in Gefahr sahen, bildeten einen weiteren Partner für den Schah. Diese wollten, dass endlich wieder Ruhe in das Land zurückkehrt und dass sie bald wieder ihren Geschäften nachgehen könnten. Sie waren ebenso für eine starke Zentralmacht, welche über den Markt herrschen kann. Auch hatte ihnen der Ansturm von billigen und besseren ausländischen Produkten den Boden unter ihren Füßen und denen der Produzenten weggezogen. Sie wollten einen einheitlichen Binnenmarkt und Protektionismus auf dem Weltmarkt. Diese inneren Akteure bildeten eine Pro-Reza-Schah-Koalition und unterstützten ihn bei seinen Bestrebungen nach der Gründung eines iranischen Nationalstaates.

Zu dieser Koalition kamen noch einige ausländische Mächte hinzu. England und die USA (obwohl die USA damals keine wichtige Rolle in der Region und vor allem im Iran spielten) befürworteten die Errichtung einer Zentralmacht durch Reza Schah im Iran. Die Engländer besaßen damals große Teile des Südirans. Während der Konstitutionellen Revolution hatten diese ununterbrochen für Unruhe gesorgt. Dies war auch einer der Gründe, warum die Revolution scheiterte (mehr dazu im Abschnitt „Konstitutionelle Revolution“). Nach der Machtübernahme Reza Schahs haben sich die Engländer taktisch aus dieser Region zu seinen Gunsten zurückgezogen. Im Iran hieß es damals, Reza Schah habe die Engländer aus dem Land vertrieben. Diese gängige Meinung hatte sich überall verbreitet, so dass hierdurch Reza Schah noch mehr Sympathisanten für sich gewann. Zudem haben sich die Engländer bereit erklärt dem Schah Waffen zur Verfügung zu stellen und ihn wirtschaftlich zu unterstützen. Sie hatten ein Interesse daran, durch Reza Schah und seine Zentralmacht die Russen und die Expansion des Kommunismus zurückzudrängen. Sie haben dem Schah modernste Waffen geliefert, selbstverständlich nicht ohne Gegenleistung. Dafür hatte der Schah mehrere Konzessionen an Engländer vergeben. Diese Politik, durch Waffenlieferung das Land in die Verschuldung zu treiben, hatte mehrere Hintergründe. Zunächst wurde man seine alten Waffen los, welche nicht mehr auf dem neuesten Stand waren. Zum zweiten hatte man dafür eine Menge Geld vom Ausland bekommen. Man kam an sehr günstige Konzessionen bei dem Schuldnerland und hatte einen Verbündeten in der Region als Wächter eigener Interessen. Diesen Verbündeten sollte man gut ausrüsten, damit er auch in der Region seine Rolle wahrnehmen könnte. Darüber hinaus hat man alle anderen Länder der Region dazu gebracht, auch sich auszurüsten, damit sie auf militärischer Ebene konkurrenzfähig bleiben. Somit hatte

man gleichzeitig einen neuen Markt für die Waffenindustrie geschaffen, welcher weit weg von eigenen Grenzen lag und aus dem keine konkrete Gefahr für das eigene Land ausgehen konnte. Hieraus ergibt sich eine endgültige Koalition aus in- und ausländischen Kräften. Das Ziel dieser Koalition war die Gründung eines Nationalstaates unter der Führung des Reza Schahs.

Hingegen gab es nur eine sehr schwache und zerstrittene Gegenkoalition, welche die Gründung eines Nationalstaates als ihren Untergang ansah. Diese bestand aus den Kräften der nationalen Minderheiten. Sie verfolgten weder eine einheitliche Politik noch hatten die überhaupt ein Ziel als gemeinsamen Nenner, wie ihr Widerstand organisiert werden sollte. Es gab bloß einzelne verstreute Aufstände der Kurden im Westen, der Aserbajdschaner im Osten und Nordosten und der Araber im Süden. Diese verfolgten keine homogene Strategie und waren national, religiös und ideologisch zerstritten.

Reza Schah konnte diese Widerstände militärisch eindämmen. So konnte er sich an die Spitze der Macht stellen und den iranischen Nationalstaat gründen. In den Jahren seiner Herrschaft lehnte er sich sehr stark an das Militär an, so dass dieser Staatsapparat mit der Zeit zum wichtigsten Apparat des neugegründeten Nationalstaates im Iran wurde. Nachfolgend wird dieser Prozess näher dargelegt.

2. Gründe für den Ausbau der staatlichen Repressalien (Militär)

Der Wunsch nach einem starken Militär bestand schon vor der Kadscharenzeit. Während der Herrschaft von Kadscharen war dieser Wunsch aktueller denn je. Ihre Herrschaft begleiteten mehrere Grenzstreitigkeiten und Kriege mit den Nachbarn.

Das Persische Reich hatte schon in der fernen Vergangenheit viele militärische Auseinandersetzungen mit seinen Nachbarn, insbesondere seinem nördlichen Nachbarn, dem Russischen Reich. Während des 18. und 19. Jh. hatte das Persische Reich nur wenige Söldner, die regelmäßig bezahlt wurden. In Kriegszeiten wurden Provinzgouverneure und Feudalherren gezwungen, weitere Soldaten zur Verfügung zu stellen. Der persische Prinz Abas Mirza versuchte zu dieser Zeit, die Armee des Schahs mit englischer und französischer Hilfe zu modernisieren, was aber nicht dazu führte, den bereits angefangenen Krieg (1804-1813) zu gewinnen. Zu der Zeit bestand die Armee lediglich aus einer unorganisierten Kavallerie.

Der Iran ging stets als Verlierer aus diesen Kriegen hervor. Dementsprechend gab das Land entweder etwas von seinem Territorium ab oder musste große Kriegsstrafen an den Sieger

zahlen. Infolge der Konstitutionellen Revolution und deren Scheitern befand sich der Iran Anfang des 20. Jh. in einer sog. „Gesamtnationalkrise“ (Kurt Gossweilers).

Die Konstitutionelle Revolution brachte die bisherigen Herrschaftsstrukturen zum Zerfall und konnte dabei selbst keine neue Gesellschafts- und Herrschaftsordnung etablieren. Das Land befand sich in einem Anarchiezustand. Die Kadscharen waren nicht mehr imstande ihre Herrschaft fortzusetzen. Diese machten jedoch den Weg für eine neue Herrschaftselite nicht frei. Lokale autonome Feudalherren wollten keine Steuern mehr an die Zentralmacht abführen und verhielten sich zunehmend unabhängiger in ihrer Haltung dem Zentrum gegenüber.

Russen hatten die nördlichen und die Briten die südlichen Landesteile unter ihrer direkten Kontrolle. Im Westen, dem kurdischen Gebiet, gab es mehrere Aufstände zwecks Unabhängigkeit und Gründung eines eigenen kurdischen Staates. Als Beispiel kann man den Aufstand von Ismail Agha Semko anführen. Die Bewegung von Satar Khan und Bagher Khan formierte sich in den von Aseritten bewohnten nordöstlichen Gebieten. Diese richteten sich ebenso gegen die Kadscharenherrschaft. In Teheran und anderen Großstädten verschwand der Wohlstand der sog. Mittelschicht infolge von Inkompetenz und Führungsschwäche der Kadscharen, das Land ins kapitalistische System einzugliedern. Infolge von mehreren aufeinander folgenden und parallel geführten Bürgerkriegen brach die ganze Infrastruktur zusammen. Die bis dahin halbwegs funktionierenden Produktionsstätten konnten praktisch nichts mehr herstellen. Es fehlten die aus den Dörfern eingeführten Rohstoffe und Produktionsmaterialien, da durch den Bürgerkrieg die Wege zu den Städten unsicher oder gar gesperrt waren. Die kapitalistisch-imperialistische Expansion des Westens zog den Boden unter den Füßen einheimischer Produzenten und Bazaris weg. Hofangestellte und Söldner bekamen ihr Gehalt entweder mit Verzögerung oder gar nicht. Die Bauern sollten einen Großteil ihrer Ernte an den Hof abführen. Kurz gesagt, das Land befand sich in einer anhaltenden Krise. Es gab ein gesellschaftliches Verlangen nach einer starken Armee, welche das Land gegen ausländische Feinde verteidigen könnte. Dieses Verlangen war vor allem bei den Eliten des Landes zu finden.

Da die regierenden Kadscharen ihre militärische Schwäche beheben wollten, waren sie stets auf der Suche nach ausgebildeten Offizieren, die das Militär nach westlichen Maßstäben aufbauen und organisieren konnten. Dafür kamen selbst die verfeindeten Russen für die Kadscharen infrage.

Erst 1875 stellte das Russische Reich eine Kosakentruppe zur Verfügung, die der Sicherheit des jeweiligen Schahs diene. Am Anfang bestand sie lediglich aus Russen, während später immer mehr Perser wie bspw. auch Reza Schah Mitglieder wurden. Diese Truppe gehorchte letztendlich lediglich dem Schah und so passierte es auch, dass diese Truppe 1908 das gerade

entstandene Parlament mit Artillerie bombardierte. Zu dieser Zeit war Kommandant Liakhof der Befehlshaber der Kosaken, die das Parlament dem Erdboden gleichgemacht hatten. Zur gleichen Zeit gab es in verschiedenen Provinzhauptstädten wie bspw. Rasht, Isfahan und Schiraz Aufstände. In Täbris umzingelten die Schahtruppen die ganze Stadt militärisch und ökonomisch. Die anderen aufständischen Städte wurden erst im Februar 1909 eingenommen. Im Sommer des Jahres gab es weitere Aufstände, die dazu führten, dass der Schah Mohammad Ali abdanken musste und sein dreizehn Jahre alter Sohn Ahmad Mirza sein Nachfolger wurde. Anschließend folgte eine siebzehnmonatige Interregnumsperiode mit gelegentlichen Interventionen von englischen und russischen Armeen.

Nach dem Zerfall der Konstitutionellen Revolution gab es praktisch keine Zentralmacht mehr. Dem Land drohte eine Kolonialisierung durch Russen und Briten. Angst erfasste die Massen. Diese war nicht unbegründet, denn durch das Abkommen von 1907 wurde der Iran quasi unter beiden Großmächten aufgeteilt. Während dieser Zeit entstand, gegründet aus chaotischen Verhältnissen, eine Gendarmerie nach europäischem Vorbild. Um 1920 wurde Reza Khan Oberbefehlshaber der Kosakenbrigade. Der frühere russische Oberbefehlshaber Liakhov wurde vermutlich nach der Russischen Oktoberrevolution abgezogen oder suspendiert. 1921 überzeugte Reza Khan den derzeitigen Ahmad Schah ins Exil nach Frankreich zu gehen. Anschließend wurde Reza Khan wegen seiner Erfolge bei der Niederschlagung von kurdischen und aseritischen Aufständen sowohl vom Parlament als auch von der Kosakenbrigade und der Gendarmerie als Militäroberbefehlshaber eingesetzt. Gendarmerie und Kosakenbrigade befanden sich in einer Konkurrenzsituation. Reza Schah ist es gelungen, die Gendarmerie als Symbol des nationalen Widerstands an das Volk zu verkaufen. Diese verkörperte das Selbstbewusstsein und die Stärke der Nation in sich. Nun hätte man in der Gendarmerie das gefunden, wonach breite Schichten der Teheraner Gesellschaft gesucht hatten. Im Gegensatz zur Kosakenbrigade, welche vor allem bei den persischen Nationalisten und Intellektuellen verhasst war, fand man einige Anhänger der Konstitutionellen Revolution innerhalb der Gendarmerie. Unter anderem kann man Kolonel Pesian einen frühen Anhänger der Revolution nennen, welcher im Gegensatz zu Reza Schah gut ausgebildet war und viele Kenntnisse über europäische Geschichte und deren demokratische Entwicklung hatte.²⁴⁶

Reza Schah wurde am 24. Februar 1924 zum Kriegsminister ernannt. Als eine seiner ersten Initiativen lässt er als neuer Minister ein Gesetz zur Wehrpflicht vom Madjlis verabschieden.

²⁴⁶ Atabaki, S. 140-141. Reza Schah hat Kolonel Pesian als seinen Erzfeind angesehen und ihn kurz vor seiner Machtübernahme ermordet.

3. Totale Machtübernahme, Entwicklung zur Diktatur und die Bildung des Nationalstaates

Im darauffolgenden Jahr 1925 initiierte Reza Schah die Absetzung des letzten Kadscharen-Schahs durch das Parlament und ließ sich zum neuen Repräsentanten des Landes machen. Er eignete sich gleichzeitig die Posten des Kriegsministers, Wehrministers und Innenministers an. Zu dieser Zeit hatte er auch viele Kontakte zum Kemal Atatürk, dessen Ideen Reza Schah sicherlich auch stark beeinflussten. So wurden in den ersten Jahren seiner Regierungszeit die Nationalbank, ein staatliches Außenhandelsmonopol, der Bau der transiranischen Eisenbahn, die Gründung der Universität Teheran sowie die Schaffung des Handels- und Industrieministeriums initiiert. Während Oppositionelle in Teheran sich über ihn ärgerten, festigte er das Fundament seiner Macht in Teheran. Danach begann er sich an seinen Gegnern zu rächen. Ghawam ol Saltana und Moshir ol Dawla, beide Minister seiner Regierung, entmachtete und schickte er ins Exil. Seinen Finanzminister Ali Akbar Dawar setzte er solange unter Druck, bis er sich das Leben nahm.²⁴⁷ Er hatte bereits alle Provinzgouverneure durch Generäle ersetzt. 1937 schloss er außerdem einen Nichtangriffspakt mit den Nachbarländern Afghanistan, Türkei und Irak. Er ließ das Militärbudget um das Fünffache anheben, machte das Militär zum stärksten Organ innerhalb des Staates, erklärte alle Parteien für illegal, verbot die Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften, marginalisierte die Rolle der Geistlichkeit und vieles mehr. Die letztere ist eine wichtige Stütze für seine Machtübernahme gewesen.

Diese Maßnahmen geschahen parallel zu denjenigen in der Türkei durch Atatürk und in Ägypten durch Mohamad Ali. Im Gegensatz zu Atatürk, welcher dem Staat seine relative Autonomie ließ, eignete sich Reza Schah alles an und entwickelte sich allmählich zu einem Diktator.

An der Spitze des Militärs und mit dessen Hilfe, das nun mehr oder minder funktionierte, versuchte er das Land zu vereinheitlichen, indem er einige ökonomische und soziopolitische Maßnahmen traf. Sein erstes Ziel war die Einfuhr von Textilien aus Russland um 70 % zu reduzieren, indem er mehr als 35 staatliche Textilfabriken gründete. Zudem verstaatlichte er den Warenexport, damit er die Konkurrenzfähigkeit der iranischen Exporteure gegen die Russen erhöhen konnte. Darüber hinaus verband er den Süden und die mittleren Städte des Landes mit den Nachbarstädten der Russen im Norden durch eine nationale Eisenbahn und schuf somit einen Weg für die Warentransporte innerhalb des Landes. Die Kapazität der

²⁴⁷ Ebd. S. 33.

iranischen Autobahnen wurde von 3000 auf 20.000 erhöht. Dies führte dazu, dass diese Region nahezu unabhängig von den eingeführten russischen Waren wurde.²⁴⁸

Von 1932 bis 1939 stieg die Anzahl der registrierten Handelsfirmen von 39 auf 1735. So hat man die Menge der im Inland produzierten industriellen Waren von 9 % auf knapp 19 % erhöht. Nach Behrouz Arman bildeten die staatlichen Investitionen knapp die Hälfte der gesamten Summe. „Während dieser Zeit wurden 1300 Millionen Rial investiert und davon gehörten 550 Millionen dem Schah und dessen Staat.“²⁴⁹

Während dieser Jahre benutzte Reza Schah das Militär als Transmissionsriemen zur Entwicklung des Landes. Das Militär zog bspw. die Steuern ein, sprach Recht und baute Eisenbahnen. Während ihrer Militärzeit wurden die Soldaten alphabetisiert, sofern sie nicht lesen und schreiben konnten. Man könnte diese Phase seiner Herrschaft als autoritäre, bonapartistische Entwicklungsdiktatur bezeichnen, die ohne Massenbasis nur gestützt auf das Militär herrschte.

1921 überzeugte Reza Khan den damaligen Ahmad Schah ins Exil nach Frankreich zu gehen. Anschließend wurde Reza Schah dank seiner Erfolge bei der Niederschlagung von Aufständen vom Parlament als Oberbefehlshaber der Kosakenbrigade und der Gendarmerie ernannt. Nachdem er 1923 versuchte das Persische Reich in eine Republik zu verwandeln, was am Widerstand der Geistlichen scheiterte, ernannte man ihn am 24. Februar 1924 zum Kriegsminister. Als eine seiner ersten Initiativen lässt er als neuer Minister ein Gesetz zur Wehrpflicht vom Madjlis verabschieden. Im darauffolgenden Jahr initiiert er die Absetzung des letzten Kadscharen-Schahs durch das Parlament und lässt sich unter dem Namen Reza Schah zum neuen Repräsentanten des Landes machen. Das Militärbudget stieg teilweise auf über 50 % aller Staatsausgaben. Neue Aufgabenbereiche wurden ihm zugeordnet. Nach Reza Schahs Machtübernahme übernahm das Militär zusätzlich die Funktionen der fehlenden Staatsapparate.

Der Schah ernannte seine Armeekollegen zu Ministern und Generälen. Er ließ die Bürokratieapparate, Schul- und Bildungsinstitutionen, Finanz- und Steuergelegenheiten etc. vom Militär lenken und überwachen. Die Generäle ersetzten die Feudalherren und Großgrundbesitzer, indem der Schah die ersteren enteignete und deren Vermögen an seine Getreuen übergab. Er ernannte Militärfunktionäre als lokale Regierungsvertreter und verschärfte somit die bereits angespannte Situation mit den Feudalherren und

²⁴⁸ Behrouz, S. 213. (B.1)

²⁴⁹ Ebd.

Großgrundbesitzern, den Khanen. In den wirtschaftlich schlechten Zeiten ließ er das Budget für die Armee verdoppeln und verdreifachen. Dafür ließ er die Zolleinnahmen direkt in die Militärkasse fließen. Solche Maßnahmen waren für ihn notwendig, da er zum einen Unzufriedenheit und mögliche Aufstände innerhalb der Armee verhindern wollte und er sich zum anderen mental mit dieser Schicht verbunden fühlte, weil sie ihn bei dem Prozess der Machtübernahme geholfen hatte. Des Weiteren brauchte er sie für seinen despotischen Homogenisierungskurs der ethnischen und religiösen Minderheiten, welcher nicht immer friedlich verlief.

Er ließ durch Militär das gesamte Land in der heutigen Form okkupieren und die lokalen Widerstände von Khanen, Geistlichen etc. zerschlagen. Gemäß dem militärischen Bedarf baute er die Infrastruktur auf, ließ das Militär die Steuern einsammeln und sie dann für eigene Zwecke einsetzen. Das Militär als der Repressionsapparat des Staates zeigte nach der Machtübernahme von Reza Schah in allen öffentlichen und privaten Bereichen Präsenz.

Nach seiner Machtübernahme zerschlug er alle demokratischen Institutionen, welche durch die Konstitutionelle Revolution errichtet worden waren. U. a. machte er aus dem Parlament ein Anhängsel seiner despotischen Politik, so dass nach der fünften Legislaturperiode das Parlament nur noch die Funktion innehatte, seine absolutistischen Gedanken und Programme zu legalisieren und zu legitimieren. Jahr für Jahr erhöhte er das Budget für seine militärische Maschinerie. Bei der Parlamentswahl für die sechste Legislaturperiode intervenierte das Militär zu seinen Gunsten im Wahlverlauf. Laut Atabaki ließ das Militär einige seiner Gegner erst gar nicht zur Wahl kandidieren. Zum anderen haben Militärmänner enorme Wahlfälschung betrieben, v. a. in den dörflichen Regionen, wo die meisten Wähler Analphabeten waren das Militär als Kontrollorgan für die Wahl fungieren sollte.²⁵⁰

Er setzte seinen Kurs solange fort, bis er den Staat in sich verkörperte und der Staat auf seine Person reduziert worden war. Dank seiner militärischen Macht gelangte er an die Spitze des Staates als König der Könige (Schah an Schahahan).

Nach dem Angriff des Deutschen Reiches auf die UdSSR kommen im August 1941 englische und russische Streitkräfte in den Iran, die Reza Schah absetzten, da ihm u. a. Sympathien für das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland vorgeworfen werden, und seinen Sohn zum Nachfolger als Schah bestimmen.

²⁵⁰ Atabaki, S. 158.

Die Aufrüstung Irans zur größten Militärmacht der Region geschah zunächst mit US-Krediten, später waren bis zu 41.000 militärische und 20.000 zivile US-Berater im Iran. Es wurde ein 5-Jahres-Rüstungsplan verabschiedet und ein Abkommen mit den USA über Waffenkäufe im Wert von 2 bis 3 Milliarden US-Dollar unterzeichnet.

Darüber hinaus haben US-Amerikaner allmählich die Briten und die Russen im Iran zurückgedrängt bzw. ersetzt gehabt. Das einzige Staatsorgan während der Herrschaft von Reza Schah, das außerhalb der Militärmacht geführt wurde, war das Finanzministerium. Doktor Milesco, ein US-Amerikaner, führte das Ministerium jahrelang.²⁵¹ In der Zeit der Konstitutionellen Revolution waren es die Russen, welche die wichtigste Einnahmequelle Irans führten und kontrollierten. Diese Abhängigkeit wurde unter Reza Schah beibehalten, nun allerdings gegenüber den Amerikanern.

4. Beginn einer Homogenisierungsära durch Reza Schah

Nun hatte Reza Schah die Macht erfolgreich übernommen. Diese festigte er, indem er zum einen all seine Gegner nach und nach von der politischen Landkarte verschwinden ließ. Zum anderen führte er das Land in eine neue moderne Ära des Nationalstaates. Nach westlichem Vorbild schuf er nationalstaatliche Institutionen wie ein modernes Schulwesen, ließ Geschichtsbücher umschreiben, verbesserte die Infrastruktur, Trennung von Staatsapparaten durch Rechtsstaatlichkeit usw. Reza Schah brauchte dafür aber zunächst einen geschlossenen Raum des Staates bzw. der Nation. Deshalb gab es zu Beginn seiner Herrschaft die „bekannte Willkürlichkeit der Grenzziehungen“²⁵² durch Regionen, die nichts von einer Nation und einem Nationalstaat wussten.

Das wichtigste Organ des Landes war jedoch das Parlament als Repräsentant des Volkes. Nach Atabaki befanden sich über 270 Abgeordnete im Parlament.²⁵³ Viele dieser Abgeordneten waren seine Anhänger und Weggefährten, wie Atabaki schreibt.²⁵⁴

Es mag sein, dass bei diesem Parlament einige oberflächliche Dinge anders waren als bei dem Parlament der Konstitutionellen Revolution. Eine grundsätzliche Angelegenheit blieb jedoch unangetastet, nämlich die Verfassung der Konstitutionellen Revolution und die personelle Zusammensetzung des Parlaments. Reza Schah beanspruchte für sich Schah von Iran zu sein. Dies war er aber tatsächlich nicht und dies ist der Zusammensetzung des Parlaments zu

²⁵¹ Atabaki, S. 162.

²⁵² Anderson, S. 137.

²⁵³ Atabaki, S.43.

²⁵⁴ Ebd.

entnehmen. Mit den 270 Abgeordneten waren Vertreter viele Schichten präsent. Die Einzigen, die fehlten, waren wie bei der Konstitutionellen Revolution Vertreter von iranischen Völkern. Die sog. nationalen Minderheiten hatten keine direkten Repräsentanten im Volkshaus. Es waren zwar Abgeordneten von einigen Provinzen anwesend. Diese bestanden jedoch aus Militärfunktionären, welche Reza Schah direkt oder indirekt ernannte. Wie sollten sonst die nichtpersischen Völker in den neuen Staat Iran integriert werden? Die Antwort auf diese Frage gibt das folgende Zitat:

„Ghasghaii, Bakhtiari, Kokilui und andere Stämme... sind nicht nur enteignet worden, sondern sind gruppenweise hingerichtet worden, ohne dass man diese vor ein Gericht stellte. Alleine bei einem Militärgericht hat man 97 Kokilui hingerichtet, mit der Begründung, dass sie fliehen wollten. Vom Stamm Bahrami haben sie mehrere Menschen getötet, unter welchen man später ein 13-jähriges Kind fand. 400 von ihnen hat man in Ahwaz ins Gefängnis gesteckt, davon sind später unter schlechten Gefängnisumständen 300 ums Leben gekommen. Sie haben Stammesführer von Boyer Ahmad mit einer Amnestie nach Teheran gelockt und dort umgebracht. Hinterher sagte man, sie wären Aufständische gewesen. Die Art, die Stämme sesshaft zu machen, war nicht, sie durch Integrationsmaßnahmen einzubinden, sondern sie zu töten und komplett auszulöschen. Dies gefährdete die nationale Einheit“.²⁵⁵

Eine Politik der Eliminierung statt Integration stand auf der Tagesordnung des neuen Nationalstaates. Nach dem Tod des Stammesführers Sawlat Aldawla vom Kadscharenstamm sagte der Schah einem seiner Abgeordneten und Theoretiker, Taghi Zadeh, „solche Menschen sollte man eliminieren“.²⁵⁶

²⁵⁵ Nach Atabaki: S. 49. (Aus der Rede eines Abgeordneten im Parlament 1939.)

²⁵⁶ Ebd.

4. a. Persisch als Amtssprache

Die Rufe nach einem „richtigen“ Nationalisten und einem starken Führer sind, wie oben erwähnt, bereits direkt nach der Konstitutionellen Revolution laut geworden. Die Ära von Reza Schah ist die Blütezeit des persisch-schiitischen Nationalismus. In dieser Zeit fingen einige Theoretiker des persischen Nationalismus an, radikalnationalistische Zeitschriften herauszugeben. Afshar, eine der führenden Persönlichkeiten des persischen Nationalismus, schreibt:

„Wir müssen abertausende Bücher und Zeitschriften in persischer Sprache veröffentlichen. Diese sollen so günstig wie möglich erhältlich sein. Vor allem in Aserbaidschan und Khuzestan (den türkisch und arabisch besiedelten Gebieten) sollen diese breit verteilt werden. Diese Bücher sollen bald im abgelegensten Dorf in nationaler Sprache (Persisch) erhältlich sein. Diese Idee zu praktizieren, bedarf es tatkräftiger Unterstützung des Staates. Dafür braucht man ebenso einen durchdachten Plan. Man soll Einwohner von persischen Gebieten in abgelegene und fremde Gebiete entsenden und dort ansässig machen (Persifizierung der nichtpersischen Gebiete). Die Einwohner von diesen Gebieten wiederum soll man in den von Persern besiedelten Gebieten ansässig machen. Ortsnamen, welche nicht persisch sind und auf ein Erbe von fremden Herrschern (Dschinghis Khan etc.) deuten, sollte man persische Namen geben. Das Land muss sich auf die künftige Verteilungspolitik einstellen“.²⁵⁷

Unmittelbar nach seiner Machtübernahme beauftragte Reza Schah das Militär, ein Team zusammenzustellen, welches die persische Sprache von „Unreinheiten“ des Arabischen und Russischen säubern sollte. Das Militär erfand stets neue Begrifflichkeiten, welche die Zeitschriften und Schulen ins Persische integrierten. Jahre später gründete der Schah ein Kulturministerium und mehrere Institutionen, welche sich um die Weiterentwicklung der persischen Sprache kümmerten.²⁵⁸ Das übergeordnete Ziel ist jedoch war, Persisch zu standardisieren und es für Schulen und Staatsinstitutionen bereitzustellen. Dies wird zudem dadurch verstärkt, dass Schah auch die Schulpflicht ratifiziert hatte. Somit haben Kinder aller iranischen Nationalitäten schon im Kindergartenalter Persisch lernen müssen. Deren Muttersprache findet in der iranischen Verfassung keinen Platz.

Die Wiederbelebung der persischen Sprache bedurfte des persischen Chauvinismus, da der Schah seine Vorfahren auf die iranischen Schahs vor dreitausend Jahren zurückführte.

²⁵⁷ Vgl. Atabaki, S. 17.

²⁵⁸ Nach Huschang Shahabi, in Atabaki, S. 224.

Zwischen deren Herrschaft und der des Schahs lagen jedoch mehrere hundert Jahre und eine deutliche Unterbrechung. Durch diese Unterbrechung flossen viele islamisch-arabische, türkische und kurdische Fremdelemente in die persische Kultur und Sprache ein. Diese wollte er beseitigen und stattdessen in den Überresten der persischen Geschichte, in Mythen, Kultur und Sprache nach reinen persischen Wörtern suchen.

Der Schah beabsichtigte durch Verstaatlichung von Grund und Boden die einflussreichen Stammesführer zu enteignen. Er und das Militär nahmen sich was sie wollten. „Nachdem der Schah das Land verlassen hat, gehörten ihm 10 % aller iranischen Böden. Da er sich natürlich die Besten ausgesucht hatte, hatten diese 10 % einen überproportionalen Wert“.²⁵⁹

Eine Politik der Assimilation, Enteignung und Ausgrenzung statt der Einbindung und Integration prägte das Denken der herrschenden Schicht im Iran. Seit der Konstitutionellen Revolution bis dato gibt es diesbezüglich keine Veränderung. Der springende Punkt bei Reza Schah war, dass seine Assimilationspolitik und Benachteiligung von nationalen und religiösen Minderheiten unter den persischen Nationalisten und Intellektuellen auf große Akzeptanz stieß. Als er die Stammesführer von Arabestan (heute Khuzistan) entmachtete, wurde das als große nationale Errungenschaft gefeiert. Er eliminierte Sheikh Khazal, welcher das ölreiche, von Arabern bewohnte Gebiet als unabhängigen Staat proklamieren wollte. Stattdessen ernannte er einen General zum Vertreter der Region.

Vom Militär ließ er ein neues persischsprachiges Lexikon herausgeben. Reza Schah begann die Persifizierung und die Homogenisierung der iranischen Völker und Sprachen innerhalb des Militärs. Ein Team von Sprachwissenschaftlern sollte alle nichtpersischen Wörter, welche man in militärischen Kreisen benutzte, durch neue persische Begriffe ersetzen. Die Verwendung russischer, englischer und arabischer Wörter, welche damals die Kosakenbrigade etc. ins Militär einführte, wurde untersagt.²⁶⁰

²⁵⁹ Atabaki, S. 49.

²⁶⁰ Ebd. S. 165.

4. b. Einheitliche Bekleidung

Ein weiteres Homogenisierungsfeld war für Reza Schah die uneinheitliche Bekleidungstradition des Volkes, welche eher die Vielvölkermentalität des Landes betonte. Dieses Feld blieb durch die Konstitutionelle Revolution unangetastet. Die Homogenisierungsmaßnahmen Reza Schahs werden teilweise von der Staatsrepression begleitet. Der Schah legt dem Parlament den Gesetzesentwurf vor und das Parlament ratifiziert diesen ohne großen Widerstand. Paragraf 1 des Gesetzes lautet wie folgt: „Alle iranische Staatsbürger, ausgenommen Militär (welches eine Uniform trägt, sowie die religiöse Geistlichkeit) sind verpflichtet einheitliche Bekleidung zu tragen. Diese sind Pahalvi-Hut und Sakko“²⁶¹ nach dem europäischen Vorbild. § 3 desselben Gesetzes legt die Strafen für Verstöße fest: „Alle Menschen, welche sich an das Gesetz nicht halten, zahlen ein Bußgeld in Höhe von 1 bis 5 Tuman oder erhalten eine Freiheitsstrafe von einem bis zu sieben Tagen“.²⁶² Dies war auch unabhängig davon, ob sie im Dorf oder in der Stadt wohnten. Das jeweilige Bürgerhaus stellte die einheitliche Bekleidung zur Verfügung und war auch damit beauftragt, die Umsetzung des Gesetzes zu überwachen. Diesem Gesetz nach kam den Eltern die Aufgabe zu, auf die Bekleidung der Kinder zu achten. Andernfalls wurden sie dafür verantwortlich gemacht. Den Militärorganen wurde verordnet ebenso auf die Umsetzung zu achten. Das Militär hatte die Aufgabe, Menschen, die sich nicht nach europäischem Vorbild kleideten, keinen Zutritt zu öffentlichen Plätzen zu gewähren.²⁶³

Die Armeemitglieder durften nur Uniformen tragen, welche bis zur Endproduktion im Iran hergestellt wurden.²⁶⁴

Reza Schah selbst äußert sich bezüglich der einheitlichen Bekleidung wie folgt:

„Der neue Hut (d. h. die einheitliche Bekleidung, deren Teil der Hut war) hat nichts mit der Religion zu tun, jedoch eher mit der Nationalität“.²⁶⁵

Obwohl einige Autoren wie Atabaki und Shahabi sowie viele andere die Einführung von einheitlicher Bekleidung auf das mangelnde Selbstbewusstsein des Schahs zurückführen, belegen uns die obigen Ausführungen, dass der Schah eigentlich eine Homogenisierungspolitik verfolgte, die allmählich das iranische Volk vereinheitlichen sollte. Er verneinte und verachtete

²⁶¹ Nach Huschang Shahabi, in Atabaki, S. 196-197.

²⁶² Ebd.

²⁶³ Ebd. S. 198.

²⁶⁴ Atabaki, S. 165.

²⁶⁵ Nach Huschang Shahabi, in Atabaki, S. 210.

die unterschiedlichen Traditionen und Kulturen des Landes. Diese Politik von Reza Schah könnte man ebenso als Genozid, zumindest als Genozid kultureller Natur bezeichnen.

4. c. Schiitischer Islam als Staatsreligion

Ein weiteres Homogenisierungsfeld dürfte im Hinblick auf unterschiedliche Glaubensrichtungen im Iran interessant sein. Im Iran leben viele unterschiedliche Völker mit unterschiedlichen Religionen. Religion ist in diesem Land, wie in vielen anderen Regionen, oft der Brennstoff für viele Konflikte. Durch eine Homogenisierung wollte Reza Schah Vorbeugungsmaßnahmen treffen. Er erhoffte sich davon eine allmähliche Vereinheitlichung der nichtschiiitischen Völker.

Darüber hinaus baute er sich seinen Staat auf den Trümmern der alten Dynastie und vorhergegangener Systeme. Vor Reza Schah waren es Safawiden und Kadscharen, welche das Schiitentum in das Staatssystem integrierten.

Im 16. Jahrhundert gründete der Schah Ismail Safawi die Herrschaftsdynastie der Safawiden im heutigen Iran. Er schaffte es innerhalb kürzester Zeit, große Teile des Landes mit Hilfe grausamer Gewalt unter seine Kontrolle zu bekommen und die Bevölkerung unter Zwang zum schiitischen Islam konvertieren zu lassen. So versuchte er eine legitime Basis für seine Herrschaft zu finden, zumal die osmanischen Sunniten seine Rivalen waren. Tawfiq beschreibt diese Tatsache wie folgt:

„Die Erklärung der Schia zur Staatsreligion war kein Akt des Glaubensbekenntnisses der Safawiden – diese waren bis dahin ein sunnitische Derwischorden –, sondern die notwendige Bedingung, um die eigene Machtübernahme gegenüber den umliegenden sunnitischen Reichen religiös zu legitimieren“.²⁶⁶

Die persisch-schiitische Geistlichkeit begann relativ früh sich an der Spitze des Territorialstaates zu behaupten. Diese Dominanz wird nach den Safawiden fortgesetzt, da im Gegensatz zur sunnitischen Richtung des Islams, die die Geschichte der Herrschaft bzw. der Kalifate auf Mohammed als Prophet Gottes zurückverfolgt, die Schiiten dies zwar für richtig halten, sich jedoch auf die Nachfolger des Propheten beziehen. „Kennzeichen für den schiitischen Islam ist der Glaube, dass der rechtmäßige Nachfolger Mohammeds sein

²⁶⁶ Towfiq, S. 71.

Schwiegersohn Ali war, der als erster Imam betrachtet wird. Seine Nachkommen sind die einzigen legitimen Führer der schiitischen Gemeinschaft“.²⁶⁷

Ihrem Glauben nach gab es bisher zwölf Imame. Der zwölfte Imam ist jedoch verborgen und bis zu seiner Rückkehr muss die schiitische Gemeinschaft von der religiösen Geistlichkeit geführt werden. Arjumand nach kam es in der Zeit von Schah Ismail zu einer „hierokratischen“ Institutionalisierung. „Die Hierokratie entsprach jenem Verhältnis zwischen weltlicher Herrschaft und Ulama, nach dem sich die politische Herrschaft als ‚Schatten Gottes‘ auf Erden der Exekution der Scharia verschieb, deren Ausarbeitung aus den Quellen des Islams auf dem Wege der Deduktion (*ejdtehad*) den Ulama als Stellvertreter des verborgenen Zwölften Imam vorbehalten war“.²⁶⁸

Schah Ismail ließ nach seiner Machtübernahme im Jahr 1501 als erstes sämtliche Imame und andere religiöse Führer töten und holte dann aus anderen Ländern, z. B. dem Libanon, schiitische Gelehrte ins Land und unterstützte sie finanziell. Es gab zwar zu der Zeit einige kleine schiitische Gemeinschaften, diese hatten jedoch nie die Mehrheit in der Bevölkerung. So schaffte Schah Ismail es, die Bevölkerung zur schiitischen Richtung des Islam zu „bekehren“ und schuf auf diesem Wege eine Theokratie. Er gründete schiitische Organisationen und Institutionen, um damit eine solide Basis für seine Herrschaft aufzubauen. So gelang es ihm tatsächlich – obwohl er keine religiöse Ausbildung hatte –, sich als Vertreter Gottes auf Erden zu behaupten. Erst in der Zeit von Schah Tahmasob (1524-1576), dem Nachfolger von Schah Ismail, fand eine Institutionalisierung des schiitischen Glaubens statt.²⁶⁹

Auch die Rolle der Geistlichkeit wurde erst während dieser Zeit klar definiert, wenn man berücksichtigt, dass seit der Safawidendynastie die Geistlichkeit das Wissens- und Erziehungsmonopol innehatte. Dies ermöglichte es der Geistlichkeit, überall dort, wo die Schrift benötigt wurde, bspw. in Justiz und Handel, unmittelbar „anwesend“ zu sein. Nach Khosrozadeh wurde der Geistlichkeit von den Safawidischen Herrschern eine rechtssprechende Funktion zugesprochen.²⁷⁰ Diese haben die Mullahs noch heute inne.

²⁶⁷ Roschke-Buzgel, Sabine, S. 32.

²⁶⁸ Tawfiq, S. 69.

²⁶⁹ Vgl. Khosrozadeh, S. 183.

²⁷⁰ Vgl. ebd. S. 189. „Die Scharfsinnigen Safawiden hatten sogar die Institution eines Sadr (Spitze/Oberhaupt) geschaffen, der als offizieller Stellvertreter des Schahs zur Regelung von religiösen Angelegenheiten bevollmächtigt war“.

Die Konstitutionelle Revolution aber legt offiziell und durch die Verfassung das Schiitentum als Staatsreligion fest. Reza Schah übernimmt bloß diese Erbschaft und lässt sie fortbestehen.

Des Weiteren sah Reza Schah in der Religion ein weiteres Homogenisierungsfeld, zumal viele Dynastien ihre Legitimität nicht aus dem Volke, sondern durch Religion und religiöse Zugehörigkeit erlangten. In der neueren Geschichte des Irans ist die Safawidendynastie ein gutes Beispiel. Diese führte ihre Herrschaft auf ihre enge Beziehung zu schiitischen Rechtsgelehrten zurück. Diese Kräftekonstellation hätte kaum den Weg für eine andere Glaubensrichtung freigemacht.

Reza Schah war bewusst, dass in der Religion ein großes Konfliktpotenzial steckt. Deshalb beabsichtigte er eine Schiitisierung des Landes per Gesetz, indem er die schiitische Glaubensrichtung als offizielle Religion des Staates festlegte.

Dies ist jedoch kein völlig neues Phänomen. Bereits durch die Konstitutionelle Revolution wurde der schiitische Islam zum Staatsglauben. Damit setzte er eine weitere Fehlentwicklung der Konstitutionellen Revolution fort. Durch die Festlegung der Glaubensrichtung schließt man automatisch alle Andersgläubigen aus. Dies war nicht gerade das Klügste für den neugebildeten Nationalstaat.

4. d. Exkurs: Definition des Genozids

Das Thema Genozid ist für die vorliegende Arbeit insofern interessant, weil der Nationalstaat mit der Führung von Reza Schah eine verachtende Politik gegenüber nichtpersischen und nichtschitischen Völkern betrieb. Zu den Homogenisierungspraktiken des Reza Schah gehörte es, dass er wissentlich alle iranischen Völker zu schiitischen Persern umzuwandeln beabsichtigte. Die Gegner dieser Politik wurden durch Repression oder Eliminierung bestraft. Durch Festlegung der persischen Sprache als Amtssprache und der schiitischen Glaubensrichtung als Staatsreligion behielt er den Mitgliedern dieser beiden Formationen die volle Teilhabe am Nationalstaat vor. Darüber hinaus ließ er die nichtpersischen Sprachen und nichtschitischen Glaubensrichtungen erodieren und assimilieren. Da, wie oben erwähnt, diese Praktiken mit einer festen Absicht der Homogenisierung durchgeführt worden sind, fallen sie unter den Begriff Genozid. Deshalb ist es nicht unangebracht, diesen Sachverhalt kurz zu erläutern.

Im Entwurf einer Konvention gegen Völkermord, die das Sekretariat der Vereinten Nationen dem „Council of Progressive Development of International Law“ im Juni 1947 vorlegte, hieß es, dass Völkermord „ein Verbrechen ist, das auf drei verschiedene Arten verübt wird (physisch, biologisch und kulturell), die jedoch oft in einer Wechselbeziehung zueinander stehen... Die vorsätzliche Vernichtung kultureller Existenz wird mit der gleichen juristischen Ernsthaftigkeit behandelt wie der Akt der totalen physischen Vernichtung“.²⁷¹

Gemäß dem Entwurf des Sekretariats bezieht sich kultureller Genozid auf „die Zerstörung der spezifischen Charakteristika einer Gruppe. Zu den hier näher bestimmten Maßnahmen gehören:

- die gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe;
- die gewalttätige und systematische Verbannung von Menschen, die die Kultur einer Gruppe vertreten;
- das Verbot zu publizieren, die systematische Verwüstung historischer und religiöser Denkmäler sowie ihr Missbrauch;
- die Vernichtung oder der Missbrauch von Dokumenten und Objekten von historischem, künstlerischem oder religiösem Wert sowie von religiösen Kultgegenständen.²⁷²

Ebenso ist die vorsätzliche Zerstörung der politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Verhältnisse einer Gruppe, eines Volkes oder einer Nation eindeutig im Sinne des Völkerrechts als Verbrechen zu beurteilen.

In der betreffenden Fachliteratur wird kultureller Genozid wie folgt definiert:

- „a. Jede Maßnahme, die indigene Völker ihrer Rechte (Integrität) als eigenständige Gesellschaft oder ihrer kulturellen oder ethnischen Identität beraubt;
- b. Jede Form gewalttätiger Assimilierung oder Integration durch das Aufzwingen anderer kultureller Verhaltens- oder Lebensweisen durch Medien, Religion, Bildungsstätten, staatliche Gesetzgebung, Verwaltung sowie anderer Organisationen oder Mittel.“²⁷³

Ahrens Definition umfasst auch „Deculturation“ (Beraubung der Kultur). Dies kann die Zerstörung aller oder einiger Fundamente bedeuten: politische und soziale Institutionen, Kultur, Sprache, Nationalgefühl, Religion, ökonomische Stabilität, persönliche Sicherheit, Freiheit, Gesundheit und Würde. Tatsächlich bedeutet die Zerstörung der Gesundheit von Menschen oder ökonomischer Strukturen einer Gesellschaft nichts anderes als „Deculturation“ bzw. eine Form des Genozids. Seit Jahrzehnten wird diesbezüglich geforscht und es hat sich

²⁷¹ Medico international, S. 12.

²⁷² Vgl. ebd. S. 12.

²⁷³ Ebd. S. 13.

gezeigt, dass die zerstörerischen, wenn nicht gar tödlichen Folgen der „Deculturation“ nicht bestritten werden können.²⁷⁴

Davids und Zannis führen aus: „Man sollte nicht leichtfertig mit dem Begriff 'kultureller Völkermord' so umgehen, als handelte es sich um eine imaginäre Erfindung ... die Zerstörung einer Kultur ist Völkermord, ein Verbrechen, ... Menschen und ihr gemeinsames Leben zu zerstören ist ein Verbrechen und es kann auch anders als durch Massenmord begangen werden.“²⁷⁵

Für Churchill ist entscheidend, „dass ganze Kulturen, ganze Völker gezwungenermaßen als solche nicht weiter existieren können. Das Ergebnis ist Völkermord, ob nun diese Auslöschung im Namen von rassistisch-kultureller Überlegenheit geschieht oder auf der Grundlage von technologisch/ökonomischer Entwicklung ... Das Wesen des Völkermordes wird sichtbar in der Ausrottung von menschlichen Gemeinschaften per se, mit welchen Mitteln und unter welcher Kategorie auch immer.“²⁷⁶

Tatsächlich kann man die Bildung von Nationalstaaten an vielen Orten dieser Erde als Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilen, da sie die oben dargestellten Voraussetzungen erfüllen.

Die obigen Ausführungen helfen uns, nachvollziehen zu können, warum die Homogenisierungspolitik des Reza Schah von iranischen Völkern bekämpft wurde. Diese Kämpfe nahmen den Nationalstaat und Reza Schah an dessen Spitze ins Visier.

Im nachfolgenden Kapitel wird das Spannungsverhältnis zwischen dem Nationalstaat und den iranischen Völkern ausführlicher dargelegt.

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ Ebd. S. 13.

²⁷⁶ Nach ebd.

4. e. Der Nationalstaat und die Konfrontation mit den sog. nationalen Minderheiten als Homogenisierungsgegnern

Die Transformation des iranischen Herrschaftssystems von einem Territorialstaat mit vielen, von Feudalherren geführten, autonomen Selbstverwaltungsregionen zu einem einheitlichen, zentrumsfokussierten, zentral verwalteten Nationalstaat, brachte einige Probleme mit sich. Der damalige Territorialstaat wurde vom jeweils stärksten Stamm des Landes vom Zentrum der Macht aus regiert. Das Zentrum war je nach Jahreszeit und je nach Herrscher beweglich. Nun gab es ein unbewegliches Zentrum mit einer Zentralmacht. Diese Tatsache evozierte eine Reihe struktureller Probleme, die wiederum Probleme des existierenden gegenwärtigen Staates sind.

Mithin schuf sich der iranische Staat einerseits seine Gegner und andererseits seinen Klienten und blieb deshalb ein Elitenstaat. Er bleibt stets als eine Institution in der Hand einer kleinen Minderheit, welche ununterbrochen in Konfliktsituation mit anderen Akteuren im Lande lebt. Diese Minderheit bestand, wie es in vielen kolonialisierten Ländern der Fall war, nicht ausschließlich aus Nationalisten, welche sich dann vom Rest der Gesellschaft abstrahierten. Die Staatsgründer jedoch exkludierten große Teile der Gesellschaft und schrieben ihre eigene Clientsprache in das Staatsgerüst ein. Deshalb kam es und kommt es heute noch zu ständigen Konflikten zwischen den beiden Gegnern Staat und Gesellschaft. Der Nationalstaat im Iran ist nicht durch einen Krieg des Volkes gegen das kolonialisierte Land entstanden. Denn wenn das der Fall wäre, wäre die Revolution von der Gesamtheit des Volkes getragen. Es gäbe den freien Willen eines jeden Staatsbürgers, diesem Staat anzugehören, weil eben jeder für diesen Staat gekämpft hätte. Die Nation im Iran beschränkte sich aber, wie inzwischen deutlich wurde, auf zwei Kriterien, nämlich Perser und Schiit. Deshalb ist alles, was sich in dieser Definition nicht wiederfindet, für den Staat ein Fremdkörper, welcher einverleibt werden soll.

Es gibt zwar mehrere Problemfelder innerhalb des iranischen Staates. Die wichtigsten und zentralen Probleme aber, welche sich aus einer historisch falschen Entwicklung herrühren, sind folgende:

Probleme der sog. „nationalen Minderheiten“ und religiösen Gruppierungen: Denn in dem rapiden sozialen Wandel, welcher durch den Nationalstaat und dessen Verstaatlichungsversuche der Gesellschaft evoziert worden sind, liegt der Kern vieler Konflikte. Die bis zur Gründung des Nationalstaates gültigen Gesellschaftsformationen unter den nationalen und religiösen Minderheiten brachen mit der Einführung des Staates teilweise zusammen. Die offizielle, in der Verfassung verankerte Staatsreligion wurde der schiitische

Islam und die offizielle Amtssprache wurde Persisch. Somit wurden schiitische Perser zum Inhaber des neu gegründeten Nationalstaates erklärt. „Der politische Erfolg der nationalistischen Bewegung führte zu Selbstprivilegierung und Umformung der ideologischen Bande in die Sprache der Netzwerke und klientelistischen Bündnisse“.²⁷⁷ Es wurden Homogenisierungsversuche gestartet, welche in die kleinste Privatangelegenheit der neuen Staatsbürger eingriffen.

Vom Familienbild bis zu lokalen Herrschafts- und Hierarchieformen wurde vieles durch den Staat revolutionär auf den Kopf gestellt. Der Iran wurde bis zu diesem Zeitpunkt von verschiedenen Großstämmen regiert. Es gab jahrtausendalte Herrschaftstraditionen und definierte Machtstrukturen, welche innerhalb dieser Völker auf Akzeptanz stießen. Der stärkste Stamm kam nach Auseinandersetzungen mit anderen Stämmen an die Macht. Je nach Machtstärke blieb er für mehrere Jahre oder Jahrhunderte an der Macht. So haben zum Beispiel die türkischstämmigen Kadscharen etwa 200 Jahre lang über das Land geherrscht. Die beherrschten Völker hatten jedoch im Rahmen dieser Herrschaft ihre Autonomie und deren lokale Machtstrukturen blieben nach jedem Machtwechsel erhalten. Nach der Nationalstaatsgründung wurden die Karten neu gemischt. Diese Tradition brach zusammen. Es gab nur noch ein unpersönliches und stammesunabhängiges Herrschaftssystem, nämlich den Nationalstaat. „In den Staaten der Dritten Welt sind große Teile des Herrschaftswissens lokal und personal organisiert. Nicht amtliche Register und Enqueten sind Grundlage von Entscheidungen, sondern das in den Köpfen und Zirkeln der beteiligten Einzelpersonen eingelagerte konkrete Wissen. Spätestens an ihm finden die Ambitionen zentralstaatlicher Macht ihre Grenze“.²⁷⁸ Dementsprechend wehrten sich diese nun zum Untergang verurteilten Völker stets, selbst bis zur Gegenwart, gegen die staatlichen Herrschaftsansprüche und deren territoriale Homogenisierungs- bzw. Verstaatlichungsprozesse aller Landesteile. „Je stärker staatliche Agenturen selbst als Betreiber und ihre Amtsträger als Profiteure dieser Prozesse wahrgenommen wurden, desto rigider war auch der politische Widerstand und desto unversöhnlicher die Haltung gegenüber Regulierungsversuchen“.²⁷⁹

Den Kontext des Nationalstaates und der „nationalen Minderheiten“ kann man auf die Zeit der Nationalstaatsgründung zurückverfolgen. Mit dem Projekt, einen Nationalstaat auf einem Gebiet zu errichten,²⁸⁰ in dem keine einheitliche Nation existierte, wurde der Nationalismus der kleineren, unterdrückten Völker geboren. Der iranische Nationalstaat und der persische

²⁷⁷ Schlichte, S. 238.

²⁷⁸ Ebd. S. 225.

²⁷⁹ Ebd. S. 162.

²⁸⁰ Nach Atabaki, S. 16. Zitat Mossadegh im Buch „Mossadegh und seine Historischen Werke“, S. 130.

Nationalismus riefen das Nationalbewusstsein anderer nichtpersischer Völker im Iran hervor. Man säte etwas und erntete andere Früchte. Dies kann man dem folgenden Zitat entnehmen:

„Mit nationaler Einheit meinen wir die politische, moralische und gesellschaftliche Einheit von Völkern, welche innerhalb der heutigen iranischen Grenzen leben. Dies ist gleichzusetzen mit politischer Unabhängigkeit und einem vereinten iranischen Territorium. Nationale Einheit bedeutet für uns, dass landesweit Persisch gesprochen wird, einheitliche Kleidungen getragen werden und einheitliche gesellschaftliche Werte erschaffen werden. Das bislang geführte politische Leben innerhalb der iranischen Völker in Form von Stadtstaaten soll ausgelöscht werden. Kurden, Türken, Loren, Araber und Belutschen sollen gleich sein, eine Sprache sprechen und gleiche Kleidungen tragen. Alles andere ist eine Gefahr für die Einheit des Landes“.²⁸¹

So eine persisch-schiitische Ideologie der herrschenden Klassen gab dem Nationalismus ihrer Gegner einen Nährboden. Eine revolutionäre Umstrukturierung des bisherigen Systems bahnte sich an. Vor der Gründung des Nationalstaates lebten unterworfenen Völker ein Leben in Würde und Freiheit. Sie führten regelmäßig ihre Steuern an die Zentralmacht ab und stellten ihr bei Bedarf Heere zur Verfügung. Diese waren die einzigen Bindungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie. Der Nationalstaat verlangte jedoch viel mehr, nämlich die Assimilation der unterworfenen Völker. Dieser Druck verursachte Gegendruck und Widerstand. Der Widerstand der nichtpersischen Völker und insbesondere der der Kurden und der Aserbajdschaner beginnt mit der Staatsgründung. Diese Völker erleben denselben Nationalismus wie die Perser. Kurdischer oder aserbajdschanischer Nationalismus ist ein Produkt des persischen Nationalismus. Erst der Nationalstaat liefert diesen beiden frischen Wind. Nachfolgend werden einige Aspekte dieses Nationalismus dargelegt.

In all den Jahren verfolgten die iranischen Völker eine Politik der Unabhängigkeit. Der Nationalstaat war dem aserbajdschanischen Volk samt anderen iranischen Völkern ein Dorn im Auge. Folgende Ausführungen sollen diese Behauptung stärken und uns einen Beweis dafür liefern, dass der Nationalstaat im Iran seit der Gründung mit einer ablehnenden Haltung der nichtpersischen Völker konfrontiert ist. Dies ist auf einen strukturellen Fehler des Staates zurückzuführen, nämlich auf den Anspruch des Staates auf einer einheitlichen Nation zu basieren. Diese strukturelle Fehlentwicklung ließ sich auch von keinem der herrschenden Systeme beheben. Die Lösung wäre in der Vielfältigkeit und im Föderalismus zu finden. Auf

²⁸¹ Ebd.

mögliche Lösungsvorschläge gehen wir in dem letzten Kapitel dieser Arbeit ein. Sämtliche soziale Bewegungen und Parteien, welche durch nichtpersische Völker gegründet wurden, haben auch nur auf ihr Gebiet beschränkte Ansprüche. Sie sehen sich vor allem als nationalistische Volksbefreiungsparteien. Dies gilt für alle Parteien mit verschiedenen Ideologien.

Als Beispiel für die oben erwähnte Behauptung werden folgend zwei wichtige nationale Minderheiten im Iran erläutert. Im Iran gibt es mehrere Minderheiten bzw. mehrere nichtpersische Völker. Die Aseriten mit ca. 24% und die Kurden mit ca. 10% verkörpern die zwei größten Minderheiten im Iran. Aufgrund ihrer Anzahl und historischen Bedeutung hinsichtlich ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen werden in dieser Arbeit nur sie berücksichtigt.

Wie wir bereits dargestellt haben, ist die Idee des Nationalstaates für einen Vielvölkerstaat wie den Iran grundsätzlich ein Irrtum; v. a., weil diese Idee nur von einigen wenigen Personen und Personengruppen bzw. einem bestimmten Volk, nämlich von schiitischen Persern getragen wurde. Deshalb fehlen diesem Staat die Fähigkeit und der Wille einer erfolgreichen Integration aller anderen Völker im Staatsgerüst. Dieses Thema rührt an die Problematik der nationalen und religiösen Minderheiten; es führt kein Weg an dieser Problematik vorbei. Um diesbezüglich einen Überblick verschaffen zu können, beginnen wir mit dem nächsten Kapitel der vorliegenden Arbeit.

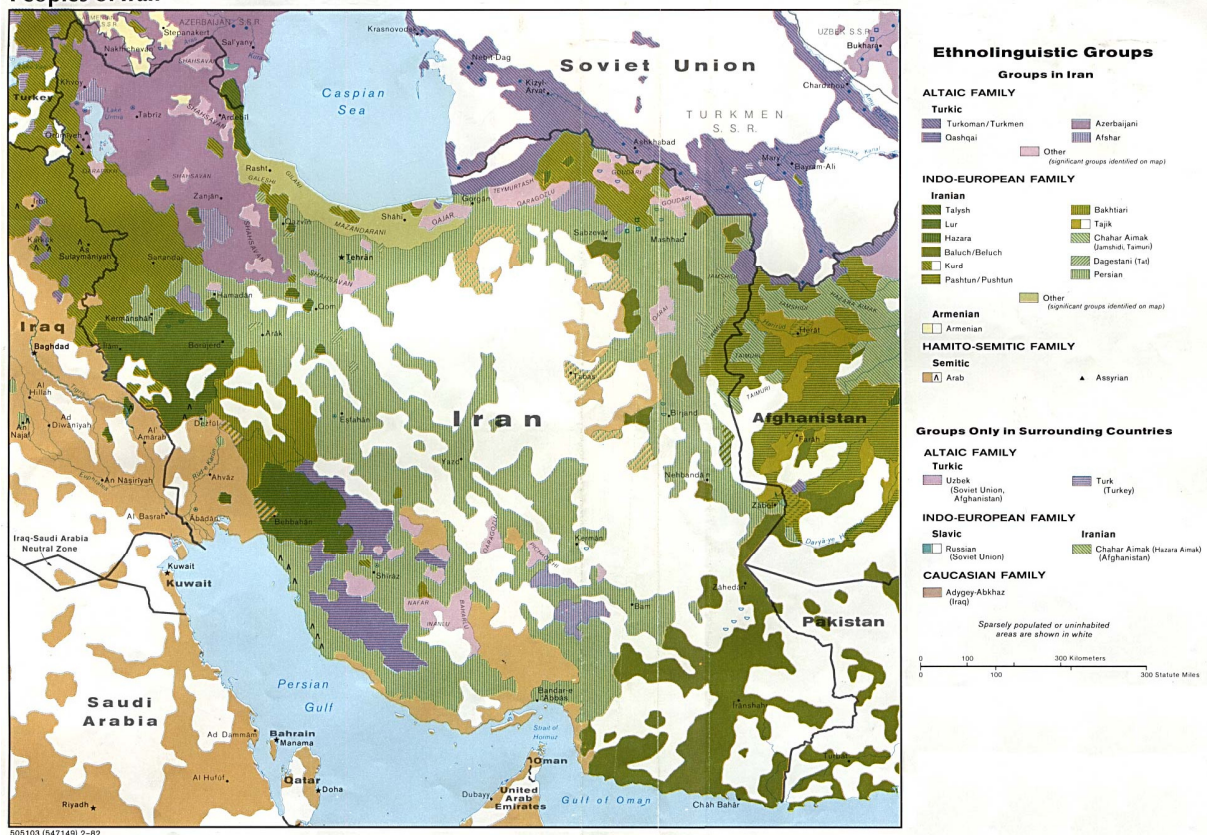
4. e. 1. Völker und Sprachen Irans

Persien bzw. der Iran war schon immer und ist auch heute noch ein „Vielvölkerstaat“. Sieht man sich aktuelle Statistiken an, die die „nationalen Minderheiten“ aufstellen, so kommt man auf folgende Verteilung im heutigen Iran:²⁸²

- Perser ca. 49 %
- Aserbaidzchaner ca. 23 %
- Gilaki & Mazandarani ca. 8 %
- Kurden ca. 10 %
- Araber ca. 3 %
- Turkomanen ca. 2 %
- Luren ca. 2 %
- Belutschen ca. 2 %

Wie man sieht, macht das „eigentliche“ Staatsvolk des Irans nur ungefähr 49 % der Bevölkerung der Islamischen Republik Iran aus, d. h. die Staatssprache Farsi wird nur von knapp der Hälfte der Bevölkerung als Muttersprache gesprochen.

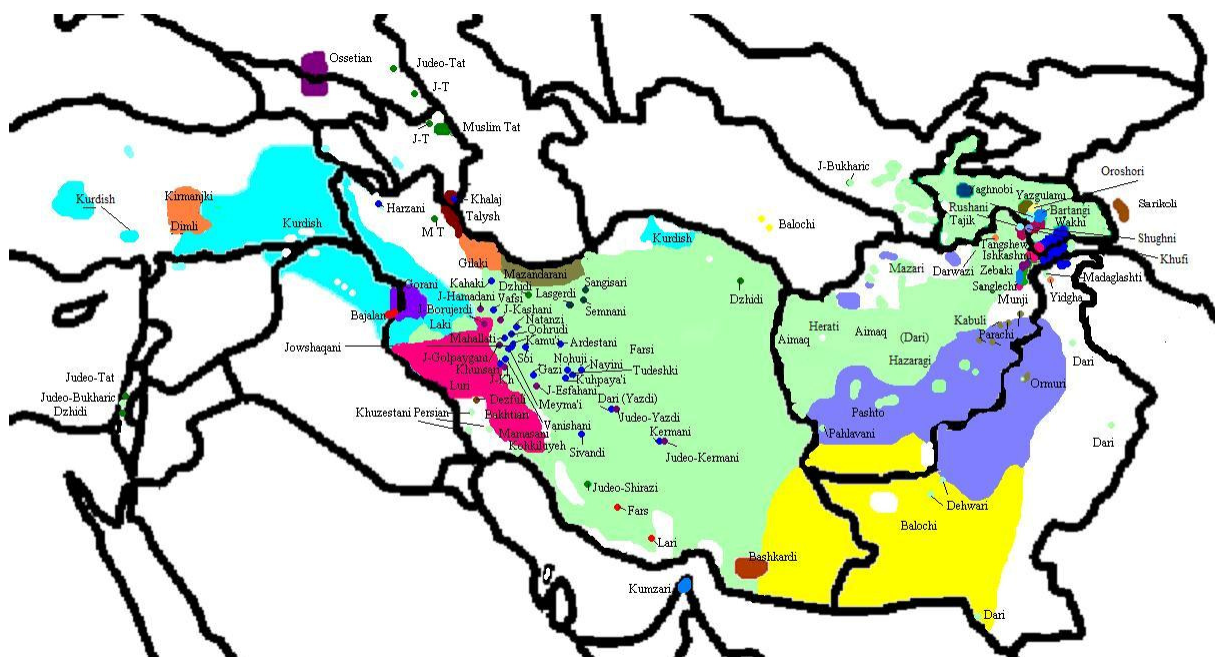
Peoples of Iran



²⁸² Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Iran#Bev.C3.B6lkerung_nach_CIA_World_Factbook:_Iran.

Blickt man auf die Muttersprache, so kann man in derselben Statistik²⁸³ sehen, dass die „nationale“ Identität nicht zwangsläufig mit der Muttersprache einhergeht, da einige nationale Minderheiten Farsi als Muttersprache angeben:

- Farsi und Dialekte 57 %
- Turkmenisch und Dialekte 26 %
- Kurdisch 10 %
- Balochi²⁸⁴ 1 %
- Arabisch 1 %
- Türkisch 1 %
- Andere 1 %



Neben der „Volkszugehörigkeit“ und der damit verbundenen Muttersprache besteht eine Religionszugehörigkeit, die von der Mehrheitsverteilung der Bevölkerung abweicht. Betrachtet man dies, so ergibt sich folgendes Bild²⁸⁵:

- Schiiten (Islam) 89 %
- Sunniten (Islam) 9 %
- Andere (Christen, Juden, Zoroastrier, Bahai etc.) 2 %

²⁸³ Ebd.

²⁸⁴ Balochi ist die Sprache der Belutschen im Osten des Irans an der pakistanischen Grenze.

²⁸⁵ CIA World Factbook: Iran.

Hieran kann man meines Erachtens ersehen, dass die Religion bzw. die religiöse Zugehörigkeit den größten „gemeinsamen Nenner“ des Staatsvolkes in der Islamischen Republik Iran ausmacht.

4. e. 2. Teheran wird Hauptstadt

Teheran wurde erst zur Zeit der Kadscharen zur Hauptstadt des Persischen Reiches ernannt, was ungefähr 200 Jahre zurückliegt. Davor waren abwechselnd andere Großstädte wie etwa Isfahan, Täbris, Hamadan (Ekbatan) und Kermanschah jeweils die Hauptstadt des Landes. Nur die kurzzeitige Zand-Dynastie hatte zuvor ihre Residenz in Teheran. Je nachdem welches Volk das Land beherrschte, wechselte die Hauptstadt bzw. Residenz. Teheran blieb jedoch während der Kadscharendynastie kontinuierlich die Hauptstadt.

Bereits während den Ereignissen der Konstitutionellen Revolution hatte Teheran große Bedeutung für die herrschende Schicht. Diese Wichtigkeit hat traditionelle und historische Gründe. In der Geschichte der iranischen Revolutionen hatte das Zentrum eine immense Bedeutung. Der Kampf der verfeindeten Parteien konzentrierte sich stets auf das Zentrum. Konnte man das Zentrum für sich erobern, so gelang es traditionell, seine Herrschaft von dort aus auf das ganze Land auszuweiten. Somit kann man behaupten, dass damals Teheran mit dem Iran gleichgesetzt wurde. Immer wenn man von Teheran sprach, sprach man gleichzeitig vom Iran und umgekehrt. Sonst wäre es auch unsinnig, die Konstitutionelle Revolution als die Revolution von iranischen Völkern zu bezeichnen, zumal weder iranische Völker an der Revolution direkt beteiligt waren, noch im späteren Gerüst des Staates (z. B. Parlament der Konstitutionellen Revolution) eine Rolle spielten. Darüber hinaus erleichterte die Konzentration auf Teheran den Revolutionären, „die vermutete nationalnost der älteren Herrscher und den dynastischen Staat zu übernehmen“.²⁸⁶

Das erste Parlament wurde in Teheran gegründet. Die Abgeordneten des ersten Parlaments waren alle Teheraner bzw. lebten alle in Teheran. Die Konzentration auf Teheran als Zentrum aller Geschehnisse ging in der Zeit von Reza Schah weiter. Er führte die von der Konstitutionellen Revolution vererbte Fehlentwicklung einfach weiter.

Mit der Machtübernahme von Reza Schah und der Gründung des Nationalstaates gewinnt Teheran zusätzlich immens an Bedeutung. Reza Schah widmete sich Teheran besonders stark. Dies war der Anfang einer neuen Ära für diese Stadt. Teheran war für ihn das Zentrum,

²⁸⁶ Anderson, S. 160.

welches viele unterschiedliche Kräfte in sich verkörperte. Teheran wurde seit Jahren zum Konzentrationspunkt der Aufmerksamkeit und Interessen der Großmächte. Nach der Ernennung Teherans zur Hauptstadt in der Zeit von Reza Schah werden Produktionsstätten und Staatsapparate von anderen Großstädten nach Teheran verlagert. Teheran war der Raum, in welchem die Macht des neugegründeten Nationalstaates sich verdichtete und von dort aus auf das ganze Land ausweitete. Reza Schah baute den Nationalstaat auf eine zentralistisch gespeiste Bürokratie, welche den Hauptsitz in Teheran hatte. Selbst die kleinste Angelegenheit sollte im Zentrum entschieden werden. Dort wurden auch Staatsbeamte für das ganze Land ernannt. Auch der Bürgermeister für die kleinste kurdische Stadt an der irakischen Grenze wurde in Teheran ernannt. Das Budget und dessen Anwendung für diese kleine Stadt wurden ebenso im Zentrum beschlossen. Die peripheren Gebiete wurden aus den staatsrelevanten Praktiken komplett ausgeschlossen. Diese wurden kontinuierlich im Laufe der Zeit ökonomisch, politisch und kulturell marginalisiert. Alle staatlichen Institutionen haben ihren Hauptsitz in Teheran. Die peripheren Städte haben keine Autonomie. Sämtliche staatlichen Projekte wurden im Zentrum umgesetzt.

Teheran wurde zum Konzentrationsraum der Kapitalakkumulation von konkurrierenden ausländischen Großmächten. Jeder, der in Teheran vertreten war, hatte auch einen Anteil am Reichtum des Landes. Die Anteilhabe richtete sich nach dem Engagement der Mächte in iranischen Staatsinstitutionen, welche sich in Teheran als neue Hauptstadt des Landes befanden. Deshalb waren Russland, Großbritannien und die USA im Iran am stärksten repräsentiert. Der neue Nationalstaat entwickelte somit zentralistische Strukturen und wurde zu einem zentralistischen Nationalstaat. Alles nahm seinen Ursprung in Teheran. Alle Infrastrukturen bspw. die Transiranische Eisenbahn, welche quasi als Zentrum des Netzes fungierte, hatten Teheran als Anlaufstelle.

Historisch gesehen waren eigentlich andere Regionen mit anderen Zentren ökonomisch wesentlich wichtiger, u. a. Isfahan und Täbris. Teheran liegt jedoch in einer persisch dominierten Region. Ähnlich verhält es sich mit Spanien, wo die Kastilier genau in der Mitte des Landes leben und Madrid die Hauptstadt des spanischen Königreiches wurde.



Wahrscheinlich wurden Städte wie Qom oder Maschhad nicht als Hauptstadt gewählt, weil man sonst bei der Wahl dieser religiösen Stätten dem dort residierenden schiitischen Klerus zu viel Macht eingeräumt hätte.

Nachdem Teheran zur Hauptstadt ernannt worden war, wurde die dort verbreitete Sprache des Zentrums allmählich zur Hochsprache gemacht. Sprachen der Minderheiten wurden verboten und die damit verbundenen Kulturen an den Rand gedrängt.

Demgegenüber liegen die Landesteile mit eigener kultureller Identität und Geschichte am „Rande“ des Persischen Reiches, so etwa die Kurden, die im Westen und Nordwesten leben, und die Aserbaidshaner, die im Nordosten leben. Auch ökonomisch befanden sich die Zentren des Reiches eher am Rande, dennoch wurde Teheran zur Hauptstadt des Zentralstaates ernannt. Die Entscheidung wurde aus rein strategischen und machtpolitischen Gründen getroffen. Die ökonomische Fruchtbarkeit der anderen Städte wurde dabei vernachlässigt. Diese Regionen wurden in einem zentralistischen Nationalstaat peripherisiert. Mit der Fixierung auf Teheran beabsichtigte man „das alte Prachtgewand um die Schultern der Revolutionäre zu legen“.²⁸⁷

²⁸⁷ Anderson, S. 150.

Damit hat man quasi die herkömmlichen und alten Ungleichheiten der zerstörten Dynastie wieder aufgegriffen und fortgesetzt.

In diesem Zustand kam es zu Interessenskonfrontationen zwischen dem Nationalstaat und den „unterdrückten Völkern“. Denn der Nationalstaat wurzelte in den Trümmern der vorhergegangenen Dynastie. Diese Dynastie entstand wiederum aus vielen autonomen Selbstverwaltungsregionen, welche sich ebenso von der alten Dynastie mit einem unabhängigen Staat loslösen konnten. Unter diesen Umständen bildete sich ein zentrumsfixierter Nationalismus der herrschenden Schicht mit der Begründung der realen Drohungen der Loslösung anderer Nationen vom Zentrum. „Der offizielle Nationalismus war regelmäßig eine Reaktion bedrohter dynastischer und aristokratischer Gruppen auf den Nationalismus der einzelnen Völker“.²⁸⁸

Bei den Protesten der sog. Minderheiten im Iran ging es um die Unterprivilegierung der Minderheitenregionen und man richtete sich gegen den ansteigenden Wohlstand nationalstaatlicher Zentren bzw. der Metropolen im Zentrum. Abgesehen von der politischen Benachteiligung der Minderheiten in der Peripherie richteten sich die dortigen Aufstände gegen die ungleiche soziale Entwicklung sowie gegen die soziopolitischen Ungleichgewichtigungen bei der Nationalstaatsbildung. Dieses erfahrbare Phänomen der Unterdrückung bezeichnet Robert Lafont bereits 1967 als „internen Kolonialismus“.²⁸⁹

Der amerikanische Soziologe Michael Hechter führt diese ungleiche Entwicklung bzw. die Ungleichheiten auf die Industrialisierung und den Prozess der Nationalstaatsbildung zurück. „Die kapitalistische Entwicklung verdankt ihre Dynamik gerade der vorfindbaren und dann noch intensivierten regionalen Ungleichheit“.

Diese Darlegung versucht nicht nur die asymmetrische Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie zu erklären, sondern führt die soziokulturelle Hegemonie des Zentrums über das periphere Zentrum und weiterhin die kulturelle Dominanz dieses Zentrums über die periphere Peripherie auf deren vorgängige Ungleichheit zurück. So basiert die Herstellung der nationalen Hegemonie auf einigen soziopolitisch und wirtschaftlich diskriminierenden Grundregeln, die stets als Ursache der innerstaatlichen Konflikte angesehen werden.

²⁸⁸ Anderson, S. 150.

²⁸⁹ Vgl. Blaschke Jochen (Hrsg), S. 8.

Nach Anderson ist der sog. „offizielle Nationalismus“ regelmäßig eine Reaktion bedrohter dynastischer und aristokratischer Gruppen auf den Nationalismus der einzelnen Völker“.²⁹⁰ Als Reaktion auf den persisch-schiitischen Nationalismus entwickelten die iranischen Völker einen eigenen Nationalismus mit eigenen Parteien und Organisationen. Um nun einen Überblick über die erwähnten Völker Irans zu verschaffen, werden wir die untenstehende Ausführung in das Thema einbringen.

4. e. 3. Die Aserbaidshaner

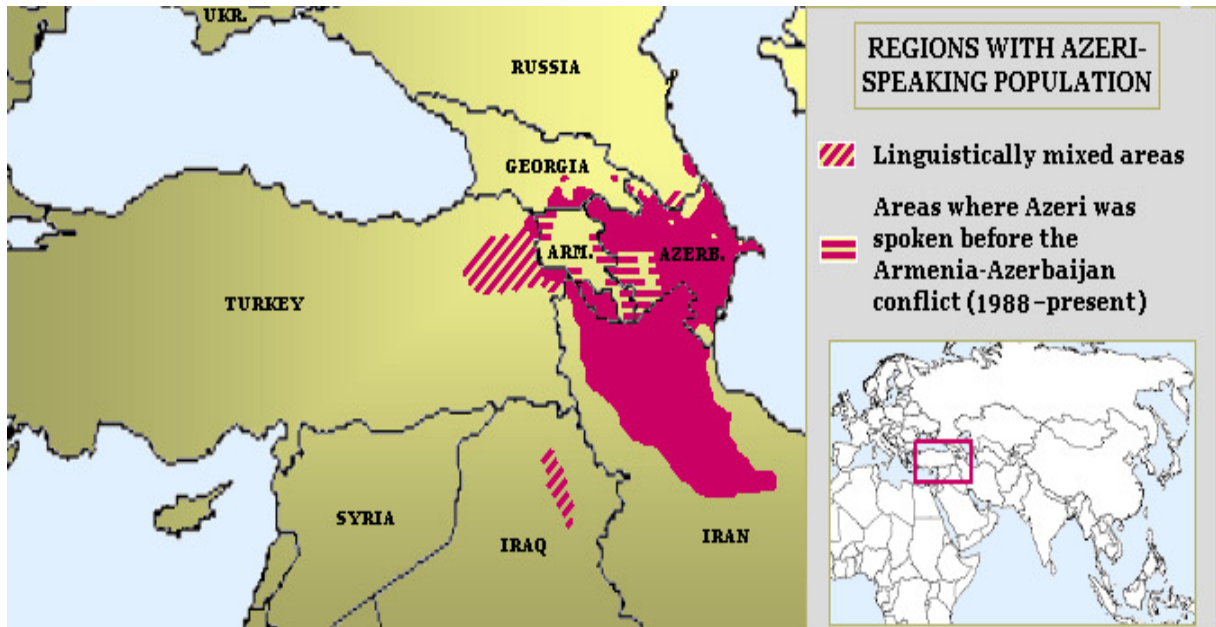
Im Nordwesten der heutigen Islamischen Republik Iran leben ungefähr 12-23 Millionen Aserbaidshaner²⁹¹ (die Zahl weist eine Variation von 11 Millionen Menschen auf, weil der Nationalstaat stets falsche statistische Zahlen veröffentlicht, um die Anzahl der Nichtperser als möglichst niedrig darzustellen), die im Gegensatz zu den Persern, welche eine indoeuropäische Sprache (Farsi) sprechen, eine turkmenische Sprache sprechen. Dies bedeutet, dass ungefähr jeder 4. bis 5. Einwohner im Iran Aserbaidshaner ist. Somit wohnen im Iran mehr Aserbaidshanisch/Azeri-Sprecher als in der 1991 gegründeten Republik Aserbaidshan (ca. 1-2 Mio.).

1% der Gesamtbevölkerung der Aserbaidshaner lebt in der Türkei, sowie mehrere Millionen in den Nachbarstaaten Armenien, Georgien, Russland, Irak und Syrien sowie Afghanistan und Jordanien. Die iranische Regierung gibt die Sprecherzahl der „südaaserbaidshanischen Azeri“²⁹² genannten Sprache mit (offiziell) 9,8 Millionen an.

²⁹⁰ Anderson, S. 150.

²⁹¹ Die demographischen Angaben schwanken erheblich zwischen 12 und 23 Millionen. Die Encyclopaedia of the Orient (2004) gibt 12 Mio (das sind 18 % der iranischen Bevölkerung) an, das CIA World Factbook 2005 spricht von 16,3 Mio (24 % der Bevölkerung Irans), der Ethnologue (2005) spricht von 23 Mio., was 34,3 % der Bevölkerung entspricht und die Microsoft Encarta (2006) gibt 17 Mio. an, was 25 % der Bevölkerung entspricht.

²⁹² http://www.ethnologue.com/show_language.asp?code=azb



Im Gegensatz zu den Kurden, die mehrheitlich Sunniten sind, gehören sie meist der schiitischen Richtung des Islam an, wie die Mehrheit (ca. 90 %) der iranischen Bevölkerung.

Das Siedlungsgebiet befindet sich in drei von 30 Provinzen des Iran, begrenzt durch das Kaspische Meer sowie den Kaukasus und liegt nördlich der kurdischen Gebiete. Aufgrund der Lage ihres Siedlungsgebietes standen sie immer zwischen russischem und persischem Einfluss.

In diesen Gebieten gab es mehrere Bewegungen, die eher nationalistisch bzw. nationalistisch-sozialistisch gesinnt waren und die Legitimität des iranischen Nationalstaates infrage stellten. Sie werden folgendermaßen ausgeführt.

4. e. 3. 1. Die Djangali-Bewegung und die sozialistische Sowjetrepublik

Bereits 1915 hatte sich in den Wäldern von Gilan eine Gruppe Oppositioneller, bestehend aus Kutschek Khan und Ihsan Allah Khan, Azadikhahan genannt, gemeinsam mit Anhängern der Konstitutionellen Revolution, Mudjahidin genannt, getroffen und die Djangali-Bewegung gegründet²⁹³. Seit 1905 war Mirza Kutschak Khan aktiv am Widerstand gegen das persische Königshaus beteiligt, wurde jedoch 1918 von den Truppen des britischen, zaristischen Generals Dunsterville geschlagen, obwohl abziehende Russen ihm und seinen ungefähr 3000 Männern die Waffen überließen. Kutschek Khan unterwarf sich daraufhin den Briten, nicht aber der Zentralregierung in Teheran und wurde nach Nord-Aserbaidschan vertrieben.

²⁹³ „Djangali“ (Urwald) aufgrund des Versammlungsortes im Forst bei Gilan.

Bereits im Mai 1918 hatte sich in Nord-Aserbaidschan die demokratische Volksrepublik Aserbaidschan gebildet, die zu dieser Zeit jedoch von Menschewiki regiert wurde. Die Volksrepublik war hervorgegangen aus der Transkaukasischen Demokratisch-Föderativen Republik, bestehend aus Georgien, Armenien und Aserbaidschan, welche jedoch nach gut vier Wochen auseinandergefallen war. Nur in Baku hatte sich eine Räte-Kommune unter den Bolschewiken gebildet, deshalb war zu dieser Zeit die Hauptstadt der Republik die Stadt Genca,. Erst ab April 1920 begann die „Sowjetisierung“ dieser Republik mit dem Einmarsch der Roten Armee in Baku. Die Streitkräfte des Landes befanden sich zu dieser Zeit in Naschitchevan und Berg Karabach im Krieg mit dem Nachbarland Armenien. Der Einmarsch der Roten Armee führte dazu, dass sie die Weißgardisten bis nach Gilan und Azari verfolgten, wohin sich der britische General Dunsterville sowie sein russischer Kollege Denikin in das britische Konsulat zurückgezogen hatten. Bei dieser Gelegenheit wurden auch Teile des südlichen Aserbaidschans unter Leitung des Trotzki-Mitarbeiters Jakow G. Bljumin besetzt. Dort wurde dann die Kommunistische Partei Irans in Täbris unter dem linksradikalen Parteichef Pischevari und dem sozialistischen Generalsekretär Agajew gegründet.

Eine Einheitsfront aus Dschangali und KP eroberte schließlich mit russischer Hilfe am 5. Juni 1920 Rasht und Mazandan und proklamierte die Persische Sozialistische Sowjetrepublik, gestützt auf die russische Flotte und 2.000 Rotgardisten unter einem russischen Militär-Gouverneur. Zusätzlich wurde noch eine Iranische Rote Armee gebildet, deren Kommandeur der Anarchist Ehschanollah Khan wurde. Nach Abzug der Sowjets putschte sich dann der Heerführer Ehshanollah mit Hilfe Pischewaris am 21. Juli 1920 an die Spitze der Revolutionsregierung und versuchte das Gebiet auszudehnen, was aber zu schweren Verlusten führte. Im Gegenzug besetzte die von der Roten Armee zwar zerschlagene, aber von den Briten danach wiederaufgebaute Teheraner Kosakenbrigade Ende 1920 die Provinz Rasht.

Im Exil in Baku spaltete sich die KP, nachdem Pischewari von den Sowjetrussen durch den ehemaligen Sozialdemokraten Haidar Khan Amu Ogli ersetzt worden war. Mit der Entmachtung der von der marxistischen Lehre geprägten Sozialisten an der Parteispitze begann eine Welle der Nationalisierung der Bewegung. Im Mai 1921 schlossen Ehschanollah, Kutschek Khan und Haidar Khan eine neue Einheitsfront und so zog Ehshanollah mit einem 2.000 Mann starken Heer im Juni 1921 erneut gegen Teheran, wurde aber geschlagen. Die besten Teile der Iranischen Roten Armee waren damit endgültig vernichtet. Der Revolutionsrat schloss ihn daraufhin am 30. Juli 1921 aus, und am 4. August konnten Kutschek Khan und Haidar Khan nochmals die Sowjetmacht in Rasht errichten. Dem Gegenstoß der

Regierungstruppen versuchte Kutschek Khan durch einen Putsch und mit der Ermordung Haidars zuvorzukommen. Doch Reza Khan lehnte das mit Autonomiegarantie für Gilan verbundene Kapitulationsangebot ab und am 3. November 1921 fiel Rasht endgültig. Mirza Kutschek Khan erfror auf der Flucht und sein abgetrennter Kopf wurde nach Teheran gebracht. Ehshanollah Khan entkam in die Sowjetunion und die Dschangali-Bewegung wurde aufgerieben.

4. e. 3. 2. Republik Groß-Aserbaidshan

Das Scheitern der Dschangali-Bewegung, welche sehr linksorientiert gewesen ist, ließ ihre verbleibenden Mitglieder umdenken. Die Bewegung konnte die breiten Massen der aserbaidshanischen Gesellschaft nicht erreichen. Sie konnte ihr Image nicht an den Menschen bringen. Große Teile der Gesellschaft sind zu diesem Zeitpunkt „unreif“ für die Aufnahme solcher abstrakter Ideologien gewesen. Deshalb stieß die Bewegung auf eine ablehnende Haltung in der Gesellschaft. Hinzu kam, dass sich gleichzeitig in anderen Teilen Irans ein persischer Nationalismus zu bilden begonnen hatte. Dieser erzielte auch erste Erfolge und konnte sich in der Breite der Gesellschaft etablieren. Angetan von diesen Entwicklungen, bildete sich eine versteckte, aber mit Aussicht auf Erfolg gegründete aserbaidshanisch-nationalistische Bewegung.



Nach dem Zerfall des Russischen Reiches Ende 1917 versuchte das heutige Aserbaidshan die im heutigen Iran liegenden drei Provinzen an einen neuen Staat mit dem Namen Republik Groß-Aserbaidshan (Büyük Azərbaycan Cumhuriyati) anzugliedern.

1918 erklärte sich auch der südliche Teil, Iranisch-Āzarbāydschān, für selbstständig und wollte sich dem neuen Staat und der Türkei anschließen. Das Parlament Groß-Aserbaidshans erlaubte daher den Truppen des türkischen Generals Enver Pascha die nördlichen Teile zu besetzen, um die Unabhängigkeit des Staates zu sichern. Das führte aber dazu, dass englische Truppen den Süden besetzten.

1920 löste sich das Staatsgebilde Groß-Aserbaidshan auf, eine Staatsbildung war verhindert worden.²⁹⁴

Dieser ist nicht der letzte gescheiterte Versuch einer aserbaidshanisch-nationalistischen Bewegung, sich von dem damaligen iranischen Staat abzutrennen. Jede Machtlücke der Zentralregierung wurde als eine neue Chance auf dem Weg zur Selbstständigkeit genutzt. Direkt im Anschluss an die Bewegung für ein Groß-Aserbaidshan bildete sich die demokratische Republik Āzarbāydschān, die sich ebenso aus dem nationalistischen Gedanken eines freien und von Persern unabhängigen Groß-Aserbaidshan speiste.

4. e. 3. 3. Die Demokratische Republik Āzarbāydschān (Azadistan)

Am 7. April 1920 war die russische Rote Armee auch in Iranisch-Aserbaidshan einmarschiert, wo Scheich Mohammed Khiabani mit Hilfe bolschewistischer Truppen am 23. Juni 1920 in Täbriz eine weitere Räterepublik konstituierte, die Demokratische Republik Āzarbāydschān, manchmal auch nur *Azadistan*²⁹⁵ genannt. Im September 1921 verließen die russischen Truppen jedoch das Land und schon am 4. September 1920 wurde das Gebiet von Regierungstruppen Persiens besetzt, die die Führer hinrichteten.

Die Unabhängigkeitsbestrebungen gingen bis zum Zweiten Weltkrieg unvermindert weiter. Mit dem Zweiten Weltkrieg jedoch gewinnen sie an neuen Dimensionen, wie folgend dargelegt wird.

4. e. 3. 4. Die aserbaidshanische Volksregierung (Nov. 1945-46)

Mit der Absetzung Reza Schahs im September 1941 besetzten sowjetische Truppen Täbris und den Nordwesten Persiens aus militärischen und strategischen Gründen. Im September 1944 verhandelten amerikanische Ölfirmen mit der damaligen iranischen Regierung über fünf Ölkonzessionen in den nördlichen Provinzen. Noch bevor das Majlis in Teheran ein Gesetz beschlossen hatte, das der iranischen Regierung verbot, vor Ende des Zweiten Weltkrieges

²⁹⁴ Geschichte Āzarbāydschāns nach Wikipedia.

²⁹⁵ Azadistan bedeutet „Land der Freien“.

Ölkonzessionen zu vergeben, forderte die gerade gegründete Tudeh-Partei²⁹⁶ die Regierung auf, auch Konzessionen an die Sowjetunion zu vergeben.

Im November 1944 gründete sich in Täbriz ein aserbaidtschanischer Volkskongress, der erklärte, er sei das erste Parlament der Provinz Iranisch-Aserbaidtschan und strebe die Autonomie an. Die Demokratische Partei (Firqah-i Dimokrat) verkündigte ihre Gründung am 3. September 1945 in Täbriz durch eine Gruppe von kommunistischen Veteranen, angeführt von Jafar Pischevari, dem ehemaligen Führer der Kommunistischen Partei Persiens, und auf Initiative des Politbüros der KPdSU.

„Establish a democratic party in Southern Azerbaijan under the name *Azerbaijan Democratic Party* with the objective of guiding the separatist movement. The creation of the Democratic Party in Southern Azerbaijan is to be done by a corresponding reorganization of the Azerbaijani branch of the People’s Party of Iran and drawing into it supporters of the separatist movement from all strata of the population”²⁹⁷.

Nach einem weiteren Dekret am 14. Juli 1945 wurden weitere Details festgelegt: „To create organizing committees in the center (Tabriz) and elsewhere within a month select candidates from authoritative democratic elements from the intelligentsia, middle-class merchants, small and average landowners, and the clergy in various democratic parties, and also from non-party members and bring them into the organizing committees of the Azerbaijan Democratic Party. [...] After establishing the organizing committee of the Azerbaijani Democratic Party in Tabriz the first priority is to create local committees of the Azerbaijani Democratic Party in the following cities: Ardebil’, Rezaye, Khoy, Mianeh, Zanzan, Maraghe, Marand, Mahabad, Maku, Qazvin, Rasht, Pahlavi, Sari, Shakh, Gorgan, and Mashhad.”²⁹⁸

Während der ersten Septemberwoche 1945 erklärte die Demokratische Partei (DPA), dass sie Iranisch-Aserbaidtschan kontrolliere, sie versprach liberale demokratische Reformen und löste daraufhin die Tudeh-Partei (People’s Party of Iran) in Iranisch-Aserbaidtschan auf. Später im September 1945 autorisierte die DPA auf ihrem ersten Parteikongress die Bildung einer Miliz, die bis Mitte November 1945 alle restlichen, übriggebliebenen Regierungsstellungen in der

²⁹⁶ http://www.iranchamber.com/history/tudeh/tudeh_party02.php (Geschichte der Tudeh-Partei).

²⁹⁷ Dekret am 6.7.1945 vom Politbüro der KPdSU an Mir Bagirov, Sekretär der Kommunistischen Partei Azerbaijan (“Measures to Organize a Separatist Movement in Southern Azerbaijan and Other Provinces of Northern Iran.”)

²⁹⁸ Dekret vom 14.7.1945 des Politbüros der KPdSU („Measures to Carry out Special Assignments throughout Southern Azerbaijan and the Northern Provinces of Iran in an Attempt to set the Basis for a Separatist Movement in Northern Iran.”)

Provinz besetzte, und so wurde Iranisch-Aserbaidtschan eine autonome Republik unter der Leitung eines nationalen Exekutivkomitees mit 39 Mitgliedern.

Zu dieser Zeit war der Norden des Iran bereits von sowjetischen Truppen besetzt und es wurden Wahlen abgehalten, in denen die DPA die Mehrheit bekam. Diese ernannte dann am 21. Dezember 1946 Pischavari zum Regierungschef, der inzwischen von den Sowjets „rehabilitiert“ worden war. Anschließend wurde unter Pischevari in Täbris die Aserbaidtschanische Volksregierung (AVR) proklamiert. Die DPA nutzte die Unzufriedenheit der Menschen mit der Zentralisierungspolitik Reza Schahs aus und erlaubte u. a. wieder die Verwendung der aserbaidtschanischen Sprache, welche einige Zeit vorher von Reza Schah verboten worden war. Die DPA verbreitete sich in ganz Iranisch-Aserbaidtschan und führte einen Staatsstreich durch, während die sowjetische Armee die iranischen Verstärkungen daran hinderte, die Provinz zu betreten.

Am 13. Juni 1946 wurde ein Vertrag zwischen der Zentralregierung in Teheran und den Delegierten aus Aserbaidtschan unter Leitung von Pischevari ausgehandelt.²⁹⁹ Nach diesem Vertrag stimmte Pischevari der Aufhebung der Autonomie, dem Verzicht auf das Ministeramt und das Amt des Premierministers sowie dem Wiederanschluss an den Iran zu. Das Parlament wurde in einen Provinzrat, ein System, das von der iranischen Verfassung anerkannt und berücksichtigt wurde, umgewandelt.³⁰⁰

Zur selben Zeit verstärkte die USA ihre militärische Unterstützung für die Regierung in Teheran. Unter dem Druck der Westmächte und der gerade neu gegründeten Vereinten Nationen (United Nations Organisation³⁰¹) zog die Sowjetunion ihre Hilfe für den neu gegründeten Staat zurück und das iranische Militär besetzte von November bis Dezember 1946 wieder das Territorium, so dass damit das Ende der aserbaidtschanischen Volksregierung eingeläutet war.

Taduesz Swietochowski³⁰² beschreibt das Ende der AVR folgendermaßen: „Wie es sich herausstellte, erkannten die Sowjets, dass ihre Ideen mit dem Iran unausgereift waren. Die

²⁹⁹ A. C. Edwards. „Persia Revisited“, International Affairs (Royal Institute of International Affairs 1944), Vol. 23, No. 1. (Jan., 1947), S. 58.

³⁰⁰ Nationalarchiv der Republik Aserbaidtschan, Archiv über politische Parteien und soziale Bewegungen, Archiv 1, Ordner 89, Folie 114, Seiten 218-230.

³⁰¹ Der Iran ist Gründungsmitglied der UNO (seit 24.10.1945).

³⁰² Swietochowski, Tadeusz (1989): „Islam and the Growth of National Identity in Soviet Azerbaijan“; Kappeler, Andreas/Simon, Gerhard/Brunner, Georg (Hg.): Muslim Communities Reemerge: Historical Perspectives on Nationality, Politics, and Opposition in the Former Soviet Union and Yugoslavia. Durham: Duke University Press, S. 46-60.

Angelegenheit mit Iranisch-Aserbaidtschan wurde zu einer der anfänglichen Auseinandersetzungen des Kalten Krieges und die sowjetischen Kräfte zogen sich 1946 größtenteils unter dem Druck der Westmächte zurück. Die autonome Republik brach bald danach zusammen und die Mitglieder der Demokratischen Partei suchten Zuflucht in der Sowjetunion, flohen vor der iranischen Rache. In Täbris begrüßten jetzt die Menschenmengen, die erst kurz zuvor der autonomen Republik Beifall geklatscht hatten, die zurückkehrenden iranischen Truppen, und aserbaidtschanische Studenten verbrannten öffentlich Bücher in ihrer Muttersprache. Die Masse der Bevölkerung war offenbar nicht einmal für eine regionale Selbstregierung bereit, solange es einen Beigeschmack von Separatismus hatte.³⁰³:

„Die Bereitschaft der Sowjets auf ihren Einfluss in Iranisch-Aserbaidtschan zu verzichten ergab sich vermutlich aus einigen Faktoren, einschließlich der Erkenntnis, dass das Gefühl für Autonomie übertrieben worden war und dass die Ölkonzessionen das begehrtere Langzeitziel blieben.“

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die Provinzen des Irans umorganisiert. So wurde die frühere Provinz Ardebil der Provinz Gilan zugeschlagen und West-Aserbaidtschan wurde mit Ost-Aserbaidtschan vereinigt. Viele Aserbaidtschaner verließen das Gebiet und wanderten in die Hauptstadt Teheran ab, wo inzwischen schätzungsweise 6 Millionen Aserbaidtschaner leben. Seit 1995 existiert wieder eine Autonomiebewegung, die jedoch vom westlichen Ausland aus agiert, wo inzwischen mehr als eine Million Aserbaidtschaner leben.³⁰⁴

4. f. Die Kurden

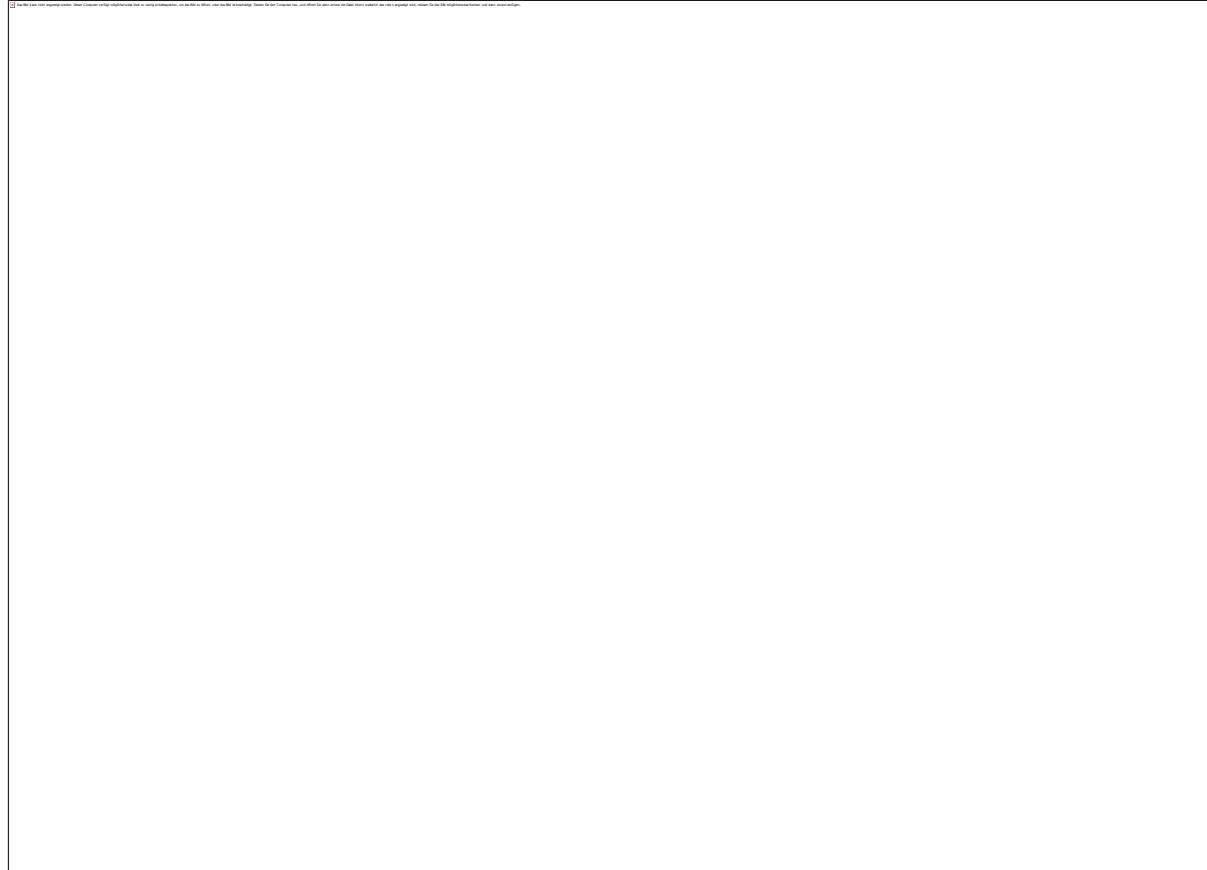
Die Kurden sind das größte Volk der Welt ohne einen eigenen Staat. Obwohl sie bereits seit Jahrtausenden im Nahen Osten lebten, kam es 1639 zu einem ersten Abkommen (Qasre-Shirin-Abkommen) zwischen dem Osmanischen und dem Persischen Reich, indem beide Länder ihre Grenzen festlegten, so dass fortan Kurden sowohl zum Osmanischen Reich als auch zum Persischen Reich gehörten. Später wurde der osmanische Teil im Sykes-Picot-Abkommen 1916 in ein englisches, französisches und osmanisches Einflussgebiet aufgeteilt. Das englische Einflussgebiet wurde der spätere Irak, das französische wurde zu Syrien und aus dem Osmanischen Teil entstand die Türkische Republik.

³⁰³ Gary. R. Hess Political Science Quarterly, Vol. 89, Nr. 1 (März 1974).

³⁰⁴ Nach "Southern Azerbaijan" der Unrepresented Nations and Peoples Organisations (UNPO) <http://www.unpo.org/content/view/full/7884/144/>.

Die Kurden machen ca. 10 bis 15 % der iranischen Bevölkerung aus und gehören zumeist dem sunnitischen Islam an. Im Iran lebten die Kurden auf einem Territorium friedlich mit anderen iranischen Völkern zusammen. Bis zur Nationalstaatsgründung und der Machtübernahme von Reza Schah im Jahre 1925 lebten die Kurden, wie alle anderen Völker im Iran, unter einem dezentralen Herrschaftssystem mit feudalistischen Strukturen. Es gab keine festgelegte, für alle Herrscher gültige Hauptstadt. Das Land setzte sich aus vielen unterschiedlichen Völkern und Stämmen zusammen. In unregelmäßigen Abständen übernahm jeweils eins dieser Völker bzw. einer dieser Stämme die Zentralmacht. Die Machtübernahme ergab sich häufig durch kriegerische Auseinandersetzungen. Das stärkste Volk bzw. der mächtigste Stamm übernahm die Macht. Deshalb variierten auch die Hauptstädte von Ekbatan (heutige Hamadan) bis nach Shiraz und Isfahan oder Tebriz, je nachdem, ob gerade Perser, Türken, Kurden oder andere Völker an der Macht waren. Die besiegten Völker hatten stets ihre lokale autonome Herrschaft. Diese lag jedoch unter der Führung des Siegevölker. Das Bindeglied zwischen den Besiegten und dem Herrschervolk bestand darin, dass die Besiegten ihre Steuern regelmäßig an das Zentrum abführten. Weiterhin stellten die Besiegten einen Teil der Zentralarmee dem Herrschenden in Form von Söldnern zur Verfügung. In Kriegszeiten gegen eine Fremdherrschaft unterstützten die Besiegten den Herrschenden im Zentrum. Als Gegenleistung durften sie in der Ausübung der lokalen Herrschaft relativ souverän bleiben. Daraus ergab sich eine Herrschaftstradition wie ein Gewohnheitsrecht zwischen diesen rivalisierenden Völkern.

In der Geschichte der Kurden hat es stets Autonomiebestrebungen gegeben. Diese fanden manchmal innerhalb des iranischen Territoriums statt und manchmal gingen sie über die geographischen Grenzen des heutigen Irans hinaus. Von Beginn des Staatsbildungsprozesses an sind Kurden dessen Erzfeinde gewesen, da sie darin einen großen Verlust ihrer oben beschriebenen Autonomie und Souveränität sahen. Ab diesem Zeitpunkt gab es wiederholt Aufstände, welche unmittelbar gegen den Zentralstaat gerichtet waren. Um die wichtigsten dieser Erhebungen darlegen zu können, erwähnen wir folgend den Aufstand von Ismail Agha Simko und den von Qazi Mohammad. Diese zwei Aufstände haben in wichtigen historischen Momenten die Geschichte des kurdischen Widerstands gegen den Nationalstaat geprägt.



4. f. 1. Ismail Agha Simko

Die Konstitutionelle Revolution und der darauf basierende persische Nationalismus trugen dazu bei, dass sich der Nationalismus bei allen anderen iranischen Völkern entfaltete. Während der Konstitutionellen Revolution und nach dem Zerfall der Kadscharenherrschaft gab es praktisch keine Zentralherrschaft mehr. Die Kurden im Westen und Nordwesten des Landes und die Aseriten in Nordosten erhoben sich. Damit erhofften beide Völker die Eroberung der Herrschaftsstruktur in ihrem lokalen Zentrum oder zumindest eine Autonomie im künftigen Nationalstaat. Die Kurden mit der Führung von Ismail Agha Simko sahen in der Schwäche der Zentralmacht eine gute Gelegenheit, um ein eigenes Herrschaftsgebilde herzustellen und eventuell darüber hinaus die Herrschaft über andere Völker zu gewinnen.

Dieser Aufstand fand in der Etablierungsphase der Macht von Reza Schah statt und hatte einen feudalistischen Charakter. Ismail Agha hatte den Spitznamen „Sardar Nosrat“ und war Sohn von Mohammad Agha. Nach dem Tod seines Bruders übernahm er die Führung des kurdischen

Stamms der Shakak. Als die zentralen Machstrukturen während der Konstitutionellen Revolution zerbrachen, drang das osmanische Reich in den Nordwesten Irans (kurdisch-aserbaidshanisches Siedlungsgebiet) ein. Ismail Agha nutzte die Gelegenheit und drängte die Osmanen mit der Unterstützung der Russen zurück. So machte er sich in der Region einen Namen. 1917 und unmittelbar nach der Oktoberrevolution zog Lenin alle Streitkräfte aus dem Ausland zurück. Die stationierten Truppen im Iran gingen ebenso nach Russland zurück. So verlor Ismail Agha einen starken Verbündeten. Die Russen hatten ihm allerdings einige militärische Ausrüstungen zurückgelassen.³⁰⁵ Er nutzte die Schwäche der Zentralmacht und fing an neue Territorien an seine Herrschaft anzuschließen. Dies wurde von den Alliierten stillschweigend toleriert, wenn nicht unterstützt, da sie bis zu diesem Zeitpunkt ein Interesse am Erhalt der lokalen Herrscher hatten. Des Weiteren existierte in Teheran zu dieser Zeit kein starker Führer, auf den man sich stützen konnte. So bezweckten die Alliierten die Eindämmung des Kommunismus, aber auch des zerstückelten osmanischen Reiches. Simko konnte inzwischen die Stadt Ourmieh (Rezaieh) und die Region von Mahabad unter seine Kontrolle bringen.

Mit der Machtübernahme von Reza Shah und der Neustrukturierung der Armee verlor Ismail Agha kontinuierlich an Macht, bis Reza Shah mit Unterstützung seiner Verbündeten die von Simko kontrollierten Gebiete in Kurdistan zurückgewann. Simko traf sich sogar einige Zeit später mit Reza Shah und legte den Kampf gegen die Zentralregierung nieder.³⁰⁶ Aber unmittelbar danach begannen die ersten Grenzstreitigkeiten zwischen den zwei neugegründeten Staaten Iran und Türkei. Diese Situation belebte die kurdische Bewegung mit der Führung von Simko wieder nach einer langen Verschnaufpause. Diesmal aber wurde Simko noch stärker und noch schneller von den iranischen Militärtruppen zurückgedrängt.

Die nationalistisch-kurdische Bewegung sieht diese Epoche als die Anfänge der Bildung des kurdischen Nationalismus bzw. des nationalen Bewusstseins der Kurden. Ismail Agha war zwar ein Feudalherr, aber zugleich ein pragmatischer kurdischer Stammesführer. Die Ereignisse der Konstitutionellen Revolution und die des neuentwickelten iranischen Nationalismus hatten weitreichenden Einfluss nicht nur auf die Elite des Irans, sondern auch auf die lokalen Herrscher und die von ihnen geführten nationalen Minderheiten des Landes, wengleich sich ihre Reichweite hauptsächlich auf das Landeszentrum, das zugleich der Ort der Geschehnisse war, konzentrierte. Die Peripherie und insbesondere das Zentrum in der iranischen Peripherie, d. h. die lokalen Herrscher, beobachteten die Ereignisse in Teheran genau. Ismail Agha hatte eine zwiespältige Sichtweise auf den Nationalstaat. Er sah in ihm

³⁰⁵ Vgl. political studies and search Institute, Bestand vom 23.02.2012.

³⁰⁶ Ebd.

eine drohende Gefahr, aber zugleich eine historische Chance. Eine Gefahr schien der Nationalstaat für die bis dahin gut funktionierende autonome kurdische Feudalherrschaft zu sein. Er ahnte, dass der Nationalstaat ihnen den Boden unter den Füßen wegziehen würde. Deshalb wehrte er sich vehement gegen den Staat und wollte zugleich einen eigenen kurdischen Staat gründen. Doch bereits ein Jahr nach seiner siegreichen Erhebung gegen Teheran wurde sein Aufstand von der persischen Staatsmacht niedergeschlagen. Er musste mit seinen Tausenden von Kämpfern in das britische Protektorat Mesopotamien (später Irak) flüchten, wo sie ihre Waffen allerdings niederlegen mussten. Wenige Jahre später erfolgte 1926 ein erneuter Aufstand unter Simko, er wird jedoch 1930 bei Verhandlungen mit Regierungsvertretern in Teheran ermordet. Einer der Gründe, warum Reza Schah unter den persischen Staatsmännern beliebt war, ist die erfolgreiche Niederschlagung solcher Aufstände. Später schloss die neue Regierung unter Reza Schah 1937 ein noch heute bestehendes Abkommen mit der Türkischen Republik, dem Königreich Irak und dem Königreich Afghanistan über die Grenzen des Iran, wobei als Teil des Abkommens auch Vereinbarungen über ein koordiniertes Vorgehen bei der Bekämpfung der Kurden getroffen wurden.

Analytisch betrachtet wurden aber die Weichen für den kurdischen Nationalismus in dieser Zeit und von Simko gestellt. Ab diesem Zeitpunkt bekommt das kurdische Volk die Anwesenheit und die Machtdemonstration der Zentralherrschaft zum spüren. Den Kurden ist das Dilemma damals klar gewesen. Entweder gründen sie einen eigenen Staat oder sie fallen der Assimilationspolitik der Zentralherrschaft zum Opfer. Mit dem Niedergang der Simkobewegung und der darauffolgenden Einführung der neuen Strukturen durch den Nationalstaat brachen die bis dahin gültigen Gesellschaftsformationen im ganzen Land zusammen. Deshalb tendieren seit dieser Zeit Freiheitsbewegungen die Farbe der nationalen Unabhängigkeit. Diese gewinnt mit der Republik Kurdistan (Mahabad) neue Dimensionen. Folgend wird die Republik Mahabad näher dargestellt.

4. f. 2. Republik Kurdistan

Nach dem Niedergang von Simkos Herrschaft über Teile von Kurdistan wurde das Land den Strukturen der Zentralmacht unterworfen. Die Niederlage Simkos bedeutete zugleich das Ende einer Ära, nämlich der Vorherrschaft von Feudalherren gegenüber nationalen Bewegungen. Ab diesem Zeitpunkt durften die kurdischen Feudalherren sich nur noch auf das Bestellen von Ländereien und um ökonomische Vorgänge konzentrieren. Mit dem Niedergang von Simko entstand ein neues nationales Bewusstsein der Kurden, welches diesmal von kurdischen Intellektuellen geleitet wurde und das von dem vom Nationalstaat propagierten persischen

Nationalismus überschattet war. Die ersten kurdischen Zeitungen erschienen und waren allen zugänglich. Mit der Konsolidierung der Zentralmacht wurde die Schulpflicht eingeführt. Diese hatte zu Folge, dass nun das Wissensmonopol auch in Kurdistan nicht mehr in der Hand von Aghas und Sheikhs konzentriert war. Diese wurde ebenso für alle zugänglich und zugleich unpersönlich gemacht. Kurdische Dichter träumten von einem eigenen Staat und verfluchten in ihren Gedichten die „Besatzer Kurdistans“. Immer mehr kurdische Akademiker gingen ins Ausland und lernten den europäischen Nationalismus hautnah kennen. Nach der Rückkehr wollten sie diesen auch dem kurdischen Volk übermitteln. Die Aufstände fanden nicht mehr als einzelne personenabhängige lokale Bewegungen statt. Kurdische Parteien wurden gegründet und somit neue Ideologien in Kurdistan etabliert.

Anfang der 40er-Jahre wurden die ersten kurdischen Parteien gegründet. Durch den Einmarsch der Sowjetunion in den Iran erhielten die Kurden Freiräume zur politischen Betätigung. Bereits im Herbst 1945 hatten sich im Nordwesten des Iran Kurden in der politischen Gruppierung „Komalai Zhianaway Kurdistan“ zusammengeschlossen. Diese löste sich nach kurzer Zeit wieder auf und wurde mit einer Parteisatzung umstrukturiert zur *Demokratischen Partei des Kurdistan-Iran* (DPKI). Im Januar des nächsten Jahres rief Qazi Muhammad die Republik Kurdistan, vielfach auch Republik *Mahabad* genannt, aus.

Die Sowjetunion schickte zwar nicht die versprochenen Waffen, lieferte aber Armeeeuniformen sowie eine Druckerpresse, auf der Zeitungen in der neuen Amtssprache Kurdisch gedruckt werden konnten.

Diese existierte jedoch nur kurz, da die Sowjetunion sich verpflichtet hatte, sechs Monate nach Ende des Zweiten Weltkrieges den Iran zu verlassen. Im Dezember 1946 wurde Mahabad von den Regierungstruppen kampflos eingenommen. „Tausende von Soldaten, Panzer und Flugzeuge ergossen sich über die kurdischen Dörfer [...] (die Menschen) waren eingekreist und verließen ihre Dörfer, um in den Bergen Zuflucht zu finden. Die berühmte Festung der *Djuwanrojs*, das Symbol der Freiheit, wurde bombardiert und eingeäschert“.³⁰⁷

Mohammad Reza Schah nutzte ein auf ihn verübtes Attentat 1949 als Rechtfertigung für die Verfolgung aller Minderheiten. So ließ er alle kurdischen Organisationen sowie die kommunistische Tudeh-Partei verbieten. 1955 schlossen die Türkei, Iran, Irak und Pakistan ein Abkommen, indem sie festlegten, dass sich bei eventuellen Aufständen die Mitgliedsländer gegenseitig helfen, diese niederzuschlagen. Später tritt England dem Abkommen bei; die USA hatten zu dieser Zeit einen Beobachterstatus.

³⁰⁷ Qasimlu, Abdolrahman: Kurdistan und die Kurden, Bd. 2., S. 210.

Bei den Wahlen zum Madjlis von 1952 unter der Mossadeghherrschaft wurde ein DPKI-Mitglied in Mahabad gewählt, aber die Wahl wurde von der Zentralregierung für ungültig erklärt. Seitdem gilt die DPKI im Iran als illegal.

Anschließend wurden 1955 und 1956 zwei Aufstände niedergeschlagen. Ab Ende der 50er-Jahre unterstützte die Demokratische Partei Kurdistan-Irak unter Barzani den Schah und erhielt dafür dessen Unterstützung. Trotzdem kämpfte die DPKI gegen den Schah. Ab 1967 spaltete sich bei der DPKI eine von den Gedanken Che Guevaras beeinflusste Gruppe ab.

Mitte der 70er-Jahre schlossen der Irak unter Saddam Hussein und der Iran unter Mohammed Reza Schah in Algier einen Vertrag, mit dem die iranische Waffenhilfe des Schahs an die irakischen Kurden beendet und die Grenzstreitigkeiten am Schatt-el-Arab beigelegt wurden.

Da Khomeini im französischen Exil der DPKI die Anerkennung der kurdischen Autonomierechte versprach, unterstützte die DPKI am Anfang die Islamische Revolution. Nach der Machtübernahme der Ayatollahs blieb die Partei illegal und Ayatollah Khomeini als Oberhaupt der Islamischen Republik des Iran erließ eine Fatwa, nach der alle Kurden als Ungläubige galten. Nach der Gründung der Islamischen Republik Iran erhielt die Partei einen Beobachterstatus in der Sozialistischen Internationalen. Der iranische Geheimdienst brachte in den 90er-Jahren zwei Parteivorsitzende in deren Exilländern um.

Nachdem Ayatollah Khomeini am 1. Februar 1979 aus dem französischen Exil nach Teheran zurückgekehrt war, gab es in den Kurdengebieten Großdemonstrationen und Revolutionsräte wurden gegründet. Auch erschienen zu diesem Zeitpunkt wieder kurdischsprachige Publikationen. Im August des gleichen Jahres aber schlug die neue islamische Staatsmacht die Freiheitsbestrebungen der Kurden nieder, zumal der oberste Staatsführer Ayatollah Khomeini die Kurden als „Kinder des Satans“ bezeichnet hatte. Ein Jahr später kam es zum ersten „Golfkrieg“ zwischen dem Iran und dem Irak und die kurdischen Minderheiten wurden als Instrument der jeweiligen beteiligten Kriegsparteien benutzt.

Roosevelt, der sich stark mit den Problemen der Kurden auseinandergesetzt hatte, schrieb mit fester Überzeugung folgende Sätze:

„Wenn die Staaten, in denen die Kurden leben, ihren kurdischen Bevölkerungsteilen einen gewissen Grad lokaler Selbstverwaltung zugestehen und den Versuch aufgeben, ihnen einen fremden Nationalismus aufzuzwingen, dann kann es ihnen gelingen, eine Staatstreue zu schaffen, die der Schweiz mit ihrer aus vielen Nationen bestehenden Bevölkerung vergleichbar ist [...]. Eine ähnliche Politik könnte im Iran, wenn er von ausländischer Unterwanderung

verschont bleibt, eher zu größerer Einigkeit als zu Loslösungsbestrebungen unter zwei der Völker dieser Nation führen“.³⁰⁸

4. g. Zusammenfassung

Wie wir bisher gesehen haben, beeinflussten die Entwicklungen in der Sowjetunion auch immer die Stärke der aserbaidischen Autonomiebestrebungen, zumal die Aserbaidische Sozialistische Sowjetrepublik 1922 Mitglied der Union der Sozialistischen Sowjet Republiken (UdSSR) wurde, was auch Einfluss auf Iranisch-Aserbaidisch hatte.

In diesem Gebiet, das auf dem Gebiet zweier Nationalstaaten lag, befanden sich Erdölreserven und die wirtschaftliche Entwicklung war schon immer weiter als die im übrigen Teil des Persischen Reiches. Hier bildeten sich die ersten sozialistischen und kommunistischen Parteien des Persischen Reiches schon an der Schwelle des 20. Jahrhunderts. Wie wir später beim Einfluss ausländischer Mächte sehen werden, kann man bei der Entwicklung des aserbaidischen Regionalismus sehen, wie der Einfluss Großbritanniens, das während des gewaltsamen Umsturzes im Russischen Reich immer den Zar und dessen Verbündete unterstützt hatte, während der Zeit des Zweiten Weltkrieges in diesem Gebiet eher unbedeutend wurde und die USA, auch späterer Bündnispartner des Iranischen Nationalstaates unter Mohammed Reza Schah, der Gegenpol zur Sowjetunion wurden. Fast zeitgleich zur Oktoberrevolution entstanden auch in Iranisch-Aserbaidisch Bewegungen, deren Ziel es war, die „Sozialistische Revolution“ dorthin zu tragen. Dabei versuchte die SU bestehende separatistische Tendenzen in ihrem Sinne zu benutzen.³⁰⁹ Später wird die Entstehung der aserbaidischen Volksregierung zum Auslöser der „Irankrise“ und zum Vorboten des beginnenden Ost/West-Konflikts.

Die Kurden, die – von der europäischen Diaspora einmal abgesehen – hauptsächlich in den heutigen Nationalstaaten Türkische Republik, Islamische Republik Iran, den Republiken Syrien, Irak, Georgien und Aserbaidisch leben, wurden dabei zur „doppelten Minorität“ bzw.

³⁰⁸ Roosevelt jr., zit. nach Chaliand Gerard, „Die kurdische Republik Mahabad“, Kurdistan und die Kurden, Bd. 1.

³⁰⁹ Siehe auch: Younes Parsa Benab: The Gilan Soviet Republic and Azadistan in Iranian Azerbaijan (1917-1921) <http://www.iran-bulletin.org/ibMEF-2-completed/TheGilan%20Republic.htm>.

doppelt diskriminiert: zum einen als Kurde bzw. Kurdin und zum anderen als sunnitische Moslems, die – wie bereits gezeigt – keinen institutionalisierten Klerus kennen.

Diese beiden Völker und durchaus auch die Belutschen und die iranischen Araber lehnen die Existenz des iranischen Nationalstaates seit seiner endgültigen Entstehung durch Reza Schah ab und bekämpfen ihn in dieser Form. Die Geschichte der beiden Republiken Kurdistan und Aserbajdschan bestätigt diese Behauptung. Aber auch heute im 21. Jh. dauern diese Kämpfe an und bedrohen den Staat grundsätzlich. Die Minderheiten leben unter soziopolitisch und ökonomisch miserablen Bedingungen. Ein Blick auf diese Regionen verrät uns die Geschichte ihrer Peripherisierung durch den Nationalstaat.

4. h. Der Nationalstaat und die sog. religiösen Minderheiten

4. h. 1. Religiöse Minderheiten im Iran am Beispiel der Bahai

Ein weiterer Aspekt der strukturellen Probleme des iranischen Nationalstaates, die ihre Wurzeln in der iranischen Geschichte haben, ist das Problem der Verfolgung und Vertreibung von religiösen Minderheiten im iranischen Nationalstaat. Diese ist ebenso ein Erbe der Konstitutionellen Revolution. Damit meint man jedoch nicht, dass durch diese Revolution die Probleme entstanden sind, sondern eher, dass diese Probleme innerhalb der Revolutionäre und der Revolution aufgenommen und ohne Lösungsvorschläge weitergeführt worden sind. Z. B. hat man nach den ersten Erfolgen der Revolution und der Gründung des Parlaments zwei Ayatollahs (wie oben erwähnt) als Repräsentanten für Juden und Christen ausgewählt. Somit hat man die wahren Repräsentanten und die Interessen solcher religiösen Minderheiten an den Rand gedrängt.

Auch wenn ungefähr 98 %³¹⁰ der Bevölkerung des Iran heute dem islamischen Glauben angehören, so soll anhand der Religionsgemeinschaft der Bahai mit 350.000³¹¹ Gläubigen der wechselvolle Umgang der Machthaber mit religiösen Minderheiten gezeigt werden.

Bereits Anfang des 19. Jh. und davor³¹² verließ die muslimische Minderheit der Ismaeliten („Siebener-Schia“) das damalige Persische Königreich unter den Kadscharen in Richtung des indischen Subkontinents, da ihnen das Britische Empire effizienter erschien um für den damaligen 46. Imam, dem sie Abgaben schuldeten, das Geld einzuziehen. Mit den höheren

³¹⁰ Vgl. CIA World Fact Book: Iran.

³¹¹ Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 16.5.2008, „Iran geht gegen Minderheit der Bahai vor.“

³¹² Im 8. Jh. wanderten Zoroastrier nach Indien aus, dort werden sie als Parsen („Perser“) bezeichnet

Einnahmen der Gläubigen konnte der Aga Khan genannte Religionsführer selbstbewusster gegenüber der staatlichen Autorität, den Engländern auftreten.

Auch nach der Konstitutionellen Revolution sah die Verfassung nicht vor, dass Nichtmuslime überhaupt in die Regierung aufgenommen werden, obgleich sie das aktive Wahlrecht hatten, sofern sie männlichen Geschlechts waren.³¹³ Und auch die neue islamische Verfassung von 1979 kannte nur drei religiöse Minderheiten³¹⁴, die mit jeweils einem Sitz im Parlament vertreten sind.

Die Zoroastrier dagegen wurden während der Zeit von Mohammed Reza Schah als Teil des „historischen Erbes“ seit den 2500-Jahr-Feierlichkeiten der iranischen Kultur toleriert. Auch wurden diese später in der Islamischen Republik, wie auch die Juden, zumindest als religiöse Minderheit in der Verfassung erwähnt.

Die Anzahl der iranischen Staatsbürger jüdischen Glaubens soll sich nach Gründung des Staates Israel in den letzten 50 Jahren bis auf ca. 25.000 fast halbiert haben.³¹⁵

4. h. 1. a. Die Entstehung der Religionsgemeinschaft der Bahai

Die heutige Bahai-Religion entstand 1844 aus dem Anspruch des Persers Sayyid Ali Muhammad, „Bab“ genannt, der im Alter von 25 Jahren postulierte, er sei der von den Schiiten erwartete 12. Imam. Dies war eine unvergleichbare Häresie für den schiitischen Klerus, so dass er 1846 gefangen genommen und einige Jahre später hingerichtet wurde. Während seiner Haft verfasste er Texte, darunter das Buch „Bayan“, in denen er Begriffe wie Himmel, Hölle und Paradies allegorisch interpretierte und damit in Konflikt zur geistlichen Autorität der damaligen Zeit geriet. Noch zu Lebzeiten forderte er u. a. soziale Gerechtigkeit, die Ersetzung der Scharia durch ein neues, zeitgemäßes Recht und eine Aufwertung der Rolle der Frau in der Gesellschaft. Bevor er 1850 exekutiert wurde, prophezeite er, dass ein noch „größerer Gottesgesandter“ kommen werde.

³¹³ „According to the new constitution Jews, Christians and Zoroastrians had the right to elect one delegate each to the Majlis, but they could not participate in elections of other delegates. The constitution also prohibited non-Shiite Muslims from becoming a member of the Government.” <http://www.iranonline.com/History/jews-history/4.html> – Das Frauenwahlrecht wurde 1963 eingeführt.

³¹⁴ Artikel 13 nach Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrsg.) – Die Zoroastrier, Göttingen 2006, S. 3.

³¹⁵ Vgl. Massoume Price: „A Brief History of Iranian Jews”; <http://www.iranonline.com/History/jews-history/4.html>.

Während der Zeit, die Bab im Kerker verbrachte, wurde die religiöse Bewegung von verschiedenen charismatischen Persönlichkeiten geführt. Dazu gehörte auch Mirza Husayn Ali Nuri, genannt Baha'u'llah („Herrlichkeit Gottes“)³¹⁶, der auch im Juni 1848 maßgeblich an der Organisation einer Konferenz der Gläubigen beteiligt war, wo sich die Mehrheit dafür entschied, den Glauben offen als neue Religion zu proklamieren und nicht nur als Reformbewegung des (schiitischen) Islams. Dies entsprach auch den Schriften Babs, der nicht nur die Grundlagen der Glaubenslehre anders erklärte als die islamische Theologie, sondern auch den Ritus wie Gebet, Fasten und Pilgerfahrt sowie die Organisation der Gemeinde (Abschaffung des Klerus) in grundlegend abweichender Form verkündet hatte.³¹⁷

Aufgrund der innenpolitischen Lage zur Kadscharenzeit musste Baha'U'llah das Land 1851 verlassen und konnte bereits ein Jahr später wieder nach Teheran zurückkehren. Als dann aber drei fanatisierte Babis einen Anschlag auf den damaligen Schah Naser ad-Din verübten, ließ dieser anschließend alle Anhänger verfolgen und viele hinrichten. Der damalige Führer der Baha'u'llah wurde ebenfalls inhaftiert und empfing im Kerker seine erste „religiöse Offenbarung“ sowie seine Berufung als „Religionsstifter“.

Aufgrund des Eingreifens des russischen Botschafters und es sich herausstellte, dass er an der Anschlagplanung nicht beteiligt war, wurde er aus dem Gefängnis entlassen. Der Diplomat bot ihm Asyl in Russland an, zumal ihn der Schah des Landes verwies. Baha'u'llah nahm das Angebot jedoch nicht an und ging stattdessen mit seiner Familie und einigen seiner Anhänger nach Bagdad. Dort hielt er sein „Offenbarungserlebnis“ zunächst geheim und erhob keinen Anspruch auf die Führung der Gemeinde. Die übrige Gemeinde zerfiel in den nächsten Jahren in Streitigkeiten um die Führung. Baha'u'llah hielt sich aus diesem Zwist heraus, zumal sein Halbbruder Mirza Yahya Nuri, der noch keine zwanzig Jahre alt war und selbst vor seinen engsten Gefolgsleuten versteckt im Untergrund lebte, einen massiven Anspruch auf Führung erhob.

Daraufhin ließ sich Baha'u'llah zwei Jahre (1854-1856) lang, als Einsiedler in einer Höhle in der Nähe der kurdischen Stadt Sulaimaniyya im heutigen Irak nieder, bis ihn ein Emissär der Gemeinde aus Bagdad bat, wieder zurückzukommen, da sich die dortige Gemeinde im Zwist mehrfach geteilt hatte.³¹⁸

³¹⁶ Vgl. <http://www.bahauallah.de>.

³¹⁷ Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Bahai>.

³¹⁸ Vgl. <http://www.bahauallah.de/bahauallah-exil.html>.

Da sie im damaligen Bagdad für Aufregung bei der dortigen Geistlichkeit sorgten und Angst davor hatten an Persien ausgeliefert zu werden, nahmen sie die Staatsbürgerschaft des Osmanischen Reiches an.³¹⁹ Der persische Schah beschwerte sich daraufhin beim osmanischen Sultan Abdul Aziz über die Bahai, so dass dieser sie nun „klugerweise“, wie er meinte, nach Istanbul fern der persischen Grenze einlud, um sich so des „Problems“ elegant zu entledigen.

Bereits vor der Abreise nach Istanbul verkündete Baha'u'llah, er sei die vom Bab angekündigte Gestalt des Man Yozheroh Allah („Jener, den Gott offenbaren wird“). Von Istanbul wurde die 75-köpfige Gruppe dann nach nur vier Monaten nach Adrianopel, dem heutigen Edirne geschickt.

Nachdem sich die Exilanten in Edirne 1868 endgültig in zwei Fraktionen getrennt hatten, beschloss der damalige Sultan des Osmanischen Reiches die *Azali* genannten Anhänger unter Baha'u'llahs Halbbruder Mirza Yahya Nuri nach Famagusta auf Zypern und die Fraktion Baha'u'llahs, die sich fortan *Bahai* nannten, nach Akkon in Palästina zu verbannen. Dort verstarb Baha'u'llah 1892³²⁰ nach mehr als zwanzig Jahren Exil. Dort hatte er auch das *Kitabi-Aqdas* (Das Heiligste Buch)³²¹ geschrieben, welches einige Ideen des Byan übernahm, aber auch neue Lehren schuf, z.B. die Trennung von Staat und Religion bzw. die Entmachtung der Geistlichkeit, die Einheit aller Menschen unabhängig von Religion, Ethnie und Nation, das Verbot der Gewaltanwendung in religiösen Dingen usw. Hinzu kam die Tatsache, dass die Bahai historisch betrachtet von Anfang an Anhänger aus sämtlichen Ethnien und auch religiösen Hintergründen des Landes (später auch der ganzen Welt) angezogen haben. Einige dieser offenen Lehren haben dazu geführt, dass sie so stark verfolgt wurden. Baha'u'llah war auch der Meinung, dass es zwar Nationalstaaten geben soll und auch „Vaterlandsliebe“, aber dass die Menschen sich als „Weltbürger“ begreifen und global denken sollen. Ein viel zitierter Spruch von ihm wandelt ein bekanntes von Nationalisten erfundenes Hadith (Hubbu l-Watan min al-iman) ab: „Es rühme sich nicht der, der nur sein Vaterland liebt, sondern der die ganze Welt liebt.“

Der Nachfolger wurde sein Sohn Abdu'l Baha, welcher seine Ideen bis zu seinem Tod 1921 fortführte und die Gemeinde ausbaute. Anschließend wurde der Enkel des Religionsstifters, Shoghi Effendi bis zu seinem Tod im Jahre 1957 sein Nachfolger. Seit 1963 führt ein

³¹⁹ Im Rahmen der *Tanzimat* genannten Reformen hatte der damalige osmanische Sultan Abdülmecid I. u.a. die Gleichheit aller Untertanen unabhängig vom Glauben vor dem Gesetz durchgesetzt.

³²⁰ Deswegen beten sie in Richtung Haif Akko und nicht in Richtung Mekka, was ihnen im Iran den Ruf einbringt, „heimliche Zionisten“ zu sein.

³²¹ Siehe auch <http://www.bahauallah.de/bahauallah-spaete-jahre.html>.

kollektiver Rat, der „Das Universale Haus der Gerechtigkeit“ genannt wird, bestehend aus neun Männern mit Sitz in Haifa die Geschäfte der Religionsgemeinschaft.

4. h. 1. b. Erste Verfolgungen der Bahai

Bereits die Anhänger des Vorgängers von Baha'u'llah, die so genannten Babisten wurden 1850 auf Betreiben der schiitischen Geistlichkeit verfolgt, da sie maßgebliche Glaubenssätze des schiitischen Islams wie die Scharia in Frage stellten. Dies ahndete das Persische Reich mit dem Tod von ungefähr 20.000 Anhängern³²², da ein Abfall vom „wahren Glauben“ nach der Scharia mit dem Tod bestraft wird.³²³ Auch stellten sie Mohammed als letzten, endgültigen Propheten des Islam in Frage und legen ihn als einen von vielen, gleichwertigen neben bspw. Jesus, Krischna und Buddha dar. Ein weiterer Grund ist, dass bereits 1850 eine der Wortführerinnen der religiösen Bewegung des Bab, Tahira, demonstrativ den Schleier ablegte, um die Emanzipation der Frau öffentlich zu symbolisieren, was für den schiitischen Klerus damals Blasphemie war.

Schon zur Zeit der Kadscharen wurden die Bahai von schiitischen Geistlichen und der Staatsmacht verfolgt. Auch in der Regierungszeit Reza Schahs fanden Pogrome mit Hilfe der Staatsmacht statt. Bereits 1910 hatte die Religionsgemeinschaft im Persischen Reich die erste Schule für Jungen und im darauffolgenden Jahr die erste Schule für Mädchen gegründet.³²⁴ Bereits 1903 und 1905 scheiterte die Eröffnung von zwei Mädchenschulen am Widerstand des schiitischen Klerus, der zwei Fatwas erließ, dass Mädchenbildung „unislamisch“ sei.³²⁵ Die Gründung der Tarbiyat-Schule für Jungen, welche erstmalig in der Persischen Geschichte übrigens Mathematik als Schulfach einführte, war dagegen auf keinen Widerstand der Mullahs und Ayatollahs gestoßen.³²⁶ Aufgrund des Streits um die Schließung an staatlichen Feiertagen 1935 wurden die Schulen dann geschlossen.³²⁷ Weitere Pogrome folgten in regelmäßigen Abständen, u.a. 1939 und 1943.³²⁸ Weiterhin wurden Gesetze erlassen, die den Bahai ihre bürgerlichen Rechte vom Staat entzogen.

Erst in den 70er-Jahren besann sich der Schah Mohamed Reza der guten Ausbildung der Bahai und machte einen Bahai zum Minister seines Kabinetts, zumal die Bahai von ihrem

³²² Vgl. Gunnar Heinson: Lexikon der Völkermorde, Reinbek 1987, S. 87.

³²³ Siehe auch „Apostatie“ in Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Apostasie_im_Islam.

³²⁴ Vgl. Closed Door – Irans Feldzug gegen das Recht auf Höhere Bildung: Bahai Int. Community (Hrsg.), S. 15.

³²⁵ Ebd. S. 18.

³²⁶ Ebd.

³²⁷ Ebd. S. 16.

³²⁸ Vgl. Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Verfolgung_der_Bahai.

Selbstverständnis her unpolitisch und gewaltfrei sind und dem Schah keinen politischen Widerstand oder auch nur Kritik entgegensetzten. Von Einzelfällen abgesehen, genoss die Bahai-Gemeinde aber auch unter seiner Herrschaft keine wirkliche Freiheit. Die Gemeinde war immer wieder Übergriffen durch den fanatisierten Mob, aber auch von Seiten staatlicher Behörden ausgesetzt. Bereits in den 1950er-Jahren war ihr nationales Gemeindezentrum in Teheran auf Befehl bzw. mit Duldung des Schahs zerstört worden.

4. h. 1. c. Hojjatieh

Bereits vor dem Staatsstreich unter General Zahedi mit Hilfe von CIA und MI6 gründete der Scheich Mahmud Halabi einen Verein, den er Anti-Baha'i-Verein nannte. Dieser aus dem „Verein zur Verbreitung islamischer Wahrheiten“ hervorgegangene Verein wurde jetzt in „Messianischer Hojjatieh-Verein“ umbenannt. Er erhielt nach dem Putsch von 1953 von Mohamed Reza Schah Unterstützung wie bspw. eine Fernsehsendung im staatlichen Fernsehen, in der er gegen die Bahai agitieren konnte, sofern er die Kritik am Schah beendete.³²⁹ Auch wurde das Bahai-Zentrum in Teheran geschlossen und Mord, Raub und Vergewaltigung folgten“.³³⁰ Einer der Gründer der Organisation überzeugte auch den damaligen Groß-Ayatollah Mohammad Hussein Tabatabai, eine Fatwa gegen die Bahai zu erlassen. Ansonsten hielt sich der Verein während der 60er- und 70er-Jahre mit politischer Kritik am Schah zurück. Im Gegensatz etwa zu Ruhollah Khomeini, der bereits 1963 deswegen aus dem Iran ausgewiesen wurde, baute der Verein stattdessen ein Komitee zur Auskundschaftung der Bahai bzw. zur Propaganda gegen die Bahai auf, zumal die Mitglieder der Hojjatieh damals glaubten, dass der 12. Imam wiederkommen würde, um eine islamische Revolution herbeizuführen.³³¹

Nach der Machtübernahme von Ayatollah Khomeini gab es lediglich unterschiedliche Auffassungen zwischen den islamischen Fraktionen darüber, welcher Kampf nun Priorität habe; der Revolutionsführer Khomeini meinte, der gegen den US-Imperialismus und die Hojjatieh dagegen priorisierten, den gegen die Bahai.³³²

³²⁹ Vgl. Kölner Stadtanzeiger vom 16.5.2008.

³³⁰ Ebd.

³³¹ Vgl. „Welt Online“ vom 29.2.2008.

³³² Vgl. ebd.

4. h. 1. d. Der Bahai-Glaube in der Islamischen Republik

Bereits im Vorfeld der Verabschiedung einer neuen Verfassung im August 1979 trafen sich Vertreter der schiitischen Geistlichkeit mit denen der jüdischen Gemeinde, der armenischen und assyrischen Christen und der Zoroastrier; Vertreter der Bahai waren dazu nicht eingeladen.³³³

Nachdem die schiitische Geistlichkeit durchgesetzt hatte, dass es in Artikel 12 der zukünftigen Verfassung heißt, „dass die unabänderliche Staatsreligion dieser Republik die Zwölfer-Schia ist“³³⁴, kam es anschließend zur Diskussion über Artikel 13 („Zarathustrische, jüdische und christliche Iraner werden als einzige religiöse Minderheit anerkannt, die im Rahmen des Gesetzes in der Ausübung ihrer religiösen Rituale frei sind und in Familien- und Erbangelegenheiten und im Religionsunterricht gemäß ihrer religiösen Vorschriften handeln“).³³⁵ Darüberhinaus ging es darum, was es „im Rahmen des Gesetzes“ heißt und wieso es nur als „anerkannt“ und nicht als „offiziell“ deklariert wird. So verstieß der Glaube der Bahais schon einmal grundsätzlich gegen die Rechtsprinzipien der Islamischen Republik.

Die Machtübernahme des schiitischen Klerus in der Islamischen Revolution führte zu gnadenlosen Verfolgungen der Gemeinschaft und die Wahl von Mahmud Ahmadinejad, welcher angeblich unter dem Einfluss der Hojjatieh steht, zum Präsidenten der Islamischen Republik Iran, steigerte die vielfältigen Verfolgungen der Bahai-Gläubigen noch einmal.³³⁶

4. h. 2. Zusammenfassung

Nachdem die Bahai im 19. Jahrhundert mit ihren religiösen Vorstellungen die Autorität des Klerus infrage gestellt hatten, was von der Monarchie zur Verfolgung der Bahai und der damit verbundenen Solidarität des Klerus benutzt wurde, stellten sie ab ca. 1910 und speziell ab den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts auch immer stärker, wenn auch nur implizit, den Staat und dessen Modernisierungen unter Leitung von Reza Schah in Frage – durch die Schaffung von

³³³ Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrsg.): Die Zoroastrier, Göttingen 2007, S. 2.

³³⁴ Ebd. S. 3.

³³⁵ Iranische Verfassung, Artikel 13.

³³⁶ Vgl. Spiegel vom 5.6.2006 „Wie die Mullahs Andersgläubige drangsalierten.“

eigenen Bildungseinrichtungen und die Gleichberechtigung der Frau vor der Einführung des Frauenwahlrechts im Iran 1963.

Nach der Machtübernahme des schiitischen Klerus wurden die Bahai noch rigoroser verfolgt, was dazu führte, dass sie noch konspirativer lebten³³⁷ und damit noch weiter von einer öffentlichen Zivilgesellschaft entfernt und in den Staat nicht integriert wurden. Auch die drei anerkannten Religionen durften lediglich im privaten Rahmen ihren Glauben ausüben. Alle anderen religiösen Bekenntnisse wurden als verfassungswidrig angesehen.

Wenn man weiterhin berücksichtigt, dass es im Iran verboten ist, dass muslimische Gläubige Untergebene von „Ungläubigen“ sind, kann man m. E. schnell ersehen, dass dies zu vielfältigen Diskriminierungen Andersgläubiger führt. Die Tradition der Emigration religiöser Minderheiten in Verbindung mit der hohen Arbeitslosigkeit führt dazu, dass der Iran das Land mit dem höchsten „brain drain“, d.h. der Abwanderung qualifizierter Personen in andere Länder, ist. Dadurch wird m. E. die weitere Modernisierung immer mehr verlangsamt bzw. sie stagniert.

Man kann darüber hinaus eine konstante Diskriminierungspolitik des iranischen Staates, gleichgültig unter der Herrschaft welcher Eliten gegenüber anderen nichtschiiitischen Persern beobachten. Seit der Kadscharendynastie bis zur Gegenwart lässt sich keine Veränderung dieses Staates in seiner Haltung gegenüber nichtpersischen, nichtschiiitischen Völkern und religiösen Minderheiten nachweisen. Einer der wichtigsten Gründe, warum die westlichen Gemeinschaften sich weiterentwickeln konnten, lag an den Grundsätzen der Säkularisierung des Staates bzw. der Gesellschaft. Obwohl Teile der Kirche diesen Entwicklungen bis zur Gegenwart skeptisch gegenüberstanden, bedienten sie sich anderer Methoden, um dieses Phänomen zu bekämpfen. Die aggressive Vorgehensweise der Geistlichkeit im Iran gegen Andersdenkende bzw. andere Religionsgemeinschaften blockierte von Beginn jeden Reformversuch. Diese zeigt sich in einem aggressiven Kurs, der Diskriminierung per Gesetz, Vertreibungen und selbst physische Eliminierungen beinhaltet. Der Endeffekt dieser Art Politik und Diskriminierung lautet gegenseitige Ausschließung.

³³⁷ Vgl. TAZ vom 17.5.2006, „Die falsche Religion.“

Kapitel III. Der Iran nach dem Zweiten Weltkrieg

Wie bereits oben dargelegt, übernimmt Mohammad Reza Schah die Staatsangelegenheiten im Iran, nachdem sein Vater Reza Schah von den Alliierten zum Abdanken gezwungen wird. Während der folgenden Jahre ist das Militär zur Machtlosigkeit verdammt, zumal der damals 22-jährige Mohammad Reza Schah lediglich ausführendes Organ der Alliierten war.

Der unerfahrene Mohammad Reza Schah versucht mit den Methoden seines Vaters seine Herrschaft zu konsolidieren. Ende 1946, nach dem Abzug der alliierten Streitkräfte aus dem Iran, lässt er die Autonomiebestrebungen in verschiedenen Regionen (Aserbaidschaner und Kurden) niederschlagen. Während dieser Zeit wird die Erdölfrage zum bestimmenden Thema der iranischen Innenpolitik. Nachdem 1951 eine Nationale Front aus verschiedenen Parteien an die Macht kommt und unter dem Premierminister Dr. Mossadegh das iranische Erdöl verstaatlicht, flieht der Schah freiwillig erst in den Irak und dann nach Italien.

In der Zeit der dreijährigen Herrschaft Mossadeghs konnte der Iran in vieler Hinsicht einen Aufschwung erleben. So wurde den Medien ein ziemlich freier Raum geschaffen, so dass sie zum ersten Mal in der iranischen Geschichte die Regierung und deren Institutionen kritisieren konnten.

Das Erdöl wurde verstaatlicht und die Einnahmen wurden in wichtige Wirtschaftssektoren reinvestiert.

Die Regierung Mossadeghs ging aus einer nationalen Front hervor und war eher nationalistisch-bourgeoise ausgerichtet. Es kam in dieser Zeit zu keinen nennenswerten Verbesserungen im Bezug auf die politische oder ökonomische Lage der nationalen Minderheiten im Iran. Die Haltung Mossadeghs war den iranischen Völkern gegenüber eine eher destruktive. Diese hatte er selbst lange davor zum Ausdruck gebracht, indem er sich gegen mehr Freiheiten für die lokalen Machthaber gestellt hatte.

Parteien und deren Aktivitäten im Rahmen des Gesetzes waren frei. Dies war u. a. ein Grund dafür, dass seine Regierung schließlich scheiterte. Da er den parteiabhängigen Medien in ihren Aktivitäten Freiheiten eingeräumt hatte, hatten diese die Bevölkerung mit aufklärerischem Material erreichen können. So wurden ihm einige Schwachpunkte seiner Regierung vorgehalten. U. a. gab es deshalb keinen nennenswerten Widerstand von Seiten der Bevölkerung, als General Zahedi mithilfe ausländischer Mächte den Putsch gegen Mossadegh unternahm.

So organisierte der US-amerikanische Geheimdienst mithilfe des britischen MI6 und dem schahstreuen General Zahedi im August 1953 einen Putsch gegen die bestehende Regierung der nationalen Front. Der Putsch endete mit der Entmachtung Mossadeghs. Nach diesem Umsturz kommt Mohammad Reza Schah wieder an die Macht und regiert mit Ausnahmegesetzen.

1. Die Krönung von Muhammad Reza Schah

Mohammad Reza greift nach seiner Machtübernahme zu Methoden, welche einen an seinen Vater erinnern. Er bildete die militärischen Apparate des Nationalstaates überproportional aus. Während der Herrschaft von Mohammad Reza Schah 1941-1979 entwickelte sich der Iran zu einem Militärstaat. Dies hatte u. a. zur Folge, dass sich keine moderne Institution des Nationalstaates im westlichen Sinne entwickeln konnte. Die Rahmenbedingungen waren unter der Pahlavi-Herrschaft nicht gegeben. Dementsprechend konnten sich auch keine Parteien im modernen Sinne bilden, was den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung drastisch belastet hatte. Dementsprechend blieb die Fortentwicklung der iranischen Zivilgesellschaft aus. Der einzige Apparat des Staates, der überdimensional entwickelt wurde, war das Militär. Bis zum Ende seiner Regentschaft 1979 war das iranische Militär die Machtbasis des Schahs und „Statthalter“ der USA im Nahen Osten.

1957 wurde mithilfe der Amerikaner ein Geheimdienst namens SAVAK (Kurzform von Sazman-e Ettelaat va Amniat-e Keschvar) gegründet, der über exekutive und legislative Vollmachten verfügte. Geschult wurde er vom amerikanischen Geheimdienst CIA und dem israelischen MOSSAD.³³⁸

Nach der *Newsweek* vom 14. Oktober 1974 arbeiteten „zwischen 30.000 bis 60.000 Personen ständig für den SAVAK, aber sie bilden nur das Gerüst für einen weit größeren Apparat. Nicht weniger als drei Millionen Iraner sind gelegentliche Informanten des SAVAK in Hotels, Taxis, Schulen, Botschaften, Betrieben und Ämtern, bei Ärzten und selbst in Schlafsälen und Automatenrestaurants, wo die iranischen Studenten leben und essen“.³³⁹

Ihm gelang es, die aus der Aristokratie entstandene Bürokratie dienstbar zu machen. Weiterhin konnte er die finanzielle Basis für den Hof und dessen Armee durch die Enteignung der Großgrundbesitzer und Feudalherren und die Errichtung der Steuern sichern.

³³⁸ Vgl. Fürtig, Henner, Die Islamische Republik Iran, S. 60.

³³⁹ Nach Farughy, Ahmad/Reverier, Jean-Loup. S. 169.

Diesbezüglich ist seinem Vater Reza Schah eine große Rolle zuzuschreiben. Zum ersten Mal in der Geschichte Irans hat ein Staatsoberhaupt versucht große Infrastrukturprojekte umzusetzen, einen zentralistisch strukturierten Bürokratieapparat zu entwickeln sowie Weichen für eine moderne Agrarwirtschaft zu stellen. Reza Schah an der Spitze der Herrschaft versuchte der Gesellschaft einige Reformen von oben aufzuzwingen.

Die Umverteilung des Landbesitzes im Iran begann schon mit der Machtübernahme des Reza Khane Gholdor (1925). Reza Khan hatte sich mehr als 2000 Dörfer angeeignet und die Großgrundbesitzer sowie die Feudalherren enteignet. Er übergab deren Ländereien an hohe Beamte und Generäle. Diese Ländereien wurden zum größten Teil aus der Produktionskette ausgenommen, da die bis dahin funktionierende feudalistische Produktionsstruktur durch eine unproduktive abgelöst wurde.

2. Die Ära Mossadegh

Mit der Abdankung Reza Schahs im Jahr 1941 und der Besatzung des Iran von Seiten der Alliierten konnten sich landesweit spontane zivilgesellschaftliche Institutionen bilden. Die Presse- und Meinungsfreiheit wurde toleriert, der Einfluss des Staates wurde zurückgedrängt und vieles mehr. So konnte Mossadegh 1951 die Macht übernehmen und eine bürgerliche Regierung an der Spitze der Herrschaft stabilisieren. Während dieser Zeit wurde die Fortentwicklung der iranischen Zivilgesellschaft fortgesetzt, so dass die Anzahl der Zeitungen, unabhängigen Parteien und Organisationen rapide anstieg. Diese Entwicklungen machten mehrere Gruppierungen und einige Großmächte unruhig. Eigentlich ist die Regierungszeit von Mossadegh zu kurz. In dieser Zeit geschehen aber – vor allem für die oben erwähnten Fraktionen – unerwünschte Ereignisse, so dass diese eine Entmachtung Mossadeghs beabsichtigen.

Genau dieser Punkt ist für die vorliegende Arbeit interessant, nämlich die Bildung einer offenen Gegenkoalition gegen Mossadegh, welche zu seiner Entmachtung führte; eine Gegenkoalition von reaktionären Kräften wie Ayatollahs, Militärs, einigen bekannten kriminellen Persönlichkeiten und zwei ausländischen Großmächten.

Die Unzufriedenheit mit Reza Schah überschattete auch die Herrschaftszeit seines Sohns Mohammad Reza Schah. Die Bildung zweier sich vom Iran losgelösten Republiken Kurdistan und Aserbaidshans hat zusätzlich das Regime von Mohammad Reza Schah geschwächt. Bereits während dieser Ereignissen im Jahre 1945 bis 1946 musste Mohammad Reza Schah

eine unheilige Koalition mit den Briten eingehen, damit er diese zwei Republiken militärisch bekämpfen konnte. Mit militärischer und finanzieller Unterstützung schlägt Mohammad Reza beide Bewegungen nieder und lässt Ghazi Mohammad, den Kurdenführer und mehrere seiner Komplizen in der Öffentlichkeit hinrichten. Somit wurde diesen Republiken vorerst ein Ende gesetzt.

Eine zweite unheilige Gegenkoalition geht er nach seiner Entmachtung durch Mossadegh ein, diesmal aber mit US-Amerikanern und Briten gemeinsam gegen Mossadegh. Diese Gegenkoalition hatte einige Verbündete im Inland. Diese waren zum einen die Geistlichkeit, welche sich durch liberale und nationalistische Politiken von Mossadegh bedroht fühlte und zum anderen ist es das schahtreue Militär gewesen, welches durch Mossadegh eine allmähliche Desfunktionalisierung fürchtete. Zudem waren einige Kriminelle wie Schaaban bi Mokh beteiligt, die sich von den anderen gut bezahlen ließen, die Absichten der Gegenkoalition umsetzten und somit als Koalitionspartner zählten.

In den obigen Ausführungen haben wir die opportunistische Haltung der Ayatollahs dargelegt. Ihr Politik- bzw. Seitenwechsel während einer Revolution ist uns bereits durch die Konstitutionelle Revolution und die Machtübernahme von Reza Schah bekannt. Deshalb wundert uns dies während der Herrschaft Mossadeghs nicht, es ist kein neues Phänomen.

Dass durch die Bodenreformen von Reza Schah mehrere hunderttausend Ex-Bauern als vogelfreie, teilweise arme und erwerbslose Menschen zweiten Grades an den Stadträndern lebten, ist ebenso bekannt. Wie bereits erwähnt, hatten diese Menschen durch miserable Umstände an den Rändern der Großstädte ein großes Potenzial für Unruhen. Der Führer dieser Menschen hieß Schaaban bi Mokh. Den Spitznamen Bi Mokh (ohne Vernunft) bekam er, weil er stets kriminell auffällig geworden war. Er ließ sich vom schahtreuen Militär und vor allem vom Putschistenführer General Zahedi bezahlen und rekrutieren.

Aber selbst die Einmischung ausländischer Mächte in die internen Angelegenheiten des Irans ist nichts Neues. Neu in diesem Zusammenhang ist, dass die US-Amerikaner diesmal, zum ersten Mal in ihrer Geschichte im Iran negativ auffällig werden. Die Amerikaner planen mit Unterstützung der Briten einen Militärputsch gegen das Mossadeghregime. Dieser wird auch unter Beteiligung der genannten Kräfte erfolgreich umgesetzt. Das Verwirrende ist, dass die Amerikaner diesen Putsch als Muster und als Maßstab auch für andere Länder nahmen. Noch interessanter ist, dass sie ihre Beteiligung bei der Entmachtung Mossadeghs offen und ehrlich zugeben. Die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright entschuldigte sich offiziell

bei allen Iranern für die amerikanische Beteiligung an diesem Putsch. Um diese Behauptung zu untermauern, bringe ich hier nur einen Ausschnitt aus einem Zeitungsartikel.

CIA bekennt sich zu Militärputsch 1953 im Iran

„Am 19. August 1953 zogen Tausende Demonstranten durch die Straßen der iranischen Hauptstadt Teheran und skandierten "Lang lebe der Schah". Sie besetzten zahlreiche Behörden. Auch die Rundfunkstationen sendeten Appelle, die Proteste zugunsten von Schah Mohammed Reza Pahlavi zu unterstützen. Ähnliche Aktionen fanden in anderen Städten des Landes statt. Am späten Nachmittag erklärte der amtierende Ministerpräsident Mohammed Mossadegh seinen Rücktritt. Mehrere hundert Tote und Verletzte blieben auf den Straßen zurück.

Zum 60. Jahrestag des Putsches im Iran hat der amerikanische Geheimdienst CIA erstmals öffentlich seine Beteiligung zugegeben. Die Central Intelligence Agency habe jüngst Geheimdokumente veröffentlicht, in denen sie sich zum ersten Mal formell dazu bekenne, den iranischen Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh gestürzt zu haben, teilt das Nationale Sicherheitsarchiv der George Washington University mit.

Die Experten bestätigen damit zahlreiche Studien, die den Sturz Mossadeghs als Ergebnis einer Geheimoperation deuten, die von CIA und britischem MI6 im Auftrag ihrer Regierungen inszeniert worden war. Der "Militärputsch, der Mossadegh und sein Kabinett der Nationalen Front stürzte, wurde unter CIA-Führung als ein Akt US-amerikanischer Außenpolitik durchgeführt", heißt es in den Dokumenten, von denen weiterhin Teile geschwärzt sind.

Das Unternehmen, das unter dem Tarnnamen "Ajax" durchgeführt wurde, richtete sich gegen die Verstaatlichung der iranischen Erdölindustrie, die den angloamerikanischen Interessen zuwider lief. Hinzu kam, dass sich Mossadegh, der seit 1951 als Premier amtierte und sich 1952 weitreichende Vollmachten hatte zubilligen lassen, zunehmend Unterstützung bei der Sowjetunion suchte. In diesem Sinn agitierte auch die kommunistische Tudeh-Partei. Da sich die Armee entweder neutral verhielt oder offen für Zahedi Partei ergriff, musste Mossadegh schließlich aufgeben. Zahlreiche Beteiligte haben die Unterstützung der westlichen Geheimdienste in Büchern geschildert. Auch die US-Präsidenten Barack Obama und Bill Clinton bestätigten sie. Gleichwohl dürften die freigegebenen Akten interessante Details auf eine Geheimdienstoperation werfen, die zum Vorbild für zahlreiche ähnliche Unternehmen wurde. Dass sie 1953 ein durchschlagender Erfolg wurde, verdankte sie vor allem dem Umstand, dass der Widerstand gegen Mossadegh, in dem sich auch zahlreiche schiitische

Geistliche versammelten, über breite Unterstützung in der Bevölkerung verfügte. Späteren CIA-Aktionen war das nicht immer beschieden“.³⁴⁰

Selbstverständlich kann man die Entmachtung von Mossadegh nicht einzig und allein auf die oben erwähnte Gegenkoalition zurückführen. Es gab einige Gründe für eine interne Unzufriedenheit mit dem Mossadeghregime. Man kann sich im Bezug auf den Niedergang des Regimes auf mehrere Faktoren stützen, u. a. das Versagen seiner Wirtschaftspolitik. Er plädierte für eine vom Öl unabhängige Wirtschaft, hatte allerdings keine konkreten Vorstellungen, wie das aussehen würde und wie man das praktizieren sollte. Während er mit hohen Budgetdefiziten konfrontiert war, blieb der Versuch aus, nach neuen Einnahmequellen zu suchen und neue Absatzmärkte für das zu exportierende Öl zu suchen. Eine Umorientierung der Absatzmärkte von den USA und Großbritannien zu anderen europäischen und asiatischen Ländern wäre z. B. diesbezüglich sinnvoll gewesen.

Innenpolitisch hatte er mehrere Schwachpunkte. Mossadegh wiederholte den Fehler des Schahs und seiner anderen Vorgängen und unternahm nicht den Versuch alle iranischen Völker an der Macht zu beteiligen. Er war sogar gegen das Föderalismus-System und befürwortete eher eine Zentralisierung der Macht in der Hauptstadt. So blieb die Versöhnung der Zentralgewalt mit den iranischen Völkern als wichtiger Macht- und Wirtschaftsfaktor aus. Trotzdem befürwortete er einen Diskurs zu langfristigen Lösung des Problems der ethnischen und nationalen Minderheiten.

3. Wiederaufnahme der Macht von Mohammad Reza Schah

Derweil arbeiteten englische und amerikanische „Spezialisten“ daran, den Regierungschef Mossadegh zu stürzen, der nach Meinung der Amerikaner „die Frechheit besessen“ hatte, das iranische Öl zu verstaatlichen. Nachdem der Putsch von CIA und MI6 unter General Zahedi gelungen war, kehrte der Schah wieder zurück. Hatte der Schah in den 40er-Jahren noch die parlamentarische Verfassung respektiert, so nahm seine Regierung nach dem Putsch immer mehr diktatorische Züge an. 1963 initiierte er auf Drängen der Amerikaner die „Weiße Revolution“, welche u. a. eine Bodenreform beinhaltete. Hiermit machte er sich die adligen

³⁴⁰ Die Welt von 19.11.2014, <http://www.welt.de/geschichte/article119180782/CIA-bekannt-sich-zu-Militaerputsch-1953-im-Iran.html>

Großgrundbesitzer und den schiitischen Klerus zum Feind, die bisher immer wichtige Verbündete waren (wie wir auch am Putsch gegen Mossadegh sahen). Als er dann auch noch gegen den schiitischen Klerus vorging und bspw. Ayatollah Khomeini aus dem Iran auswies, kam es zu Unruhen im ganzen Land. Der Protest, der im Laufe des folgenden Jahrzehnts immer stärker wurde, veranlasste den Schah zu immer mehr Repressionen mit Hilfe des Geheimdienstapparats SAVAK. Dieses führte zu einem breiten Bündnis von Bürgerlichen, die einfach nur mehr politische Rechte haben wollten, von islamischen Geistlichen, die die Ungerechtigkeit des Systems kritisierten und forderten, jeder Bürger solle 30 Tuman erhalten, von Studenten, die im Ausland studiert hatten und unterschiedlichen Revolutionskonzepten anhängen sowie von verschiedenen nationalen Minderheiten, die ihre Autonomie forderten.

Nach seiner Rückkehr nahm er die Bodenreform wieder in Angriff und setzte somit die angefangene Bodenreform von seinem Vater fort. Die eigentliche Bodenreform begann jedoch mit der sog. „Weißen Revolution“ von Mohammad Reza Schah im Jahr 1963.³⁴¹ Nach außen war das Ziel die Erhöhung des Wohlstandes und die Bekämpfung des Kommunismus. Die eigentlichen Hintergründe dieser Reformen waren aber das Bestreben des neu gegründeten Nationalstaates nach Steigerung und Institutionalisierung staatlicher Herrschaft. Dies war Teil der Versuche eine funktionierende und landesweit flächendeckende Verwaltung zu installieren, um staatliches Recht gegenüber anderen Norminstanzen, nämlich die des Feudalherrn und der Ayatollahs, durchzusetzen. Denn zur Zeit der Konstitutionellen Revolution und selbst zur Zeit der Weißen Revolution waren 80 % bis etwa 90 % aller Iraner Dorfbewohner.

Die „Weiße Revolution“ beinhaltete u. a. die Bodenreform, die Verstaatlichung der Wälder, den Verkauf der staatlichen Fabriken und Werkstätten an private Personen, einige Änderungen im Eigentumsgesetz, die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn der jeweiligen Fabrik und die Bekämpfung des Analphabetentums.

Durch die „Weiße Revolution“ sollten die Großgrundbesitzer gezwungen werden, ihren Landbesitz bis auf ein Dorf je Familie zu reduzieren und die Entschädigungen für den enteigneten Boden in die Industrie zu investieren. Große Teile der nun „enteigneten und vogelfreien“ Landesbevölkerung sollten durch einen staatlichen Plan umgesiedelt werden. Diese Umsiedlungsprogramme und die darauffolgende staatlich eingeleitete und durchgeführte Migration großer Teile der Landbevölkerung und die „Inwertsetzung des Bodens“³⁴² sind Vorläufer der späteren innergesellschaftlichen Konflikte.

³⁴¹ Die Idee der „Weißen Revolution“ war von ausländischen Großmächten und vor allem von den USA oktroyiert.

³⁴² Schlichte, S. 160.

Der Gesetzesentwurf bezog auch das Waqfeigentum der Geistlichkeit in diese Maßnahmen ein und löste damit den erbitterten Widerstand des Klerus, angeführt von Ayatollah Khomeini, aus. Als Reaktion auf solche Aktionen des Staates bildete sich rapide eine starke Koalition gegen die staatliche Herrschaftsstabilisierung und forderte somit die Herrscher heraus. Es bildete sich eine reaktionäre Koalition gegen den Schah. Die Koalitionspartner waren zunächst Feudalherren und der geistliche Klerus. Kurz darauf schlossen sich ihr die bereits enteigneten Bauern an. In den darauffolgenden Monaten gab es heftige Proteste in verschiedenen Dörfern, aber auch in den Kleinstädten, in denen die feudalen Verhältnisse die Oberhand hatten. Der Stopp der Güterlieferung und die Unterversorgung der Großstädte führten dazu, dass sich Menschen in den Großstädten angeschlossen hatten. So hatte man eine breite Koalition aus allen möglichen Gesellschaftsklassen. Unter dem Druck von Khomeini und seinen Verbündeten wurde die Enteignung des Waqfeigentums zum Teil aus der Gesetzesvorlage herausgenommen.³⁴³ Die Verwaltung des Waqfeigentums übernahm das „Ministerium für allgemeine Stiftung“. Dies ging wieder einmal als ein historischer Sieg für die Koalition mit Führung der religiösen Schicht in die Geschichte ein.

Während der Weißen Revolution kaufte der Staat das Land von den Großgrundbesitzern und lokalen Herrschern mit eigenen Machtstrukturen ab und vergab es anschließend zu festgelegten Bedingungen an Bauern, welche sich unter direktem Einfluss und Kontrolle des zentralisierten Nationalstaates befanden. Selbst die 2000 Dörfer des Schahs sollten nach diesen Maßnahmen den Bauern und Pächtern überlassen werden, obwohl dies nur sehr selten geschah.³⁴⁴

Insgesamt wurden nach der ersten Phase der „weißen Revolution“ 4475 Dörfer und 883 Grundstücke komplett, 13847 Dörfer und 3642 Grundstücke teilweise an mehr als 1,5 Millionen Bauernfamilien übergeben, die diese in der ersten Phase der Revolution bekamen. In der zweiten Phase bekamen 1,3 Millionen Bauernfamilien ca. 2000 Dörfer sowie 138 komplette Grundstücke und 163 Anteile von Grundstücken. So wuchs die Anzahl der Grundstücksbesitzer um mehr als die Hälfte aller Dorffamilien an.³⁴⁵

Das Ziel der Weißen Revolution war eine industrienähe Agrarwirtschaft, welche die bis dahin bestehenden unproduktiven feudalistischen Verhältnisse ablösen sollte.

Das Land litt damals unter der Abhängigkeit von Agrarimporten, so dass die Weiße Revolution die Agrarproduktion steigern und die alten Feudalherren entmachten sollte. So wurden die

³⁴³ Vgl. Marie-Louise Kauz: Die Islamisierung der Gesellschaft, strukturelle Abkoppelung in der Moderne, Der soziale Wandel in Ägypten und im Iran, S. 246.

³⁴⁴ Vgl. Houssein Mohammad: Der Klassenkampf in Iran von der konstitutionellen bis zur islamischen Revolution, S. 61.

³⁴⁵ Vgl. ebd. S. 71.

damaligen Probleme der Modernisierung des Iran in endogenen, als auch in exogenen Ursachen gesehen.

Die gesamte iranische Bevölkerung betrug im Jahr 1956, also nur sieben Jahre vor der Weißen Revolution, 1.895.470.04, davon 13.001.141 Dorfbewohner.

Im Herbst 1966 – drei Jahre nach der Weißen Revolution und der Bodenreform – hatte der Iran insgesamt 25,7 Millionen Einwohner und wiederum waren davon 15.994.474 Dorfbewohner. Genau zehn Jahre später, im Herbst 1976, waren 37 Millionen Iraner statistisch erfasst. Die Dorfbewohner machten deutlich weniger als die Hälfte der Bevölkerung aus, nämlich 17.854.064 Personen.

10 Jahre später, im Herbst 1986, betrug die iranische Bevölkerung 49.193.912 Menschen, davon 2.234.935 Dörfler.

Im Herbst 1991 hatte der Iran schließlich eine Bevölkerung von 55.473.192 Personen, die wiederum zum größten Teil aus Städtern bestand. Die Dorfbevölkerung beträgt diesmal 23.636.591 Personen.

Jahr	Städtische Bevölkerung	Dorfbevölkerung
1956	31 %	69 %
1966	38 %	62 %
1976	47 %	53 %
1986	55 %	45 %
1991	58 %	42 %

So wuchs die städtische Bevölkerung jährlich um 0,77 % an und nahm die Dorfbevölkerung prozentual gesehen um 0,77 % ab.

Im Iran gab es bis zur Weißen Revolution keinen deutlichen essentiellen Unterschied zwischen Dorf und Stadt. Erst in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts werden in den Städten einige Urbanisierungen durchgeführt und wird so mehr oder minder eine funktionierende Infrastruktur geschaffen. Zugleich erhofften sich die Dorfbewohner ein viel versprechendes modernes Leben in den Städten, etwas - dass sich selten realisierte.

Parallel dazu nahm die Anzahl der in Armut lebenden Menschen zu. Dieses Phänomen nahm insbesondere in den Großstädten extreme Dimensionen an. Die Diskrepanz zwischen Arm und

Reich wurde stets größer, so dass im Jahr 1962 67 % der gesamten Industriefirmen und Finanzgesellschaften des Landes im Besitz der 150 reichsten Familien waren. 1975, kurz vor der Machtübernahme der Mullahs, hatten 3 % der privaten Unternehmen um 70 % der gesamten Konsumprodukte des Landes produziert.³⁴⁶

Die Masse der Bauern und Dorfbewohner, die nun am Rande der großen Städte wohnten, machte in jeder Stadt fast die Hälfte der Bevölkerung aus. Diese Menschenmasse lebte, wie oben gesagt, unter miserabelsten Bedingungen. So waren sie wirtschaftlich stets von den Subventionen der Regierung oder Investitionen der Großkapitalisten abhängig. Sie lebten in physisch und psychisch labilen Verhältnissen. Deshalb wurden sie ständig von Seiten der Wirtschaft als soziopolitisches Instrument ausgenutzt.

Einerseits wurden sie von Seiten der Regierung instrumentalisiert. Durch sie hatte die Herrschaft die Aufstände von Oppositionellen niedergeschlagen oder neutralisiert, indem sie die Massen durch ein wenig Lohn auf die Straßen lockte und so eine Gegendemonstration zu der von Oppositionellen veranstalteten Demonstration inszenierte.

Andererseits wurde ihre labile Persönlichkeit von Seiten der Großgrundbesitzer, der Geistlichkeit und anderer Mitglieder der herrschenden Klassen für eigene Zwecke und teilweise gegen die Regierung instrumentalisiert. So folgte diese Klasse massenweise den Aufrufen der Ayatollahs zur Revolution und entfachte innerhalb von wenigen Stunden Unruhen in allen Städten. Sie blieb auch nach der Islamischen Revolution das wichtigste Propagandamittel der Herrschenden.

Relevante Erfolge konnte die Weiße Revolution nur in Bezug auf die Entmachtung der Feudalherren mit ihren Machtstrukturen erzielen. Die feudalistische, konservative Struktur des iranischen Dorfs wurde zersprengt und das Dorf wurde zum ersten Mal – zumindest formal – vollkommen in den kapitalistischen Weltmarkt eingegliedert, so dass die Agrarwirtschaft nicht mehr auf interne Bedürfnisse der iranischen Bevölkerung, sondern auf den Bedarf der kapitalistischen Welt gerichtet war. Diese Maßnahmen führten grundsätzlich zu keinen Verbesserungen des Dorflebens und der Bauern.

Aus mehreren Gründen verfehlte die Weiße Revolution ihre Ziele. Obwohl in diesem Zeitraum ein gewisser Grad von Wohlstand erreicht wurde, führte sie zur Verarmung großer Teile der Landbevölkerung. Die Rationalisierung der Bodenbestellung durch moderne Maschinen führte zur Arbeitslosigkeit von großen Massen der Bauernschaft, welche innerhalb der feudalistischen Strukturen noch überlebten. Die Massenabwanderung in die großen Städte, vor allem nach

³⁴⁶ Vgl. Sabzehei, S. 170.

Teheran, brachte neue Probleme mit sich, worauf wir später eingehen werden. Diese angestrebte Agrarrevolution trug hingegen dazu bei, dass sich eine starke Koalition gegen das Schahregime bildete, die, wie noch zu zeigen ist, der Herrschaft des Schahs ein Ende setzte.

Der oben erwähnte Wohlstand ist aber zum großen Teil auf die gestiegenen Ölpreise zurückzuführen. Dieser Zustand konnte allerdings nicht lange erhalten bleiben, da die Welt von der darauffolgenden Ölkrise erschüttert wurde, das Bretton-Woods-System zusammenbrach und eine neue Wirtschafts- und Finanzkrise die kapitalistische Welt heimsuchte.

Diese Epoche kennzeichnet das Ende des Fordismus. Die Steigerung von Massenkonsum, Kaufkraft, Einkommen und Löhnen in den Industrienationen fand ihr Ende. Der Kapitalismus war gezwungen einen neuen Weg einzuschlagen. Daher kam es außenpolitisch zu gravierenden Politikwechseln, insbesondere von Seiten der USA.

Der Iran blieb von diesen Ereignissen nicht verschont. Der Schah konnte nicht mehr mit Zuschüssen des Westens rechnen, da dieser selbst von der Krise stark betroffen war. In dieser Zeit führten die steigenden Ölpreise zu Konflikten zwischen Zentrum und Peripherie und vor allem zwischen dem Iran und der USA. Die Rohstoffpreise stiegen kontinuierlich und dies gefährdete die Konjunktur in den westlichen Industrienationen. Der Schah gehörte aus strategischen Gründen zu der Gruppe, die einen höheren Preis für das Öl anstrebten.

Neueste Informationen bestätigen die Behauptung, die USA habe den Weg für den Sturz des Schahs mittelbar geebnet, indem sie die Investitionen im Iran drosselten, den Ölpreis niedrig hielten und die politisch-militärische Unterstützung des Schahs einstellten. So trugen diese Maßnahmen zu einem Zustand bei, der von Unruhen, Armut, aus finanziellen Gründen gescheiterten Projekten sowie der Regierungsunfähigkeit des Schahs geprägt war. Dieser konnte mit seiner Wohlstandspolitik nicht mehr weitermachen. Einige Prestigeobjekte blieben auf der Strecke. Diese Ereignisse zeigten die ersten Auswirkungen im Inneren des Landes. Die bereits vorhandenen reaktionären Kräfte und Koalitionen wurden von heute auf morgen wiederbelebt. Die durch die weiße Revolution enteigneten Bauern lebten an den Stadträndern unter schlimmsten Bedingungen. In ihrer Armut und ihrem Aberglauben fanden sie einzig bei der religiösen Schicht unter Führung Ayatollah Khomeinis Trost. Einige dieser ehemaligen Bauern fanden in der neuentwickelten Industrie eine Beschäftigung, lebten jedoch fern von jeglichem Wohlstand. Diese wurden teilweise von der religiösen Schicht vereinnahmt oder ließen sich durch die kommunistische Tude-Partei rekrutieren. Diese war die größte nichtstaatliche Partei. Zum Ende der Ära von Mohammad Reza Schah hatte sie mehrere Zehntausend Mitglieder und mehrere Hunderttausend Sympathisanten. Da Khomeini sich als Sprachrohr der Armen und Unterdrückten profilierte, genoss er die Unterstützung der Tudeh-

Partei, welche kommunistisch-antiimperialistisch geprägt war. Zusammen bildeten sie eine sehr starke Gegenkoalition zu Mohammad Reza Schah. Diese Koalition war die stärkste innerhalb der damaligen iranischen Gesellschaft. Sie konnte mehrere Millionen Menschen landesweit mobilisieren und auf die Straße bringen.

Als weitere Gegenkoalition zum Schah kann man die nationalen Minderheiten nennen. Diese hatten mehrere Gründe, sich gegen den vom Schah etablierten Nationalstaat zu wehren.

Zum einen gab es in dem vom Schah geführten zentralistischen Nationalstaat keinen Platz für die iranischen Völker. Die wahren Vertreter des Volkes waren weder im Parlament noch in den Staatsorganen präsent. Wie sein Vater ließ auch er dem Parlament keinen Freiraum. Abgeordnete waren entweder direkt von Militär bestellt oder unmittelbar daran gebunden. Zum anderen hatte der Schah die beiden wichtigsten Unabhängigkeitsbewegungen der iranischen Völker direkt nach seiner Machtübernahme niederschlagen lassen. Qazi Mohammad, Führer der Demokratischen Partei Kurdistans und vier seiner Mitstreiter sind in Mehabad öffentlich hingerichtet worden. Somit hat er einer nationalistisch-kurdischen Bewegung, welche von allen kurdischen Seiten getragen wurde und sich gegen das Gerüst des Nationalstaates wehrte, vorerst ein Ende gesetzt. In Aserbaidshan ging es genauso weiter. Den Unabhängigkeitsbestrebungen der Aseritten wurde ebenso durch militärische Gewalt ein Ende gesetzt. Die Anhänger dieser beiden Parteien/Staaten organisierten sich im Untergrund und bildeten einen starken Widerstand gegen den Nationalstaat.

Zum anderen hatte Mohammad Reza Schah große Teile der nationalen Minderheiten, welche hauptsächlich in den ländlichen Gebieten und noch unter der Herrschaft von Feudalherren lebten, durch die Weiße Revolution enteignet. Obwohl das Land nicht der Bauernschaft gehörte, hegte sie eine enge Bindung zu dem Boden, auf dem sie lebte. Dadurch wurde eine produzierende ländliche Schicht freigesetzt. Da die industriellen Strukturen des Landes noch nicht so ausgebaut waren, dass die Industrie diese vogelfreien Arbeiter aufnehmen konnte, siedelten diese in der Hoffnung auf ein besseres Leben an den Rändern der Großstädte, wodurch sich große Ghettos bildeten. Vor allem im Zentrum des Nationalstaates, in Teheran, waren mehrere hunderttausend Umsiedler ansässig geworden. Teheran erschien wie ein großer Kopf auf einem schwachen Körper des iranischen Nationalstaates. Das Zentrum erweckte den Eindruck eines Heuhaufens, welcher durch einen kleinen Kurzschluss entflammte und alles niederzubrennen begann.

Eine breite Gegenkoalition, bestehend aus religiöser Schicht, Tudeh-Partei und Nationaler Front im Zentrum einerseits und allen nationalen Minderheiten andererseits, kam zustande. Diese Gegenkoalition umfasste fast 80 % der Gesellschaft. Die Russen unterstützten traditionell die

Tudeh-Partei als Ableger der kommunistischen Partei der Sowjetunion. Die USA hatten indirekt dazu beigetragen, dass das Regime des Schahs in eine finanzielle Krise geriet und somit einiges an Sympathie innerhalb der Gesellschaft verlor. Die Briten befanden sich zu dieser Zeit auf der Seite der Amerikaner und schlossen sich ihrer Politik der schleichenden Entmachtung an.

Wie auch alle anderen iranischen Aufstände richteten sich die neuen Aufstände gegen den Schah, aber auch direkt gegen den Staat im Zentrum.

Es blieben nur der Schah und dessen Anhänger sowie die Beamtenschicht, welche auch nicht mehr ganz auf dessen Seite war. Die Aufständischen blieben solange auf der Straße, bis der Schah das Land verließ und eine neue Regierung unter Führung Khomeinis sich bildete.

4. Die Islamische Revolution von 1979

Dieser Abschnitt der vorliegenden Arbeit handelt von der Islamischen Revolution von 1979. Der Verfasser ist der Ansicht, dass die aktuellen Probleme des iranischen Nationalstaates historische Ursachen haben. Dazu gehören Probleme wie etwa die schiitische Herrschaft und die Dominanz des Militärs innerhalb aller Staatsapparate sowie die Führung des Staats durch die religiösen Führer als Staatsoberhaupt oder auch die gescheiterte Integration der iranischen Ethnien in den Staat. Kurz zusammengefasst kann man behaupten, dass, wenn man den derzeitigen iranischen Nationalstaat analysiert, man unweigerlich auch auf die vergangenen hundert Jahre blicken muss.

4. a. Die Machtübernahme der Mullahs und die Errichtung der „Islamischen Republik“

Die gescheiterte Umstrukturierung der iranischen Gesellschaft und erfolglose Versuche zur Einführung des Landes in die Moderne seit der Konstitutionellen Revolution, die Unzufriedenheit der breiten Massen der Bevölkerung – besonders der nationalen, aber auch der religiösen Minderheiten – sowie der Fortbestand von asymmetrischen Beziehungen zwischen dem Iran und den Großmächten ebneten den Weg für den Aufstieg der Mullahs. Die Pahlavi-Dynastie trug zur Verhärtung der Fronten zwischen dem Nationalstaat und seinen Gegnern sehr viel bei. 1979 hat die „Iranische Revolution“, die in der Fachsprache als Islamische Revolution bezeichnet wird, stattgefunden. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und der Gegenkoalition erstreckten sich über mehrere Monate. Die Gegenkoalition

siegte endgültig am 01. April 1979 und gleichzeitig wird die islamische Republik unter Führung Ayatollah Khomeinis gegründet. Durch diese Revolution übernimmt die Geistlichkeit zum ersten Mal in der modernen Geschichte Irans die komplette Macht und führt somit den iranischen Nationalstaat. Sie praktizierten in der modernen Geschichte der Welt den politischen Islam und die Herrschaft der Rechtsgelehrten. Dieses System berief sich auf die Theorie der Herrschaft der Rechtsgelehrten von Khomeini, die er 1953 zum ersten Mal formulierte. Demnach sehen sich die Mullahs als Gottesvertreter auf Erden und betrachten ihre Aufgabe in der Beherrschung bzw. Leitung des Volkes bis zur Rückkehr des dreizehnten Imams, nämlich Imam Mahdi. Gewiss ist Ayatollah Khomeini nicht der erste Ayatollah im Iran, der in diesem Land eine Herrschaft islamischer Art einführen wollte. Er ist jedoch der erste, welcher eine theoretische und ideologische Erklärung für die Herrschaft der Rechtsgelehrten entwarf und diese auch umsetzte. Deshalb liegt das Hauptaugenmerk in diesem Kontext auf ihn und seine Theorie. Darüber hinaus soll Ayatollah Khomeini und seine Theorie, exemplarisch, die geistige Einstellung der religiösen Schicht im Iran reflektieren.

Was besagt nun die Herrschaftstheorie von Ayatollah Khomeini?

4. b. Die Herrschaftstheorie von Khomeini: „Herrschaft der Rechtsgelehrten“

„Die Herrschaft der Rechtsgelehrten ist mit der des Propheten Mohammed gleichzusetzen“³⁴⁷

Die Ideologie der Islamischen Republik im Iran kann man auf die Theorie der Herrschaft der Rechtsgelehrten von Khomeini zurückführen. Diese Theorie verleiht dem Staat und der Herrschaft einen göttlichen und metaphysischen bzw. nichtmaterialistischen Charakter. Sie versucht die Hintergründe einer Herrschaft bzw. der Existenzgründe des Staates soweit wie möglich zu vertuschen. Die Machthaber im Iran führen den Ausgangspunkt ihrer Herrschaft auf deren angebliche Rolle als Stellvertreter Gottes zurück. Ayatollah Khomeini entwarf in diesem Zusammenhang seine Theorie der Herrschaft von Rechtsgelehrten, denen in Gottes Namen die Bildung eines Herrschaftssystems und dessen Führung zustehe. Khomeini ließ seine Theorie in der iranischen Verfassung wie folgt einfließen. Artikel II der iranischen Verfassung besagt, dass „die islamische Republik eine Gesellschaftsordnung ist, welche auf

³⁴⁷ Ayatollah Khomeini, Tawzih ol Masael, S. 143.

folgenden Säulen und Überzeugungen aufgebaut worden ist; ... Auf dem Glauben an Gott und sein spezifisches Recht auf Alleinherrschaft und Unterwerfung und Gehorsam der Menschen bezüglich seiner Befehle.“³⁴⁸ Denn die Verfechter der alleinigen Souveränität Gottes glauben, dass kein Mensch imstande wäre den andern Menschen Gesetze und Vorschriften zu machen, denn dies verletze das Recht der anderen auf Freiheit und Gleichheit. Deshalb dürfe die Herrschaft nur von Gott ausgeübt werden, da er über den Menschen stehe. Da die Entscheidungen der Menschen nicht über Zeit und Raum stehen könnten, variierten diese Entscheidungen und trügen zur gesellschaftlichen Instabilität bei.

„Göttliche Offenbarung und deren gründliche Rolle in der Gesetzesprechung. Die dauerhafte Herrschaft der Rechtsgelehrten und deren relevante Rolle bezüglich der Weiterexistenz der islamischen Revolution. Die kontinuierliche Rechtsprechung der islamischen Rechtsgelehrten, die sich auf den Koran und Sunna beruhen“.³⁴⁹ Dieser Sachverhalt wird weiterhin durch Artikel V verfestigt. Dieser Artikel legt den Rahmen des Imamats (Herrschaft der Rechtsgelehrten) fest:

„Während der Abwesenheit des verborgenen Imam Mahdis ist die Herrschaft im Iran einem gerechten, gläubigen, mutigen Faqih (Rechtsgelehrten) übertragen, der mit den Herrschaftsprinzipien vertraut ist. Diese Tatsache wird weiterhin in Artikel 107 explizit dargelegt“.

Große Teile der Bevölkerung glaubten, dass tatsächlich die Ayatollahs Gottesvertreter auf Erden sind und deshalb über die Massen herrschen dürften. Die Tatsache, dass der Islam den modernen Nationalstaat nicht anerkennt und dass der Nationalstaat eine moderne Errungenschaft des Kapitalismus ist, blieb den Massen verborgen. Ebenso blieb es von den Massen der Bevölkerung unerforscht, dass Reza Schah den heutigen Nationalstaat Iran gegründet hat. Obwohl diese Rechtsgelehrten nicht den Ehrgeiz hatten, das westliche Staatsmodell nachzuahmen, gelingt es ihnen nicht, Struktur und Aufbau des iranischen Nationalstaates viel anders als ihre westlichen Vorbilder zu gestalten. Denn das typische Herrschaftsmodell des Islams ist kein republikanischer oder föderaler Nationalstaat, sondern das Kalifat. Im Kalifat verlieren Nationen und Klassen ihre Bedeutung. Stattdessen gewinnen Omat und Religion an Wert. Eine Religionsgemeinschaft ohne nationale Einschränkungen,

³⁴⁸ Ebd. S. 79. Viele islamische Autoren glauben nach dem Prinzip der Gotteseinheit, dass Gott alleiniger Träger der Souveränität ist, da er der Schöpfer der Welt ist. Diese Souveränität manifestiert sich, nach Krämer, darin, dass er die normativen Grundlagen der islamischen Ordnung festlegt. Vgl. Krämer: Gottes Staat als Republik, S. 258.

³⁴⁹ Vgl. iranische Verfassung, S. 21 und 22.

eine Gemeinschaft, welche den kapitalistischen Raum und seine Zeit sprengen würde, ist der Traum des Kalifats.

Nach Khomeinis Theorie gibt es zwei wichtige Akteure, welche für die Herrschaft und die Bildung des Staates zuständig sind. Diese sind der ranghöchste nach Gott und dann die Rechtsgelehrten. Das Volk oder Omaat ist unmündig und braucht stets einen von Gott ernannten Führer, also einen Propheten. In prophetenloser Zeit kommt diese Aufgabe den Rechtsgelehrten zu. (Siehe dazu weiter unten, Abschnitt „Die Iranische Verfassung“.)

Iranische Herrscher bekennen sich zur Scharia. Die Scharia schreibt bestimmte Regierungsformen für Staaten vor und schließt andere Formen aus. Gudrun Krämer ist der Ansicht, dass das Endziel der Islamisten die Wiedererrichtung des Kalifats sei. Sie verbergen ihr Ziel jedoch und wollen damit einen wichtigen Schritt in Richtung Kalifat genommen haben.³⁵⁰

Die Scharia als Grundlage der iranischen Verfassung scheint nicht demokratiekonform zu sein. Viele Autoren wie etwa Malcom Kerr, Khaldun S. al-Husry, Niyazi Berkes etc. sehen die Einführung der Demokratie in den islamischen Ländern als gescheitert an: „Islamische Demokratie erscheint aus mehreren Gründen unmöglich: Es fehlt wegen Allahs alleiniger Herrschaft über das Schicksal der Menschen an der Möglichkeit risikomildernder und -verlagernder Treuebeziehung zwischen den Mitgliedern einer Korporation einerseits und zwischen diesen Mitgliedern und beauftragten, rechenschaftspflichtigen Organen andererseits. Wahlen als Mittel zur risikomildernden Lösung von Problemen sind ein Verstoß gegen den Glaubenssatz, dass Glück und Leid dem Menschen von Gott zugeordnet und in eben dieser Weise anzunehmen und zu erkenntnisrichtiger Tätigkeit von Parlamenten und anderen Gremien. Schließlich fehlt es wegen der nach herrschender islamischer Auffassung ständigen Neukonstituierung der Welt durch Allah am Begriff der Zeit (als durchlaufende Linie), so dass Amtsdauer, Wahlen zum Parlament in festgelegten Zeitabständen und dgl. unbegründbar sind ... Es fehlt also viel...“³⁵¹

Krämer zufolge beruht die Einrichtung des Kalifats nach Mehrheit der (sunnitischen) Gelehrten auf dem Konsens der frühen Gemeinde und nicht auf Offenbarung. Im schiitischen Glauben allerdings – der auch für unseren Untersuchungsgegenstand bedeutsam ist – ist die Einrichtung des Kalifats religiös verpflichtend.³⁵² Diese Richtung des Glaubens geht davon aus, dass man das Kalifat braucht.

³⁵⁰ Ebd. S. 66.

³⁵¹ Steinbach, Udo, zitiert nach Krämer, Gudrun: Gottes Staat als Republik, S. 14.

³⁵² Vgl. Krämer, Gudrun: Gottes Staat als Republik, S. 69.

Mit der totalen Machtübernahme der religiösen Schicht vom 01. April 1979 übernimmt die Geistlichkeit das wichtigste und fehlerbehaftete Erbe der vorangegangenen Systeme. Anhand einiger Beispiele kann man den Sachverhalt ausführlicher darlegen. Zum einen übernehmen die derzeitigen Herrscher den schiitischen Islam als Staatsreligion. Die Dominanz des Militärs im Staatsapparat stellt für uns das zweite Problemfeld dar. Des Weiteren haben sich Iraner traditionell an eine Führungspersönlichkeit gewöhnt (siehe weiter oben Katuzian). Deshalb sitzt ein religiöser Führer als Staatsoberhaupt an der Spitze der Macht. Den ersteren hat man als Erbe der Konstitutionellen Revolution und die letzten beiden als Erbe der Militärdiktatur des Reza Schah und dessen Nachfolger Mohammad Reza Schah. Die neue Staatsmacht hat ihre Herrschaft auf diesen Trümmern aufgebaut, wie Reza Schah seinen Staat auf den Überresten der Kadscharenherrschaft und der Konstitutionellen Revolution aufbaute. Festzuhalten ist, dass jede Herrschaft ihre eigenen Elemente in das Staatsgerüst einfließen lässt. Dass man sich an einen durchsetzungsfähigen Führer gewöhnt hat, ist bereits deutlich geworden. Aber dass z. B. Khomeini seine religiösen Elemente mit einfließen lässt und damit eine religiöse Herrschaft konsolidiert, ist neu. Dies sind eine Verschärfung der bereits angespannten Situation und eine Verhärtung der Fronten.

Historisch bedingt hatte die Geistlichkeit ein eher ambivalentes Verhältnis zum Nationalstaat aufgrund ihrer dualen oder abstrusen Klassenzugehörigkeit. Auf der einen Seite wurde sie durch die Schaffung von neuen Institutionen in ihrer Macht beschränkt (Steuern, Schule, Rechtsprechung etc.) und auf der anderen Seite begrüßte sie bestimmte Errungenschaften des Nationalstaates wie die Beteiligung im Parlament, die Schaffung von islamischen Gesetzen und die Festlegung des Islams schiitischer Ausrichtung als Staatsreligion. Schon während der Konstitutionellen Revolution und im ersten Parlament konnten die schiitischen Geistlichen sich als entscheidender Einflussfaktor herauskristallisieren. Durch Artikel 2 der ergänzenden Verfassung der Konstitutionellen Revolution konsolidierten sie sich als ein Kontrollorgan der Gesetze. Nach diesem Artikel „darf die gesetzliche Tätigkeit [...] zu keiner Zeit im Widerspruch zu den heiligen Vorschriften des Islams stehen“.³⁵³ Demnach sollte ein Komitee, das aus mindestens fünf Rechtsgelehrten bestand, über die Kompatibilität der Gesetze mit dem Islam wachen und sie gegebenenfalls verwerfen. Der Wächterrat der islamischen Republik, der aktuell im Iran über die Religionskompatibilität der Gesetze und des Führers wacht, ist eine bloße Fortsetzung und Übernahme dieses Komitees der Konstitutionellen Revolution. Selbst die Anzahl der Mitglieder des Wächterrates orientiert sich am damaligen Komitee.

³⁵³ Nach Sabzehei, S. 153.

Eine gewisse Flexibilität und Opportunismus versetzte die Geistlichkeit in die Lage, dass sie sich schnell jeder Situation anpassen konnte. Sie hatte stets ein taktisches Verhältnis zur Staatsmacht. Als Mohammad Reza Schah bspw. ein Gesetz zur Landreform durchsetzen wollte, widersetzten sich die Geistlichen, so dass der Schah das Gesetz zurückziehen musste. Anschließend brachte er wieder ein Gesetz zur Landreform in das Parlament ein, wobei die Rechtsgelehrten sich diesmal konform zeigten, da diesmal ihre Ländereien kaum betroffen waren. Diese Reformen fanden im Zuge der Industrialisierung des Landes statt und hatten zum Ziel, erstens die Agrarproduktion zu modernisieren und zu erhöhen und zweitens das passive Kapital zum aktiven umzuwandeln, indem man seine Grundstücke verkaufte und das Geld in die Industrie und Aktien investierte. Ziel war die Industrialisierung der Agrarwirtschaft und des Landes sowie die Konsolidierung des labilen Nationalstaates.

Die endgültigen Impulse für die islamische Revolution und die spätere Machtübernahme der Mullahs gaben jedoch die Ereignisse während der Weißen Revolution (siehe dazu den obigen Abschnitt zur Weißen Revolution). Khomeini machte damals die ersten Erfahrungen mit der Mobilisierung der Massen von Bauernschaft und in Slums lebender Stadtbewohner. Die Geistlichkeit hatte die Massen aufgerufen, gegen den Gesetzesentwurf zu demonstrieren. Daraufhin gingen mehrere hunderttausend Menschen auf die Straße. Dieser Moment stellte die Weichen für die spätere Gegenkoalition zum Schah. Die beteiligten Kräfte bestanden aus religiöser Schicht, alten Feudalherren sowie Bauern und vogelfreien Stadtbewohnern, welche zum Großteil zu den Anhängern der Tudeh-Partei zählten. Diese beharrten solange auf ihren Standpunkt, bis der Schah einige Änderungen in Kauf nehmen musste. Dieser Sieg ging in die iranische Geschichte als Sieg der religiösen Geistlichkeit ein. Abgesehen von der politischen Errungenschaft Khomeinis und seiner Gefolgschaft brachte dieser Sieg immense ökonomische Vorteile für die Ayatollahs mit sich, denn sie konnten mit ihrem herkömmlichen Akkumulationssystem wie bislang fortfahren.³⁵⁴

³⁵⁴ Die Ausweitung der Aneignung und Akkumulation von Produktionsmitteln und Böden durch die religiöse Schicht und deren Entwicklung zur ökonomisch und soziopolitisch stärksten Gesellschaftsschicht im Iran beginnt eigentlich zu Zeiten der Safawidendynastie.

Ein Finanz- und Industriekapital gab es im Iran in dieser Zeit nicht. Es gab zwar eine kleine Schicht von „Sarrafan“ (Geldwechslern), die die Funktion der Banken nur teilweise und mangelhaft übernommen hatten, da es bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts keine Banken im Iran gab. Es existierte selbst bis zu dieser Zeit keine nennenswerte Industrie. Es gab nur eine unbedeutende Zahl von Arbeitern und eine kleine Schicht von Handwerkern. Diese beiden Klassen waren politisch unbedeutend. Eine Bourgeoisie hat es im Iran nicht gegeben. Im Grunde gab es zu dem Zeitpunkt der Nationalstaatsbildung keine Industrie. Reza Schah war bemüht eine Bourgeoisie von oben zu schaffen. Dies ist ihm allerdings nicht gelungen. Er hat im Iran eine staatsabhängige geldfetischistische Schicht geschaffen, die weder eine politische noch ökonomische Vorgeschichte hatte. Diese beteiligte sich an den Staatsangelegenheiten, weil eben dies der einzige Zugang zum Reichtum und zur Teilhabe an Reichtum war. Traditionell, seit der Herrschaft der Reza Schah, stammen dieser Menschen hauptsächlich aus den Militärkreisen. Dies war u. a. ein Grund, warum es im Iran keine bürgerliche Revolution gab, denn das Interesse der Klasse der Bourgeoisie ist eng mit den Staatspolitiken verknüpft. Deshalb kann man sich im Iran keine vom Staat losgelöste Bourgeoisie, welche der Motor für eine bürgerliche Revolution ist, vorstellen. Die

Ihre gesellschaftliche Stellung verdanken die Mullahs ihrer Multifunktionalität. Sie agierten im Laufe der Geschichte stets als Händler, als Bauern und als Verwalter von Dörfern. Sie haben das rechtssprechende Organ inne und griffen damit in das Privatleben eines jeden Staatsbürgers ein. Dies versetzte die Geistlichkeit in die Rolle eines informellen Staates und schuf eine Staat-im-Staat-Situation mit versteckten, jedoch reellen, schichtübergreifenden Machtstrukturen.

Die Tatsache, dass die Geistlichkeit nur informell an der Macht beteiligt war und als Legitimationsquelle der Herrschaft benutzt wurde, heißt nicht, dass sie keine Macht innehatte. Die Ursprünge ihrer Machtbeteiligung kann man bis in die letzten Jahrhunderte zurückverfolgen. Gerade während der Herrschaftszeit von Schah Abas (1588-1629) verlief die Kooperation zwischen der „weltlichen“ und der „geistlichen“ Macht reibungslos.

Mit dem Tod von Schah Abas Safawi (Safawidenzeit 1501–1722) ging diese Zusammenarbeit zwar weiter, die Macht der Geistlichkeit wurde jedoch permanent schwächer.

Ab diesem Zeitpunkt wurde der Einfluss der schiitischen Geistlichkeit gestärkt, so dass die Kleriker immer einen großen Einfluss auf die Gesellschaft hatten. Deshalb mussten die jeweiligen weltlichen Herrscher auch immer Rücksicht auf die Geistlichkeit nehmen. Und wenn sie dies nicht taten – wie bspw. bei der Konzessionsvergabe von Tabak an Talbot – hatten sie große Teile der Bevölkerung gegen sich.

Sehr explizit bringt Tabataba'i diesen Sachverhalt zum Ausdruck, indem er den Herrschaftsanspruch des Schiitentums als eine schiitische Version des Kalifats bezeichnet.³⁵⁵

Im Gegensatz zur sunnitischen Glaubensrichtung beziehen sich die Schiiten nicht auf die weltliche Herrschaft, sondern auf „ideologische, soziale und ökonomische Quellen. Und genau diese Quellen verleihen dem Schiitentum eine institutionelle Autonomie.“³⁵⁶

Diese Autonomie versetzte die Geistlichkeit in die Situation, dass sie sich zu einem „autopoietischem“ (Luhmann) System entwickelte. Sie bildete all die Jahre einen Staat im Staat, indem sie ihre Machtstrukturen bis dato beibehalten hat. Dies verlief natürlich nicht immer reibungslos. Spätestens seit der Regierungszeit von Naser ad-Din Schah Qdjar (1848-1896) veränderte sich das Verhältnis der Geistlichkeit zur Zentralmacht von einer Kooperation zu einer Konfrontation.

Existenz dieser von staatlichen Institutionen abhängigen Klasse, welche über eine Unmenge an Kapital und Macht verfügt, steht sozialen Bewegungen und Revolutionen wie ein Stolperstein im Wege. Durch die materielle Überlegenheit hatten und haben diese die gesellschaftliche Hegemonie jeweils für mehrere Jahrzehnte inne.

³⁵⁵ Towfigh, S. 69.

³⁵⁶ Ebd. S. 69.

Im Gegensatz zu Tawfiqs Meinung, der behauptet, dass „die Anerkennung dieser Autonomie [der Geistlichkeit] die Legitimationsgrundlage der Qadjarischen Dynastie bildet“³⁵⁷, meine ich, dass die Autonomie der Geistlichkeit von der königlichen Familie nicht in dem Maße wie bei den Safawiden anerkannt wurde. Deshalb stand der schiitische Klerus in Opposition zum Königshaus, obwohl diese Autonomie und Dominanz der religiösen Schicht während der Konstitutionellen Revolution wieder hergestellt wurde, indem sie laut der neue Verfassung über die Islamkompatibilität aller Gesetze wachen sollte und sie eventuell auch außer Kraft setzen konnte. So wurde, wie bereits erwähnt, der Protest gegen die Monopolvergabe für Anbau, Verkauf und Export des gesamten Tabaks (1891) an den britischen Major Talbot maßgeblich von der schiitischen Geistlichkeit organisiert. Nachdem der persische Staat die Konzession annullierte und dem Vertragspartner 500.000 Pfund gezahlt hatte, erließ Ayatollah Schirazi eine neue Fatwa, nach der das Rauchen erlaubt wurde. Der Einfluss der Geistlichkeit auf die Gesellschaft ging unterdessen unvermindert weiter.

„Auch die iranische Gesellschaft des 19. Jahrhunderts war sehr religiös geprägt, die Geistlichkeit (Ulama) bildete eine unabhängige Macht gegenüber dem Herrscher“.³⁵⁸

Für die Beteiligung an der Konstitutionellen Revolution gibt der Autor Khosrozadeh zusätzlich als weiteren Grund die zwei hintereinander verlorenen Kriege gegen Russland an. Dazu kamen seiner Meinung nach noch die finanzielle Unabhängigkeit der Geistlichkeit vom Hof sowie die Bedrohung durch ausländische Mächte für das Ansehen der Geistlichkeit.³⁵⁹

Durch die konstitutionelle Revolution haben die Geistlichen ihrem Machtanspruch eine gültige und offizielle Gestalt gegeben, nämlich in der Festlegung der Staatsreligion in der Verfassung.

Die Struktur des Irans zur Zeit der Konstitutionellen Revolution war sehr ländlich. Der Staat im Staat der Mullahs wurde zusätzlich durch ein anderes Subsystem gespeist, nämlich das der Bauern und ihrer Familien, die mehr als 90 % der Bevölkerung ausmachten, sowie dem ländlichen Klerus, der hauptsächlich aus Mullahs bestand. Die Geistlichkeit setzte und setzt sich noch heute aus Mullahs, Hodschas, Ayatollahs und Großayatollahs zusammen. Die Aufgaben der Mullahs auf dem Land waren vielfältig, nämlich die Verwaltung der Moscheen, das Freitagsgebet, die Durchführung des Koranunterrichts sowie Eheschließungen und Scheidungen innerhalb der Dorfbevölkerung. Traditionell sprach die Geistlichkeit das Recht im Lande. Dieses Recht kann man wiederum auf die Safawidenzeit zurückführen. Später schuf der Staat zwar Organe der Rechtsprechung, die Geistlichen genossen aber eine Art von

³⁵⁷ Ebd. S. 69.

³⁵⁸ Roschke-Buzgel, Sabine, S. 30.

³⁵⁹ Vgl. Khosrozadeh, S. 191.

Immunität.³⁶⁰ Und obwohl im 19. Jh. Fatwas bereits als politisches Mittel zum Protest eingesetzt wurden, genossen die Urheber der Fatwas – die Ayatollahs – Immunität.

Finanziert wurde dieser Staat in Staat durch den Fünften (*Khoms*) und Steuern (*Zakat*), welche die Gläubigen bzw. die Dorfbewohner ihrem Mullah abtreten mussten. Darüber hinaus ließen Mullahs die in ihrem Besitz befindlichen Ländereien verpachten und bestellen. Es gab auch zu jedem Anlass großzügige Geschenke der Dorfbewohner etc. Jedes Dorf hatte einen Mullah, der lediglich bei religiösen Fragen den Ayatollah oder Großayatollah in der Stadt aufsuchte. Dadurch, dass die Mullahs auf dem Lande quasi von der Landbevölkerung lebten, entstand eine Interessenkonvergenz zwischen Geistlichen und Bauern. Die Fatwas wurden von Ayatollahs erlassen und über die Mullahs der Dorfbewölkerung übermittelt. Lediglich in den sunnitischen Gebieten wie bspw. Kurdistan und Belutschistan wirkten diese Fatwas nicht, da Sunniten keine Fatwa kennen und diese an keine Weisung der schiitischen Ayatollahs gebunden waren.

„Im Gegensatz zur sunnitischen agierte die schiitische Geistlichkeit auf einem wirtschaftlich soliden Fundament, das sich bereits während der Kadscharen-Herrschaft entwickelt und verfestigt hat“.³⁶¹ Dies lag daran, dass die sunnitischen Geistlichen nicht durch den *Khoms*³⁶² (Fünften) der Gläubigen finanziert wurden, sondern sich ihren Lebensunterhalt selbst finanzieren mussten. Auch erhielten die sunnitischen Mullahs im Gegensatz zu den schiitischen Mullahs keine Erbschaften, die mit der Absicht anvertraut wurden, dass sie dem „Gemeinwohl“ zugutekommen sollen.³⁶³ Ein Großteil der Erbschaften diente dazu den Bau und Unterhalt von Moscheen sowie Koranschulen zu finanzieren.³⁶⁴

Diese Argumentation beruht auf der Tatsache, dass die Geistlichkeit sich in den Besitz von Boden und Kapital als zwei wichtige Produktionsfaktoren brachte, und zwar auf verschiedenen Ebenen:

1) Wie bereits erwähnt wurde, gab es im Iran hauptsächlich drei Formen von Bodenbesitz. Eine staatliche (*Hales*), eine private und eine religiöse (*Waqf*). Die letztere konnte nur von der Geistlichkeit beansprucht werden, d. h. Bebauung, Kauf, Verkauf und Verpachtung standen unter geistlicher Beaufsichtigung und Kontrolle.

³⁶⁰ Ebd. S. 34.

³⁶¹ Khosrozadeh, S. 197.

³⁶² Vgl. Towfigh, Ibrahim, S. 70.

³⁶³ Vgl. Khosrozadeh, S. 197.

³⁶⁴ Die Moscheen dienten der Geistlichkeit als grundsätzlichsste Institution. Hierdurch kam die Masse der Bevölkerung mit dem islamischen Gedankengut und dessen Ideologie in Berührung. Darüber hinaus dienten sie als eine Art autonome Schule, als Versammlungsort, zur Massenmobilisierung etc.

2) Die schiitische Glaubensrichtung forderte jeden Schiiten auf, ein Fünftel seines Vermögens in regelmäßigen Zeitabständen, meistens am Ende eines jeden Geschäftsjahres, an die religiöse Geistlichkeit abzugeben.

Diese steuerartigen Abgaben bezogen sich zunächst auf den Stamm der Haschemiten, da sie vom Erhalt von *Zakat* ausgeschlossen waren, und umfasste allmählich alle Gesellschaftsschichten.³⁶⁵ Diese Bestimmung (*Khoms*) leitet sich vom 42. Vers der Anfal-Sure des Korans her. *Khoms* ist gegenwärtig für jeden Schiiten ein Muss und wer sich dem widersetzt, wird als ungläubig degradiert.³⁶⁶

Bemerkenswert sind die Voraussetzungen und die Kriterien des *Khoms*, wonach die Schiiten dieser religiösen Pflicht nachgehen sollen. Khomspflichtig sind folgende Dinge:

- a. Sämtliches Kapital und alle Gegenstände, die im Krieg der Muslime gegen die Feinde beschlagnahmt werden. Dazu zählen sowohl liquide als auch unliquide Mittel.
- b. Bodenschätze aller Art. Selbst die Arbeiter, die auf diesen Bodenschätzen arbeiten, sind dazu verpflichtet *Khoms* zu zahlen.
- c. Schätze. All die Schätze, die gefunden werden, gleichgültig von wem, sind khomspflichtig, z. B. wenn man ein Grundstück kauft und auf diesem Grundstück ein Schatz gefunden wird, ist der Besitzer dazu verpflichtet den *Khoms* abzugeben.
- d. Die „Ungläubigen“ sind generell von Khomzahlungen befreit. In zwei Situationen müssen sie sich jedoch dieser Regelung unterwerfen:
 1. Wenn sie ein Grundstück von einem Muslimen kaufen und
 2. Wenn sie auf einem Bodenschatz arbeiten.
- e. Der Rest des Geldes, das ein Muslim am Ende des Jahres noch übrig hat. Dieses Geld umfasst alle Arten der Geldgewinnung von Vererbung bis zur Eigenerwirtschaftung.

Durch Fälschungen kam es dazu, dass aufgrund einer Fatwa (religiöses Dekret) die Geistlichkeit einen Teil hiervon für sich behalten konnte. Sie erhielt offensichtlich davon einen Teil als „Bearbeitungsgebühren“ und einen anderen als „*Khoms*“ von „*Zakat*“. Dadurch konnten sie eine große Menge von Kapital anhäufen, das jedoch teilweise totes Kapital war. Denn die Geistlichkeit konnte sich nur verdeckt und mit großer Sorgfalt als Kapitalist und Händler auf dem Markt zeigen. Sie konnten ihr Kapital höchstens durch ihre Netzwerke in verschiedenen Wirtschaftszweigen investieren und teilweise verzinsen lassen, etwas, das im

³⁶⁵ Vgl. Ansari, Mohammad Raza, in Tfsir al-maanie Taschaio, 7. Band, S. 257.

³⁶⁶ Ebd.

Islam streng untersagt ist. Wurde dies bekannt, mussten sie mit ihrer gesellschaftlichen Diskreditierung rechnen. Darauf wird weiter unten eingegangen.

Durch dieses Kapital konnte sich die Geistlichkeit in den Besitz von noch mehr Boden bringen, was wiederum ihre gesellschaftliche Macht immens erhöhte.

- 1) Viele dieser religiösen Prediger lebten in den großen Städten und waren so, als Großgrundbesitzer, für die Untertanen anonym. Sie transferierten ihr Kapital in die Großstädte und investierten es in gewinnbringende Zweige, was ebenfalls zu einer Akkumulation ihres Kapitals führte.

Ein iranischer Historiker namens Shirazi schreibt folgende Sätze: „Der Ayatollah Mohammadi kam mit seinen Schuhen [d. h. er war allein und einzig im Besitz seiner Schuhen] in unsere Stadt. Als er uns verlassen hat, hatte er mehrere Grundstücke, 1000 Tuman, mehrere Hamams, mehr als 10 Läden etc.“³⁶⁷

Moscheen waren und sind hierbei Drehpunkt aller Ereignisse. Diese bildeten autonome Räume innerhalb des Staatsraums.

„Die Moscheen entwickelten sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem wichtigen Zentrum in jeder Stadt und in jedem Dorf, in der die Ulama die Masse der Iraner gegen das Königshaus aufbringen konnten“.³⁶⁸ In den Moscheen gab es stets Informationsaustausch zwischen den Geistlichen und den Gläubigen, fern von jeder Beobachtung und Staatskontrolle. Ebenso wurden in den Moscheen Streitigkeiten zwischen verfeindeten Fronten aus der Welt geschaffen. Darüber hinaus lernte man in den Moscheen das Lesen und Schreiben. Mit diesem Know How sollte man aber nur religiöse Bücher lesen bzw. gab es nur religiöse Bücher zum Lesen. In den Moscheen wurden Massen mobilisiert und nur bestimmte Interessen vertreten.

An dieser Stelle ist es angebracht, auf unsere Definition des Staates als „Verdichtung der materialisierten Kräfteverhältnisse“ (Poulantzas) hinzuweisen. Die Geistlichkeit verdichtete im Laufe der Zeit ihre materialisierten Institutionen in Form von Moscheen, Schulen, Rechtssprechungsorganen, Vereinen, Händler- und Arbeitgeberorganisationen etc. und fing an, sich gegen das autoritäre Regime von Pahlawi zu reorganisieren.

Eine wirkmächtige Gestalt gewann die Anti-Schah-Bewegung mit der Bodenreform, der sog. Weißen Revolution. Hierdurch haben sie, abgesehen von ökonomischen Umwälzungen und den dadurch gewonnenen Vorteilen, noch eine Rolle übernommen, nämlich als Oppositionsführer. Die oppositionelle Funktion erfüllte die Geistlichkeit zwar immer, jedoch

³⁶⁷ Nach Arjomand, S. 255.

³⁶⁸ Vgl. Roschke-Buzgel, Sabine, S. 33.

haben sie mit der Weißen Revolution praktisch die Führung der Bewegung und entsprechend der Massen übernommen. Denn vor der konstitutionellen Revolution von 1906 und insbesondere ab 1880 gehörte ein Teil von ihr immer – mehr oder minder – zu den oppositionellen Kräften des Landes. Gründe hierfür fand man in den Machtkonflikten zwischen der Geistlichkeit und dem Hof. Man hat gesehen, dass sie zahlreich im ersten Parlament (*Madjlis*) vertreten waren und erfolgreich ihre Ziele durchsetzten. Mit der Machtübernahme Reza Schahs wurde ihr Einfluss nur teilweise und vorübergehend zurückgedrängt.

Mit der Weißen Revolution von 1953 konnte die Geistlichkeit die Gunst der Stunde meisterhaft nutzen und sich zum Anführer der oppositionellen Kräfte machen. Das Fehlen anderer Parteien, welche durch das absolutistische Regime von Mohammad Reza Schah untersagt waren, sowie die Schwäche der Stellungnahme gegen das Vorhaben des Schahs seitens der Oppositionellen machte der Geistlichkeit den Weg für ihre neue Rolle frei. Genau hier versuchten einige schiitische Theoretiker wie Khomeini ihre Ideen über die politische Herrschaft der Geistlichen als Herrschaftssystem bekanntzugeben und so erlebte ab diesem Zeitpunkt der politische Islam eine Renaissance.

Eine mehrfache Enttäuschung der iranischen Bevölkerung sowohl durch die Großmächte als auch durch die innenpolitischen Herrschaftskräfte trug also dazu bei, dass die gesellschaftliche Position der Geistlichkeit im Iran enorm gestärkt wurde. Denn andere oppositionelle Kräfte wie die Tudeh-Partei, *Edalat* oder die iranischen Demokraten wurden als Kollaborateure der Russen oder Briten angesehen und mussten daher kontinuierlich Einbußen bezüglich ihrer gesellschaftlichen Stellung hinnehmen.

Andererseits erhob die Geistlichkeit nationalistisch-sozialistische Parolen und setzte sie strategisch fort. Mit großer Fertigkeit und Sensibilität nahm Ayatollah Khomeini die Parolen zweier Denkrichtungen auf, verinnerlichte und islamisierte sie, indem er ihnen einen islamischen Ursprung zusprach. Phänomene wie soziale Gerechtigkeit übernahm Khomeini vom Sozialismus und den Verweis auf den traditionellen und kulturellen Stolz des Iran von Nationalisten. Dieses umfassende politische Programm ermöglichte es der Geistlichkeit, die Führung weiter Teile der iranischen Bevölkerung problemlos zu übernehmen.

Der schiitische Klerus unter Führung von Khomeini konnte seine auf Tradition, Aberglaube und Religion gestützten Parolen mit modernen technologischen Fortschritten auf der Kommunikationsebene erfolgreich für seine Ziele benutzen. Khomeini übermittelte seine Gedanken und Theorien durch ein breit gefächertes Netzwerk der Ayatollahs an die iranische

Bevölkerung, ohne dass die Schahherrschaft in ihm eine reelle Gefahr spürte. Khomeini versuchte seinen Machtansprüchen durch den Rückgriff auf religiöse und traditionelle Symboliken einen religiösen und völkischen Gehalt zu geben und diese somit zu legitimieren. Da, wo das Schahregime zu kurz kam, ersetzte Khomeini es und löste so die Pahlavidynastie allmählich ab. „Doch die legitimitätsheischenden Strategien der nationalistischen und religiösen Staatsdiskurse und -praktiken blieben erfolglos, weil die Patronage des Staates nicht ausreichte, die erweckten materiellen Erwartungen zu erfüllen“.³⁶⁹

Im Zentrum hatte Khomeini den Boden unter den Füßen anderer Parteien weggezogen. Schritt für Schritt weitete er seinen Einflussbereich aus. Der Punkt war erreicht, an dem ohne die Geistlichkeit keine Opposition vorstellbar war. Die Geistlichkeit unter Führung Khomeinis war endlich da angekommen, wo sie hin wollte, nämlich bei der Führung der oppositionellen Kräfte und später an der Spitze der Macht.

³⁶⁹ Schlichte, S. 240.

IV. Resümee

Diese Dissertation wurde verfasst, weil der Autor den iranischen Nationalstaat aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten beabsichtigte. Deshalb findet man völlig neue Komponenten, welche bei anderen Autoren nicht vorhanden bzw. nur teilweise berücksichtigt wurden.

Die Probleme des jetzigen iranischen Nationalstaates auf die geschichtlichen Ereignisse zurückzuführen, soll in zweierlei Hinsicht relevant sein. Zum einen kann man den Moment der Entstehung und Manifestierung eines jeden Fehlers festhalten und analysieren. Damit weiß man wann und weshalb etwas passiert und dass Teile davon trotz revolutionärer Umwälzungen fortgesetzt werden. Zum anderen soll man die Schuld und die Verantwortung für die missglückte Nationalstaatsbildung nicht nur einer bestimmten Person oder Gruppierung zusprechen. Somit haben wir einige komplexe Zusammenhänge herausgearbeitet, sodass eindeutig wird, dass bei einem jeweiligen Geschehen stets mehrere Faktoren beteiligt waren. Dies soll allerdings nicht die jetzige Ayatollah-Herrschaft entlasten. Sie ist genauso verantwortlich wie die Pahlavi-Herrschaft und die Kadscharendynastie.

Nun zurück zu den wichtigsten Fehlentwicklungen des Staates. Meines Erachtens findet man die wichtigste Fehlentwicklung des iranischen Nationalstaates im Begriff der Nation. Die Nation als einheitliches Wesen bildet die Basis für die Bildung eines jeden Nationalstaates. Jeder Nationalstaat führt die Legitimität seiner Herrschaft auf die Nation zurück. Wie bereits beschrieben wurde, ist es dem iranischen Staat nicht gelungen, diese Hürde zu überspringen.

Des Weiteren ist die Übermacht zweier Akteure innerhalb des Staates hervorzuheben. Der erste ist das Militär und der zweite ist die Geistlichkeit. Diese beiden Faktoren begleiten die Entwicklung des Nationalstaates von Beginn an. Sie setzen mit Repression und Ideologie ihre eigenen Ziele durch. Gewalt und Schiismus-Persismus sind zweierlei Fehlentwicklungen des iranischen Nationalstaates. Diese Instrumente kommen beide überwiegend zu Ungunsten nationaler und religiöser Minderheiten zum Einsatz.

Des Weiteren kommt dazu, dass im Gegensatz zum Westen der Staat im Iran kontinuierlich personengebunden geblieben ist, mit einer Person, die sich an die Spitze des Herrschaftssystems stellt und die dauerhafte Führung dieses Systems für sich beansprucht. Während der Konstitutionellen Revolution war es Mohammad Ali Schah. Danach beanspruchte Reza Schah die Führung für sich. Nach Reza Schah ist es sein Sohn Mohammad Reza Schah, welcher bis auf eine kurze Unterbrechung durch Mossaddegh die Macht innehatte. Nach der islamischen Revolution stand Khomeini bis zu seinem Tod an der Spitze der Macht im Iran und seitdem ist Ayatollah Ali Khamenei die führende Persönlichkeit. Die Autonomie des Staates gegenüber allen Klassen bleibt weiterhin ein Traum.

Hinzu kommt die ökonomische Abhängigkeit des Staates, welche zwar nicht offensichtlich, jedoch stets und schon zur Zeit der Konstitutionellen Revolution immens gewesen. Sie führte zu militärischen Intervention ausländischer Mächte und zu inneren Unruhen. Diese Unselbständigkeit ist auf diverse Gründe zurückzuführen, welche man weiter oben findet. Die Großmächte im Iran intervenierten jedoch nicht nur deshalb, weil er enorm bei ihnen verschuldet war. Die Großmächte verfolgten stets ihre eigenen hegemonialen Interessen. Aufgrund dieser Interessen gingen sie Koalitionen und Gegenkoalitionen miteinander und gegeneinander sowie mit inländischen Kräften ein. Das Wohl der iranischen Völker war für sie, wenn überhaupt, stets nur zweitrangig.

Von nicht geringer Bedeutung sind aber die Koalitionen und Gegenkoalitionen, aus welchen die spätere Herrschaft sich herauskristallisierte. Diese Koalitionsbildung ist in der Geschichte des iranischen Nationalstaates stets zu Ungunsten der Demokratie im Iran ausgefallen. Mehr dazu erfahren wir im weiteren Verlauf. Nachfolgend wird einzeln auf die oben erwähnten Faktoren und Akteure eingegangen.

Man kann tatsächlich Parallelen zwischen der Konstitutionellen Revolution, der Schahzeit und der Islamischen Revolution ziehen. Wie in der Konstitutionellen Revolution sollen auch jetzt – während der islamischen Republik – alle Gesetze nach ihrer Ratifizierung durch den Filter der Scharia gehen. Schon während der Konstitutionellen Revolution wurden Gesetze auf die Kompatibilität mit dem Islam überprüft; eine Aufgabe, die nun während der islamischen Republik vom Wächterrat und vom „Majlese Khebragan“ erfüllt wird. Khomeinis Theorie beruht auf historisch reellen Begebenheiten und hat tiefe Wurzeln in den früheren Herrschaftssystemen des Landes. Diese Theorie manifestiert sich in der Verfassung der Islamischen Revolution. Der Artikel IV der Verfassung der „Islamischen Republik Iran“ schränkt die Rechtssetzung ein: „Alle Gesetze, gleichgültig ob wirtschaftliche, soziale, strafrechtliche, politische oder militärische, müssen den islamischen Prinzipien entsprechen“.³⁷⁰ Diese Tatsache umfasst alle anderen Gesetze und den „shawraye Negahban“ (Wächterrat), nur er ist befugt diesen Vorgang zu beaufsichtigen.

Des Weiteren – wie bereits beschrieben– findet man in der übergeordneten Rolle der Repression bzw. des Militärs innerhalb des Staatsapparates eine Abnormalität. Die Armeefunktionäre haben großen Anteil an der Staatsführung, obwohl Ayatollahs lediglich das Staatswesen und dessen Apparate mit einem islamischen Aushängeschild kaschierten und

³⁷⁰ Siehe iranische Verfassung Artikel 4.

somit die Rolle des Militärs nur minimal zeigen. Der iranische Nationalstaat, gegründet durch die Ereignisse der Konstitutionellen Revolution und später durch Reza Khan, ist während der kapitalistischen Expansion des Zentrums in der Peripherie entstanden. Diese nachfeudalistische Expansion unterwarf die alten Verhältnisse und evozierte daraus eine komplett neue Gesellschaftsformation mit neuen Produktions- und Gesellschaftsverhältnissen sowie einem neuen Herrschaftsmodell. Dieses Modell stützt sich – laut vieler Autoren – neben anderen Faktoren hauptsächlich auf die Monopolisierung und Legitimation der Gewalt. Um in der neuen Situation Herr der Lage zu werden, braucht man eine starke Armee. Durch seine historische Gebundenheit des Staates an das Militär gründete der Schah den iranischen Nationalstaat. Im ersten Schritt basierte dieser auf Gewalt/Repression und nationalistischer Ideologie. Sein Vorhaben genoss allerdings die stille Zustimmung einiger sozialer Gruppierungen.³⁷¹ Er stellte die Weichen für die spätere iranische Armee, die Polizei, den Geheimdienst usw. Die Etablierung des staatlichen Gewaltmonopols wird während der Herrschaft von Reza Schah vollzogen. Wie bereits erläutert, baute Reza Schah innerhalb nur weniger Jahre eine der modernsten und stärksten Armeen der ganzen Region auf. Ein großer Teil der staatlichen Einnahmen wird damals in die hauptlasttragende Säule des Staates, nämlich das Militär und den gesamten Repressionsapparat des Staates, investiert. Schon damals dominieren die Gewaltapparate des Staates den gesamten soziopolitischen und ökonomischen Raum innerhalb der iranischen Gesellschaft. Die aktuelle Einmischung des Pasdaran (Revolutionswächters) in den ökonomischen, politischen und selbst in den privaten Raum der Gesellschaft und des Individuums ist kein neues Phänomen. Sie ist auch keine Erfindung des islamischen Regimes, sondern hat ihren Ursprung, wie geschildert, in der Herrschaftszeit der Konstitutionellen Revolution und später Reza Schahs. Dies ist eine historisch strukturelle Fehlentwicklung. Diese ist der materialistischen Staatstheorie nicht fremd. Gewalt und Repression werden von den Theoretikern der materialistischen Staatslehre genau untersucht. Deshalb wird sie auch in der vorliegenden Arbeit für die Beschreibung der Verhältnisse angewandt.

Die Dominanz des staatlichen Gewaltmonopols über das öffentliche und private Leben der Staatsbürger zerstört den zivilgesellschaftlichen Raum. Das nächste strukturelle Problem des iranischen Staates ist das Fehlen einer funktionierenden Zivilgesellschaft im Iran. Dieses Fehlen ist ebenso strukturell bedingt und in der Vergangenheit entstanden.

³⁷¹ Hier vermeidet der Verfasser bewusst den Begriff Gesellschaftsklassen, weil zu diesem Zeitpunkt sich diese Klassen im Iran noch nicht gebildet hatten. Dazu siehe weiter unten.

Der Schah als Gründer des iranischen Nationalstaates vertrat eine bestimmte Ideologie. Deshalb versuchte er auch diese militärisch-nationalistische Ideologie zu vergesellschaftlichen. Ideologie ist eine der vielen tragenden Säulen des Staates. Mehrere Staatsapparate materialisieren und verdinglichen die herrschende Ideologie mit der Schule, dem gesamten Parteien- und Bildungssystem sowie mit religiösen Einrichtungen wie etwa Moscheen, Koranschulen, Vereinen, Massenmedien usw. Auch Khomeini ließ die islamische Ideologie durch diese Staatsinstitutionen reproduzieren. Ideologie wird als ein weiterer Aspekt der Machtausübung durch den Nationalstaat in der materialistischen Staatstheorie untersucht. Alle iranischen Herrscher, zumindest die seit der Konstitutionellen Revolution, versuchten ihre Herrschaft durch eine beliebige Ideologie zu rechtfertigen. Vom Nationalismus bis zum schiitischen Islamismus hat man bereits im Iran von vielen Ideologien Gebrauch gemacht. Im Iran, unter der Islamischen Republik, wird der Schiismus als Ideologie der herrschenden Klasse benutzt, um die tatsächlichen „Antriebe“ der Herrschaftsausübung zu vertuschen. Es ist nicht zutreffend, wenn man von einem auf der Basis des Islam erschaffenen Nationalstaat spricht, denn der Islam kennt keinen Nationalstaat. Er erkennt ihn auch nicht an, weil der Islam keinen Wert auf die Nation legt. Für den Islam ist Omat/Omah von Bedeutung, welche die Gemeinschaft aller Muslime bedeutet, unabhängig von ihrer Nationalität. Darüber hinaus ist die Nation eine neue Erfindung, die ihren Ursprung, wie bereits erwähnt, im 19. Jh. findet. Die Ideologie der islamischen Republik beruht auf der Herrschaft der Rechtsgelehrten über das islamische Volk und nicht wie die Republik auf der Herrschaft des Volkes/einer Nation über sich selbst.

Einen weiteren Moment der Fehlentwicklung kann man im Fehlen einer funktionierenden Zivilgesellschaft im Iran festhalten. Katuzian besagt, im Iran habe die Herrschaft jenseits aller Klassen gestanden. Dies hat zur Folge, dass sie sich in keinem Gesetzmäßigkeitsverhältnis gegenüber den Klassen befand.³⁷² Infolgedessen gingen Aufstände und Revolutionen im Iran weder von einer einzelnen Klasse aus, noch richteten sie sich gegen eine bestimmte Klasse, sondern sie wurden von allen gesellschaftlichen Klassen getragen und richteten sich gegen die absolutistischen Herrscher. Diese Aufstände, wie Katuzian zu Recht bemerkt, endeten meistens in Vandalismus und Anarchie und führten zum „Zusammenbruch der alten Ordnung“, wengleich diese Aufstände keinen Klassenkampfcharakter hatten. Als Resultat wird „lediglich“ ein Despot durch einen anderen ersetzt, ohne dass gesellschaftliche Verhältnisse verändert werden.

³⁷² Vgl. Katouziann, S. 23.

Diese Behauptung ist insofern richtig, dass die absolutistischen Herrscher im Iran nie zugelassen haben, dass sich eine legale Opposition in Form von Parteien und anderen Organisationen bilden konnten. Deshalb gab es entweder keine Opposition in diesem Sinne oder wenn sich überhaupt eine breit gefächerte Unzufriedenheit und Unmut unter der Bevölkerung ausbreiten konnte, dann im Untergrund und wie bereits erwähnt illegal. Das Etikett der Illegalität hinderte die Opposition daran, sich in die legale Zivilgesellschaft zu integrieren. Konflikte zwischen Staatsmacht und Opposition führten deswegen immer zu „revolutionären Situationen“.

Die Analytiker der iranischen Herrschaft haben bislang eines gemeinsam: Sie lassen die Rolle der Koalitionsbildungen außer Acht. Wenngleich es keine legalen Parteien und Organisationen im Iran gab, existierten diese im Untergrund. Wie wir bereits gesehen haben, waren z.B. Ayatollas stets an den Machtumwälzungen beteiligt und dies obwohl sie keine offenen Strukturen als Parteien bilden durften und konnten. Bei allen Umwälzungen seit der Konstitutionellen Revolution spielt die Schicht der Geistlichkeit eine immense, wenn nicht die wichtigste Rolle. Aber auch andere Parteien wie die Tudeh-Partei oder die Nationalisten (vor allem die nationale Front) spielten seit ihrer Gründung eine relevante Rolle. Diese bildeten gemeinsam mit der Geistlichkeit eine Gegenkoalition z.B. gegen den Staat von Mohammad Reza Schah. Diese Koalition umfasste breite Massen der Gesellschaft und formierte sie als Gegenstimme gegen den Schah. Nur eine breit gefächerte Gegenkoalition von Geistlichkeit, Tudeh-Partei und Nationalisten konnte den Militärapparat des Schahs besiegen, welcher ihm als stärkste Armee der Region weltweit Anerkennung verschaffte.

Nicht zuletzt aber trugen die gescheiterten Versuche der Nationsbildungen, die Desintegration der nationalen Minderheiten in das Staatssystem und dementsprechend ihre fehlende Kooperation zur Fehlentwicklung des Staates und zum Scheitern der vorangegangenen Umwälzungen bei; ein Aspekt, der wiederum bei kaum einem anderen Analytiker auf Interesse stößt. Samt der oben genannten Gegenkoalition unternahmen die nationalen Minderheiten stets Versuche, um den zentralistischen Nationalstaat zu stürzen. Seit der Gründung des iranischen Nationalstaates unter Führung schiitischer Perser im Zentrum richten sich die Kämpfe der nichtschitischen, nichtpersischen Völker gegen das Gerüst des Staates. Durch zwei Beispiele haben wir dargelegt, wie schnell Kurden und Aseritten sich von dem persisch-schiitischen Nationalstaat loslösen wollten, indem sie die Republiken Kurdistan und Aserbaidschan gegründet haben. Diese kämpfen unermüdlich seit der Gründung des Staates und bilden samt anderen Oppositionellen eine Gegenkoalition gegen die Herrschaft der Ayatollahs. Ihre Rolle

ist dermaßen stark gewesen, dass sie bei der Islamischen Revolution nicht verleugnet werden konnten. Selbst Khomeini wollte sie nach seiner Machtübernahme an der Macht beteiligen. Somit hat er für seine islamische Herrschaft unter den kurdischen Parteien Zuspruch gefunden. Er hat ihnen Autonomie und Selbstverwaltungsregionen versprochen. Diese Versprechungen haben dazu geführt, dass sie ihre Anhänger gegen den Schah und zu Gunsten Khomeinis mobilisierten. Nur dadurch konnte Khomeini den Schah besiegen. In der Anfangsphase nach der Revolution wurde eine völlig freie und demokratische Atmosphäre geschaffen. Diese war von kurzer Dauer, nach wenigen Monaten wurde der Ausnahmezustand verhängt. Khomeini und seine Gefolgschaft gingen aus der Koalition als alleinherrschende Partei hervor. Er erklärte alle anderen Parteien und Organisationen für illegal, verbot Zeitschriften, ließ einige tausend Oppositionelle hinrichten, schlug die Autonomiebestrebungen der Kurden, Aseritten etc. nieder. Selbst einige seiner nächsten Anhänger und Sympathisanten ließ er erschießen. Seine Versprechungen löste Khomeini jedoch nicht ein. Somit gehen die Kämpfe gegen den persisch-schiitischen Nationalstaat unvermindert weiter.

Daran anknüpfend ist die Bildung der iranischen Nation mit ihren Begleitumständen wie bspw. Massenmorde und Vertreibung Andersdenkender, ethnisch-religiöser Minderheiten sowie politischer Gruppierungen zu beachten, da seit der Konstitutionellen Revolution und der Institutionalisierung des Staates stets Repression und schiitisch-persischer Nationalismus den iranischen Völkern keinen Platz einräumten. Die Betonung lag jedoch von Beginn an auf den von der Repression untermauerten Apparaten. Diese führte dazu, dass die Entwicklung der auf Repression basierenden Staatsapparate systematisch bevorzugt wurde. Die im Zentrum der Macht ansässigen Kräfte, welche die Staatsmacht an sich gerissen hatten, geben anderen iranischen Ethnien keine Gelegenheit, sich in das Gerüst des Staates zu integrieren. Die Unterschiede gaben Anlass zur Diskriminierung. Deshalb wurden alle, die nicht in das Schema der schiitisch-persischen Ideologie passten, per Gesetz benachteiligt. Der Artikel 12 der Verfassung der islamischen Republik legt fest, dass die Staatsreligion im Iran die schiitische Richtung des Islam von „Jaafari asna Ashari“ ist.³⁷³ Nach diesem Artikel werden andere Muslime respektiert und können ihre Religion weiter frei ausüben. Christen, Juden und Zoroastrier können ebenso ihren religiösen Verpflichtungen nachgehen.³⁷⁴ Die freie Ausübung der Religion sieht natürlich in der Praxis des heutigen Irans anders aus. Darüber hinaus und viel wichtiger ist der Ausschluss von muslimischen Sunniten und anderen Religionsgemeinschaften vom Gerüst des Nationalstaats. Allen anderen ist das Bekleiden

³⁷³ Ebd. S. 27.

³⁷⁴ Ebd. S. 28.

höherer Posten im iranischen Nationalstaat per Gesetz untersagt. Die Staatsreligion wurde seit der Konstitutionellen Revolution festgelegt. Reza Schah hat die Amtssprache festgelegt. Seit diesen Ereignissen erfahren alle Nichtschiiten und Nichtperser Staatsrepressionen. Den Höhepunkt erreichen diese Diskriminierungen jedoch mit dem Dekret Khomeinis, wonach er die Kurden für ungläubig und ihnen den Dschihad erklärte. Mehrere Monate nach diesem Dekret wurden Kurden in allen kurdischen Regionen ohne jegliche Rechtfertigung und Gerichtsverhandlung einfach umgebracht. Khomeini schickte mehrere Teams unter der Führung von Ayatollah Khalkhali nach Kurdistan. Mehrere Tausend Kurden wurden nach Ermessen Khalkhalis umgebracht. Solche Ereignisse konnten nur durch Hervorhebung der religiösen und ethnischen Unterschiede zwischen Zentrum und Kurden geschehen. Laut den Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch sowie der Menschenrechtskonvention der UNO sind seit Machtübernahme Khomeinis mehr als dreißigtausend Kurden und andere Angehörige ethnischer Minderheiten systematisch eliminiert worden. Fast jährlich wird der Iran aufgrund von Benachteiligung der Minderheiten von der UNO-Konvention verurteilt. Das höchste Gericht der BRD hat das Regime in Teheran wegen des Mordes am kurdischen Oppositionellen Dr. Sadegh Scharafkandi und drei seiner Kollegen verurteilt. Ein anderer kurdischer Führer, Dr. Abdolrahman Ghasimlu, wurde in Wien vom Regime ermordet. Diese politischen Morde fallen – streng betrachtet – unter die Definition des Genozids (siehe oben, „Exkurs: Definition des Genozids“).

Diese Diskriminierung beschränkte sich nicht nur auf die machtpolitische und ideologische Ebene, sondern nahm vermehrt ökonomische Züge an, so dass Teheran und einige andere persisch-schiitische Gebiete sich im Laufe der Zeit zu großen Industrie- und Wirtschaftszentren entwickeln konnten. Hingegen wurden die Gebiete, welche mehrheitlich von nationalen Minderheiten bewohnt wurden, ökonomisch marginalisiert. Bereits durch die Konzentration der Industrie in Teheran und anderen Städten des Zentrums unter Mohammad Reza Schah und während der Weißen Revolution mussten hunderttausende Kurden, Belutschen und Araber aus ihrer Heimat auswandern und sich dort eine Zukunft aufbauen. Die Marginalisierung von nichtpersischen, nichtschiitischen Gebieten wird stets auf die labile Sicherheitslage dieser Regionen zurückgeführt. Mit „labil“ bezeichnet man jedoch die Unabhängigkeitsbestrebungen in diesen Regionen was wiederum auf die Gründung des Nationalstaates mit persisch-schiitischem Kern zurückzuführen ist. Mithin sind der herrschenden Schicht der Sachverhalt und die Problematik, welche sich dahinter verbergen, klar. Sie unternehmen jedoch nichts, um den Zustand zu verändern. Es liegt aber die Vermutung nahe, dass diese Politik die

systematische Vertreibung der ethnischen Minderheiten bezweckt. Dafür ist es angebracht, das folgende Zitat nochmals anzubringen:

„Wir müssen abertausende Bücher und Zeitschriften in persischer Sprache veröffentlichen. Diese sollen so günstig wie möglich erhältlich sein. Vor allem in Aserbaidschan und Khuzestan (die türkisch und arabisch besiedelten Gebiete) sollen diese breit verteilt werden. Diese Bücher sollen bald im abgelegenen Dorf in nationaler Sprache (Persisch) erhältlich sein. Um diese Idee umzusetzen, bedarf es tatkräftiger Unterstützung des Staates. Dafür braucht man ebenso einen durchdachten Plan. Man soll Einwohner von persischen Gebieten in abgelegene und fremde Gebiete entsenden und dort ansässig machen (Persifizierung der nichtpersischen Gebiete). Die Einwohner dieser Gebiete wiederum soll man in den von Persern besiedelten Gebieten ansässig machen. Ortsnamen, welche nicht persisch sind und auf ein Erbe fremder Herrscher (Dschinghis Khan etc.) deuten, sollte man persische Namen geben. Das Land muss sich auf die künftige Verteilungspolitik einstellen“.³⁷⁵

Die gescheiterte Integration der nationalen Minderheiten im Staat signalisierte stets die fehlende Integrationskraft des Staates bzw. den fehlenden Willen zu dieser Einbindung. Dies wiederum zeigte eine Fehlentwicklung auf, wonach der Nationalstaat nicht als autonomes Gebilde agieren konnte. Diese Klassengebundenheit (Herrschergebundenheit) des Staates ist zwar nicht mehr mit der Gebundenheit des Territorialstaates zu den Zeiten der Kadscharen gleichzusetzen. Es ist jedoch ein Systemfehler, dessen Wurzeln man bis zur Konstitutionellen Revolution und zu Reza Schah zurückverfolgen kann.

Der Staat als Verdichtung der materialisierten Kräfteverhältnisse hat zugleich eine relative Autonomie. Denn sonst kann er nicht zwischen verschiedenen Klassen und Interessenschichten. Nur wenn er über allen Klassen steht, kann er eingreifen und als Schlichter und Außenstehender agieren. Der iranische Nationalstaat ist jedoch seit seiner Gründung ein personengebundenes Gebilde. In der Zeit der Konstitutionellen Revolution standen zunächst Mozafar Aldein Schah und später sein Sohn Mohammad Ali Schah an dessen Spitze. Später kam Reza Schah und nach seiner Abdankung sein Sohn Mohammad Reza Schah. Schließlich reißt Khomeini als religiöser Führer die Macht des Staates an sich. Eine Autonomie und ein souveränes Verhalten des Staates wurden stets seitens dieser Führer unterbunden. Souveränität gegenüber allen Klassen und Völkern heißt zwar nicht alle Klassen gleich zu behandeln, diesen jedoch die Möglichkeit einzuräumen sich in das System der Nationalstaatlichkeit zu integrieren, und eine solche Souveränität ist vonnöten.

³⁷⁵ Nach Touraj Atabaki, S. 17.

Zu den bereits existierenden staatlichen Apparaten und Institutionen sind teilweise neue Institutionen und Apparate entstanden. Es gibt aber auch teilweise Überschneidungen und Parallelitäten der Staatsapparate untereinander. Die Artesch (die schahtreue Armee), die bewusst im Iran-Irakkrieg an die Fronten geschickt und allmählich vernichtet wurde, wurde durch die neuen Revolutionswächter (Pasdarane Enghelab und Basidsch) ersetzt und so umfunktionalisiert. Dabei wurde die Artesch noch nicht komplett aufgelöst, so dass es mancherorts über die Zuständigkeit dieser drei Repressionsapparate Streitigkeiten und Meinungsunterschiede gibt. Ein weiteres Beispiel findet man im Finanzwesen nach der Islamischen Revolution. Die in der Schahzeit gegründeten Banken, die nach kapitalistischem Akkumulationssystem funktionieren, existieren nach wie vor. Parallel dazu hat man aber auch eine oder mehrere islamische Banken errichtet, welche den Anspruch haben, nach islamischen Gesetzen funktionieren zu wollen, wie etwa Gharz ol Hasane. Der Islam durchdrang die ganze Gesellschaft mit all ihren Institutionen, Apparaten und Organisationen. Konflikte des alten Regimes wurden nicht nur vom neuen übernommen, sondern viele neue kamen dazu. Diese Parallelitäten sorgen für Verirrung und Ungesetzlichkeiten. Dadurch entsteht meist ein Konfliktfeld, welches den Boden für Korruption und Bestechlichkeit ebnet. Z. B. vergibt Gharz ol Hasana zinsniedrige bis zinslose Kredite. Um einen Kredit zu bekommen, sollte man entweder eine lange Zeit darauf warten oder man besticht einfach die Zuständigen. Bestechung und Korruption stehen auf der Tagesordnung.

Ein weiterer Systemfehler bzw. eine Fehlentwicklung geht auf die gescheiterten Revolutionen zurück. Im Iran hat es nie einen Bauernaufstand in Moores Sinne gegeben, weil die Feudal-, Pacht- und Bewirtschaftungsverhältnisse des Bodens grundsätzlich anders als in Europa waren. Im Unterschied zu Frankreich, das eine Revolution (des Bürgertums und des dritten Standes) hinter sich hatte und dadurch zu einer bürgerlich-demokratischen Gesellschaft umgewandelt wurde, hat es im Iran nie eine bürgerliche Revolutionen bzw. einen relevanten Bauernaufstand gegeben. Es gab lediglich bedeutungslose Bauernaufstände, die nie zu einer dauerhaften sozialen Änderung führten, sondern lediglich Ausdruck einer vorübergehenden Wut der Bauern waren.

Bei Scharoudi findet man den ähnlichen Gedankengang, dass die Loslösung der Bauern von Grundbesitzern und dementsprechend aus ihrer Abhängigkeit einen positiven Effekt auf den Prozess der Demokratisierung im Iran auslöste.³⁷⁶

³⁷⁶ Vgl. Scharudi, S. 186.

Barrington Moore stellt fest, dass die Industrialisierung, Reform des Staates und Umwandlung der agrarischen in eine kapitalistische Gesellschaft einzig und allein durch das Volk geschehen sollte, damit jene auch zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwandlungs- und Umdenkungsprozessen beitragen.³⁷⁷ Andernfalls kommt es nicht zur Demokratie, sondern zum Despotismus. Für diese These spricht, dass es im Iran immer wieder die Herrschaft war, die die Gesellschaft zu „modernisieren“ beabsichtigte. Da die Aufstände aus vielfältigen Gründen ausblieben, unternahmen z. B. die Regierungen von Reza Schah, seinem Sohn Mohammad Reza Schah und Mossadeq einige agrarisch-ökonomische Reformen. Diese Reformen basierten auf einer kleinen und labilen sozialen Basis und wurden deshalb von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. So wurde ein unerwünschter Gegeneffekt ausgelöst und die Lage zumeist von den reaktionären Kräften wie der Geistlichkeit ausgenutzt. Sie, die ebenso von den Reformen negativ betroffen war, mobilisierte ab 1941 Massenbewegungen und gewann kontinuierlich an Macht. So wurden Reformen in der iranischen Gesellschaft für westlich, islamunkonform und destruktiv erklärt.

Im Iran hat es selten eine bedeutende Industrialisierung des Landes und eine Intensivierung der wirtschaftlichen Produktion zum Export gegeben. Vor allem in England und Frankreich führten diese Entwicklungen zur erfolgreichen Einbindung in den Welthandel und zum Kapitalismus. Die Existenz einer autonomen Adelsschicht in der iranischen Gesellschaft, die die Grundlage von Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit westlicher Art bilden könnte, gab es nie. Die mächtige Agrarbürokratie verhinderte, nach Moore, in China das Heranwachsen einer Klasse unabhängiger Kaufleute und Fabrikanten, daher kam es zu keiner bürgerlichen Revolution und stattdessen gab es eine totalitäre Modernisierung.³⁷⁸ Im Iran dagegen gab es aufgrund fehlender strukturierter Agrarbürokratie keine Modernisierung des Landes. Obwohl es einige Versuche Reza Schahs und seines Sohnes Mohammad Reza Schah gab, eine Modernisierung, „Weiße Revolution“ genannt, voranzutreiben, gelang dies nie, da es an einem disziplinierten und strukturierten Bürokratieapparat mangelte, der diese Bemühungen hätte unterstützen können. Der vorhandene schwache Bürokratieapparat war unstrukturiert, korrupt und es mangelte an Fachleuten.

Eine ähnliche Entwicklung wie die im Iran findet man in Japan am Ende des 19., Anfang des 20. Jh. In Japan hat es ebenso wie im Iran nie eine „bäuerliche“ Revolution gegeben. Ursache war eine „Kommerzialisierung des Bodens“ von Seiten der Herrschaft und durch die Volksgruppen (bspw. Kaufleute etc.). Der König, der stets in neue Kriege verwickelt war, erhöhte die Steuern für die armen Bauern. Sie mussten die landwirtschaftliche Produktivität

³⁷⁷ Vgl. Moore, S. 497.

³⁷⁸ Vgl. Moore, S. 271.

erhöhen, d. h. mehr Güter produzieren, um die Steuern zahlen zu können. In dieser Zeit wurden die Steuern mit Geld ausgeglichen, d. h. das alte System der Steuerzahlung wurde abgeschafft. Dies war nicht die einzige Erneuerung auf dem Land. Das Regime führte eine allgemeine Wehr- und Schulpflicht ein. Sie verpflichtete die Bevölkerung sich an Bildungsmaßnahmen zu beteiligen, damit sie lesen und schreiben lernten. Die Bildung eines Nationalstaates Japan wurde forciert. Auch das Lesen und Schreiben diente m. E. der Effizienzsteigerung des japanischen Heeres. Große Armeen können nur über schriftliche Befehle koordiniert werden. Um einen Bauernaufstand zu verhindern, gab man den Bauern Grundstücke zur Pacht. So konnte ein Bauernaufstand verhindert werden. Damit wurde der Einfluss der Feudalherren zwar zurückgedrängt, es entstand jedoch eine neue Schicht der Verpächter.

Moore beschreibt die Vorgänge in Japan so:

„Die revolutionären Züge waren also Teil der Regierungspolitik, die darin bestand, vom Westen jene Teile seiner Zivilisation zu übernehmen, die den intelligenten Japanern zur Schaffung eines machtvollen Nationalstaates notwendig erschienen“.³⁷⁹

Diese Beschreibung kann man analog auf den Iran übertragen. Denn all die Maßnahmen, die während der Bildung und Konsolidierung des iranischen Nationalstaates getroffen wurden, waren nicht revolutionär, sondern dienten der Etablierung des neu gebildeten Nationalstaates.

Die Parteien im (schiitisch-persischen) Zentrum waren selten innerhalb der Bevölkerung verankert und dienten dementsprechend nicht als „Sprachrohr“ der Bevölkerung. Gleichfalls waren sie Repräsentanten der ausländischen Mächte, so im Falle der Tudeh-Partei, welche Positionen der damaligen KP der UDSSR vertrat. Die Bevölkerung ließ sich nie von den Zielen und Strukturen dieser Parteien vereinnahmen, so dass die alten Strukturen im Iran erhalten blieben. (Siehe dazu weiter oben die Rolle der Parteien.) Aufgrund der Unterentwicklung der Gesellschaft gab es keinen Nährboden für Parteien. Hinzu kommt, dass der Nationalstaat selten die Gelegenheit gab, sich frei und ohne Angst in Parteien und Interessenorganisationen zu engagieren. So war eine Massenanhängerschaft prinzipiell ausgeschlossen. Es gab nur Untergrundorganisationen und Massen von Sympathisanten, welche genauso schnell wieder verschwanden, wie sie kamen, da sie an kein Parteiprogramm gebunden waren. Ferner fehlte diesen Parteien jegliche interne finanzielle Unterstützung seitens der Mitglieder, da eine finanzielle Unterstützung der illegalen Parteien ebenso unter Strafe stand. Deshalb hatten die Parteien große finanzielle Schwierigkeiten, so dass sie sich oft von alleine auflösten.

³⁷⁹ Moore, S. 319.

Sämtlichen Umwälzungen im Iran ist gemeinsam, dass in der Anfangsphase nach der Revolution eine völlig freie und demokratische Atmosphäre geschaffen wird. Diese ist jedoch stets von kurzer Dauer gewesen und endete wenige Monate nach der Revolution im Ausnahmezustand. Ob nun während der Konstitutionellen Revolution oder nach der Machtübernahme des Schahs, die Situationen ähneln sich sehr. Aber auch der Iran nach der islamischen Revolution unterscheidet sich kaum von seinen Vorgängern, wie oben beschrieben (Alleinherrschaft, Massenmorde, Repressionen).

Wie bereits dargelegt wurde, sind die ersten Gedanken bezüglich der Bildung eines iranischen Nationalstaats während der Konstitutionellen Revolution entstanden. Gründe dafür kann man in den gescheiterten Kriegen des Landes gegen ausländische Mächte – v.a. gegen Russland – finden. Es haben sich Koalitionen und Gegenkoalitionen gegen den Kadscharenhof gebildet. Die Konstitutionelle Revolution scheiterte im Endeffekt wegen der Einmischung Russlands. Selbstverständlich kam diese Intervention durch Einverständnis und enge Kooperation des Kadscharenhofs bzw. Mohammad Ali Schahs als Bündnispartner der Russen zustande. 1911 scheiterte die Revolution endgültig. Damit verschwanden jedoch nicht die Gedanken eines starken iranischen Nationalstaates, welche für die Entfaltung der Konstitutionellen Revolution ausschlaggebend waren.

Jahre danach übernimmt Reza Schah die Staatsbelange. Als ein Ex-Militäroffizier baut er das Militär stark aus. Er gibt einen Großteil des Staatsbudgets für die Armee und für Militärangehörige aus.

Reza Khan, der 1923 versucht hatte, das Persische Reich in eine Republik zu verwandeln und dabei am Widerstand einer wichtigen Gegenkoalition gescheitert war, machte sich dann selbst zum Schah mit nur drei Gegenstimmen – unter anderem von Dr. Mossadegh. Bereits am 15. Dezember 1925 schwor er einen kaiserlichen Eid und im April setzte er sich selbst die Krone auf. Auch zu diesem Zeitpunkt wurde sein minderjähriger Sohn bereits als Nachfolger bestimmt und er gab sich den Dynastienamen *Pahlavi*³⁸⁰.

1935 ließ er den Staat offiziell in Iran³⁸¹ umbenennen, eine Bezeichnung, die einerseits seit Jahrtausenden von den Einwohnern benutzt wurde, die aber andererseits sicherlich auch aus Sympathien für das damalige Nazideutschland herrührte. Diese Sympathien für Hitler tragen dazu bei, dass Reza Schah 1941 von den Alliierten zum Abdanken gezwungen wird.

Reza Schah jedoch vollendet den Prozess der Nationalstaatsbildung. Von 1906 bis 1935 entstehen die relevantesten Fehlentwicklungen des Staates, welche ihm wie Schatten bis dato

³⁸⁰ Reza Khan gab sich diesen Zusatznamen. Pahlavi ist eine Sprachart der mittelliranischen Sprachen und war Amts- und Verkehrssprache der Sassaniden.

³⁸¹ „Land der Arier“.

noch begleiten. Die starke Rolle des Militärs, die Desintegration von religiösen und nationalen Minderheiten, die Konzentration auf das Zentrum (Teheran), die ökonomische und ideologische Abhängigkeit vom Ausland, die Personifizierung des Staates sowie seine metaphysische Begründung verkörpern die wichtigsten Fehlentwicklungen. Diese Fehlentwicklungen sind ausschließlich in der Zeit der Konstitutionellen Revolution und des Reza Schah entstanden. Sie wurden von Mohammad Reza Schah übernommen und fortgesetzt. Die islamische Regierung stellt ebenso keine Ausnahme dar und ist eine bloße Fortsetzung dessen, was wir bereits dargelegt haben.

Aber andererseits ließen sich Indizien feststellen, welche von Beginn an auf die heutige Form des iranischen Staates hingewiesen haben; Indizien, deren Geschichte man bis zur Konstitutionellen Revolution und selbst davor zurückverfolgen kann. Die dominante Rolle der Geistlichkeit im heutigen Iran ist auf die gesellschaftliche Hegemonie der Ayatollahs seit den Safawiden zurückzuführen.

Im Hauptteil wurde explizit dargestellt, dass die Geistlichkeit allmählich und im Laufe der Zeit die gesellschaftliche Hegemonie erlangt hat. Es ist ihnen gelungen, die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben, so dass sie Jahrzehnte nach der Konstitutionellen Revolution die Führung innerhalb des Staates übernehmen konnten.

Der große hegemoniale Einfluss der Geistlichkeit wurde von vielen Herrschern kaum wahrgenommen. Die Herrscher der Pahlavi-Dynastie, Reza Schah und dessen Sohn Mohammad Reza Schah, glaubten durch Säkularisierung des Staates und ökonomischen Fortschritt des Landes den Einfluss der Geistlichkeit allmählich zurückdrängen zu können. Keine andere Klasse als die der Geistlichkeit konnte auf das Leben der vielen Menschen, bestehend aus mehreren Millionen Gläubigen aus allen vorhandenen Gesellschaftsklassen, Einfluss ausüben. Bauern, Bazaris, Intellektuellen, Armeemoffizieren, Arbeitern und Staatsbeamten galt die Geistlichkeit als Staat im Staat. Diese Macht verdankt die Geistlichkeit ihrer ökonomischen Stärke, verbunden mit der Präsenz in jedem Dorf und ihrem Netzwerk. Die Agitation der Geistlichkeit richtete sich gegen jegliche Art des Modernismus. Genau daran scheiterten die Modernisierungsversuche von Reza Schah und seinem Sohn Mohammed.

Die Revolution von 1979 und die Gründung der Islamischen Republik im Iran zeigt uns, wie sehr die Geistlichkeit innerhalb der iranischen Gesellschaft verankert ist. Obwohl die Revolution von unterschiedlichen Parteien und Gruppierungen in Gang gesetzt wurde, wurde diese von der Klasse der Geistlichkeit angeeignet, weil sie eben hegemoniale Vernetzungen innerhalb der Gesellschaft besaß. Die Geistlichkeit hat ihre eigenen Interessen als Interessen aller anderen Klassen und gesamtgesellschaftliche Interessen vergesellschaftlicht und

proklamiert. Es wurde der Weltöffentlichkeit nahezu so vermittelt, dass es sich um eine rein islamische Revolution gehandelt hatte, obwohl sie von Menschen aller Klassen und aller Nationalitäten des Landes getragen wurde, die sich drastisch voneinander unterschieden. Der springende Punkt ist jedoch diesbezüglich die Oberhand bzw. die Hegemonie der Geistlichkeit über alle anderen Beteiligten.

Die religiöse Geistlichkeit verhielt sich jedoch im Laufe ihrer politischen Karriere sehr opportunistisch. Ein Beweis hierfür liegt in der Weißen Revolution. Als dieses Programm vom Schah angekündigt wurde und man herausfand, dass auch die Waqf-Böden von diesen Reformen eingeschlossen sind, wehrte sich die Geistlichkeit mit allen möglichen Mitteln gegen dieses Programm. Der Schah wurde als antiislamisch, antireligiös, als Knecht der Großmächte dargestellt. Die Bauern wurden zum Aufstand und Dschihad aufgerufen. Nachdem der Schah die Waqf-Böden teilweise von den Reformen ausschloss, begannen sie, den Menschen von den positiven Eigenschaften und Vorzügen der Reformen zu erzählen. Sie versuchten das Verhältnis mit der Herrschaft zu normalisieren, obwohl diese Konflikte selbst bis zur islamischen Revolution andauerten. Durch Manipulation haben sie den großen Aufstand im Iran verhindert, was vielleicht einen anderen Ausgang hätte nehmen können. Aber auch ihr Verhalten während der Konstitutionellen Revolution war von Opportunismus geprägt.

Diese Hegemonie kam zu Lasten aller anderen Gesellschaftsklassen zustande. Diese wurden dann nach der Machtübernahme marginalisiert. Das Problem lag in der totalitären Auslegung der Macht durch die Geistlichkeit. Diese Weltanschauung ließ sie in das Staatssystem einfließen, z. B. ließ die Festlegung der Scharia als Quelle aller Gesetze und Verordnungen keinen Spielraum für andere Parteien mit anderen Denkrichtungen. Die Rechtsprechung der islamischen Republik Iran beruht auf der Scharia, der vermeintlichen Umsetzung von Gottes Willen auf Erden. Autorisiert, diese irdisch umzusetzen, ist nur die schiitische Geistlichkeit. Da Gottesstrafen für alle Menschen gleich sind, gibt es bspw. in der islamischen Republik kein Jugendstrafrecht. Der Autor Khosrozadeh bringt dies meines Erachtens sehr gut auf den Punkt, indem er sagt, „nicht nur in den Gottesstaaten, sondern in den meisten islamischen Ländern ist die Scharia als nicht kodifiziertes und nicht säkulares Gesetz die offizielle Quelle der Gesetzgebung“.³⁸² Ayatollah Khomeini rief deswegen auch die Gläubigen zum Gehorsam gegenüber Gottesgesandten, Imamen und – während der Abwesenheit des Mahdis – Rechtsgelehrten auf.³⁸³ Dies begründet er mit einem Koranvers.

³⁸² Khosrozadeh, S. 127.

³⁸³ Ebd. S. 147.

Der Verfasser der vorliegenden Dissertation ist bemüht gewesen, den Lesern die historisch, soziopolitisch und ökonomisch relevanten Momente der (Fehl)Entwicklung des iranischen Nationalstaates zu vermitteln. Dabei lag der Schwerpunkt dieser Arbeit darin, herauszufinden, warum der iranische Nationalstaat stets mit neuen Problemen konfrontiert wurde und wird.

Dafür wurden zunächst die theoretischen Rahmenbedingungen herausgearbeitet. Dies ermöglichte dem Autor eine systematische Vorgehensweise für die Analyse festzulegen. Die theoretische Auswahl unterlag einer bestimmten Selektivität, da, dem Verfasser nach, die Ereignisse im Iran in eine theoretische Rahmenbedingung gebracht werden sollten, die uns Ziele und Hintergründe dieser Geschehnisse enttarnen. Die iranische Geschichte sollte mit der durch Theorie aufgerüsteten Brille zurückverfolgt werden können. Diese Theorien verschafften uns den Durchblick, um die Ereignisse auf die vielfältigen Ursachen zurückzuführen und uns in einem weit verbreiteten Netz von Theorien zu bewegen.

Deshalb kann man die ausgeführten Ereignisse schlussfolgernd so zum Ausdruck bringen:

Obwohl der iranische Nationalstaat eine knapp hundertjährige Geschichte hat, befindet er sich nach wie vor in einem Veränderungsprozess. Völlig anders sieht es Tawfiq, der die islamische Republik als endgültige Form des iranischen Nationalstaates betrachtet.³⁸⁴ Meines Erachtens ist der jetzige Nationalstaat in dieser Form nicht endgültig, da bislang keine Zivilgesellschaft geschaffen wurde bzw. sich unter den jetzigen Bedingungen entwickeln konnte. Daher kann die Islamische Republik Iran gewiss nicht das letzte Herrschaftssystem des Landes sein.

Seit der Kadscharenzeit gelang es nie, einen demokratischen Staat zu schaffen, da es nie gelang, Mittel, Wege oder Institutionen zu schaffen, in denen Interessengegensätze „ausgefochten“ wurden. Auch gelang es nie, eine Zivilgesellschaft zu schaffen bzw. sich entwickeln zu lassen, innerhalb derer Interessen außerhalb der Regierung verfolgt werden könnten. So waren die meiste Zeit während der Phase zwischen Konstitutioneller und Islamischer Revolution Parteien illegal. Weder Staat noch Regierung vermochten divergierende Interessen, nationale und religiöse Minderheiten oder bspw. Frauen einzubinden. Deshalb wurde der jeweilige Staat in unregelmäßigen Zeitabständen mit Aufständen, Protesten, Rebellionen und bewaffneten Kämpfen konfrontiert. Diese Gruppen lehnten den Nationalstaat in seiner jeweiligen Form ab und plädierten stattdessen für ein neues Herrschaftssystem, welches u.a. dezentral und denational, säkular, plural, rechtstaatlich oder föderal sein sollte. Widerstand gegen den Nationalstaat wurde entweder als „Separatismus“, „unislamisch“ oder

³⁸⁴ Vgl. Tawfiq, S. 364.

dergleichen gebrandmarkt. In vielen demokratischen Ländern des Westens führt die Zivilgesellschaft zu reformatorischen Veränderungsprozessen. Ist diese nicht vorhanden, entstehen bei gesellschaftlichen Spannungen revolutionäre Gesellschaftsumwälzungen, die das Gesicht eines Staates verändern. Sowohl Gramsci als auch Poulantzas räumen der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle innerhalb eines Herrschaftssystems ein. Die Zivilgesellschaft fördert die demokratische Transformation bzw. die Demokratisierung eines Landes und kontrolliert den Staat und seine Institutionen. Gleichwohl bleibt sie ein Subsystem innerhalb des Nationalstaats. Sie ist dem Rhythmus des Kapitals in kapitalistischen Staaten unterworfen. Im Iran dagegen konnten sich unter diesen Umständen keine modernen Parteien etablieren. Die einzige nennenswerte Organisation der Zivilgesellschaft war die schiitische Geistlichkeit. Diese konnte als einzige Kraft der Zivilgesellschaft ihre Interessen artikulieren. Dadurch, dass die Geistlichkeit die einzige legale Organisation der Zivilgesellschaft war, konnte sie sich als stärkste Kraft der oppositionellen Strömungen gegen den Staat des Schahs etablieren.

Im iranischen Nationalstaat, welcher von schiitischen Persern gestellt und geführt wird, verkörperten und verkörpern „Nicht-Perser“ immerhin mehr als 50 % des Staatsvolkes, so dass häufig Forderungen in Richtung eines Föderalismus bzw. der Unabhängigkeit laut werden.

Der Verfasser führt die meisten Probleme und Fehlentwicklungen im Iran auf die Existenz eines Herrschaftssystems in Form eines zentralistischen Nationalstaates zurück. Die Kräfteverhältnisse verschoben sich innerhalb des Zentrums hin und her. Das Zentrum war und ist nach wie vor persisch-schiitisch. Die dominanten Kräfte hatten und haben kein Interesse daran, die Peripherie (Kurdistan, Aserbaidshan und andere periphere Regionen) in das System einzugliedern, da dieser Schritt die Kräfteverhältnisse zu ihren Ungunsten verschieben würde. Deshalb wurde, egal wer bislang an die Macht kam, die Politik von Teheran aus diktiert und bestimmt. Regierung für Regierung und Generation für Generation wurden die reell existierenden Probleme vor sich hergeschoben. Diese Arroganz und Ignoranz der Herrschenden in Teheran den iranischen Völkern gegenüber trägt zur Verschärfung der Krise bei. V. a. begünstigt dies die Bildung extrem nationalistischer Bewegungen und Parteien innerhalb der sog. nationalen Minderheiten. Anhand der Forderungen dieser Parteien kann man diese Behauptung belegen. Zunächst wollte die Demokratische Partei Kurdistans im Iran nur ein föderales System innerhalb des iranischen Nationalstaates. Diese Forderung wurde zur Selbstverwaltung und danach zur Konföderation. Der nächste Schritt wäre eine komplette Loslösung vom iranischen Territorium. Ähnliche Verschiebungen kann man bei der kurdisch-

sozialistischen Partei Komal feststellen. Sie treten allmählich von ihren sozialistischen Forderungen zurück und nehmen dafür vermehrt nationalistische Züge an.

Die Unabhängigkeitsbestrebungen beschränken sich nicht nur auf Kurden, sondern sind mittlerweile bei Belutschen, bei Aserbajdschanern und bei Arabern zu finden. Diese Völker, deren Bewegung und deren Waffen richten sich gegen das Wesen des Nationalstaates, zumindest solange er schiitisch-persisch ist. Eine erfolgreiche Integration könnte diese Gefahren unterbinden, einer einheitlichen Nation den Weg ebnen und einen einheitlichen Nationalstaat bilden. Man lasse die Kräfte nicht mehr im Kampf gegen den Staat erodieren, sondern setze sie für dessen Fortentwicklung ein.

Die Schahherrschaft war eine konfliktreiche Ära für die iranischen Völker. Ebenso wie unter seinem Vater Reza, der kurzen Herrschaft von Mossadegh und der Mullahherrschaft blieben die Integration der iranischen Völker und ihre Beteiligung an der Macht aus. Diese Völker wurden wirtschaftlich, militärisch, religiös und kulturell ausgebeutet und an den Rand des neuen Nationalstaates gedrängt. Massenmorde, Verfolgungen und Vertreibungen standen auf der politischen Tagesordnung der Regime gegenüber diesen Völkern. Bereits kurz nach seiner Machtübernahme 1945-46 ließ er die autonome Republik Kurdistan und die Aserbajdschanische Volksregierung (AVR), die die Souveränität des Iran nicht infrage stellten, blutig niederschlagen. In dieser Zeit haben sich viele politische Parteien in den kurdischen und aserbajdschanischen Regionen im Untergrund gebildet, die bis heute den existierenden Staat bewaffnet bekämpfen und den Zentralismus des Regimes als „inneren Kolonialismus“ empfinden.

Trotz aller Modernisierungsversuche des Schahs blieben weite Teile der Bevölkerung Analphabeten und ungebildet. Von den zehn Millionen Einwohnern konnten nur zwei Millionen lesen und schreiben. Diese Realität verursachte eine große Kluft zwischen dem Land und der Stadt. Selbst innerhalb der Städte konnten nur die Wohlhabenden zur Schule gehen und sich weiterbilden. Dies war ein Hemmnis für die soziopolitische Weiterentwicklung des Landes. Tatsächlich wurde die Idee der Nationalstaatsbildung damals nur von einigen wenigen Personen oder Gruppierungen getragen, die in gehobenen ökonomischen Verhältnissen lebten.

Während der Herrschaft der Schahs wurde traditionell das Hauptaugenmerk der Staatsbildung auf die Schaffung einer starken Exekutive, vertreten durch das Militär, gelegt. Reza Schah war selbst ein Armeeeoffizier und nach seiner Machtübernahme widmete er sich hauptsächlich, wie einige seiner Zeitgenossen, bspw. Mustafa Kemal, genannt Atatürk, dem Militär. Alle anderen sozialen Klassen schloss er von der Machtausübung im Staate aus. Dabei entwickelte er eine

Ideologie, die sich primär der Schaffung eines „iranischen“ Nationalstaates widmete, indem er alle Völker des Staates zu „Iranern“ machte und den Staat Persien in „Iran“ umbenannte. Er beabsichtigte das Land zu „modernisieren“, auch indem er neue Klassen schuf, indem er bspw. die Klasse der Feudalherren durch Enteignung „auflöste“ und deren Besitztümer an Armeegeneräle oder Beamte übereignete, um dadurch eine „Modernisierung“ zu initiieren. Die Militärausgaben belasteten das Staatsbudget extrem. Innerhalb der wenigen Jahren hatte das Schahregime mehr als zwanzig Milliarden US-Dollar für Waffeneinkäufe im Westen ausgegeben. Die Militärausgaben stiegen in den 70er-Jahren auf mehr als fünfzig Milliarden US-Dollar. Dazu kamen die Ausgaben für die Polizei, Geheimdienste etc. Dies führte zu massiven Defiziten im Staatshaushalt, was wiederum zu weniger Investitionen in den produktiven Bereich, einer zunehmenden Auslandsverschuldung und zu Armut großer Teile der Bevölkerung führte. Nach der islamischen Revolution und mit dem Iran-Irak-Krieg ging die Aufrüstung weiter. Hunderte von Milliarden US-Dollars wurden in den iranischen Militärapparat investiert. Allein die entstandenen Schäden aus dem Iran-Irak-Krieg beliefen sich auf eine Billion US-Dollar. Abgesehen vom Tod von zwei Millionen unschuldigen Menschen gerieten viele Frauen und Kinder in Armut, weil ihre Männer bzw. Väter im Krieg fielen. Soziale Probleme wie etwa Prostitution, Kriminalität etc. nahmen erheblich zu. Viele Arbeitskräfte im produzierenden Gewerbe standen nicht mehr zur Verfügung und so mussten unzählige Fabriken schließen oder konnten nicht mehr rentabel produzieren.

Seit der Kadscharendynastie wurde versucht den Iran zu industrialisieren. Jedoch erst seit der Zeit von Mohammad Reza Schah wurde durch die Weiße Revolution das Land nach westlichen Vorbildern mehr oder minder industrialisiert. So nahm die Zahl der lohnabhängigen Menschen rapide zu. Diese profilierten sich mit der Zeit als eine eigenständige Klasse mit spezifischen Interessen. In dieser Zeit verkörperte diese Klasse die größte Schicht innerhalb der iranischen Gesellschaft. Sie wurde schlecht bezahlt, diskriminiert, ausgebeutet und aus der politischen Meinungsbildung ausgeschlossen. Sie bildeten mit den Lohnarbeitern auf dem Land knapp 34 % der iranischen Bevölkerung. In den letzten Jahren der Schah-Herrschaft spielten sie die wichtigste Rolle, indem sie regelmäßig protestierten und so die wichtigsten Wirtschaftszweige lahmlegten. Die Arbeiter der Ölindustrie hatten während der islamischen Revolution den Ölexport in Solidarität mit den Mullahs eingestellt und die Fabriken besetzt. Hierdurch wurde die iranische Revolution in eine neue Phase übergeleitet. Dennoch war nach wie vor jegliche Zusammenschließung zu einer gewerkschaftlichen Organisation oder auch zu einer Partei verboten und streng untersagt. Partei- und Gewerkschaftsmitglieder wurden regelmäßig exekutiert und vertrieben. Sie werden von allen politischen Betätigungen ausgeschlossen. In

den Grenzregionen mussten Einwohner nach dem Friedensabkommen zwischen Iran und Irak ihre Dörfer verlassen, womit ein Teil der Agrarproduktion entfiel. Dieses Defizit sollte durch den Import (mit hohen Preisen) ausgeglichen werden. Die importierte Ware wurde staatlich subventioniert an die Massen verkauft, die nicht die entsprechende Kaufkraft hatten. Die Binnenmigration dieser Menschen in die Großstädte hatte die Entstehung von „Ghettos“, verbunden mit hoher Kriminalitätsrate, hoher Arbeitslosigkeit und Überbevölkerung zur Folge. Da die Kinder für den Familienunterhalt mitsorgten, gingen sie nicht zur Schule, womit sich ihre Berufschancen noch weiter verschlechterten.

Bezüglich der ökonomischen Abhängigkeit und ihren Einfluss auf die Fehlentwicklungen des iranischen Nationalstaats kann man auf folgende Ausführung hinweisen.

Bereits im 19. Jahrhundert begann eine zunehmende Abhängigkeit des Iran von ausländischen Mächten. So gab der Schah – bereits zu dieser Zeit – Tabakkonzessionen an britische Unternehmen.

In historisch entscheidenden Momenten wie nach dem Ersten Weltkrieg wurden imperialistische Teilungen, getragen von wirtschaftlichen Interessen, in der Peripherie vorgenommen. Einige fehlgeleitete Entwicklungen von Nationalstaaten wie dem Iran und dem Irak sind teilweise auf diese Umstände zurückzuführen.

In der iranischen Geschichte ist der Eingriff der Russen, Briten und Amerikaner ein Beispiel für die Intervention ausländischer Mächte, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu sichern. So wurde die demokratisch gewählte Regierung von Mohammad Mossadegh, die das iranische Erdöl verstaatlicht hatte, durch ein vom britischen MI5 und dem amerikanischen CIA organisierten Putsch gestürzt. Daraufhin veranlasste man, dass die Nationalisierung des Erdöls rückgängig gemacht wird. Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts hatten Truppen des Russischen Reiches das neu entstandene Parlament in Schutt und Asche gelegt, da der Kadscharenherrscher entmachtet worden war und das Parlament die Befugnis hatte Konzessionen an ausländische Mächte zu vergeben. Die ökonomischen Interessen des damaligen Russlands wurden durch militärische Intervention verteidigt. Die Intervention der Russen ging gar dahin, dass die Kosakenbrigade, eine russische Truppe, die Aufgabe hatte den iranischen Schah vor den eigenen Untertanen zu beschützen. Die Kooperation geht soweit, dass der Schah das erste iranische Parlament durch Kosaken bombardieren ließ. Hinter solche Ereignissen kann man schlecht durch eine andere als die Dependenz- und die Demokratietheorie von Moore blicken.

Die Abdankung des Reza Schah stellt ebenso einen Akt der Einmischung von Großmächten dar. Die Alliierten haben ihn gezwungen 1941 die Herrschaft an seinen Sohn abzugeben, weil er sich offensichtlich auf die Seite Hitlers stellte.

Die Ausbeutung Irans und entsprechend die notwendige und darauffolgende Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes setzte sich fort, nachdem im Iran Erdöl und Erdgas gefunden wurden. Lediglich in der kurzen Regentschaft von Ministerpräsident Mossadegh wurde diese Abhängigkeit kurzfristig suspendiert, was zu seiner Entmachtung durch die Großmächte beitrug.

Andererseits wurde die iranische Volkswirtschaft an den Ölexport gekoppelt. Viele Infrastrukturprojekte und Produktionsinvestitionen wurden von den Einnahmen aus den Öl- und Gasgeschäften abhängig gemacht. Sinken nun die Einnahmen, so ist die Realisierung von Infrastrukturprojekten gefährdet. Diese Situation entstand in den 70er-Jahren, als der Ölpreis und damit die Einnahmen des Iran sanken. Diese Instabilität des Weltmarktes für Öl und Erdgas hat nach der Auffassung von einigen Autoren mit zum Sturz von Mohammad Reza Schah beigetragen.

Ayatollah Khomeini hatte ein anderes Verständnis vom Staat und von der Außenpolitik. Er wollte einen Staat gründen, der weder vom Westen noch vom Osten abhängig ist. Die Herrschaft in Teheran hat sich jedoch im Laufe der Zeit stark von der Politik der Russen abhängig gemacht. Während des Iran-Irak-Kriegs war Russland mit Abstand der größte Verbündete Irans. Die Beziehung zu Russland überschattete und überschattet immer noch das Verhältnis zum Rest der Welt. Die Abhängigkeit ist dermaßen groß, dass man von einem informell verlängerten Arm Russlands spricht, wenn man über den Iran referiert.

Nach Poulantzas ist der Nationalstaat die „materielle Verdichtung der Kräfteverhältnisse“. Veränderungen entstehen nach seiner Theorie immer dann, wenn sich die Machtverhältnisse der beherrschten Klassen verändern und damit zu „Rissen“ im Gefüge des Staates werden.

Schlussfolgernd kann man behaupten, dass der iranische Nationalstaat in seiner jetzigen Form als „Islamische Republik Iran“ vor großen Herausforderungen steht, da ansonsten die Gefahr besteht, dass der jetzige Staat revolutionär beseitigt wird. Es gibt keine funktionierende Zivilgesellschaft, in der Gruppen wie nationale und religiöse Minderheiten reformistisch den Staat verändern könnten. Es deutet auch nichts darauf hin, dass die jetzige Regierung überhaupt auf Kritikpunkte der zersplitterten Opposition eingehen würde. So wird, wie es bereits Mohammed Reza Schah tat, mit Repression auf Forderungen reagiert, statt den Dialog zu suchen. Streikende Arbeiter wurden und werden eingesperrt oder Zeitungen verboten, die

nur den leisesten Hauch von Kritik an der Regierung üben. So kann man vielleicht die Akteure aus der Welt schaffen, die Probleme bzw. die Ideologien bleiben jedoch unangetastet. Eine Zivilgesellschaft kann sich nur in einem repressionsfreien Umfeld entwickeln, d.h. es muss von Seiten des Staates und seiner Regierung gewährleistet sein, dass elementare freiheitliche Rechte vorhanden sind. Da jede Organisation (als Teil der Zivilgesellschaft) den Rahmenbedingungen des jeweiligen Staates unterworfen ist, bedeutet dies, dass Organisationen erst, wenn sie hegemonial geworden sind, die Machtverhältnisse verändern können. Das war schon die These Gramscis, wenngleich dieser dabei eher an eine evolutionäre Veränderung der Gesellschaft dachte.

Da es keine funktionierende Zivilgesellschaft gibt und die Islamische Republik Iran in der Region eine der stärksten Armeen hat, ist es m. E. ausgeschlossen, dass ausländische Kräfte für die Umsetzung ihrer Interessen von außerhalb militärisch eingreifen würden.

Nach der Revolution von 1979 und der Machtübernahme der Ayatollahs wurden verschiedene Ansätze einer islamischen Zivilgesellschaft entwickelt, die jedoch von der europäisch-kapitalistischen Art der Zivilgesellschaft extrem abweichen. Diese Interpretationen fangen bei der absoluten Herrschaft der religiösen Führer an, die die Zivilgesellschaft nicht anerkennt und ihr keine Rolle zuordnet, und enden bei religiös-demokratischen Interpretationen, die sich eine überwiegend westliche Art der Zivilgesellschaft vorstellen. Dominant war und ist die erstere, d. h. die der absoluten Herrschaft der religiösen Führer. Der Pionier dieser Theorie war Ayatollah Khomeini. Er wurde durch seine kompromisslose Theorie der „Herrschaft der Rechtsgelehrten“ (*welayate Faghih*) berühmt. Dabei räumt er der Geistlichkeit die Herrschaft über das Volk ein; ein Volk, das bevormundet werden soll, dem die Rolle eines Kindes zugesprochen wird. „Der Mensch ist unvollständig, unvollkommen, und bedarf der Vervollkommnung“.³⁸⁵ Khomeini zufolge gehört „die *Faghie*-Herrschaft eigentlich zu soliden, rational-vertraglichen Angelegenheiten, die dem Prinzip „Bestimmung“ entspricht, wie z. B. die Bestimmung eines Vormundes für ein Mündel. Es ist bezüglich der Aufgaben und Pflichten eines Vormundes nicht zu unterscheiden zwischen dem Vormund für das Volk und dem für ein Mündel“.³⁸⁶

Khomeinis Theorie spricht dem Volke alle Rechte ab und beraubt es seiner Souveränität. Denn eine Gesellschaft, die von einigen wenigen Rechtsgelehrten bzw. Bevormunden regiert wird, hat nur die Funktion zu gehorchen. Die Macht der Rechtsgelehrten wird von Gott abgeleitet und steht mit der Demokratie und Volksherrschaft nicht im Einklang. Demnach wird das

³⁸⁵ Nach Sabzehei, S. 126.

³⁸⁶ Ebd. S. 127.

Herrschen, in der Abwesenheitsphase des Verborgenen Mahdi auf die obersten Rechtsgelehrten übertragen. Eine Zivilgesellschaft kann sich hier nicht bilden, da erstens diese Gesellschaft nicht denken kann/darf und zweitens ihr keine Funktion zugesprochen wird. In einer passiven Gesellschaft bleiben Probleme über die Jahre ungelöst, da kein Dialog zwischen dem Staat und der Gesellschaft stattfindet.

Der Großteil der Ayatollahs teilt Khomeinis Meinung und befürwortet diese Art der Interpretation der Herrschaft. Wie es von Sabezebei zu Recht zum Ausdruck gebracht wird, gibt es in diesen Gesellschaften zwei Schichten: Erstens die Schicht der Rechtsgelehrten bzw. Herrscher und zweitens die der Beherrschten bzw. die Unvollkommenen, Bevormundeten. Die Herrschenden haben zugleich alle drei rechtsstaatlichen Gewalten inne. Daher existiert keine Zivilgesellschaft, z. B. zwischen der politischen und der ökonomischen Sphäre.

Tatsache ist, dass die dominante Rolle der schiitischen Geistlichkeit im Zentrum der Macht und über Jahrhunderte hinweg wenig bis keinen Spielraum für eine funktionierende Zivilgesellschaft übrig lässt. Dem entgegengesetzt kann man die Menschen in der heutigen Zeit nicht völlig vom Rest der Welt abschotten. Viele Iraner beobachten die fortschrittlichen Entwicklungen in anderen Ländern. Diese bringen sie zum Umdenken. Dieses Umdenken entfaltet sich in einem Raum, in dem seitens des Staates ein Meinungsaustausch zwischen dem Staat und dem Volk ausgeschlossen ist. Eine friedliche Kommunikation zwischen beiden gegensätzlichen Positionen ist somit nicht möglich. In solch einem Zustand bilden sich zwei von einander losgelöste Räume, welche man nach Luhmann „autopoietische Systeme“ nennen könnte. Diese losgelösten Systeme, als mit gegensätzlicher Energie geladene Pole, werden im Laufe der Zeit miteinander kollidieren, wenn sich keine andere Möglichkeit finden lässt. Dies ist dann sehr wahrscheinlich das Ende des heutigen iranischen Nationalstaates.

Literaturverzeichnis

- A. Dahl, Robert, Democracy and its Critics, Paperback, 397 pages
Published July 24th 1991 by Yale University Press
- Afary Janet, The Iranian constitutional Revolution 1906-1911,
grassroots democracy, social democracy, New York 1996
- Afshar Haleh, Islam and Feminisms: An Iranian Case-Study (Women's
Studies at York) Paperback – July 2, 1999
- Akbari Semiramis, Grenzen politischer Reform- und Handlungsspielräume in
Iran, Die Bedeutung innenpolitischer Dynamik für die
Außenpolitik, Frankfurt 2007
- Alam Homayun, Der Stellenwert der Menschen- und Flüchtlingsrechte am
Beispiel der afghanischen Flüchtlinge im autoritären -
theokratischen Staat Iran, Nordhausen 2007
- Allafi Mohammad H., Iran an der Schwelle zur Demokratie? Die erste islamische
Republik in den Konturen der neuen Weltordnung,
Frankfurt 2003
- Allafi Mohammad H., Peripherie Fordismus im Iran, 3 Jahrzehnte Widersprüche
in der Regulation eines teilmodernisierten Landes, von
1952-1982, Konstanz 1990
- Allafi Mohammad H., Islam, Gesellschaft und europäische Moderne, Chancen
und Hindernisse für Demokratie und Zivilgesellschaft,
Frankfurt 2002
- Anderson Benedict, Die Erfindung der Nation, zur Karriere eines erfolgreichen
Konzeptes, Campus Verlag Frankfurt/ New York, 1996
- Andrew Vincent, Theorie of the State, Oxford 1987
- Ansari Mohammad Raza, in Tafsir al-maanie Taschaio, 7. Band

- Arman Behrouz, Dar Bastare Tarikhe Iran (Durch die iranische Geschichte), 2007
- Arman Behrouz, Bon-Basthaie Rubanaii dar Jameei Iran (Die Sackgassen der iranischen Gesellschaft), 2005
- Arman Behrouz, Dadeha wa Cheshmandazha (Statistisches Buch), 2006
- Asadpour Ahmad Ali, Der Iran in der internationalen Politik 1939-1948, Mannheim 2003 (Dissertation)
- Atabaki Touraj, Authoritarian Modernization under Ataturk and Reza Shah, Amsterdam 2006
- Ayatollah Khomeini, Der islamische Staat (Hokumate Eslami), Berlin/Teheran 1983
- Ayatollah Khomeini, Tozieh- al- Masaeel- Iran- Teheran 1985
- Azad Mardjani Ali, Islamisierung eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, Dortmund 1996 (Dissertation)
- Azarbaijani Abbas Alidoust, Problematik von Entwicklung als gesellschaftlicher Verallgemeinerung in der persischen Sozialgeschichte, Frankfurt am Main 2008
- Baykal Hakan, Vom Perserreich zum Iran, 3000 Jahre Kultur und Geschichte, Stuttgart 2007
- Benab Younes Parsa, The Gilan Soviet Republic and Azadistan in Iranian Azerbaijan (1917-1921) Teheran, 2006
- Biermann Werner, Objekt der Gier, Der Iran, der Nahe und Mittlere Osten und Zentralasien, Köln 2006
- Desmond Fernandes, Offeringer Ronald, Verfolgung, Krieg und Zerstörung der ethnischen Identität, Hrg. Von medico international, Frankfurt am Main 2001

- Galtung Johan, Eine strukturelle Theorie des Imperialismus, in: Dieter Senghaas (Hrg.) Imperialismus und strukturelle Gewalt, Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt 1972
- Gary. R. Hess, in Political Science Quarterly, Vol. 89, Nr. 1 (März, 1974).
- Gérard Chaliand, in: „die kurdische Republik Mahabad“, Kurdistan und die Kurden, Bd. 1. Göttingen 1986
- Gilpin Robert, Global Political Economy. Understanding the International Economic Order, Oxford- Princeton 2001
- Gielhammer Lutz, (Hrg.) Mahrad Ahmad, Iran nach dem Staatsreich von 1953 gegen Ministerpräsident Dr. Mohammad Mossadegh von 15.08.1955, Pfaffenweiler 1988
- Grunebaum G. E. von, (Hrg.) Fischer Weltgeschichte, die Islamischen Reiche nach dem Fall von Konstantinopel, Frankfurt am Main 1971
- Gellner Ernest, The importance of Being Modular, in John, A. Hall (Hrg.) The state of the nation, Ernest Gellner and the theorie of nationalism, Cambridge 1999
- Ghassemlou Abdul Rahman, Kurdistan and Kurds, Spanga/Sweden 1996
- Ghanbran
Abdol Hamid, Iranische Bazare im Wandel, Stuttgart 2004 (Dissertation)
- Gramsci Antonio, Gefängnishefte, Hrg. Von Deutschem Gramsci-Projekt unter der Leitung von Klaus Bochmann, Hamburg 1998
- Gronke Monika, Geschichte Irans: von der Islamisierung bis zur Gegenwart, München 2003
- Habermas Jürgen, Faktizität und Geltung, Frankfurt am Main 1994

- Hajatpour Reza, Iranische Geistlichkeit zwischen Utopie und Realismus: zum Diskurs über Herrschafts- und Staatsdenken im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2002
- Harman Chris, Imperialismus, vom Kolonialismus bis zu den Kriegen des 21. Jahrhunderts, Frankfurt 2003
- Haydari Ahmad Ali, Rezeption der westlichen Philosophie durch iranische Denker in der Kadscharenzeit, Bonn 2003
- Heather J. Yasamee (Hrg.) Documents of british policy overseas, London: Her majesty's Stationary Office Ser. 1. Vol. United Nations: Iran, Cold War and Word Organisation Januar 1946- Januar 1947
- Hein Wolfgang, Unterentwicklung, Krise der Peripherie, Opladen 1998
- Heinsohn Gunnar, Lexikon der Völkermorde, Reinbek 1987
- Hirsch Joachim, Jessop Bob, Poulantzas Nicos, Die Zukunft des Staates, Hamburg 2001
- Hirsch Joachim, Materialistische Staatstheorie, Hamburg 2005
- Hobsbawm Eric, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, 2. Aufl. Frankfurt 2005
- Horster Detlef, Jürgen Habermas zur Einführung, Hamburg, 2001
- Houssein Mohammad, A Century of Class Struggle in Iran, Ottawa 2007
- Houweling Henk, Hegemonie und internationale Arbeitsteilung, Lehrbrief Fern Universität Hagen 1994
- Ismet Chérif Vanly, Mostafa Nasdar, Die Kurden, sozio-politische Analyse eines Volkes, Teheran 1991

- Ismet Chérif Vanly, Kurdistan und die Kurden Band 2, Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1986
- Javaher Haghighi Peyman, Iran, Mythos und Realität, Staat und Gesellschaft jenseits von westlichen Sensationsberichten, Münster 2008
- Kasravi Ahmad, Tarikh-e Mashruteh-ye Iran, (History of the Iranian Constitutional Revolution in Persian), Negāh Publications, Tehran 2003
- Katouzian Homayun, Tazade Dowlat wa Mellat, Teheran 2007
- Kauz Marie-Louise, Die Islamisierung der Gesellschaft, strukturelle Abkoppelung in der Moderne , Der soziale Wandel in Ägypten und im Iran, Zürich 1998 (Dissertation)
- Kermani Navid, Iran, die Revolution der Kinder, München 2005
- Khosrozadeh Behrouz, Demokratie und Zivilgesellschaft in Okzident und Orient, Berlin 2003
- Khosravi Sharoudi Hamid, zur Problematik des Demokratisierungsprozesses in Iran: Eine sozio-kulturelle Analyse anhand von Entstehung und Scheitern der kostitutionellen Bewegung von 1906, Berlin 1996
- Krappmann Lothar, Soziologische Dimensionen der Identität, Stuttgart 2005
- Krell Gert, Weltbilder und Weltordnung, Baden-Baden 2003
- Chris Kutschera, Kurden in 19-20 ten Jahrhundert, Arbil/Irak 2006
- Lewis Bernard, Der Untergang des Morgenlandes, BPB, Bonn 2002
- Lipietz Alain, Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“: Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften, Hamburg-Berlin 1998

- Luxemburg Rosa, in ;die Zukunft des Imperialismus, von Müller Anke, Hamburg 2003
- Mahmoudzadeh Djalal, Eine kurze Zusammenfassung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im Iran, Teheran 2000
- Mahrad Ahmad, Iran nach dem Staatsreich von 1953 gegen Ministerpräsident Dr. Mohammad Mossadegh, Pfaffenweiler 1988
- Marx Karl/
Engels Friedrich, ausgewählte Schriften, in 2. Bänden, Berlin
- Marx Karl,
Engels Friedrich, Manifest der kommunistischen Partei (1848), MEW Bd. 4,5. Aufl., Berlin 1971, S. 462-474
- Malek Zade Mehdi, Tarikhe Enghelabe Mashruteh (Geschichte der iranischen Konstitutionellen Revolution), erster Auflage, Teheran 2013
- Mativ Eliut, (Hrg.) Tajadode Amerane von Touraj Atabaki, authoritarian modernization under Ataturk d Reza Shah, Amsterdam 2006
- Massali Hassan, die Entstehung, Entwicklung und die fortwährende Krise der marxistisch- leninistischen Organisationen Irans seit 1963, Frankfurt 1999 (Dissertation)
- Metzeltin Michael, Nationalstaatlichkeit und Identität, Wien 2000
- Mir-Hosseini Ziba, Islam and gender: The religius debate in contemporary Teheran, 1999
- Moore Barrington, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt, Frankfurt am Main 1969
- Motika Raoul, die politische Öffentlichkeit iranisch-Aserbaidshans während der konstitutionellen Revolution im Spiegel der Täbriser Zeitung Azerbaygan, Frankfurt am Main 2001

- Nirumand Bahman, Iran: die drohende Katastrophe, Köln 2006
- Nohlen Dieter (Hrg.) Lexikon Dritte Welt, Hamburg 2002
- Nuscheler Franz, Lern-und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn 2004
- Parvizi Aminéh Mehdie, Die globale kapitalistische Expansion und der Iran, Eine Studie der iranischen politischen Ökonomie (1500-1800) Münster (1999)
- Poulantzas Nicos, Staatstheorie, politischer Überbau, Ideologie, Autoritäre Etatismus, Hamburg 2002
- Pournaqcheband Nader, Islamismus als politische Theologie: Selbstdarstellung und Gegenentwurf zum Projekt der Moderne, Münster 2002
- Qasimlu Abdolrahman, Kurdistan und die Kurden, Bd. 2. Schweden 1996
- Reza Gholi Ali, Diktatur und Unterentwicklung im Iran, eine historische Analyse des Phänomens, Teheran 1998
- Roschke-Buzgel Sabine, Die revolutionäre Bewegung in Iran 1905-1911, Sozialdemokratie und russischer Einfluss, Frankfurt am Main 1991
- Sabzehei Mohammad Taghi, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft im heutigen Iran, Dissertation München 2007
- Shils Edward, Was ist eine Civil Society? In Krzysztof Michalski, Europa und die Civil Society, 1991
- Schlichte Klaus, Der Staat in der Weltgesellschaft, Campus Verlag, Frankfurt 2005
- Schmidt Renate, Politische Regieme im Nahen und Mittleren Osten, Potsdam 2006

- Schneider Manfred, Beiträge zur Wirtschaftsstruktur und
Wirtschaftsentwicklung Persiens von 1850 bis 1900,
Stuttgart 1990
- Senghaas Dieter, Alternative Entwicklungswege von Exportökonomien, in:
Dieter Senghaas (Hrg.) Imperialismus und strukturelle
Gewalt, Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt
1972
- Senghaas Dieter, Die moderne Entwicklungsproblematik und ihre
Implikationen für Friedenspolitik, in: Zum irdischen
Frieden, Frankfurt/M 2004
- Senghaas Dieter, Imperialismus und strukturelle Gewalt, Analysen über
abhängige Reproduktion, Suhrkamp Verlag KG
(November 1992)
- Senghaas Dieter (Hrg.) Peripherer Kapitalismus: Analysen über
Abhängigkeit und Unterentwicklung, Suhrkamp Verlag;
Auflage: 2 (September 1983)
- Senghaas Dieter „Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik.
Plädoyer für Dissoziation“ Suhrkamp Verlag; Auflage: 5
(16. Januar 1977)
- Senghaas Dieter „Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren
Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Suhrkamp
Verlag; Auflage: 2 (Juli 1982)
- Stein Annemarie (Hrg.), Iran, neue Diktatur oder Frühling der Freiheit?
Hamburg 1979
- Sturm Roland, Nohlen Dieter (Hrg.) Lexikon Dritte Welt. Länder,
Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen
Taschenbuch – 2000
- Tawakoli Khaled,
Mofidi Sabah, Kurd and left thought, in ROJAF, Sanandej 2007

- Taylor Charles, (Hrg.) Michalski Krzysztof, Europa und civil society, Stuttgart 1991
- Taylor Charles, Hegel and Modern Society, 1. Auflage 1975, Translation by Manoochehr Haghighi Rad, Teheran 1981
- Torbergesen Stine, Die Kopatibilität von Islam und Demokratie: der hermeneutische Diskurs im Iran, Frankfurt am Main 2005 (Magisterarbeit)
- Towfigh Ebrahim, Modernisierung und postkoloniale Herrschaft in Iran, Versuche über den Staat, Frankfurt am Main 2000
- Votsos Theo, Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci, Berlin 2001
- Wagner Wolfgang, Einführung in die Weltwirtschaftspolitik, internationale Wirtschaftsbeziehungen- internationale Organisationen- internationale Politikkoordinierung, München-Wien 2003
- Wahdat Hagh Wahied, die islamische Republik Iran, die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus, Münster 2003
- Weber Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der verstehenden Soziologie, Studienausgabe, 5. Aufl., Tübingen 2002
- Weidinger Dorothea(Hrg.), Nation- Nationalismus- Nationale Identität, BPB, Bonn 2002.
- Woyke Wichard (Hrg.), Handwörterbuch Internationale Politik, BPB Bonn 2000

Aufsätze und Internetquellen

Iranische Verfassung von 1979 (Persisch)

VOA, Irananalyse vom 27. 03.2008

Radio Farda/VOA, vom 10.02.09

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Länderprofil Iran, Ausgabe 2006,

Süddeutsche Zeitung vom 2. Juni, 2004

<http://de.wikipedia.org/wiki/Iran#Bev.C3.B6lkerung> nach CIA World Factbook: Iran

K. Marx/F. Engels, die deutsche Ideologie, in MEW, Bd. 3, S. 36.

Ak -Analyse & Kritik-Zeitung für die linke Debatte und Praxis/ Nr. 441/ vom 31.08.2000.

Lenin Staat und Revolution, zitiert nach Ak - Analyse & Kritik-Zeitung für die linke Debatte und Praxis/ Nr. 441/ vom 31.08.2000.

Southern Azerbaijan der Unrepresented Nations and Peoples Organisations (UNPO)

<http://www.unpo.org/content/view/7884/144/>.

<http://www.iran-bulletin.org/ibMEF-2-completed/TheGilan%20Republic.htm>.

CIA World Fact Book: Iran.

Kölner Stadt-Anzeiger vom 16.5.2008 „Iran geht gegen Minderheit der Bahai vor.“

<http://www.iranonline.com/History/jews-history/4.html> - Das Frauenwahlrecht wurde 1963 eingeführt.

Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrsg.) – Die Zoroastrier, Göttingen 2006, S. 3.“

Massoume Price: “A Brief History of Iranian Jews”; <http://www.iranonline.com/History/jews-history/4.html>.

http://www.ethnologue.com/show_language.asp?code=azb

Siehe <http://www.bahauallah.de>.

Siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Bahai>.

Siehe <http://www.bahauallah.de/bahauallah-exil.html>.

Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Apostasie_im_Islam

www.bahauallah.de/bahauallah-spaete-jahre.html.

http://de.wikipedia.org/wiki/Verfolgung_der_Bahai

<http://www.labournet.de/internationales/iran/iran3.html>

Encyclopedia of World History, unter <http://www.bartleby.com/67/3813.html#s7.5.18.51>
www.broadleft.org/ir.htm

<http://www.iran-e-azad.org/english/special/chap6.html>.

Welt Online“ vom 29.2.2008.

Spiegel vom 5.6.2006 „Wie die Mullahs Andersgläubige drangsaliieren.“

TAZ. vom 17.5.2006 „Der falsche Religion.

Closed Door –Irans Feldzug gegen das Recht auf Höhere Bildung: Bahai Int. Community (Hrsg.)

Nameh- Mardom, Zentral-Organ der Tudeh-Partei Irans Nr. 530, S. 4 f.

Tudeh Partei Iran (Hrsg. 60 Jahre Tudeh-Partei Iran) 2001.

Magazin Focus vom 5.5.2007: „Prügel für afghanische Flüchtlinge

History of Tudeh-Party of Iran, nach Iran Chamber Society 2008

Institut für Iranistik, (FU Berlin) 2005

Spiegel Nr. 5/1984, S. 127 ff. „Göttliche Werte“.

Buchla, Wilfried: Schiiten, Kreuzlingen 2004,

Universität Hamburg (Hrsg.), Institut für Friedensforschung: Iran (Volksmujahedin) 2006.

Bundesamt für den Verfassungsschutz (Hrsg.): Volksmujahedin Iran und ihre Frontorganisation. „Nationaler Widerstandsrat Iran“, 2006,

Ein Blick auf die Geschichte der Organisation der Volksfedaiin Irans (Mehrheit)“
unter:<http://w1.315.telia.com/~u31525377/deutsch/his97alm.htm>.

Transparenca Annual Report 2007,Seite 29,

Dahrendorf, Ralf, Bürgergesellschaft als Zukunft, in www.nzz.ch

Dahrendorf, Ralf, Die Zukunft der Bürgergesellschaft, in www.nzz.ch

Lebenslauf

Zur Person

Geburtsdatum/Ort 1975/ Kurdistan-Iran
Staatsangehörigkeit deutsch
E-Mail: adelffm@hotmail.com



Studium

2009 – 2016 Promotion Politikwissenschaften
„Welche sind die zentralen strukturellen Probleme des iranischen Nationalstaates“, Goethe-Uni., Frankfurt/M

2004 - 2007 Studium der Politikwissenschaften
Goethe- Uni. Frankfurt/M

Nebenfächer:
Jura, Soziologie, Sozialpsychologie

Abschluss: Diplom-Politologe

01/1996 – 01/2000 Selbständigkeit und parallel Studium der
Sozialwissenschaften im Iran

03/2003 – 03/2004 Studienkolleg an der Johann Wolfgang Goethe Universität
Frankfurt

03/2002 – 02/2003 Vorbereitungskurs für Studienkolleg Frankfurt

Schulbildung

09/1990 – 09/1993 Gymnasium in Kurdistan-Iran
Abschluss: Abitur

Kenntnisse

Sprachen
Kurdisch & Persisch (Muttersprachen)
Deutsch (Verhandlungssicher)
Englisch (gut in Wort und Schrift)
Arabisch(gut in Wort und Schrift)
